

sich der Bund und der Landwirtschaftsminister bemühen, die großen Schwierigkeiten, die es jetzt beim Viehabsatz und Viehpreis gibt, soweit als möglich überwinden zu helfen.

Es ist dies heute wenig durchgeklungen, aber ich darf erinnern, daß der Präsident Koiner bei der Landwirtschaftskammervollversammlung am 18. Oktober eigentlich sehr deutlich sowohl die Hilfsbereitschaft seinerseits als auch die Gründe und Ursachen, weswegen es zu dieser sehr unerfreulichen Situation gekommen ist, aufgezeigt hat. Ich muß hier den Ausführungen des Kollegen Buchberger nachhelfen, weil er nicht erwähnt hat — er hat zwar über die Maul- und Klauenseuche als Begründung gesprochen und da werde ich noch ein paar Worte dazu verlieren —, daß heuer im Frühjahr ein Beschluß erfolgt ist, der sich ungünstig auf die Fleischsituation ausgewirkt hat.

In der Sitzung der Verwaltungskommission des Viehverkehrsfonds ist am 16. März einstimmig beschlossen worden, daß die Liberalisierung der Einfuhr von Schweinehälften bis Mitte des Jahres erfolgen soll, die Einfuhr von Verarbeitungsrindfleisch und lebenden Kühen bis 31. Dezember 1973 verlängert wird und daß neben der Einlagerung von in- und ausländischen Schweinehälften eine Vergütung von 60 Groschen gewährt wird. Die Einlagerung wird abgebrochen, sobald sich die Notwendigkeit der Auslagerung ergibt. Diese Beschlüsse wurden von allen Interessenvertretungen einstimmig gefaßt. Und diese Beschlüsse und insbesondere auch die Vereinbarungen, die Verträge, die damit mit dem Ausland eingegangen wurden, machen sicher auch einiges aus, daß wir in diese recht unerquickliche Situation hineingekommen sind. Und die andere Begründung ist vom Kollegen Buchberger bereits gesagt worden, die Maul- und Klauenseuche. Ich habe mich nur nicht sehr darüber gefreut, daß der Kollege Buchberger dieses Unglück, das die Bauern im Burgenland und in Niederösterreich getroffen hat, mehr oder weniger doch zu sehr politisch in den Vordergrund gestellt hat, zu sehr auf Angriff auf die Frau Bundesminister Leodolter, und ich bin der Meinung, daß das kein sehr günstiges Klima für ein Politikum ist. Sie wissen alle, sehr verehrte Damen und Herren, daß diesmal — nur vielleicht wollen Sie es nicht gerne wahrhaben oder Sie sagen es nicht — mindestens dasselbe an Vorsorge und Abhilfe getan wurde als bei früheren Seuchenzügen, es ist diesmal, weil eine rote Regierung oder ein roter Minister verantwortlich ist, in mancher Presse und natürlich in der bauernbündlerischen Presse, wobei ich hier die Steiermark mehr oder weniger sogar ausnehmen möchte, sehr viel über dieses Malheur im Zusammenhang mit der Schuldfrage, die man der Frau Minister zugeschoben hat, geschrieben worden. Früher hat man über diese Dinge halt viel weniger gehört, sie waren nicht besser und nicht leichter, aber sie sind nicht so politisch ausgenützt worden.

Ein weiterer Grund, den der Herr Präsident seinerzeit auch in der Landwirtschaftskammer angeführt hat, war diese Dürre, die wir im heurigen Jahr in Europa gehabt haben, den Zöllnerstreik, finanzpolitische Dinge, die sind bereits gesagt worden und auch die Dumpingexporte, die nicht nur von

Deutschland, sondern auch von anderen EWG-Ländern hinausgegangen sind. Ich habe hier eine kleine Notiz von der Absatzlage gegenüber Italien, ich werde sie mir schenken, um Sie nicht unnötig aufzuhalten, aber ich darf vielleicht doch eine Überschrift hier zeigen aus den Landwirtschaftlichen Mitteilungen, die mir hier — ich möchte den Herren sehr danken, daß Sie das so deutlich herausgestellt haben — ein bisserl zur Hilfe kommt, da heißt es: „Großer Räumungsverkauf auf europäischen Rindermärkten“. Ja, die Herren, die die Kammermitteilungen haben, wissen das, es ist vom 15. November 1973, also nichts sehr Altes. „Auf den europäischen Rindermärkten wird geschleudert wie bei einem Räumungsverkauf. Mit enormen Stützungen und Wechselkurstricks wird versucht, Rindfleisch unter allen Umständen anzubringen und vor allem in Italien zu verkaufen.“ Das ist meines Erachtens ein Zeugnis, das man hier sehr wohl verwenden kann und verwenden soll. (Abg. Koiner: „Das ist keine ÖVP-Zeitung, die das geschrieben hat, das ist sicher wertvoller!“) Nein, ein Zeugnis, ich würde sagen, absolut neutral ist vielleicht wirklich übertrieben, aber, Herr Präsident, wir wollen uns darüber nicht streiten, denn ich möchte hier nicht jemanden angreifen, der womöglich nichts dafür kann, aber immerhin ist es sehr richtig und deutlich gesagt, um was es in dieser Situation geht und das sollte man auch vielleicht im „Bauernbündler“ oder im „Neuen Land“ ein bisserl besser herausstellen und allenfalls, vielleicht haben die Kollegen nachher noch Gelegenheit, die Herren vom Bauernbund das auch noch ein bisserl unterstützen, was die „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ geschrieben haben. Die Hilfe vom Bund, das ist bereits gesagt worden, soweit als irgend möglich, aber bei solchen Situationen läßt sich eben nicht alles vom Bund aus irgendwie bereinigen, ich würde auch sagen, daß das Land über die Landwirtschaftskammer eine absolut anerkennenswerte Hilfeleistung gibt, Herr Landesrat, ich möchte absolut nicht bestreiten die Hilfe des Landes über die Landwirtschaftskammer jetzt bei der Viehabsatzsituation. Daß wir so ungünstig liegen, wenn ich das jetzt wieder politisch sagen darf, wegen dieser Absatzkrise, die uns — ich habe das auch schon in der Kammer gesagt — auch sehr, sehr Sorge macht, das liegt daran, daß voriges Jahr, das ist nicht ganz deutlich herausgekommen bei der Rede des Kollegen Buchberger, sehr hohe Preise waren und die Preisdifferenz jetzt natürlich außerordentlich augenscheinlich ist. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Landesrat Peltzmann: „Ihr müßt den Direktor der Konsumzentrale fragen!“) Ja freilich, Herr Landesrat, das bestreite ich ja gar nicht, daß es weh tut, aber es läßt sich halt leider jetzt nicht vom Bund sagen, daß er als Nikolaus dahergehen muß — das wäre gestern gewesen — und nun alles einfach bereinigen kann oder soll. Ich wollte sagen, daß Preisschwankungen ja keine Neuigkeit oder etwas Erstmaliges sind, diese Preisschwankungen hat es ja auch früher gegeben, unter der ÖVP-Regierung nicht weniger, sondern ich würde sagen zu einem ganz beachtlichen Teil sogar mehr. Ich erinnere nicht nur beim Vieh an ein Auf und Ab, nicht nur bei den Schweinen ein Auf und ein Ab, beim Obst haben wir die größten Schwierig-

keiten gehabt, wir sind zum Teil bei 20 Groschen pro Kilogramm gestanden, es war eine echte Kalamität, beim Wein und bei den Trauben war das ebenfalls außerordentlich schwierig. Und wir haben in diesen Sparten Gott sei Dank inzwischen wie auch beim Fleisch und beim Rind wesentlich aufgeholt. Es ist nur eines, beim Absinken der Produzentenpreise, da sinken die Konsumentenpreise eigenartigerweise nicht mit hinunter, die Produzentenpreise sind tief und die Konsumentenpreise bleiben gleich hoch und man fragt sich natürlich, wer nun die vergrößerte Differenz zwischen diesen Preisen kassiert. Ich habe eine Notiz von der „Tagespost“, die überschreibt am 1. Dezember: „Fleischerinnungsmeister: „Wer zu teuer verkauft, der soll angezeigt werden.“ Nur bin ich mit der Meinung des Landesinnungsmeisters, die hier wörtlich zitiert wird, nicht ganz übereinstimmend. Der Landesinnungsmeister hat der „Tagespost“ gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, daß Fleischhauer die Preisverminderung nicht weitergeben. Bitte, es ist lieb, daß er so gut denkt, aber er müßte die Hausfrauen fragen, wie das ist, die werden es ihm bestimmt bestätigen, daß leider diese Verminderungen, Herr Landesrat (Landesrat Peltzmann: „Das müssen Sie dem Konsum sagen!“ — Abg. Brandl: „Da müßten Sie einmal einkaufen, Herr Landesrat, der Konsum ist gut!“ — Abg. Aichhofer: „Aber teuer!“), der Kollege Brandl hat vollkommen recht, da muß man halt dort einkaufen, dann sieht man, daß man sich dort doch wesentlich mehr bemüht, günstigere Angebote zu machen, als das durchwegs bei anderen der Fall ist. Bitte, ich will das gar nicht bestreiten, da ist vermerkt, 54 Fleischhauern wurde nachgewiesen, überhöhte Preise zu verlangen, wenn es nur 54 wären, da wäre ich so noch zufriedener, ich fürchte nur, Herr Landesrat, daß es mehr sind. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde sagen, man soll nicht die Bundespolitik nur im Zusammenhang mit dem Viehabsatz und mit dieser Sache sehen, sondern auch bei einigen positiven Dingen, der Herr Kollege Preitler hat ja das auch bereits angezogen und ich möchte nun einige Daten auch bringen, und zwar positive, damit der Eindruck, den der Kollege Buchberger mit seiner Rede gemacht hat, daß der ein bisserl korrigiert wird. Die Roheinnahmen aus der Milchproduktion haben sich im Jahre 1972 gegenüber 1971 um 550 Millionen Schilling erhöht. Die Roheinnahmen bei Schlachtrindern haben sich im gleichen Zeitraum um 676 Millionen oder um 15 Prozent erhöht, bei Zuchtrinderexporten wurden um 340 Millionen mehr eingenommen (Abg. Koiner: „1972!“), für das Jahr 1971 haben wir noch keinen Abschluß, Herr Präsident, aber darf ich sagen, daß ja im Jahre 1972 bei dieser Budgetdebatte der Eindruck von Ihnen gemacht wurde, als ob es schon förmlich zum Zugrundegehen wäre und das ist nicht der Fall gewesen. Ich könnte diese Beispiele noch sehr gerne weiter ausführen, aber ich will auch ein bisserl mithelfen, Zeit zu sparen; fest steht jedenfalls, daß die Situation der Landwirtschaft sich nun in dem abgeschlossenen Jahr 1972, wo die Unterlagen da liegen, bei weitem günstiger entwickelt hat, als das von Ihnen vorausgesehen wurde. Ich könnte Ihnen von hier aus den „Grünen Bericht“ vorlesen, ich werde mir das ebenfalls sparen, es ist jedenfalls

ganz eindeutig, daß unter anderem im „Agrarischen Informationszentrum“ von den höchsten Werten oder von der höchsten Einkommenssteigerungsmarke geredet wird, die in den letzten Tagen die Landwirtschaft erreicht hat.

Und etwas Positives darf ich doch nicht unterschlagen. Das Holz gehört auch schließlich zur Land- und Forstwirtschaft. Da habe ich einen Ausschnitt von der „Kleinen Zeitung“, Holz wurde in einem Jahr bis zu 100 Prozent teurer. Wir sagen, für die Land- und Forstwirtschaft hat es einen günstigeren Preis gegeben, das scheinen mir sehr interessante und nicht unwichtige Argumente zu sein. Aber wie gesagt, man kann nicht dauernd vom Verlustbudget oder von der schlechten Arbeit oder von der schlechten Einstellung der Bundesregierung reden, wenn in Wirklichkeit die Situation nicht so ist. Ich bin ja mit Ihnen froh darüber, daß es besser ist und der „Grüne Bericht“ für das Jahr 1973 wird Ihre derzeitige Skepsis und Besorgnis letzten Endes dann widerlegen können.

Es ist ganz klar, daß es in der Wirtschaft nicht wie mit einem Lineal ununterbrochen aufwärts geht. Ich habe schon vorher gesagt, es gibt Schwankungen, die nicht nur in Österreich, sondern im ganzen internationalen Wirtschaftsgetriebe immer wieder auftauchen und die ja nicht nur die Landwirtschaft allein, sondern auch die anderen Teile der Volkswirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie mit treffen, weil die ja auch, so wie die Landwirtschaft, dem internationalen Markt und Marktgeschehen ausgesetzt sind.

Ein Schulbeispiel für diese internationalen Auswirkungen ist die Sache mit dem Erdöl. Ein Beispiel sehr übler Art. Es ist außerordentlich unerfreulich, daß man an dieser uns von außen her eingebrochten Suppe mitlöffeln will oder umgekehrt die politischen Gegner, insbesondere die ÖVP, ihre politische Suppe daran kochen, das halte ich nicht für sehr richtig. Dem Bauernbund ist der Dieselpreis zu hoch. Wir haben gemeinsam versucht, das sogenannte Ofenheizöl zu erreichen, aber dem Wirtschaftsbund ist der Preis des Treibstoffes überhaupt zu niedrig, er möchte mehr haben. (Abg. Brandl: „Dem Wirtschaftsbund ist alles zu wenig!“) Das ist eine ungute Geschichte. Nachdem es so aussieht, als ob der Herr Bundeskanzler sein Versprechen nicht einhalten will, daß ab 1. Jänner das Ofenheizöl angewendet wird, darf ich sagen, es war nicht ein Versprechen, daß ab 1. Jänner 1974 das Ofenheizöl verwendet werden kann, ich habe hier die Rede des Kanzlers beim Parteirat in Linz vom September und hier darf ich nur die kurze Passage herauslesen: „Es wären die Möglichkeiten zu überprüfen, das steuerbegünstigte sogenannte Ofenheizöl auch zum Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen, insbesondere der Traktoren, zu verwenden.“ Gerade dazu war jetzt vor einigen Tagen eine Enquete und bei dieser waren auch die bäuerlichen Funktionäre verschiedener Gruppen dabei und dort haben die Vertreter der ÖMV festgestellt, daß das Ofenheizöl nicht zum Betrieb von Motoren geeignet ist, daß ein eigenes Dieselöl für die Landwirtschaft hergestellt werden müsse. (Abg. Buchberger: „Das gibt es ja in anderen Ländern auch!“) Aber, Herr Vizepräsident, ich darf sagen,

daß dieses Argument, das die Leute der ÖMV bei dieser Enquete gebracht haben, eigentlich dem Bauernbund sehr bekannt sein müßte, weil der Bauernbund gegenüber dem Allgemeinen Bauernverband vor einigen Jahren genau das gleiche Argument verwendet hat. Das ist unmöglich, das kann man nicht gebrauchen. (Abg. Koiner: „Zinkanell, das war Spindelöl, kein Heizöl!“) Die haben nicht nur vom Spindelöl, sondern auch von der Verwendung des Ofenöls geredet. Ich hoffe aber, daß das, was die ÖMV-Leute hier gesagt haben, daß ein eigenes Dieselöl für die Landwirtschaft produziert werden soll, wirklich in absehbarer Zeit geschieht. Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam diese Dinge zu vertreten. Inzwischen wird es eben die bereits angekündigte höhere Rückvergütung geben, bis man das neue Dieselöl oder eine andere einvernehmliche Regelung erreicht haben wird.

Was mir in diesem Zusammenhang nicht sehr erfreulich erscheint, ist die Kritik, die insbesondere in der Bauernbundpresse, auch Genossenschaftspresse, sehr deutlich herauskommt, das ist die Frage des nicht vorhandenen Ölvorrates in der Landwirtschaft. Man müßte daran erinnern, daß es seit dem Jahre 1945 nicht mehr da war, daß einzelne Genossenschaften nur da und dort einzelnen Bauern geholfen haben, daß aber die Häuslbauer, die Erbauer von Einfamilienhäusern, eigentlich schon die ganze Zeit für jeden landwirtschaftlichen Betrieb ein sehr brauchbares Beispiel geliefert haben, nämlich, daß alle Erbauer von Einfamilienhäusern, die sich eine Ölfeuerungsanlage eingerichtet haben, natürlich auch den Tank dazu angeschafft haben, und zwar ohne irgendeine Hilfe von außen oder die Wohnbauförderung des Landes oder des Bundes. Sie haben das gemacht, und jeder hat seinen Tank dabei. Es ist leichter zu kritisieren als selbst etwas Neues anpacken. (Abg. Buchberger: „Wir haben deshalb nichts unternommen, weil der Staribacher gemeint hat, es ist eh genug da!“) Aber, Kollege Buchberger, das ist doch kein Argument. Wenn in Ausendungen des Bauernbundes darauf hingewiesen wird, daß man vom Feldweg zur Tankstelle fahren muß, womöglich ohne aufgetankt zu haben, wieder zurück, dann ist das nicht eine Sache, die erst vom Staribacher her beeinflußt ist, sondern schon immer da war, denn hin- und herfahren mußte man immer. Und wenn man sich im Hause oder beim Haus einen Tank mit 3000 bis 4000 Liter anlegt, dann muß man nicht bei jedem Leersein des Tanks in den Ort oder in die Stadt hineinfahren, um nachzutanken. (Abg. Buchberger: „Wir haben nichts unternommen, weil der Staribacher gemeint hat, es ist eh genug da!“) Das ist kein Argument, das wäre die ganze Zeit schon zweckmäßig gewesen.

Ein sehr gut bekannter Kollege in Wieselsdorf, der das schon seit längerer Zeit praktiziert, sagt, daß es für ihn eine Selbstverständlichkeit ist, da er nicht jedes Mal, wenn der Tank leer ist, nach Preding muß, um nachzutanken. (Abg. Buchberger: „Die sind alle leer geworden, und jetzt haben sie nicht mehr nachzutanken können!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das glaubst du ja selber nicht!“)

Ich bin der Meinung, daß wir gemeinsam diese vernünftige, rein betriebstechnisch zweckmäßige Be-

ratung viel mehr betreiben sollten, insbesondere auch über Anregung oder über Weitergabe durch die Landwirtschaftskammer. Wir werden hoffentlich in absehbarer Zeit Gelegenheit haben, auch in Wien diese Themen zu besprechen. Aber der Bauernbund kritisiert seit dem Frühjahr 1970 besonders gerne und beinahe hätte er es zu einer Art Meisterschaft gebracht, aber das kann ich nicht sagen, denn es war keine, weil es heuer im Frühjahr beinahe recht unerquickliche Pannen gegeben hätte oder gegeben hat. Denn diese Aktion der Regierung war so, daß ihr oder den verantwortlichen Leuten beinahe schon die Zügel entglitten wären. (Landesrat Dr. Krainer: „Sehr korrekte Sache, das habe ich mir immer wieder erzählen lassen!“)

Lieber Herr Landesrat, Sie waren nicht dabei, wie dieses Gespräch in der Arbeiterkammer zwischen Vertretern des Bauernbundes und dem Minister Staribacher stattgefunden hat, ich war dort, man hat — der Kollege Haas war mit dabei — dort mehr oder weniger 10 Wortmeldungen zugleich abgewickelt und wenn der Minister auf eine der 10 Wortmeldungen, die mehr oder weniger zugleich herausgekommen sind, reagieren wollte, hat schon ein elfter oder zwölfter sehr heftig und sehr nachdrücklich den Minister an der geforderten Beantwortung gehindert. (Abg. Buchberger: „Ich habe das Gegenteil erlebt! Uns hat die Frau Staatssekretär Karl eingeladen, sie auf ihrer weiteren Tour zu begleiten!“ — Landesrat Bammer: „Der ist ja auch fesch!“) Lieber Kollege Buchberger, das ist kein Wunder, du bist halt ein außerordentlich charmanter Mann. Wahrscheinlich hat dich die Frau Staatssekretär sehr beeindruckt, aber bitte. (Landesrat Bammer: „Sie ist ja auch eine fesche Frau!“) Ja ist sie, warum nicht. (Landesrat Bammer: „Der Buchberger hat Geschmack!“) Ich wollte dem Herrn Landesrat sagen, weil er meint „sehr korrekt“, bitte, über diesen Begriff kann man wirklich streiten. Aber leider, bei dem Gespräch oder der Diskussion über diese Dinge in der Kammervollversammlung hat dann das Gemüt oder das Temperament wirklich zum Teil überbordet und es sind dann förmlich Dreschfleugelargumente auch zu hören gewesen. Es hat sich dann erfreulicherweise in kurzer Zeit beruhigt und es ist eine Mäßigung nach dieser harten Auseinandersetzung eingetreten. Es hat bald darauf diese Bauernhearings bei Kreisky gegeben, wo in ganz vernünftiger sachlicher Atmosphäre eine ganze Reihe von guten Erfolgen für die Landwirtschaft erreicht wurden, über die Milch, beim Getreide, bei AIK und damals ist auch der Anstoß bezüglich der Neuregelung der Dieselölgeschichte gekommen. Ich bin der Meinung, man soll nicht unbedingt jene Leute, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Feinden der Landwirtschaft stempeln, die man als Freunde, als Partner oder als Helfer, wie Sie wollen, recht gut schon brauchen konnte, besser sogar brauchen hat können als manche andere Leute und ich möchte Ihnen doch ein kurzes Zitat bringen, da hier in einem Leserbrief an die „Kleine Zeitung“ sehr deutlich zum Ausdruck gekommen ist, die „Industrie“ hat einen Artikel gebracht, in dem es unter anderem geheißen hat: „Geld in Gestalt von Subventionen in die Bergbauernwirtschaft zu stecken heißt, die fossilste und archaischste Wirtschaftsform des

mitteleuropäischen Raumes zu unterstützen.“ Moment, der Satz ist eigentlich auch noch interessant. Etwa vergleichbar mit der Idee, die Weber und Klöppler des Riesengebirges zu erhalten. „Große Beträge, die heute an Subventionen an einen sowieso zum Verschwinden bestimmten Stand bezahlt werden und dort höchst fragliche Renditen hervorrufen, könnten eingespart und auf direktem Wege mit ungleich größerem Nutzen eingesetzt werden.“ Da hat ein Bauernbundfunktionär sehr heftig gegen diese Meinung in der „Industrie“ sich geäußert und sicher hat er mit seiner Zurückweisung sehr recht (Landesrat Peltzmann: „Da hat er recht gehabt!“), mit der Zurückweisung hat er recht gehabt, ganz richtig (Landesrat Peltzmann: „Aber man darf doch verschiedener Ansicht sein!“), na sicher, da haben Sie vollkommen recht, und das will ich ja gerade auch sagen, Herr Landesrat, diese äußerst harte und verständnislose Sprache ist sicher nicht die Sprache aller Personen oder Persönlichkeiten in der Industrie, denn auch die Industrie braucht die Landwirtschaft und die bäuerlichen Menschen als Arbeitskräfte, als Konsumenten, als Bewahrer der Erholungslandschaft, darüber hat der Herr Kollege Buchberger schon gesprochen, ich will das nicht noch näher ausführen. In einer Zeit der tiefgreifenden Veränderungen der Strukturen braucht die Bauernschaft vor allem und von allen Verständnis, ob das jetzt die Bergbauern sind, ob das die Nebenerwerbslandwirte sind, die sehr stark im Vordergrund stehen, man braucht das für alle. Es ist interessant, daß gerade auf dem Sektor der Nebenerwerbslandwirte sich jetzt die Tagungen förmlich stauen, in Wien waren Tagungen hintereinander und es ist recht erfreulich, daß man auf diesem Gebiet eine ganz andere Haltung einnimmt, als das noch vor einigen Jahren war. Ich erinnere mich an die Kammerwahl 1966, wo man die Nebenerwerbslandwirte noch sehr, sehr ungern als mögliche Wähler in der Landwirtschaftskammer gesehen hat, weil man der Meinung war, das ist eine Bauernkammer und nicht eine quasi Arbeiterkammer. Aber das ist, wie gesagt, jetzt anders und ich freue mich darüber, weil es auch vernünftig ist. Was mich sehr wundert und das geht jetzt insbesondere den Herrn Landesrat an, betrifft das Budget unmittelbar. Ich habe bei der Durchsicht des Budgets festgestellt, daß die Post 731,713, die sogenannte Förderung der Mechanisierung der Landwirtschaft, die insbesondere — da bin ich jetzt daraufgekommen — die Nebenerwerbslandwirte sehr betrifft oder ihnen sehr helfen soll, die leider seit Jahren mit 350.000 Schilling veranschlagt ist, im Jahre 1972 als Erfolg nun mit 280.000 Schilling herausgestellt ist. Ich wundere mich wirklich darüber, denn da ist die Möglichkeit, überbetrieblich behilflich zu sein, und sonderbarerweise wird diese Post, die an sich zu niedrig ist, nicht einmal richtig ausgenützt. Ich bin der Meinung, daß hier, ich habe das schon einmal gesagt in diesem Hohen Hause, eine echte Schwerpunktförderung wäre, die einen ökonomischen Vorteil insgesamt erbringt, als manche — ich sage nicht alle — Einzelbeihilfen. Ich bin für Einzelbeihilfen, selbstverständlich, wo Notfälle sind und man helfen muß, aber der konzentriertere Einsatz der Mittel würde der Landwirtschaft auch wesentlich besser dienen. Ich habe

vorhin gesagt, die Landwirtschaft braucht viel Verständnis und sie findet ja erfreulicherweise auch viel Verständnis, aber sie muß natürlich auch selbst zeigen, daß sie alles unternimmt, um im Wandel der Zeit und im Wandel dieser Strukturen, die wir jetzt beobachten, bestehen zu können. Der Bauer von heute muß zugleich Landwirt und Betriebswirt sein, sowohl in einer ökonomischen Produktion als auch in der Qualität seiner Produkte, in der Erzeugung nach Marktbedürfnissen, als auch in der Einflußnahme der Vermarktung muß er voll ausgebildet, informiert und entscheidungsfähig sein. Er braucht ein modernes, ein verlässliches Management und gute Organisationen, die ihm in der Produktion, auf dem Markt und in der gesamten Wirtschaft helfend zur Seite stehen. Wenn diese Notwendigkeiten allgemein beachtet werden, dann braucht, Kollege Buchberger, niemand den jungen Leuten sagen, daß sie die Landwirtschaft oder ihren angestammten Beruf aufgeben oder verlassen sollen.

Ich hoffe, daß das vorliegende Landesbudget in diesem Sinne wirksam wird und darf sagen, daß die Sozialisten selbstverständlich der Gruppe 7 zustimmen werden. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächster ist zu Worte gemeldet Abgeordneter Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich ja förmlich beim Zweiten Präsidenten Ileschitz bedanken, daß er die Landwirtschaftsdebatte so während der normalen Mittagszeit eingeflickt hat, denn es kommen vielleicht so manche drauf, daß das Essen auch zur Land- und Forstwirtschaft gehört. Es ist auch im Sinne der heutigen Zeit, wenn eine dreiviertel Stunde nach Beginn dieser Gruppe noch immer einige Abgeordnete fehlen. Das ist wohl auch im Sinne einer Arbeitsteilung. Wir behandeln in dieser Gruppe ja auch den Fremdenverkehr, da gehört das Ausruhen oder Ausrasten eben auch dazu.

Nun, wir haben zu Beginn dieser Debatte feststellen können, daß der an und für sich sonst gewöhnlich temperamentvolle Kollege Zinkanell diesmal die Landwirtschaft nicht so besonders hervorgestrichen hat, obwohl sein Kollege Preitler eine andere Ankündigung gemacht hat. Es ist zu bedauern, daß man förmlich das Gefühl haben muß, daß die Landwirtschaft auch in einer Zeit, wo man dort und da Krisen verspürt, noch immer nicht ernst genug genommen wird. Kollege Zinkanell hat sich noch rechtzeitig umgestellt und sich dem ORF gewidmet. Zu diesem Bereich hat er dementsprechend lautstark, temperamentvoll und auch sehr klug, wenn auch oft sehr demagogisch, Stellung genommen. (Abg. Zinkanell: „Kollege Schrammel, ich bin ein Nebenerwerbslandwirt!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das kann der Zinkanell nicht!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das hat er noch nie gemacht!“ — Abg. Nigl: „Der Zinkanell ist von der Landwirtschaft abgewandert!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Zum ORF!“) Das ist ja heute üblich, daß man die Landwirtschaft verläßt. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Der Zinkanell ist ein



ORF-Flüchtling!) Der Zinkanell wäre ein ORF-Flüchtling, ist mir eingesagt worden.

Nun zu den Weltmarktkrisen, zur heimischen Versorgung, zur Ostliberalisierung, die wir mit 1. Jänner 1975 zu erwarten haben. Wir haben in den letzten Monaten auf dem Weltmarkt feststellen müssen, daß bei Brot, Butter, Getreide und bei den Eiweißfuttermitteln eine echte Versorgungskrise entstanden ist. Hier möchte ich besonders das Wort Krise unterstreichen. Ich darf zum Weizen 2 Zahlen nennen: Wir haben ein Weltexportvolumen beim Weizen von 57 Millionen Tonnen und demgegenüber einen Importbedarf von 66 Millionen Tonnen. Das heißt, daß effektiv zu wenig Weizen und damit eine Brotknappheit auf dem Weltmarkt zu erwarten ist. Die Verknappung ist vor allem deshalb entstanden, weil die Nachfrage in den Vereinigten Staaten größer wurde und in den Oststaaten durch die schlechten Jahre 1971 und 1972 der Bedarf auf dem Weltmarkt zugenommen und damit eben den Preis beeinflusst hat.

Auch zum Mais eine kurze Feststellung: Die riesigen Maisvorräte, die Amerika in den letzten Jahren immer wieder aufzuweisen hatte und die auf den europäischen Markt gebracht wurden, sind zur Gänze abgebaut. Amerika hat im Juli heurigen Jahres eine Exportlizenzierung für sämtliche Maisprodukte verfügt.

Zum pflanzlichen Eiweiß: Österreich hat im Jahre 1972 rund 149.000 Tonnen Sojaschrot zur Sicherstellung der Fleischerzeugung importiert. Die Notierungen von Soja an der Wiener Börse im Juni 1972 waren bei S 3,55 pro Kilo und im Juni heurigen Jahres bei S 11,20, eine Steigerung von rund 200 Prozent.

Nun, lieber Kollege Zinkanell, es müßte bei deiner Kalkulation, die wir sicherlich zur Kenntnis nehmen wollen, diese Rechnung mitberücksichtigt werden. Nicht der Rohumsatz ist entscheidend, sondern was als Einkommen herauschaut. Bei den tierischen Eiweißfuttermitteln ist es noch viel kritischer. In Peru und Chile sind 1972 die Fischfangergebnisse plötzlich so stark zurückgegangen, daß vorübergehend der Fischfang eingestellt und zeitweise rationiert wurde. Diese Situation hat sich auch im heurigen Jahr nicht verbessert. Österreich importierte 1972 rund 72.000 Tonnen Fischmehl. Im Juni 1972 notierte das Fischmehl an der Wiener Börse mit S 5,30 und in der gleichen Zeit im heurigen Jahr mit S 13,30. Das ist eine Steigerung von 150 Prozent innerhalb eines Jahres. Daß diese Preisentwicklung selbstverständlich ihren Niederschlag in der tierischen Veredelungsproduktion bei Schweinen, Geflügel, Rind und auch bei Eiern finden muß, braucht wohl sicher nicht betont zu werden. Ich möchte sagen, daß wir, nachdem schon der Kollege Zinkanell mit einigen Rechenbeispielen uns beweisen wollte, wie gut es uns in der Landwirtschaft geht, seit wir diese hochlöbliche sozialistische Regierung in Wien haben (Abg. Gerhard Heidinger: „Geh, hör auf!“), lieber Kollege Heidinger, vielleicht wäre es gut, wenn du dir das anhören würdest, du lebst nämlich in einem sehr agrarisch betonten Gebiet, und du müßtest dies eben in Wien zur Unterstützung der Bauern dementsprechend lautstark anbringen. (Abg.

Gerhard Heidinger: „Wenn du es so bringst, daß ich nicht einschlafe dabei, höre ich gerne zu!“) Ich habe früher gesagt, wir können ruhig eine Arbeitsteilung machen, ich wünsche dir also eine selige Ruhe. (Heiterkeit bei der OVP. — Abg. Dr. Dorfer: „3:0 für den Schrammel!“)

Wir müßten in der Schweinemast für die Mast von 20 bis etwa 100 kg einen Betrag von etwa 300 S weniger hinnehmen im Vergleich zum vergangenen Jahr, und das würde de facto bedeuten, daß der Bauer im Jahre 1972 für ein ausgemästetes Schwein für Arbeit und Risiko einen Betrag von 295 Schilling einnehmen konnte. Das war also ein halbwegs angemessener Preis. Durch die Futtermittelpreissteigerungen hat sich das aber so zum Schlechten verschoben, daß im heurigen Jahr für Arbeit und Risiko, lieber Kollege Heidinger, ein Verlust von 24 Schilling pro ausgemästetem Schwein entstanden ist. Und es wird jeder zur Kenntnis nehmen, daß mit solchen Verlusten in der Landwirtschaft nicht lukrativ gewirtschaftet werden kann. Sicher kann das auch einer nicht, der als Beamter sein Gehalt monatlich ausbezahlt bekommt, wenn das in diesem Prozentsatz zurückgehen würde.

Und nun zur Rindermast noch ein Beispiel. Wir haben im Jahre 1972 noch einen Reinertrag pro ausgemästetem Rind von 1412 Schilling buchen können und im heurigen Sommer 1973 einen Verlust von 398 Schilling. Lieber Lieber Kollege Zinkanell, diese Rechnungen sind direkt am Hof aufgestellt worden (Abg. Zinkanell: „Ich habe meine eigenen da!“) und ich möchte dir empfehlen, hin und wieder doch einen Bauern zu besuchen, um dir das einmal an Ort und Stelle vorrechnen zu lassen. (Abg. Brandl: „Aber geh!“) Es wird dann nicht passieren, daß du vom Gewinn sprichst und dabei der Rohertrag gemeint ist, wo aber die Gestehungskosten um ein Vielfaches gestiegen sind und de facto nichts mehr übrigbleibt, ja sogar ein beachtlicher Verlust ausgewiesen wurde. (Abg. Brandl: „Kann man auf die Dauer von Verlusten leben?“ — Abg. Zinkanell: „Ich bin, glaube ich, mehr draußen in bäuerlichen Betrieben, als dir lieb ist!“) Das möchte ich nicht sagen, denn wenn du sachlich draußen argumentierst, dann kann es mir recht und lieb sein, aber wenn du zugunsten deiner Partei polemisierst und politisierst, dann haben wir das sicher nicht gern, denn wir Bauern haben gern eine Ordnung und klare Sachlichkeit. (Abg. Hartwig: „Polemisieren dürft ihr!“ — Abg. Buchberger: „Als Demokraten gestehen wir ihm auch das zu!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja fein, Demokraten!“) Nun noch, lieber Kollege Zinkanell, als Ergänzung zu deiner Rechnung einige Beispiele für die Veränderung des Tauschwertes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Im Jahre 1966 haben wir für 14 kg Weizen eine Maurerstunde bezahlen können, im Jahre 1973 haben wir dafür 35 kg ausgeben müssen. Zweites Beispiel: im Jahr 1966 haben wir für einen 30-PS-Traktor 27.000 kg Weizen verkaufen müssen und 1972 müssen wir für den gleichen Traktor 41.375 kg aufwenden. (Abg. Zinkanell: „Aber, bitte, die Produktivität mitrechnen!“ — Abg. Brandl: „Die spielt doch die bedeutendste Rolle; das ist ja eine falsche Rechnung!“) 1966 20 Liter Milch für 100 kg

Thomasmehl, 1973 aber schon 41 Liter für die gleiche Thomasmehlmenge, das ist nahezu das Doppelte. Lieber Kollege Zinkanell, nach einem Zwischenruf bei deiner Rede im Kapitel Fürsorgewesen hast du verlangt, daß die angezweifelte Sozialansätze richtiggestellt werden sollten. (Abg. Zinkanell: „Ich stelle dir meine zur Verfügung!“) Darf ich nur zwei Zahlen kurz bringen: Der prozentuelle Anteil der Bundes-Sozial-Versicherung beträgt für die Landwirtschaft nur lächerliche 1,73 Prozent, 1972 waren es noch 1,76 Prozent. Nun, hier zeigt sich sehr deutlich, daß wir in der Sozialpolitik eher zurückgeblieben sind, als daß wir bevorzugt worden wären. (Abg. Brandl: „Das ist ja nicht möglich, das ist ja eine Veränderung der gesamten Volkswirtschaft, Kollege Schrammel!“)

Zum Schluß kommend, kurz zur Ostliberalisierung. Es ist so, daß wir durch diese Regelung, die mit 1. Jänner 1975 mit Entscheidung der Bundesregierung in Kraft treten soll, gerade in der Oststeiermark bei den kleinsten und kleinstbäuerlichen Betrieben die größten Schwierigkeiten bekommen und es zu Existenzkrisen führen könnte. Es gibt in Österreich etwa 30.000 Obst- und Gartenbaubetriebe, wobei in der Steiermark der Schwerpunkt liegt und hier wieder in der Oststeiermark. Wenn die EWG diese Ostliberalisierung abgelehnt hat und nur Teilregelungen erfolgten und wir in Österreich meinen, daß es uns nichts ausmacht, daß Ostländer, die unter ganz anderen Voraussetzungen die Landwirtschaft betreiben, ihre Produkte an Gemüse ohne jegliche Kontrolle auf den österreichischen Markt bringen können, so werden wir bald zum Mistkübel nicht nur Osteuropas, sondern auch des EWG-Raumes werden. Denn die EWG hat in den letzten Jahren pro Jahr zwei bis drei Milliarden Schilling im Schnitt an Stützungen für die Aufrechterhaltung dieser Produktionszweige in der Landwirtschaft ausgegeben. Wir haben dann keinen Schutz in Österreich, um schlechte Produkte abwehren zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet Abgeordneter Maunz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Maunz:** Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren! In aller Kürze möchte ich mich den Ausführungen des Abg. Zinkanell zuwenden, u. zw. hast du eine Passage für mich sehr interessant dargestellt. Du hast gemeint, daß die Häuselbauer gewissermaßen als Beispiel der Bevorratung, wenn ich richtig verstanden habe, dienen sollen in der Anlegung von Tanks für ihre Ölheizung einerseits und andererseits sollen sich die Bauern einen Tank für das notwendige Dieselöl anlegen. Ist das richtig? Ja. Ich muß dir dazu folgendes sagen. Das ist aus technischen Gründen gar nicht möglich und zwar deshalb nicht, und da zeigt sich schon, wie weit du schon den Kontakt mit der Landwirtschaft, zumindest auf technischem Gebiet, verloren hast, es gibt — und das wird dir jeder Tankstellenbesitzer, jeder Bauer, denn soweit sind die auch schon, beständigen — ein sogenanntes Sommerdieselöl und ein sogenanntes Winterdieselöl. Und während das Sommerdieselöl einen hohen Paraffingehalt hat, also nur für die hohen Temperaturen im Sommer geeig-

net ist, führt das Paraffin im Winter zu Verstopfungen der Dieselleitungen. Wenn du jetzt in der Kälteperiode mit Dieselfahrern gesprochen hast, dann wirst du gehört haben, daß LKW-Züge stehen geblieben sind, weil eben in Wien bei der Raffinerie nur Dieselöl zu haben war bzw. die Mineralölgesellschaften nicht in der Lage waren, hier die Unterschiede jahreszeitgemäß auszuliefern. Das ist auch mit ein Grund, daß die Bevorratung nicht sinnvoll gewesen wäre, es sei denn, die Bauern hätten die Möglichkeit, zwei Tanks anzulegen, und die Mischung ist auch nicht möglich. (Abg. Zinkanell: „Darf ich dich einladen, mit mir zum Kollegen Meixner nach Lasselsdorf zu fahren und dir das anzusehen?“ — Landesrat Bammer: „Das ist ganz ein moderner, der hat auch einen Autohandel!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir fahren heute nachmittag hinaus!“)

Daß die im ländlichen Raum tätige Bevölkerung von der städtisch-industriellen angezogen wird, wird gerne als naturgesetzlich und zwangsläufig betrachtet. In Wirklichkeit ist diese Anziehung ein Elektromagnet, dessen Anziehungskraft durch den Geldstrom manipulierbar ist. Wenn man kulturpolitisch für den Städter mehr tut als für den Dorfbewohner, sozialpolitisch für den Produzenten des gehobenen Bedarfs mehr als für den Produzenten des Lebensnotwendigen, dann kann man von der Landflucht, ob Bauer, Handwerker oder Arzt, nicht überrascht werden, sondern muß höchstens ihre negativen Auswirkungen zur Kenntnis nehmen. Das alteingesessene Gewerbe im Klein- und Mittelbetrieb sowie die Handelsbetriebe werden bekanntlich immer weniger. In einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren, es sind genau vierdreiviertel Jahre, haben zum Beispiel in der Steiermark 816 Betriebe dieser Struktur geschlossen bzw. schließen müssen. Sicher ist in diesem Zusammenhang, was die Handelsbetriebe anlangt, die immer größer werdende Zahl der Diskonter und Großkaufhäuser mit verantwortlich. Wer diese Dinge ernst betrachtet, muß feststellen, daß diese Entwicklung ungesund ist und sogar bedenklich werden kann, denn die kleingefächerte Verteilerfunktion gerade dieser Betriebe sowie das persönliche Service, die Betreuung und Reparatur von Dingen, Geräten und Einrichtungen ist immer noch durch den kleineren Unternehmer am sichersten. Monokulturen sind in der Landwirtschaft nicht sinnvoll, die Einseitigkeit und Verlagerung von Kleinstrukturen zu Großunternehmungen ist auch für die Wirtschaft und vor allem für die Erhaltung unserer ländlichen Räume abzulehnen. Auf Dauer kann die Landwirtschaft auf ein bodenständiges Gewerbe und die damit verbundenen Leistungen nicht verzichten. Das im heurigen Jahr beschlossene Jungunternehmerförderungsgesetz scheint mir eine nicht zu unterschätzende positive Berücksichtigung dieser Entwicklung für unsere ländlichen Räume zu sein. Eines ist sicher, ein gesundes Gewerbe im ländlichen Raum ist geeignet, die Landflucht zumindest zu vermindern und leistet einen bedeutenden Beitrag, um unseren Erholungsraum zu erhalten, denn glaube Sie mir, Wochenend- und Appartementshäuser sind keine brauchbare Alternative. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Haas:** Meine Damen und Herren! Herr Kollege Zinkanell hat es heute sichtlich schwer, in dieser agrarpolitisch unerquicklichen Situation ein Loblied auf die SPO-Agrarpolitik zu singen und ich muß erklären, ich sehe mich völlig außerstande, in diesen versuchten Lobgesang einzustimmen. (Abg. Zinkanell: „Ich kann dir die Unterlagen geben!“) Viel eher sehe ich mich in der Lage, an Hand einer sehr langen Liste aufzuzeigen, wie breit und wie weit Worte und Taten gerade im agrarischen Bereich bei der SPO auseinanderklaffen und an Hand dieser Liste zu beweisen, daß dieses Bundesbudget, das zur Zeit in Wien in Behandlung steht, für uns Bauern ein echtes Verlustbudget, ein echtes Schrumpfbudget ist. (Abg. Zinkanell: „Wie voriges Jahr!“) Völlig richtig, Herr Kollege Zinkanell. Wie im vorigen Jahr sind auch heuer wieder die Bauern die Stiefkinder des Bundesbudgets der SPO-Regierung. (Abg. Zinkanell: „Widerlegt durch den Grünen Plan!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Den hat er ja nicht gelesen!“) Ich möchte diese Liste nicht im einzelnen vortragen, denn es wären hier zu viele und zu blamable Positionen für sie gegeben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber erzählen Sie es nur!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Er weiß es!“) Aber bitte, Herr Kollege Heidinger, ich werde Ihnen gerne zumindest einige Positionen vortragen. Hier scheidet auf, daß die kammereigenen Bildungseinrichtungen um 3,4 Millionen Schilling gekürzt worden sind. Für das landwirtschaftliche Maschinenwesen wird um eine Million weniger ausgegeben, für forstliche Maßnahmen um 3,9 Millionen, für landwirtschaftliche Kultivierung und Geländekorrektur um sieben Millionen weniger. Für den landwirtschaftlichen Wasserbau, für den wir in unserem Landesbudget vier Millionen mehr eingesetzt haben, vier Millionen weniger vom Bund aus. So läßt sich dies fortsetzen. Für agrarische Operationen, das heißt Grundzusammenlegungen, 5,8 Millionen weniger. Und wenn Sie Lust und Gusto haben, setze ich diese Liste noch gerne weiter fort. Einige sehr gravierende Feststellungen, Herr Kollege Heidinger, darf ich mir gestatten zu machen. Hier möchte ich zunächst auf die ländliche Regionalförderung kommen, von der die SPO so tat, als hätte sie sie erst erfunden. Und auch bei der Bergbauernförderung hat es die sozialistische Partei wunderbar verstanden, diese berühmte vielzitierte Bergbauernmilliarde sehr wirksam zu verkaufen. (Abg. Zinkanell: „1,5 Milliarden!“ — Abg. Aichhofer: „Es waren früher viel mehr!“) Sicherlich, wir Jüngeren hier im Hause werden diese Milliarde vielleicht noch erleben, denn bei diesen Ansätzen, die es da gibt, bei diesen 50 Millionen im heurigen Budget, werden wir diese Bergbauernmilliarde bis in die Mitte der 90er Jahre erlebt haben.

Aber lassen Sie mich noch ein Wort zur Regionalförderung sagen.

In den Erläuterungen zum Agrarbudget ist zu lesen, daß die landwirtschaftliche Regionalförderung einen wesentlichen Beitrag zur notwendigen Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Alpenraumes dar-

stellt. Wunderbar, klingt sehr schön, aber wie sehen nun die Tatsachen aus? Tatsache ist, daß es um sieben Millionen Schilling weniger sind. (Abg. Zinkanell: „Das ist nicht richtig, das sind die Umschichtungen! In der Summe ist es wesentlich mehr, Milchwirtschaft, Getreidewirtschaft, Viehwirtschaft!“)

Und nun zum nächsten traurigen Kapitel: ländlicher Wegebau, Verkehrserschließung. Hier gibt es eine wunderschöne Aussage. In diesen soeben zitierten Erläuterungen ist zu lesen: „Die Verkehrserschließung bäuerlicher Betriebe ist eine grundlegende Voraussetzung für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung der Betriebe. Darüber hinaus schafft die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes die Voraussetzungen für den Ausbau des Fremdenverkehrs, für die Erhaltung einer notwendigen Siedlungsdichte und nicht zuletzt für die Existenzfestigung der landwirtschaftlichen Betriebe“.

Im übrigen wird auch zugegeben, daß es noch 34.000 landwirtschaftliche Betriebe gibt, die keinen LKW-befahrbaren Hofzufahrtsweg haben. Und trotzdem, obwohl die Baukosten sicherlich nicht gefallen sind, sondern sich um etliches erhöht haben, gibt es um 28,5 Millionen weniger. Angesichts dieser Auszehrung des ländlichen Wegebaues kann ich nur sagen: Hier lobe ich mir das Land Steiermark; keine großen Töne, aber dafür große Taten im ordentlichen Budget um 5,8 Millionen, das heißt um 17,6 Prozent mehr und im außerordentlichen Budget um 15 Millionen oder um 56 Prozent mehr im Sonderwegebauprogramm.

Dieses Sonderwegebauprogramm, meine Damen und Herren, einer Initiative unseres Herrn Landeshauptmannes Dr. Niederl entspringend, stellt einen weiteren Programmpunkt des Modells Steiermark dar, den wir nun in Angriff genommen haben und dabei sind zu realisieren. Und dank dieses Sonderwegebauprogramms, Herr Kollege Heidinger (Abg. Gerhard Heidinger: „Kommen Sie zu mir, ich zeige Ihnen zwei Straßen, die mit dem Sonderwegebauprogramm finanziert worden sind, und daneben zeige ich Ihnen die Höfe, die keine Zufahrt haben!“), ja, bitte, ich komme gerne zu Ihnen, aber offenbar ist also die Wirksamkeit des Abgeordneten Heidinger in seinem Bereich doch nicht so überwältigend, wie man uns das immer gerne glauben machen möchte. (Heiterkeit bei der OVP. — Landesrat Bammer: „Das war jetzt Magermilch!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Kommen Sie zu mir, ich zeige es Ihnen!“ Davon wollen Sie nichts wissen, gelt!“) Ich nehme gerne die Einladung an, Herr Kollege. Ich wollte nur sagen, dieses Sonderwegebauprogramm 1973 — 1973 hatten wir es schon in Wirksamkeit — hat es uns ermöglicht, 321 zusätzliche Wegbauprojekte anzupacken, darunter haben sich auch Straßen und Straßenzüge befunden, die so tadellos ausgebaut worden sind, gerade auch in der Oststeiermark, Herr Kollege Heidinger, daß sie in der letzten Landtagssitzung als Landesstraßen übernommen werden konnten, ich denke hier etwa an die Teichalmstraße, ich denke hier an die Kulmstraße, ich denke hier an die Sommeralmstraße, Straßen, Herr Landesrat, auf denen weiß Gott nicht nur Bauern fahren, sondern sehr viele Erholungssuchende aus der Stadt, auch aus dem Ausland und wir freuen uns, daß das

so ist. Ich betone das nur deswegen, weil man von sozialistischer Seite gerne so tut, als seien all diese Aufwendungen aus dem „Grünen Plan“, aus dem Agrarbudget, jene berühmten Subventionen für die Bauern, nichts. Das sind sie ganz gewiß nicht, diese Mittel sind gut angelegt für unsere Bauern, für den gesamten ländlichen Raum, das heißt, für alle. (Abg. Gerhard Heidinger: „Na ja, warum nicht!“) Na ja, bitte schön, das qualifiziert Ihre Äußerung, Herr Kollege. (Abg. Gerhard Heidinger: „Na ja, warum nicht für alle; das verstehe ich nicht!“) Warum nicht auch für die Bauern, so etwa hat das geklungen. Ich komme schon in die Schlußrunde, meine Damen und Herren und möchte sagen, angesichts der Versäumnisse (Abg. Zinkanell: „Kollege Haas, meinst du die 25 Millionen?“), angesichts der Kürzungen im Agrarbudget des Bundes, angesichts der gebrochenen Versprechungen der sozialistischen Regierung und angesichts der Leistungen, die das Land Steiermark, für unsere Bauern für den ländlichen Raum und damit für uns alle erbringt, brauche ich nur mehr einen zusammenfassenden Satz sagen (Abg. Gratsch: „Ein Tonband einschalten!“), nämlich, was Kreisky versprochen, hat Kreisky gebrochen, an das Modell Steiermark und Niederl laßt uns halten, um unser Land schöner zu gestalten. (Beifall. — Landesrat Bammer: „Und das alles unter dem Christbaum mit feuchten Augen!“)

**Präsident:** Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet Herr Abgeordneter Wimmmler. Ich erteile es ihm.

**Abg. Wimmmler:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind fast auf keinem Gebiet kostendeckend, während die Preise der industriellen Erzeugnisse und von Dienstleistungen, auf die die Landwirtschaft angewiesen ist, ständig im Steigen begriffen sind. Dies führt dazu, daß auch in der Landwirtschaft immer mehr der Grundsatz der Rentabilität gelten muß, dies führt vermehrt zum Einsatz chemischer und künstlicher Mittel. Wir wissen, daß zum Beispiel bei der Geflügel-, Schweine- und Kälberaufzucht eine schnellere Produktion durch Fütterung mit intensiven Mastfuttermitteln erreicht wird, mit denen durch Zusatz von schädlichen antibiotischen Mitteln ein schnelleres Wachstum bewirkt wird, ohne daß es zur Erkrankung der Tiere kommt. Was aber damit verbunden ist, hat uns der Fernsehvortrag eines bekannten Tierforschers vor einigen Wochen vor Augen geführt. Er hat uns gezeigt, daß die Landwirtschaft einfach nicht ohne Rücksicht auf das Leben produzieren kann. Die Biologie spricht vom Kreislauf der lebenden Substanz, und der Kreislauf der Gesundheit beginnt im Boden und setzt sich über die Pflanzen und das Tier fort und schließt den Menschen mit ein. Sowohl zur Verhinderung von Unkrautbildung als auch zur Arbeiterleichterung werden dem Boden Giftstoffe zugeführt, die nicht abgebaut werden, die diesen biologischen Kreislauf stören und die Regenerationsfähigkeit des Bodens beeinträchtigen oder gar zerstören. Wir könnten uns daher vorstellen, daß die nach einer bestimmten Norm unter natürlichen Bedingungen hergestellten, echten, frischen und natur-

belassenen Lebensmittel mit einem Gütezeichen versehen werden. Und ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß die Konsumenten für solche naturbelassene und mit diesem Gütezeichen versehene Lebensmittel freiwillig höhere Preise bezahlen würden. Von diesen Überlegungen ausgehend, haben die freihheitlichen Abgeordneten einen Resolutionsantrag eingebracht, worin die Landesregierung aufgefordert wird, eine Aktion „Echt, frisch, naturbelassen“ ins Leben zu rufen, in deren Rahmen landwirtschaftliche Produkte hoher Qualität, die ohne Heranziehung künstlicher, technischer und chemischer Hilfsmittel erzeugt werden, der Konsumentenschaft angeboten werden können. Eine besondere Kennzeichnung dieser Lebensmittel müßte zur Grundlage einer ebensolchen besonderen Preisgestaltung, die dem hohen Qualitätsniveau Rechnung trägt, genommen werden. Wir glauben, mit einer solchen Aktion nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch dem Konsumenten gedient zu haben. Ich ersuche daher um Annahme dieses Antrages.

**Präsident:** Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet Herr Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe es zwar nicht vorgehabt und es tut mir sehr leid, Herr Abgeordneter Wimmmler, aber man muß doch einiges zu den Feststellungen hier sagen, damit nicht der Eindruck entsteht, die moderne Landwirtschaft, wie sie heute produziert, würde gewissermaßen das Leben und die Gesundheit der Menschen bedrohen. Und ich darf Ihnen eines sagen, wir haben im landwirtschaftlichen Schulwesen und im landwirtschaftlichen Förderungsdienst, ich möchte sagen, ein halbes Jahrhundert gebraucht, bis wir von Produktionsmethoden, die in der Zeit vor dem Einsetzen wissenschaftlicher Erkenntnisse im Landbau verwendet wurden, wegkamen, damit diese neuen Methoden auch heute allgemein zugänglich werden. Es wäre jetzt sicher eine Fehlentwicklung und ein Rückschritt, wenn wir gewissermaßen sagen würden, das, was heute von der Seite der Wissenschaft, der Lehre des Förderungsdienstes als richtig erkannt wird, ist schlecht — wenn wir das Kind mit dem Bad ausgießen und jetzt wieder sagen würden, wir kehren wieder zu Produktionsmethoden zurück ohne die Verwendung von Mineräldünger, ohne die Verwendung technischer Hilfsmittel — wäre ja unvorstellbar. (Abg. Wimmmler: „Von Mineräldünger habe ich nicht geredet!“) Ja, normalerweise sagt man, Mineräldünger ist Kunstdünger — an sich eine Verwechslung, die schon seit 100 Jahren viel Verwirrung angestiftet hat. — Ich darf Ihnen nur eines sagen, das Österreichische Futtermittelgesetz und das Österreichische Pflanzenschutzgesetz sind europäische Spitzenklasse auf dem Gebiete einer gesunden, biologischen und — wenn Sie wollen — auch den Lebensgesetzen entsprechenden Pflanzen- und Tierproduktion. Ich möchte aber eines einräumen, sicher wie überall, wenn man Dinge falsch anwendet, wenn man einen Mißbrauch betreibt, ja, da kann man natürlich, vom Autofahren angefangen bis zu allen anderen Lebensäußerungen oder Ein-

richtungen, das Verkehrte machen. Wenn man nämlich der Lehre gewisser Naturpraktiker, die den biologischen Landbau predigen, folgen würde, dann würde das ein Produktionsniveau bedeuten, wie wir es etwa um 1850 in Europa hatten. Und das würde gleichermaßen auch bedeuten, daß wir nicht in Österreich eine Ernährungsversorgung von 85 Prozent hätten, sondern höchstens 30 bis 35 Prozent. Wir haben nichts dagegen, wenn man darauf hinweist, daß es auch in der Pflanzenernährung und auch in der Tierproduktion Fehlentwicklungen geben kann, aber wir müssen der Bevölkerung sagen, daß dann in der Landwirtschaft, wenn sie so produziert, wie es heute in den Schulen, von der Hochschule für Bodenkultur angefangen bis zu den Mittelschulen, Fachschulen, Berufsschulen gelehrt wird, wie es der Förderungsdienst seit Jahrzehnten, ich möchte fast sagen mit einer aufopfernden Hingabe, der breiten Schichte der bäuerlichen Produzenten nahegebracht hat, diese Befürchtungen in keiner Weise zutreffen.

Nun aber möchte ich noch ganz kurz zu meinem Thema Landwirtschaft und Fremdenverkehr etwas sagen. Es wäre sehr verlockend, Herr Abgeordneter Zinkanell, über die Erfahrungen, „die Bauern stellen die Regierung“, hier zu berichten. Ich möchte nur sagen: in Weißenbach bei St. Gallen waren ungefähr 50 Bauern, die beim Vizekanzler eine Vorsprache erbeten hatten. Dies wurde vorher telegraphisch angekündigt. Die Bauern haben ihre Argumente vorgebracht, die Antwort des Herrn Vizekanzlers und Sozialministers war aber dann sehr kurz. Er ist ungeduldig geworden und hat gesagt: „Das glaube ich, daß ihr mit der Regierung nicht zufrieden seid, weil ihr seid ja ÖVPLer und ich bin Sozialist.“ Und damit hat er sie entlassen.

Ich wollte das nur hier am Rande einflechten, weil wir ja auch Erfahrung damit haben.

Es ist früher von der Produktivitätssteigerung gesprochen worden, und der Herr Abgeordnete Wimmeler spricht von einer Reduzierung von ertragssteigernden Betriebsmitteln. Ich muß Sie hier fragen: „Hat denn die Landwirtschaft, wenn nicht die Preis-Kosten-Seite stärker zum Tragen kommt, überhaupt noch eine Chance, in dem Kostenwettbewerb und Einkommenswettbewerb mitzuhalten? Ich kann heute ein Fließband, eine Autoproduktion, jeden anderen technischen Artikel durch eine Vervollkommnung des Produktionsvorganges mit noch weniger Arbeitsstunden produzieren, aber hier in der Landwirtschaft stecken wir doch in Grenzsituationen, die uns die Natur vorschreibt. Und wenn wir heute 11,9 Prozent landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil haben, so möchte ich hier sagen, gemessen an der Tatsache, daß das österreichische landwirtschaftliche Gebiet zu zwei Dritteln ein Bergbauerngebiet ist, frage ich Sie, wie weit werden wir uns denn einen Rückgang leisten können? Es gibt nicht nur Landwirtschaftsbetriebe die an der Grenze zum Nebenerwerb stehen, sondern es gibt auch — und das wollen wir erreichen — Vollerwerbsbetriebe und für die sind heute die Arbeitskräfte eine derartige Mangelware geworden, die oft heute nicht wissen, ob morgen ein Hoferbe zur Verfügung stehen wird. Die stecken also in personellen Problemen, die viel-

fach eine menschliche Tragik bedeuten. Wir müßten der Landwirtschaft und der bäuerlichen Jugend nicht allein die Möglichkeit der Abwanderung oder der Ergreifung von neuen Berufen vor Augen stellen, sondern wir müssen diesen bäuerlichen Menschen und der Jugend in der gesellschaftlichen Stellung, in ihrem Ansehen, in ihrem Image in der Gesamtbevölkerung einen höheren Stellenwert einräumen, denn auch das gehört dazu. Sie werden von den jungen Menschen nicht erwarten können, daß sie weiterhin Bauern und Bäuerinnen werden wollen, wenn sie das Gefühl haben, daß das ein Beruf ist, der am Aussterbeetat steht.

Nun auch ein Wort zum Nebenerwerb. Es ist richtig, es gibt in Österreich oder in der Steiermark 80 Prozent der Betriebe unter der 10-ha-Grenze und wir bemühen uns, alle möglichen Einkommensformen, die das landwirtschaftliche Einkommen aufstocken können, den Menschen zugänglich zu machen. Aber generell ist es für die Bauern kein Rezept, wenn man ihnen sagt, daß sie einen zweiten Beruf ergreifen sollen, wenn sie mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen sollten. Wir bekennen uns zur Freizeitgesellschaft, auch zur Freizeitpädagogik. Diese Worte sind hier schon gefallen, aber für die Bauern ist es generell, das möchte ich zweimal unterstreichen, kein Rezept, wenn man sagt, sie sollen einen zweiten Beruf ergreifen.

Landwirtschaft und Fremdenverkehr stehen in einer engen Wechselbeziehung. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die Besiedlung, der Lebensraum, der Kulturraum eine unentbehrliche Voraussetzung dafür sind. Es gibt gar keinen anderen Beruf oder keinen Wirtschaftszweig, der sich so sehr auf die Dienstleistungen und auf das Vorhandensein eines anderen Berufes abstützt wie gerade der Fremdenverkehr. Sie können heute eine Fabrik in die Wüste bauen; wenn die Menschen, die dort arbeiten, versorgt und die Rohstoffe vorhanden sind, wird die Fabrik, so glauben wir, funktionieren. Das geht beim Fremdenverkehr nicht, und hier schafft die Landwirtschaft und vor allem die bergbäuerliche Landwirtschaft eine Voraussetzung, eine Grundlage, die nicht wegzudenken ist. Viele Beispiele zeigen es, daß die gesunde bäuerliche Besitzstruktur vielfach auch die Grundlage für die Entwicklung des Fremdenverkehrs war, ob das die Grundstücke sind, die Kreditmöglichkeit oder die Menschen. Die Gästebeherbergung am Bauernhof ist seit Jahren auch eine Erwerbsmöglichkeit. Laut Grünem Bericht sind es 32 Prozent der Nebeneinkommen, die aus der Gästebeherbergung entnommen werden können.

Nun, welche Voraussetzungen müssen vorhanden sein, damit der Urlaub am Bauernhof möglich ist? Die erste Voraussetzung ist die Infrastruktur. Dies wurde schon erwähnt und ich möchte dem Herrn Landesrat Dr. Krainer danken, daß er anlässlich der Übernahme von Landesstraßen erwähnt hat, daß sofort die Arbeit beginnt, um auch ein System von Konkurrenzstraßen auszuarbeiten und einer gemischten Finanzierung in einigen Jahren zuzuführen. Es ist das notwendig, wenn wir Bergbauerngemeinden, ich denke hier z. B. an das Kleinsölketal oder Oppenberg, nicht einfach hinsichtlich der Verkehrs-

erschließung und Erhaltung praktisch in ihrer weiteren Entwicklung hemmen wollen. Zur weiteren Entwicklung des Fremdenverkehrs am Bauernhof gehört die Ausbildung, und hier sind auch unsere landwirtschaftlichen Schulen, die Hauswirtschaftsschulen, die Berufsschulen, die landwirtschaftlichen Fachschulen eine Grundvoraussetzung. Ich könnte Ihnen viele Beispiele sagen, wo Mädchen aus unseren Fachschulen später tüchtige Unternehmerinnen auf dem Sektor der Fremdenpensionen, der Hotels und ähnlichen Dingen geworden sind. Zu dieser Ausbildung spielt auch die Förderungstätigkeit der Landwirtschaftskammer eine hervorragende Rolle, und es ist sehr erfreulich, daß allein im letzten Winter in rund 32 mehrtägigen Kursen der Förderungsdienst der Landwirtschaftskammer über 800 Bäuerinnen und daran interessierte Menschen geschult hat, wie sie in der heutigen Zeit die Gästebeherbergung durchführen sollen.

Ein drittes Problem sind die Investitionen. Das Problem des großen Bauernhauses wurde schon wiederholt erwähnt. Ich möchte hier nur wiederholen, daß man in der Wohnbauförderung — alle unsere Initiativen waren ja nicht sehr erfolgreich — doch von den Beschränkungen der Nutzflächenbegrenzung Abstand nimmt. Wir haben noch in der Steiermark verschiedene Regionen, die sich für die Entwicklung des Fremdenverkehrs wunderbar eignen würden, wo aber, weil inzwischen in den anderen Gebieten der Standard sich weiterentwickelt hat, der Nachholbedarf wesentlich schwieriger sein wird, weil man erst heute beginnen kann. Und man wird sich überlegen müssen, wie weit man durch gezielte Förderungen hier auch über den landwirtschaftlichen Nebenerwerb für den Fremdenverkehr für den Urlaub am Bauernhof eine Ausgangsbasis schaffen kann.

In dem Zusammenhang möchte ich Ihnen sagen, daß wieder über den Förderungsdienst der Landwirtschaftskammer immerhin im Jahre 1973 500 Förderungsansuchen mit einer Summe von 6,6 Millionen Schilling erledigt werden konnten und auch dazu ein Beitrag geleistet wurde. Weitere Voraussetzung: Der bäuerliche Fremdenverkehr bedarf unbedingt einer leistungsfähigen gewerblichen Wirtschaft, er bedarf der Küchenbetriebe, weil es ja die Bäuerin nur in den wenigsten Fällen und nur unter übermenschlicher Arbeitsleistung zustande bringen wird, neben ihrer sonstigen Tätigkeit im Betrieb, in der Familie auch die Gäste zu verpflegen. Wir sind daher froh, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart gerade in der Förderung der Küchenbetriebe einen Schwerpunkt gesetzt hat, weil diese eine Mitvoraussetzung sind, damit sich der bäuerliche Fremdenverkehr entwickeln kann. Auf die allgemeinen Voraussetzungen der Fremdenverkehrswirtschaft, die natürlich auch dem bäuerlichen Nebenerwerb zugute kommen, möchte ich nicht näher eingehen, das ist selbstverständlich, aber eines möchte ich noch erwähnen. Die steirische Landwirtschaftskammer hat im Herbst 1972 einen Landesverein gegründet. (Landesverein „Urlaub am Bauernhof“.) Dieser Verein hat heute über 700 Mitglieder, es war das eine ausgezeichnete Idee, um die vielen Interessen und — ich möchte fast

sagen — die Isoliertheit der vielen bäuerlichen Betriebe, die sich mit der Fremdenbeherbergung beschäftigen, zusammenzufassen, das Angebot zu bündeln. Und dieser Verein „Urlaub am Bauernhof“ ist auch eine Voraussetzung und ein Gesprächspartner für die Landesregierung, für die Fremdenverkehrswirtschaft und sonstige Einrichtungen.

Meine Damen und Herren! Abschließend darf ich sagen, der Urlaubsgast am Bauernhof ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die weitere Erhaltung der Besiedelung und der Lebensfähigkeit der Bergbauernwirtschaft. Diese bergbäuerliche Landwirtschaft ist aber ebenso eine unentbehrliche Voraussetzung für die Fremdenverkehrswirtschaft. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächster hat sich zum Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Heidinger:** (Läßt Apfel verteilen.) Herr Präsident! Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Zahlenmäßig zwar nicht ins Gewicht fallend, wenn man von der Zahl der Betriebe ausgeht, wohl aber durchaus beachtlich von der Zahl der Leistung der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Produktion in der Steiermark, können wir den Weinbau und den Obstbau als Träger einer Spezialkultur ansehen. Und ich gebe meiner besonderen Freude Ausdruck, daß im Kapitel 731,720 erstmals eine Förderungspost von 1,2 Millionen Schilling für den Weinbau ausgewiesen ist. Rund 5000 Weinbaubetriebe der Steiermark werden dadurch wieder neuen Mut fassen, nachdem sie im ausgelaufenen Weinbauplan gefördert wurden und damit die Umstellung auf die Hochkultur — für die moderne Betriebswirtschaft unbedingt notwendig — gefördert wurde, so daß wir heute mit 80 Prozent umgestellter Fläche gegenüber den anderen Bundesländern im Vorteil sind. Wir hoffen, daß mit diesen Förderungsmitteln weiterhin die Betriebsaufstockung, Spezialmaschinen, Hagelschutz sowie Qualitäts- und Absatzorganisation, insbesondere im Direktverkauf im Buschenschankausbau, gefördert werden. Und wenn vielleicht manche meinen, daß das eine ungerechtfertigte Förderung wäre, so darf ich nur kurz sagen, daß die Marktleistung der steirischen Weinbauern bei 165 Millionen Schilling beträgt und daraus — vorsichtig gerechnet — sich eine Alkoholsonderabgabe von 12 Millionen Schilling ergibt. An diesen Eingängen ist das Land mit 30 Prozent beteiligt, so daß die Förderungspost genau ein Drittel der Alkoholsonderabgabe ist, die der Weinbau sozusagen einspielt für das Land.

Und zum Obstbau darf ich sagen, 40 Prozent der Pflanzenbauproduktion des Endrohertrages in der Steiermark erbringen die ungefähr 2000 Betriebe des Obstbaues, und ich habe mir mit Genehmigung des Herrn Präsidenten erlaubt, eine kleine Kostprobe hier hereinbringen zu lassen. Wir werden diese an alle Damen und Herren des Hohen Hauses einschließlich der Beamten und Journalisten verteilen, wobei ich auch auf die Farbe Bedacht genommen habe, die Freunde von der Linken werden mit Jonathan beteiligt, so daß sie also ihre Lieblingsfarbe handgreiflich vor Augen haben. (Beifall.) Ich darf vielleicht zum Kollegen gewendet sagen, es



ist leider kein Apfel, der nach Ihrer Gestion die Qualitätsbezeichnung bekommen könnte, er ist wahrscheinlich 10- bis 12mal gespritzt, denn sonst könnte ich Ihnen nur einen schorfigen, wurmigen Apfel vorsetzen, und das würde ich mich nicht getrauen, aber die Karenzfristen, die die Pflanzenschutzgesetzgebung vorsieht, wurden eingehalten. (Dr. Götz: „Wir warten auf die Zwetschken!“) Die hätten Sie mitbringen müssen, Herr Bürgermeister, aber wir werden das nächstmal auch etwas für die Blauen vorsehen. (Abg. Zinkanell: „Es ist gut, daß es keine schwarzen Äpfel gibt!“) O ja, wenn sie faul sind. Aber nach dieser vielleicht doch durchaus vitaminreichen und mit Rücksicht auf die heutige Durcharbeit netten Jause darf ich doch sagen, daß die Obstbauern Absatzsorgen haben. Über die Ostliberalisierung hat der Kollege Schrammel schon gesprochen, es ist aber tatsächlich so, daß der heurige Obstmarkt einen deutlichen Preisverfall für die Produzenten anzeigt, und wir können nur hoffen, daß die Frage der Ostliberalisierung noch einmal eingehend überlegt wird.

Und nun nur noch ganz kurz, Kollege Zinkanell, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, noch die Zahlen des Bundesbudgets in Globalposten Revue passieren zu lassen. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede gesagt: „Die Bundesregierung setzt daher auch mit dem Budget 1974 die landwirtschaftliche Förderung auf dem hohen Niveau der vergangenen Jahre fort.“ Ich darf dazu nur eines sagen, er hat ein Wort vergessen — und das heißt „nominell“, denn tatsächlich sind die Ausgaben im Grundbudget des Bundes um 14,6 Prozent gestiegen, während das Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft nur um 6,7 Prozent angehoben wurde, wobei die wesentlichen Titel der Förderung 601 bis 603 praktisch unverändert blieben, weil die geringe Aufstockung des Landwirtschaftsbudgets auf die Personalkosten der Zentrale, sprich des Ministeriums, und der Anstalten und Schulen ging. Ich überlasse es Ihnen festzustellen, wo wirklich Agrarförderung betrieben wird. Wir können es aus dem Landesbudget errechnen, in den Abschnitten 73 und 74 haben wir eine Steigerung der Budgetansätze von 23 Prozent, im außerordentlichen Voranschlag sogar von 46 Prozent, vornehmlich das Sonderwegbauprogramm, über das der Kollege Haas schon gesprochen hat. Und ich darf nur hoffen, daß dieser Stabilitätstrend des Herrn Finanzministers bei der Frage der Preisstabilität mehr Erfolg erzielt als bei der Stabilisierung des Landwirtschaftsbudgets auf nominellen Beträgen, die durchaus nicht der Bedeutung der Landwirtschaft gerecht werden. Da es im Landesbudget anders ist, werden wir diesen Ansätzen mit Freude zustimmen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Koiner:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist gewiß keine gute Einleitung, wenn man das Gefühl hat, sich eigentlich entschuldigen zu müssen, da das immerhin auf ein schlechtes Gewissen schließen ließe. Ich muß es trotzdem tun, da jeder in Anbetracht der schon fortgeschrittenen

Zeit eine gewisse Redebeschränkung vornehmen sollte, ich aber einige Sachen doch zur Sprache bringen muß und vielleicht deshalb etwas länger brauche. Ich bitte also auch im Hinblick darauf, daß es mir als schlechtes Gewissen ausgelegt wird, um Entschuldigung.

Der erste Anlaß ist die Ausführung des Kollegen Zinkanell in der gestrigen Debatte, was die Zuschußrenten anbelangt. Hier möchte ich nicht sagen, daß ich nicht grundsätzlich einsehe, daß die Notwendigkeit einer Verteidigung gegeben ist. Aber es ist doch notwendig, einige Zahlen richtigzustellen. Verwundert hat mich vor allem, nachdem wir uns doch immerhin einige Zeit kennen, daß zur Begründung immer wieder auf 40 bis 50 Jahre zurückgegriffen wird und es ist nun sicher Ihre Angelegenheit, das heißt die Ihrer Partei, die sich immer als sehr modern deklariert, wenn zur Begründung z. B. auf 1922 zurückgegriffen wird. Das ist Ihre Entscheidung, und sind Sie uns dann auch nicht böse, wenn von unserer Seite auch berechtigte Zweifel an der Modernität immer wieder geäußert werden müssen. Uns war es immer klar, wir haben das bei jeder Gelegenheit gesagt, daß die Nachziehung der Zuschußrentner in Etappen vor sich zu gehen hat. Ich möchte Ihnen die Ausführungen des derzeitigen Sozialministers Häuser in einem Auszug aus dem Stenographischen Protokoll des Nationalrates zu der Zeit, als er noch in Opposition war und zu dieser Sache gesprochen hat, ersparen. Er führte dort an, daß wir in absehbarer Zeit eine Anpassung an die vollen Leistungen der Bauernpensionen durchzuführen haben. Da gebe ich Ihnen recht, absehbar ist ein dehnbarer Begriff. Ich möchte jedoch um Verständnis dafür bitten, vor allem im Hinblick darauf, daß die Leute ja immer älter werden, daß diese absehbare Zeit nicht so weit ausgedehnt wird, daß die meisten von ihnen — und das ist sicherlich die Gefahr — dann nicht mehr in den Genuß dieser Verbesserungen kommen können.

Die zweite Angelegenheit, die ich dabei erwähnen muß, ist, daß es hieß „Arbeitnehmer zahlen sich 81 Prozent der Rente selbst, die Bauern nur 35 Prozent“. Und das zeigt ja wieder sehr genau, welchen falschen Eindruck man damit erwecken kann, wenn man nur in diesen Prozentzahlen spricht. (Zwischenruf von der SPO.)

Herr Abgeordneter, die Zahlen müssen Ihnen sehr gut bekannt sein! Die Präsidentenkonferenz hat an Hand des Jahresberichtes der einzelnen Versicherungsanstalten folgendes zusammengestellt:

In der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter wurden 1972 an Bundesmitteln insgesamt 5 Milliarden, 867 Millionen Schilling verbraucht. Es gibt dort 363.000 Pensionisten. Es sollen auf den einzelnen Pensionsempfänger 8850 Schilling kommen, davon sind 6988 Schilling Pensionszuschuß und 1862 Schilling Ausgleichszulage. Im bäuerlichen Bereich betrug der Bundeszuschuß ohne Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Jahre 1972 nur 1174,4 Millionen Schilling.

Auf jeden der 146.000 Leistungsempfänger kommen 8044 Schilling, davon für Renten und Pensionen 4784 Schilling und für Ausgleichszulage 3260 Schilling. Ein endgültiger Vergleich der Brufgruppen

besagt folgendes: Die Berufsgruppe der Bergarbeiter hat einen jährlichen Zuschuß des Staates pro Pensionist von 26.333 Schilling. Wir neiden das niemandem! Die Landarbeiter haben einen jährlichen Zuschuß des Staates pro Pensionist von 20.717 Schilling. Ich stelle das nur richtig, damit auch die Größenverhältnisse zum Ausdruck kommen, denn die sind mit 81 und 35 Prozent nicht sehr deutlich. Die Gewerbetreibenden haben einen jährlichen Zuschuß des Staates pro Pensionist von 19.197 Schilling, die Arbeiter von 8850 Schilling und die Landwirtschaft von 8044 Schilling.

Von diesen Berufsgruppen ist die Landwirtschaft diejenige, die pro Rentner bzw. Pensionist vom Staat am wenigsten beansprucht und bekommt. (Abg. Prensberger: „Wollt ihr mehr haben?“) Das beweisen die Zahlen des Jahres 1972. Nach den Angestellten, ich möchte das in aller Klarheit sagen, sind es die Bauern, die auf dem sozialen Sektor den Bund pro Person am wenigsten belasten. Ich möchte das zur Klarstellung der Ausführungen von gestern angeführt haben. (Abg. Zinkanell: „Aber wir haben die Bauernpension erst seit einigen Jahren, und die anderen haben schon seit Jahrzehnten aufgebaut, und daß wir sie erst seit einigen Jahren haben, daran seid ihr selbst schuld!“ — Abg. Brandl: „Jawohl, das ist richtig!“) Die Begründung ändert nichts an den realen Zahlen. Die Begründung, daß vor 15 Jahren die Bauern der Meinung waren, sie brauchen diese Pensionen nicht, das möchte ich nicht bestreiten (Abg. Brandl: „Die Bauern nicht, die Funktionäre waren der Meinung!“), aber in 15 Jahren ist eine Änderung in der Land- und Forstwirtschaft vor sich gegangen, die leider Gottes auch zur Kenntnis zu nehmen ist und wer weiß denn das besser als wir in diesem Hause. (Beifall.)

Und nun zu ein paar Ausführungen, die heute erfolgt sind. Ich bin völlig der Meinung, daß wir die Maul- und Klauenseuche ruhen lassen sollen. Warum es hier zur Schulfrage gekommen ist, ist lediglich daraus zu erklären, weil es heuer zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten nicht gelungen ist, einen Stopp herbeizuführen. Daß die Auswertung erfolgt ist und daß deshalb dann die Frage: „Wo hätte man etwas besser machen können, was hat man eventuell versäumt?“ an Aktualität gewinnt. Nur soviel zu Maul- und Klauenseuche. (Landesrat Peltzmann: „Ich glaube, die 1400 Experten sind daran zugrunde gegangen, man hört nichts mehr von ihnen!“ — Abg. Prensberger: „Ärgern Sie sich darüber, daß wir so viele Experten haben?“ — Abg. Zinkanell: „Wenn die Leute sich an die Vorschriften gehalten hätten, wäre die Hälfte nicht passiert!“ — Abg. Schrammel: „Wir ärgern uns nur, daß ihr sie nicht mehr habt!“ — Abg. Prensberger: „Wir haben sie schon, ihr braucht keine Sorgen zu haben!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Der Herr Abgeordnete Koiner ist am Wort!“)

Meine Damen und Herren! Ich bitte auch folgendes zu beachten und ich glaube, das ist notwendig. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir etwa auch für das Jahr 1972 verhältnismäßig auch für die Landwirtschaft günstige Ergebnisse erwarten. Nur ist es vielleicht nicht ganz richtig, hier die Roheinnahmen als Vergleich zu

nehmen. Ich glaube, darauf ist geantwortet worden. Der Landwirt verfügt leider Gottes nur über das dann wirklich, was ihm an echtem Einkommen, das heißt nach Abzug der Kosten, übrigbleibt, die von den Roheinnahmen abzusetzen sind. Und das schaut leider Gottes doch etwas anders aus, vor allem im Jahre 1973. Das Holz — 100 Prozent würde ich als nicht ganz stimmend ansehen (Abg. Brandl: „Ist so ganz schön, hohe Steigerungen, gute Gewinne!“) — ja, ich habe auch nichts gesagt, Herr Abgeordneter Brandl, gegen hohe Steigerungen, ich habe nur gesagt, 100 Prozent stimmt nicht (Abg. Zinkanell: „Dann hat die Zeitung eine falsche Meldung gebracht!“) und ich glaube, das ist nachzuweisen, da sind wir uns dann auch einig. Was den Treibstoff anlangt, bin ich mir darüber im klaren, daß es einige Probleme auch bei der Einführung gibt, leider Gottes, obwohl wir an und für sich erwartet hätten, daß wie gesagt, mit 1. Jänner das zu realisieren wäre. Ich könnte mir — und das ist meine persönliche Vorstellung — etwa vorstellen, ich glaube, es ist in der Form noch nicht an die Öffentlichkeit getragen worden, daß wir etwa mit 1. Juli diese Einführung auch von uns aus uns vorstellen könnten, dann, wenn wir etwa für das Jahr 1974 die volle Treibstoffrückvergütung bekommen würden. Das wäre ein Kompromißvorschlag, der auch für den Finanzminister nicht ungünstig ist, nachdem ja bekannt ist, daß die Treibstoffrückvergütung, die wir im nächsten Jahr ausbezahlt kriegen, ja für das heurige Jahr erfolgt, daß dies ein Kompromißvorschlag rein von meiner Person her wäre, den ich mir vorstellen könnte.

Und abschließend nur noch zur Situation: Ich habe auch in der Kammervollversammlung die Meinung vertreten, Herr Abgeordneter Zinkanell, daß man hier nicht überempfindlich sein soll, und zwar vor allem deswegen nicht überempfindlich sein soll, weil das eine Aktion war, ein Versuch, mit der Bundesregierung ins Gespräch zu kommen, und das ist gelungen. Ich erinnere daran, daß der Herr Bundeskanzler in einer sehr unmißverständlichen Art und Weise gesagt hat, es ist nicht zu reden und nachher, nach dieser Angelegenheit war er bereit zu reden. Wenn das immerhin eine Aktion war, mit der man nicht die Konsumenten belastet hat, indem man auf die Straße gegangen ist, sondern in der man nur die Herren Regierungsmitglieder und die Damen der Regierung belastet hat, dann finde ich das durchaus erträglich, wenn man dabei auch dem Konsumenten verschiedene Unannehmlichkeiten ersparen konnte. Im übrigen soll man nicht so empfindlich sein, Minister sind nun einmal dazu da, im Öffentlichkeitslicht zu stehen, hier darf man nicht so zimperlich sein. (Abg. Zinkanell: „Herr Präsident, Sie haben vorhin wegen des Nichtredens den Klaus mit dem Kreisky verwechselt!“) Mir ist das noch nie passiert, daß ich den Klaus mit dem Kreisky verwechselt habe, aber bitte. Ich nehme die Interpretation durchaus auch zur Kenntnis. (Heiterkeit bei der OVP.)

Und nun möchte ich also zum eigentlichen Thema kommen, das mir gestellt ist im Rahmen dieser Agrardebate. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das die Sache eines Interviews,

das der Herr Landesfinanzreferent der „Neuen Zeit“ gegeben hat, und zwar am 27. November 1973. Ich bitte, es tut mir an und für sich leid, daß es nicht möglich ist, daß der Herr Landesfinanzreferent nun da ist (Landesrat Dr. Klauser: „Doch, hier bitte!“), oh, ich bitte um Entschuldigung, das ist so ungewohnt, ihn in den Reihen der Abgeordnetenbänke zu sehen, daß ich sagen muß, ich bitte um Entschuldigung, es ist in Ordnung. Der Herr Landesfinanzreferent hat, wie gesagt, in dem Interview vom 27. November 1973 mit der „Neuen Zeit“ wörtlich erklärt: „Die Bauern werden immer weniger, die Bürokratie wird aber immer größer und teurer. Ich möchte außerdem bezweifeln, ob der Arbeitsaufwand der Bauernkammer wirklich den Bauern dient oder nicht viel mehr der Österreichischen Volkspartei.“ (Abg. Brandl: „Da hat er recht gehabt!“ — Abg. Zinkanell: „Ganz recht!“) Nun, diese Aussage, meine Damen und Herren, eines Regierungsmitglieds ist zu gewichtig, als daß sie es nicht verdienen würde, auf ihren Inhalt und auf ihren Wahrheitsgehalt untersucht und analysiert zu werden. Und was mich dabei besonders bewegt, ist die Tatsache, daß ich eigentlich den Herrn Landesrat sicher in einer subjektiven Einschätzung einfach anders eingeschätzt habe. Warum? Wenn der Herr Landesfinanzreferent, bei dem Posten, der 3 Promille des gesamten Budgets des Landes ausmacht, der Meinung ist, daß dort allein gespart werden kann — und das geht aus dem Interview deutlich hervor (Abg. Brandl: „Unter anderem hat er gemeint!“), dann muß ich sagen, das paßt nicht ganz in das Bild, das ich mir — allerdings sehr subjektiv — vom Herrn Landesfinanzreferenten gemacht habe. Ob hier eine andere Notwendigkeit vorhanden war, das zu tun, stelle ich Ihnen anheim, ich persönlich habe diesen Eindruck gehabt. Und nun zu den vier Behauptungen. Die erste lautet, die Bauern werden immer weniger. Nun ist das gewiß richtig, denn die Abwanderungsquote der in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten ist mit rund 30.000 Personen jährlich in den letzten drei Jahren tatsächlich dem Durchschnitt früherer Jahre um rund ein Drittel davongeeilt. Worauf es aber in der Förderung der Landwirtschaft hauptsächlich und in erster Linie ankommt, meine Damen und Herren, ist doch die Zahl der zu betreuenden landwirtschaftlichen Betriebe. Und hier zeigt sich ein vielleicht den Laien überraschendes und ganz anderes Bild. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1971 im Vergleich zum Ergebnis 1961 hatten wir in der Steiermark im Jahre 1971 72.708 landwirtschaftliche Betriebe, während es ein Jahrzehnt vorher 75.406 waren. Die Abnahme beträgt also nur 3,70 Prozent und auch hiebei liegt die überwiegende Zahl der aufgelassenen Betriebe, Hohes Haus, in der Größenordnung von 1 bis 2 ha. Was aber ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß die Zahl der Vollerwerbsbetriebe in diesem Zeitraum sich um 12,1 Prozent auf 36 Prozent vermindert hat und dafür die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe sich um 12,3 Prozent auf 26.780 Betriebe vermehrt hat. Nun ist es aber eine vom allgemeinen Konsens getragene Überzeugung, daß gerade den Nebenerwerbsbetrieben, die in absehbarer Zeit die Zahl der Vollerwerbsbetriebe überflügeln werden, eine

besondere Betreuung zuteil werden muß, um diesen Familien eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Einen Hinweis darauf, daß wir uns mit dieser Meinung nicht allein befinden, hat ja die niederösterreichische Arbeiterkammer vorpraktiziert, die die Aufgabe der Sozialbetreuung dieser Betriebe bzw. Betriebsführer als eine ihrer Aufgaben neu aufgenommen hat.

Die zweite Behauptung, daß die Kammerbediensteten immer mehr werden, ist einfach unrichtig, Herr Landesrat. Die Kammer hat ganz im Gegenteil in den letzten Jahren ihr Personal ständig vermindert. Wir erreichten im Jahre 1968 mit 796 Bediensteten den höchsten Personalstand. Es entwickelte sich in den weiteren Jahren wie folgt: 1969: 763 Bedienstete, 1970: 716 Bedienstete. Dieser nicht unbeträchtliche Abfall ist auf die Tätigkeit eines damals eingesetzten Personaleinsparungsausschusses zurückzuführen. 1971 hatten wir 710 Bedienstete, 1972 716 Bedienstete und 1973 720 Bedienstete. Diese Steigerung ist im wesentlichen auf den Ausbau des Raiffeisenhofes zurückzuführen. Mit Ende dieses Jahres aber ist der Personalstand auf 685 Bedienstete zurückgegangen, also eine Einsparung wieder um 35 Bedienstete.

Die dritte Behauptung, daß das Personal immer teurer werde, ist gewiß nicht zu bestreiten. Und davon weiß jeder, der mit der Erstellung eines Budgets zu tun hat, ein Lied zu singen. Ich glaube, einen nicht unbeträchtlichen Anteil an dieser Entwicklung hat auch die Geldwertverdünnung, die in den letzten Jahren vor sich gegangen ist, mit sich gebracht. Und die Abgeltung dieser Geldwertverdünnung wirkt sich natürlich auch im Personalbudgets jeder Institution aus. Die Kammer ist nun durch das Bauernkammergesetz verpflichtet, ihre eigenen Bediensteten nicht schlechter zu stellen als vergleichbare Landesbedienstete. Dies ist aus sozialen und personalpolitischen Gründen durchaus zu bejahen, es ist aber unsinnig, der Kammer dies sozusagen zum Vorwurf zu machen. Und es darf gerade deshalb eine Gegenüberstellung der Personalkostensteigerung im Landesbudget und im Kammerbudget gegeben werden. Im Jahre 1970 hatte das Land in Prozenten eine Steigerung auf diesem Sektor des Budgets von 13,07 Prozent gehabt, die Kammer eine solche von 3,2 Prozent. 1971 das Land eine Steigerung von 11,32 Prozent, die Kammer von 7,4 Prozent. 1972 das Land eine Steigerung von 11,43 Prozent, die Kammer eine solche von 7,8 Prozent. 1973 das Land eine Steigerung von 25,97 Prozent und die Kammer eine solche von 21,59 Prozent. 1974 nach den Budgetziffern das Land eine Steigerung von 14,16 Prozent und die Kammer von 7,46 Prozent. Dieser Prozentsatz ist ohne die Personalkostensteigerung der Lehrer erfolgt. Daraus geht wohl eindeutig hervor, daß sich die Kammer im Vergleich zum Land sehr wohl bemüht hat, die Personalkostensteigerung gerade durch Einsparung von Personal in gewissen Grenzen zu halten. Ein Vorwurf in dieser Richtung scheint daher völlig unangebracht.

Die vierte Behauptung, nämlich der persönliche Zweifel des Herrn Landesrates, ob die Bediensteten nicht mehr der OVP als der Bauernschaft dienen,

stellt eine Pauschalverdächtigung dar, die ich bereits persönlich einmal gegenüber dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Steiermarks, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, schriftlich zurückgewiesen und gleichzeitig gebeten habe, diesen Vorwurf durch konkrete Beispiele zu untermauern. Darüber ist in der Kammervollversammlung im Frühjahr berichtet worden. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian ist bis heute meiner Bitte nicht nachgekommen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das stimmt nicht, ich habe Ihnen geschrieben!“)

Ich darf deshalb auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter und auch den Herrn Landesfinanzreferenten vor dem gesamten Forum des Hohen Hauses einladen, diese Behauptung zu präzisieren bzw. durch konkrete Beispiele zu beweisen und ich hoffe, daß ihnen dies gelingen wird. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Das ist ja keine Schwierigkeit, Herr Präsident, man braucht nur die Kammerwahlen 1964 und 1966 hernehmen, die das eindeutig bewiesen haben, das ist nicht schwierig!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Die Arbeiterkammerwahlen!“ — Abg. Zinkanell: „Ich bringe Ihnen ein Kilo Unterlagen!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Es geht darum, was wahr ist und was nicht wahr ist! Außerdem habe ich Ihnen geschrieben!“ — Abg. Zinkanell: „Ein Kilo Unterlagen für diese Behauptung!“ — Präsident: „Am Wort ist der Herr Präsident Koiner!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nicht darauf eingehen, in welchen Sparten diese Herren des Beratungs- und Förderungsdienstes eingesetzt sind. Ich möchte trotzdem einen unverdächtigen Zeugen verlesen, im Hinblick darauf, daß ja das Landwirtschaftsministerium als Ressortministerium derzeit auch von einem sozialistischen Mandatar besetzt ist. (Abg. Hammerl: „Dort gibt es einen einzigen Sozialisten!“ — Heiterkeit.) Der Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 1972 sagt dazu folgendes aus: „Die Beratungskräfte hatten auch 1972 neben der eigentlichen Beratungstätigkeit wieder eine Fülle von Arbeiten im Rahmen der Agrarförderung zu verrichten, wie überhaupt die Abwicklung zahlreicher Förderungsaktionen nur mit Hilfe der Beratungskräfte möglich ist. So sehen die Richtlinien des Bundesministeriums 1972 für die landwirtschaftliche Regionalförderung erstmals Regionalprogramme im Bergbauerngebiet vor. Viele Berater wirkten sowohl bei den hiefür notwendigen Erhebungen als auch bei der Erstellung der Regionalentwicklungskonzepte selbst mit. Viel Zeit der Berater nahmen auch die für die materielle Förderung erforderlichen Betriebserhebungen, die Erstellung der Betriebskonzepte sowie die Abwicklung der Beihilfen- und Kreditaktionen in Anspruch. Vielfach sind die Berater auch unentbehrliche Hilfskräfte bei der Grundzusammenlegung und beim Wegbau. Ich glaube, daß das ein unverdächtiger Zeuge ist, der auch von Ihnen zur Kenntnis genommen werden kann. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Aber es ist nie gesagt worden, daß alle Beamten ausschließlich für die ÖVP arbeiten!“ — Abg. Schrammel: „Darf ein Beamter nicht

politisch tätig sein!“ — Abg. Aichhofer: „In seiner Freizeit kann er machen, was er will!“ — Abg. Stoisser: „Wie viele ÖAAB-Mitglieder sind denn in der Arbeiterkammer angestellt?“ — Abg. Jamnegg: „Eines!“ — Abg. Pichler: „Fünf!“ — Abg. Jamnegg: „Eines!“) Nun, Sie haben sicher ein Anrecht zu erfahren, welchen Effekt diese Beratungstätigkeit gehabt hat. Ich darf vielleicht vorher noch sagen, daß der Gesamtaufwand für diesen 355 Personen umfassenden Förderungs- und Beratungsdienst bei etwa 57 Millionen Schilling geschätzt wird. Das ist ein Aufwand, der eigentlich vom Land zu bestreiten wäre, da die Kammer nur im übertragenen Wirkungsbereich des Landes für den Förderungssektor tätig ist.

Und nun die Effizienz. Die Milchleistung betrug noch vor 15 Jahren im Landesdurchschnitt etwa 2000 Liter und ist inzwischen auf 3000 Liter pro Kuh und Jahr gestiegen. Das gibt als eine Produktivitätssteigerung im Jahreseffekt von etwa 204 Millionen Schilling. Bei Rindern, lebend, meine Damen und Herren, betrug die Marktleistung im Jahre 1956 rund 40.000 Tonnen, während sie 1971 bereits 66.000 Tonnen betragen hat. Der Mehrerlös für die Produzenten erreichte damit den Betrag von rund 712 Millionen Schilling jährlich. Bei Schweinen, lebend, hatten wir im Jahre 1956 eine Marktleistung von rund 23.300 Tonnen, im Jahre 1971 betrug die Marktleistung rund 53.000 Tonnen, es hat sich also somit für die Produzenten ein Mehrerlös von 486 Millionen Schilling ergeben. Beim Weizen gibt es keine Mehrerlöse, weil die Anbaufläche von etwa 26.000 ha im Jahr 1958 auf 14.000 ha im Jahr 1973 sich vermindert hat. Gesteigert hat sich jedoch der Hektarertrag in der gleichen Zeit von 22,4 Zentner auf 38,2 Zentner. Der jährliche Gesamterlös, wie gesagt, ist also hier nicht ausschlaggebend. Beim Mais ergab sich im Jahre 1958, meine Damen und Herren, bei einer Gesamtanbaufläche von rund 16.700 ha und einem Hektarertrag von 40 Zentner ein Erlös von rund 134 Millionen Schilling. Im Jahre 1973 beträgt der Erlös bei einer Gesamtanbaufläche von etwa 54.000 ha und einem Hektarertrag von etwa 61 Zentner rund 750 Millionen Schilling. Hierbei darf ich doch vor allem auch auf die Bedeutung unserer Saatzuchtstation Gleisdorf hinweisen, vor allem hinsichtlich der Hybridsorten, die also dort gezüchtet werden. Der österreichische Maissaatgutverbrauch belief sich im Jahre 1972 auf rund 4000 Tonnen, hiervon entfielen auf die Austriahybridsorten rund 2000 Tonnen, auf die französischen Hybriden 258 und Anjou 210 rund 1300 Tonnen und auf die Harrachhybriden rund 500 Tonnen. Die Austriahybriden haben also einen 50prozentigen Marktanteil in Österreich. Die frühreife Sorte Austria 290 wird überdies sowohl in Jugoslawien als auch in der deutschen Bundesrepublik gehandelt und erfreut sich steigender Beliebtheit. Auch ein Hinweis darauf, wie effektiv auch hier die Beratungskräfte tätig sind.

Und zum Abschluß der Effektivitätsbegründung auch von der Forstabteilung vielleicht ein Hinweis. Meine Damen und Herren, es ist sehr klar, daß aufgrund des langsamen Wachstumsvorgangs im Wald mit durchschnittlich 100 Jahren Produktions-

zeitraum auch die Förderungsmaßnahmen im Wald nur langfristig zur Auswirkung kommen. Die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark hat mit der Förderung der Forstwirtschaft schon bei ihrer Gründung begonnen und es bestehen auch hier mehr als 60jährige Erfahrungen und Erfolge. Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Förderungsmaßnahmen für die Forstwirtschaft erst zu dem Zeitraum begonnen wurden und in Schwung kamen, als sich die Kammer damit beschäftigte und immer neue Initiativen setzte. Einige Zahlen bitte dazu, zur Veranschaulichung. Auf der Aufforstungsseite. Die durch Wirtschaftskrisen, Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse entstandenen großen Kahlfelder wurden systematisch aufgeforstet. Während die Steiermark in den dreißiger Jahren etwa 100.000 Hektar Blößenflächen zu verzeichnen hatte, und in den fünfziger Jahren, wie die österreichische Waldstandsaufnahme ergeben hat, noch immer 95.000 Hektar Blößen vorhanden gewesen sind, ist diese Fläche, wie es die österreichische Forstinventur zuletzt ausweist, auf 20.000 Hektar gesunken. Es sind dies nur noch 2 Prozent der gesamten steirischen Waldfläche, was bei einer Nutzung in Form von Kahlschlägen als völlig normal anzusehen ist. In den letzten 20 Jahren wurden ansehnliche Flächen durch Neuaufforstung in Wald übergeführt. Es handelt sich um rund 25.000 Hektar, die ansonsten verwildern würden. Bei der Langfristigkeit der forstlichen Produktion ist dies eine ganz bedeutende Investition für eine sehr, sehr ferne Zukunft.

Was die Holzproduktion anlangt. Die Förderung der Forstwirtschaft hat auch zu einer namhaften Intensivierung der steirischen Holzproduktion geführt. Während in den dreißiger Jahren im Durchschnitt jährlich 2,2 Millionen Festmeter genutzt werden konnten, wovon damals 33 Prozent Brennholz waren, ist diese Ziffer in den fünfziger Jahren auf 2,6 Millionen Festmeter mit einem Anteil von Brennholz von 22 Prozent gestiegen und in den sechziger Jahren auf 2,7 Millionen mit 16 Prozent Brennholz. Im vergangenen Jahr lieferte die steirische Forstwirtschaft rund 3,2 Millionen Festmeter Holz, wobei der Brennholzanteil nur noch 14 Prozent betrug. Diese Steigerung der Holzproduktion und die Umschichtung in Richtung Nutzholz ist die Grundlage für eine beruhigende inländische Rundholzversorgung unserer bedeutenden Holzwirtschaft. Meine Damen und Herren, 97 Prozent, also fast alles steirische Holz wird im Inland verarbeitet. Ich könnte ebensolche Zahlen vom Forststraßenbau und von der Mechanisierung bringen. Und nun auch ein Vergleich zu den Mitteln, die hier angewendet werden, meine Damen und Herren. Die Erfolge in der forstlichen Förderung wurden mit einem Minimum an finanziellen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen erreicht. Nach dem Jahresbericht der Forstwirtschaft für 1972 hat der Bund insgesamt je Hektar österreichischer Waldfläche 10,70 Schilling ausgegeben. Je Festmeter Holzeinschlag betrug der Förderungsanteil 3,30 Schilling. Ich glaube, das ist weniger, als der Begeher von Wald nun auch an Wegwerfprodukten im Wald alle Jahre hinterläßt. Alle österreichischen Bundesländer zusammen haben im Durchschnitt die Forstwirtschaft je Hektar Waldfläche mit 3,60 Schilling und je Festmeter Einschlag

mit 1,10 Schilling gefördert. Demgegenüber macht die Förderung des Landes Steiermark im Jahr 1972 je Hektar Waldfläche nur 1,80 Schilling und je Festmeter Holzeinschlag nur 50 Groschen aus. Die forstliche Förderung kann also zweifelsohne nur als Beispielförderung wirksam werden. Wenn die forstwirtschaftlichen Leistungen des Landes Steiermark trotz dieses Förderungsmaßes praktisch in allen Staaten über dem Bundesdurchschnitt liegen, dann ist dies zweifelsohne nur dem gezielten personellen Einsatz zu verdanken. Die Förderungsmaßnahmen der Kammer haben immer dahin gezielt, neue Methoden und Entwicklungen schwerpunktmäßig und zeitgerecht voranzutreiben. Und dürfen wir also auch auf das Ergebnis unserer Beratungskräfte stolz sein.

Ich komme damit also zum Abschluß. Vielleicht, meine Damen und Herren, gibt es doch auch einige, die diese Ergebnisse als nicht sehr interessant bezeichnen, vielleicht sogar als unerwünscht in einer Zeit des Überflusses. Sie waren nur möglich, meine Damen und Herren, diese Überlegungen, weil man doch in einer etwas kurzsichtigen Weise auch da und dort informiert worden ist. Und sie sind sicherlich, wenn sie heute gemacht werden, nur möglich, in einer Zeit, in der uns die internationale Lage sehr deutlich vor Augen führt, was es wert ist, sich auf die eigene Versorgung verlassen zu können, auf dem Nahrungsmittelsektor jedenfalls, glaube ich, kann man sagen, daß wir gut vorgesorgt haben. Und daß das auch ein Effekt der Tätigkeit der Beratungs- und Förderungskräfte in der Kammer für Land- und Forstwirtschaft ist. Ich glaube, Sie sind mit mir ziemlich einer Meinung, daß wir, wenn wir auf allen Gebieten momentan so gut vorgesorgt hätten, wie etwa auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung, auch in den nächsten Monaten mit etwas größerer Ruhe und Zuversicht in die Zukunft sehen könnten. Ich würde daher herzlichst bitten, auch diese Förderungstätigkeit der Kammer so zu beurteilen, wie sie beurteilt werden muß und auch zu berücksichtigen, mit welchem verhältnismäßig wenigen Mitteln ein großer Effekt hier erzielt worden ist. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Krainer:** Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Wenn in einer etwas aufmerksameren Atmosphäre nunmehr über sehr ernste Fragen im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft gesprochen wurde, so möchte ich bei meinem Schlußwort nicht darauf vergessen uns zu fragen, wo der eigentliche Sinn oder das Ziel unserer Agrarpolitik und auch der Förderungspolitik des Landes liegen mag. Ich glaube, wir haben eine dreifache Forderung an das zu stellen, was wir Ziele in unserer Agrarpolitik nennen wollen. Das erste — und diese Frage wird gerade auch in diesen Jahren immer ernster — ist, daß dieser Beruf, Bauer, Landwirt zu sein, sowohl in der Form des Vollerwerbs wie auch des Zu- und Nebenerwerbs, ein Beruf sein muß, der in unserer Gesellschaft erstrebenswert ist. Ich glaube, daß das ein wesentlicher Wertmaßstab auch der Einstellung

eines Volkes zu einem Teil seiner Gesellschaft ist, von der wir gerade in dieser Zeit meinen, daß seine grundlegende Bedeutung sehr klar zum Vorschein kommt.

Das zweite ist, daß wir versuchen, ohne jede falsche Sentimentalität, und man ist nicht geübt, gerade in diesem Zusammenhang auch Worthilfen zu gebrauchen, aber daß wir uns bemühen, Agrarpolitik als einen Dienst an der Gesamtgesellschaft so wie jeder andere Beruf zu verstehen. Ich weiß, daß es Menschen gibt, die andere Interpretationen für richtig halten, was man unter dem Begriff Beruf überhaupt versteht. Aber ich denke, daß wir gut daran tun, um gerade auch bei den jungen Leuten keinen völligen Entmythologisierungsvorgang vorzunehmen und das, was beruflich geschieht, einfach als einen Job abzuqualifizieren, um das eigentliche Leben woanders anzusiedeln als etwa auch im Bereich der beruflichen Tätigkeit. Ich glaube, Sie verstehen, was darunter gemeint ist. Ich denke aber auch, daß wir gerade in der steirischen Bauernjugend, in der Jugend unseres Landes, in der ländlichen Jugend, in der Jugend überhaupt durchaus ein Ohr und Echo für solche Vorstellungen finden.

Und das dritte ist sicherlich auch fernab der Romantik, und ich glaube, gerade den Steirern ist es eher verständlich und begreiflich als anderen Menschen, nämlich daß es gilt, das Land als gesunden und geordneten Lebensraum auch für spätere Generationen zu erhalten und mehr denn je auch zu gestalten. Es ist aus welchen Gründen auch immer im Verlaufe der Debatte von einer Diskussion des Raumordnungsproblems Abstand genommen worden. Ich möchte gerade diesen dritten Punkt hier grundsätzlich in Zusammenhang gebracht wissen. Und es ist Ihnen bekannt, daß wir das nicht erst heute tun. Wir haben uns oft gegenseitig in diesen Fragen gehört und ich glaube, daß es ein immenser Fortschritt ist, daß wir in der legislativen Entwicklung gerade in dieser Frage heute an einem Punkt angekommen sind, an dem wir am Horizont auch die Verabschiedung dieses Gesetzes sehen können. Nun, in diesem Zusammenhang ist natürlich die Frage der Einkommensentwicklung auch zu sehen. Es ist natürlich das Problem der Disparität zwischen dem bäuerlichen und nichtbäuerlichen Einkommen. Wir wissen sehr wohl, daß insgesamt gesehen, diese Disparität eine sehr differenzierte Disparität ist. Aber natürlich ist auch diese sehr im Spiel unter Wertschätzung dessen, was land- und forstwirtschaftliche Arbeit bedeutet. Und vergessen wir nicht, daß neben einem ganz verständlichen — fast sollte man sagen — normalen Strukturwandelungsprozeß im ländlichen Raum, dem alle Industriestaaten in einem großen Maße unterliegen, heute Abwanderungstendenzen zum Teil registriert werden müssen, die uns zu denken geben, wiewohl es gegenläufige Entwicklungen bereits gibt und sicherlich auf Sicht gesehen die Hoffnung bestehen mag, daß das Leben am Land, nicht die Landarbeit, eine Wertschätzung erfährt, die es kaum je zuvor erfahren hat. Aber es ist nicht zu übersehen, daß ja seit dem Krieg fast eine halbe Million Menschen aus der Land- und Forstwirtschaft in Österreich abgewandert sind und daß es gerade im letzten Jahr 30.000 gewesen sind. In einem Jahr, das hinsichtlich

der Einkommensentwicklung gesamtösterreichisch gesehen, gar kein schlechtes Jahr gewesen ist (Abg. Brandl: „Das beste Jahr!“), ich rede nicht von der Steiermark, denn in der Steiermark ist die Wertschätzung auf Grund vieler Umstände des vorigen Jahres, nicht zuletzt durch die Katastrophenumstände, ja eine rückläufige gewesen, mit etwa einem halben Prozent, bezüglich der Frage des Lebensstils und der Frage des Lebensstandards des Arbeits- und sagen wir auch des Freizeitbewußtseins der Menschen von heute. Wir haben in diesem Zusammenhang eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung zur Verfügung, aus der hervorgeht, daß im Schnitt die wöchentliche Arbeitszeit in der Land- und Forstwirtschaft bei 68 Stunden liegt, im Gastgewerbe bei etwa 56 und in allen anderen Bereichen zwischen 38 bis 41. Dieses Institut steht für die Rechnung gerade. Es wird wie bei all diesen Durchschnittswerten hier verschiedene Ansichten geben, aber es wird sehr deutlich, auch wenn das nicht auf die Stunde stimmen kann, daß tendenziell die arbeitsmäßige Überforderung, auch wenn sie sehr abgenommen hat, auch im Nebenerwerbsbetrieb und manchenmal gerade im Nebenerwerbsbetrieb eine außerordentliche ist. Insbesondere für die Frau, wenn sie den Betrieb führt, während der Mann in einem außerlandwirtschaftlichen Betrieb tätig ist.

Das gilt natürlich und in einem großen Maße auch trotz Mechanisierung für den Vollerwerbsbetrieb. Hier liegen Divergenzen allgemeiner Bewußtseinsentwicklung im Lebensstil zwischen dem vor, was nicht landwirtschaftliche Bevölkerung ist und dem, was landwirtschaftliche Bevölkerung ist. Und da, glaube ich, sollte ein wesentlicher Ansatzpunkt auch liegen aller Bemühungen, diese Disparität im weitesten Sinn des Wortes, auch in diesem gesellschaftlichen Sinn des Wortes zu beseitigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein kurzes generelles Vorwort zum allgemeinen Problem. Und ich glaube, daß wir hier weitgehend einer Meinung sind.

Nun aber zu einigen Fragen, von denen ich glaube, daß wir sie gerade hier im Zusammenhang mit dem Landesbudget zu behandeln haben. Das Gesamtvolumen der Förderung des Landes im Landesbudget 1974 liegt bei 405,9 Millionen Schilling. Das ist gegenüber 1973 eine Steigerung um 23,5 Prozent. Die Maßnahmen des Landes sind vielfältige, sie reichen gerade im ländlichen Raum von der Verkehrserschließung, der Verbesserung der Infrastruktur bis hinüber zur Zusammenlegung, zur Besitzfestigungsaktion, zum Weinbauplan, zum Telefonausbau, zu den Schulen und vielen, vielen anderen Förderungsmaßnahmen, die das Land setzt. Lassen Sie mich auf einige konkret eingehen. Der Herr Landeshauptmann betreut im Rahmen der Agrartechnischen Abteilung die Verkehrserschließung im ländlichen Raum. Und ich bin froh, Herr Landeshauptmann, daß du mich beauftragt hast, auch darüber kurz zu sprechen. Nicht zuletzt deshalb, weil man gar nicht in einer byzantinischen Weise, aber doch sehr redlich sagen kann, es liegt auch der Einsatz eines politischen Menschen hinter dieser, oder einer anderen Förderungsmaßnahme und etwa in der Frage des Sonderwegbaupro-



gramms ist es dem Herrn Landeshauptmann gelungen, ein uraltes Anliegen der Land- und Forstwirtschaft Zug um Zug, Schritt um Schritt, Kilometer um Kilometer könnte man sagen, voranzubringen. Wir haben gerade in diesem Sonderwegbauprogramm rund 100 km Weganlagen 1973 bauen können und im allgemeinen Verkehrserschließungsprogramm rund 400 km. Und mit der Aufstockung im Budget 1974 wird es möglich sein, einen größeren Anteil in diesem Zusammenhang zustande zu bringen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist keine Sache zwei glatt, zwei verkehrt, aber es sollte Ihnen ebenso unangenehm sein, wie es uns ist, daß im Bundesbudget die Mittel für die Verkehrserschließung wiederum gekürzt wurden, nämlich um 28,5 Millionen und voriges Jahr um 16,5. Ich möchte in einer solchen Wunde gar nicht wühlen, ich verstehe es nur nicht, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Denn man kann nicht auf der einen Seite davon reden, daß der ländliche Raum miteinzubeziehen ist, der natürlich für die Entwicklung des gesamten Staatsgebietes einen wesentlichen Bestandteil der Infrastrukturpolitik der Bundesregierung darstellt, und dann im konkreten Fall gerade dort kürzen — und der Herr Abgeordnete Heidinger, der jetzt im Augenblick nicht anwesend ist, hat also früher so herüber gemeint, man möge sich doch zwei dieser Wege dort ansehen und die vielen Höfe, die keinen Hofanschluß haben — und gerade in einem solchen Zusammenhang, jawohl, ist diese Frage von Bedeutung. Sie wissen ja auch, daß die Mittel für die Regionalförderung um 7 Millionen gekürzt worden sind. Auch, und das sage ich Ihnen, ein großartiges Programm (Abg. Brandl: „Es sind viele!“) auch dieser ganz speziellen Art der Förderung, nämlich einer integrierten Landentwicklung, wie man zur Ehre des derzeitigen Landwirtschaftsministers sagen kann und seiner Herren im Ministerium, daß sie eingeführt haben. Aber wenn man eine solche Methode einführt, eine zukunftsweisende Methode, dann soll man auch dafür sorgen, daß entsprechende Budgetmittel dafür da sind. Ansonsten ist das höchstens ein Appetitbrötchen für einen Hunger, den man dann nicht stillen kann. (Abg. Zinkanell: „300 Millionen ist ein schönes Brötchen!“ — Abg. Brandl: „Ein schönes Brötchen!“) Sie wissen genau, wie das in der Steiermark liegt, auch der Herr Abgeordnete sitzt in dem Ausschuß und Sie kennen die Anträge, die da sind und die wir nicht erfüllen können. Und das ist nicht erfreulich. Meine sehr Geehrten, in das Kapitel gehören natürlich auch die Forstaufschließungswege. Ich möchte nicht ins Detail gehen, aber auch hier ist eine Aufstockung von 16,6 Prozent möglich geworden. Auch bei den Grundzusammenlegungen werden wir im kommenden Jahr eine Aufstockung von 15,4 Prozent zur Verfügung haben, so daß die Fertigstellung von mindestens zehn großen Vorhaben möglich sein wird. Und auch in der Besitzfestigungsaktion wurden vom Land 3,8 Millionen aufgebracht und auch hier ist eine Erhöhung zu registrieren.

Darf ich kurz zum Weinbauplan Nummer zwei deshalb ein Wort sagen, weil nach zwei Jahren wiederum ein Weinbauplan dotiert wurde in diesem Budget. Sie wissen, daß zwischen dem Jahr

1961 und 1970 der Weinbauplan eins in Kraft war und daß er eine sehr positive Auswirkung gerade im steirischen Hangweinbau, in der Sortenbereinigung und in vieler Hinsicht gehabt hat. Es ist erstaunlich, und es hat mich eigentlich gewundert — wahrscheinlich geht es Ihnen ähnlich —, daß es in den Prognosen, ich denke immer an das, was der Herr Abgeordnete Buchberger gesagt hat im Zusammenhang etwa mit der Umstellung von der Milch- auf die Fleischproduktion, und ich bekenne mich durchaus dazu, auch einer von jenen gewesen zu sein, die sie propagiert haben aus guten Gründen und aus ehrlicher Überzeugung und wohlüberlegt, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Weinbau, wir haben eine Entwicklung erlebt, die gar nicht weit zurückliegt, eine Überschusssituation non plus ultra, sie kennen die niederösterreichische und die burgenländische Gesetzgebung, die Restriktionsgesetzgebung auf diesem Gebiete, es hat in der Steiermark ganz ernsthafte Bemühungen auch in der Richtung gegeben und heute stehen wir vor einer Situation, in der der Bedarf durch die Produktion nicht gedeckt werden kann. (Landesrat Gruber: „Weil der Bedarf so gestiegen ist!“ — Präs. Ileschitz: „Es werden zu viele Südtiroler Weine aus dem Burgenland erzeugt!“ — Abg. Brandl: „Ist eh besser!“) Herr Präsident, Sie verstehen da wahrscheinlich etwas mehr als ich von den Dingen, ich habe auch keine chemische Vorbildung in diesem Zusammenhang genossen. Wir stehen für guten, echten, ehrlichen Wein, und deshalb sind wir daran interessiert, daß es zu einer Ausweitung kommt, der Pro-Kopf-Verbrauch ist ja übrigens von 1972, da war er 42 Liter, auf 47 Liter im Jahre 1976 prognostiziert und 1985 auf 56 Liter nach Prof. Köttl und es wird eine Produktionserhöhung von 500.000 Hektoliter Wein empfohlen. Wir wenden also diesen Weinbauplan zwei in dieser Hinsicht als Förderungsmaßnahme des Landes zur Verfügung haben. Wir haben ihn im übrigen im engen Einvernehmen mit den Herren der Weinbauvereine und der Weinwirtschaft erarbeitet und wir meinen, daß dies der beste Weg einer Förderung ist.

Und nun ein kurzes Wort zum Telefonausbau. Herr Abgeordneter Preitler, es ist keine direkte Bosheit (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Eine indirekte!“), wenn ich Ihnen Dank, den Sie, ich traue es mich fast nicht sagen, den Sie dem Herrn Finanzreferenten in diesem Zusammenhang ausgesprochen haben, wiederum auf jenes Problem zurückführen muß, das ich heute Vormittag schon kurz angesprochen habe.

Leider hat es auch da ein Nullwachstum im ersten Entwurf gegeben. Wir haben dafür gesorgt, daß (Abg. Schrammel: „Der Nulltarif!“) die Aufstockung von 2,4 Millionen zustande gekommen ist und wir freuen uns, daß Sie das bekatschen, weil wir glauben, daß es als eine sehr zielführende Maßnahme gerade im Hinblick auf die Erhaltung der Funktionstüchtigkeit des ländlichen Raumes angesehen werden kann. (Landesrat Gruber: „Alle Regierungsmitglieder wollen mehr ausgeben, aber der Finanzminister soll weniger Steuern einnehmen! Wie die Rechnung aufgeht, das frage ich mich!“) Das ist immer noch gegangen, Herr Kollege Gruber,

auch bei Ihnen, nur war der Unterschied zwischen uns der, daß im Entwurf des Finanzreferenten rund 25 Prozent Zuwachs bei Ihren Herrn Fraktionsmitgliedern vorgesehen war und bei uns war er bei etwa 2 Prozent im Durchschnitt und beim Herrn Landesrat Peltzmann sogar minus 7 Prozent. (Abg. Prandk: „Das ist sozialistische Vorsorgemedizin!“ — Heiterkeit. — Landesrat Gruber: „Wenn man wenig hat, muß ein bisserl mehr dazu kommen!“ — Abg. Hammerl: „7 Prozent minus 2!“) Ich habe schon am Vormittag gesagt, daß dies scheinbar zum Ritual der Budgeterstellung in diesem Lande gehört, es soll einmal anders gewesen sein. Aber dies nur am Rande vermerkt.

Und nun zum Schulwesen. Auch hier ist es so, daß wir eine erfreuliche Steigerung im Hinblick auf die Aufgaben des landwirtschaftlichen Schul- und Bildungswesens zu verzeichnen haben, sie liegt bei 18 Prozent. Sie wissen, daß wir in der Steiermark ein vorzüglich ausgebauten landwirtschaftliches Schulwesen besitzen, worauf wir bei Festreden auch von anderer Seite her immer sehr positiv angesprochen werden. Ich war daher ebenso erstaunt wie der Herr Präsident Koiner, in dem schon einmal zitierten Interview des Herrn Finanzreferenten die Meinung zu hören, daß man Paläste und Bürgermeisterdenkmäler für sehr unpassend halte und ganz dasselbe auch in allen landwirtschaftlichen berufsschulmäßigen Einrichtungen zu behaupten wage, die in letzter Zeit vom Land gebaut wurden. Meine Damen und Herren: Ich glaube, das ist nicht unbedingt der Ausdruck einer Identifizierung mit einstimmig gefaßten Beschlüssen in diesem Zusammenhang und schon gar nicht eine Identifizierung mit dem überaus erfreulichen Bildungsstreben der ländlichen Jugend, wenn man sich in einer solchen Weise äußert. Aber das ist jedermanns eigene Angelegenheit. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lafer: „So schaut das aus!“ — Abg. Zinkanell: Das ist ein Araberdorf-Gerede!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Aber der Minister fährt immer nach Stainz, jede Woche, ins Araberdorf!“)

Ich möchte mich auf jeden Fall für dieses Budget bedanken. Es zeigt sich, daß gerade im landwirtschaftlichen Schulwesen wirklich zukunftsweisende neue Wege gegangen werden. Und wir hoffen, daß auch das zuständige Ministerium in Wien verstehen wird, daß keinerlei andere Absichten dahinterstehen, etwa im Typus einer landwirtschaftlichen Handelsschule, um den schwierigen Umstellungsprozeß gerade auf dem Lande zu fördern. Und wenn die Handelskammer mit ihrem Wirtschaftsförderungsinstitut und der Herr Landesrat Peltzmann in Alt-Grottenhof mitwirkt, daß wir ein Umschulungszentrum zustande gebracht haben, dann ist das ein Zeichen für Kooperation auf dem Gebiete, wie wir sie uns wünschen und vorstellen können. Wir hoffen also sehr, daß diese positive Entwicklung auch in den nächsten Jahren möglich ist.

Und nun ein kurzes Wort zur Maul- und Klauenseuche. Herr Abgeordneter Brandl, ich möchte nicht verabsäumen, in dieser Beziehung dem Herrn Landesrat Dr. Klausner als dem zuständigen Landesfinanzreferenten und dem damals die Geschäfte

führenden Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart zu danken, daß es in der Steiermark möglich war, sehr rasch die Zusage zu haben, daß wir durchimpfen können. Ich bin sehr froh, daß wir Glück gehabt haben (Abg. Zinkanell und Abg. Brandl: „Das haben wir auch!“) und daß in der Steiermark nichts passiert ist und es fällt mir gar nicht ein, Herr Abgeordneter Brandl, aus einer solchen Geschichte eine billige parteipolitische Polemik zu machen. (Abg. Brandl: „Warum sprechen Sie mich an? Das habe ich gar nicht gesagt, so einfach ist das nicht! Mit dem Finger zeigen, so geht das nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Der Brandl hat es gesagt, so geht es!“) Weil Sie gemeint haben, daß dies geschehen sei. Aber eines sage ich Ihnen auch, und fragen Sie den Herrn Präsidenten Koiner, wir sind miteinander in Wien gewesen, ich habe Ihre Regierungsmitglieder am Tage vorher gebeten und sie haben sich erfreulicherweise bereit erklärt mitzutun, nämlich mit der Frau Bundesminister zu reden, daß uns die Erlaubnis erteilt wird, die Impfung durchzuführen, die wir ohnedies selber bezahlen. (Abg. Zinkanell: „Das ist auch ein Risiko, das wissen Sie ja!“) Und ich hätte das auch gesagt, darauf können Sie sich verlassen, wenn diese Ministerin oder der Minister unserer Partei angehört hätte. (Beifall ÖVP.)

Hier ist es um eine Frage gegangen, bei der viel am Spiel stand und bei dem niemand sagen konnte, wie es ausgehen würde und nur ein Optimum an Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden konnte, um das zu verhüten, was anderswo geschehen ist. Vergessen wir doch nicht, was das in Niederösterreich und im Burgenland letztlich gekostet hat, nicht nur den Bauern, sondern auch dem Industriellen. (Abg. Zinkanell: „Jawohl! Deshalb haben wir auch mit der Polemik nicht angefangen!“ — Abg. Brandl: „Man soll nicht mit dem Finger zeigen auf einen, der gar nichts gesagt hat!“ — Abg. Buchberger: „Das war eine offene Klarstellung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Der Brandl hat es gesagt, er muß halt aufpassen beim Reden!“ — Abg. Zinkanell: „Alle gegen Brandl, dabei ist gar kein Grund dafür!“)

Ich sage nur von meiner Seite, um die Sache abzuschließen. Wir haben damit begonnen und wir meinen auch einen Kreis zu schließen, wenn wir uns bemühen, nicht ein überholtes einseitiges betriebliches Leitbild in den Mittelpunkt unserer Agrarpolitik zu stellen, sondern den Bauern, die Bäuerin und die jungen Leute wie auch die Alten auf diesem Hofe. Es ist die Zeit des Bauern in Wahrheit in seiner Funktion als Hüter einer gesunden Erholungslandschaft angebrochen, als Produzent der Nahrungsmittel und ich glaube, daß wir mit unserem Budget zum Ausdruck bringen, daß wir es so meinen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Damit haben wir den ersten Teil der Gruppe 7 beendet, wir kommen nun zum zweiten Teil Fremdenverkehr, Wirtschaftsförderung. Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Dorfer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Jahr 1973, das nunmehr bald dem Ende zugeht, war ein Schicksalsjahr für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft. Erstmals seit Jahrzehnten ist in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft heuer, gesamtösterreichisch gesehen, eine Stagnation eingetreten. Und wenn auch der zuständige Ressortminister Stanibacher diese Situation sehr verniedlicht, wie so vieles zur Zeit gerade wirtschaftspolitisch verniedlicht wird, müssen wir doch sagen, es war ein Schuß vor den Bug, der hoffentlich nicht auf längere Sicht ärgere Folgen hat. Und nicht nur Folgen für die Fremdenverkehrswirtschaft, sondern bei unserer Gesamtsituation für unsere ganze Wirtschaft. Steirisch gesehen können wir, Gott sei Dank, dieses Jahr noch sagen, daß es zu einer günstigen und noch einigermaßen zufriedenstellenden Aufwärtsentwicklung kommen konnte. Warum das so ist, dafür gibt es verschiedene Gründe, sicher ist eines, daß die steirische Fremdenverkehrswirtschaft gelernt hat, preisgünstig zu kalkulieren und daß bei uns der Inländerfremdenverkehr seit jeher eine beachtliche Rolle spielt. Leider müssen wir, wenn wir von der steirischen Fremdensituation reden, feststellen, daß gerade im Räume Graz etwa auch eine Stagnation des Fremdenverkehrs ungefähr in der Art, wie gesamtösterreichisch gesehen, festzustellen ist und in einzelnen Grazer Betrieben ein Rückgang bis etwa 10 Prozent. Es war das der Anlaß und die Ursache, daß Abgeordnete dieses Hauses eine Resolution eingebracht haben, die mehr gezielte Fremdenverkehrsförderung für die Stadt Graz fordert, ein Kongreßzentrum für Graz, im ao. Haushalt sind ja bereits 20 Millionen hierfür vorgesehen, einen Fremdenverkehrsdirektor für diese Stadt vorschlägt und schließlich eine bessere Werbung für diese Stadt, insbesondere auch im Sinne eines Städtetourismus fordert. Nun, wo liegen eigentlich die Ursachen dieser Stagnation im österreichischen Fremdenverkehr, die eben zum Teil auch die Steiermark getroffen hat. Sicher nicht, Hohes Haus, liegen die Ursachen in einer gesamt schlechten konjunkturellen Lage. Die Hochkonjunktur hat bekanntlich in diesem Jahr bis jetzt zumindest noch voll angehalten. Die Ursachen dieser Fremdenverkehrsstagnation sind ein eindeutiges Ergebnis einer unverantwortlichen sozialistischen Wirtschaftspolitik, die leider uns allen in Österreich dann auf den Kopf fallen muß, oder schon auf den Kopf zu fallen beginnt. Ich würde glauben, daß es vier Hauptgründe für diese Stagnation gibt. Erstens einmal das Überschreiten der Grenze der Belastbarkeit des Fremdenverkehrs überhaupt mit Steuern und Abgaben. Zweitens war es sicher die Schillingaufwertung in diesem Ausmaße, wobei nicht bestritten werden soll, daß die Aufwertung als solche notwendig war und zusätzlich ohne entscheidende flankierende Maßnahme für die Fremdenverkehrswirtschaft. Es war natürlich die Einladung an die Inländer, in erster Linie Urlaub in Italien zu machen, und vor allem aus den angelsächsischen Gebieten sind uns durch diese Schillingaufwertung unbestrittenmaßen sehr viele Gäste abgehalten worden. Die Kreditrestriktionen als dritte Ursache anzuführen ist notwendig, weil gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft Rationa-

lisierungen nach wie vor, ja ich möchte sagen unbedingt notwendig sind, damit die Betriebe qualitativ mithalten können mit dem internationalen Standard. Und als vierte Ursache muß ich leider auch anführen eine gewisse Übertreibung von Mißständen in einzelnen Fremdenverkehrsgebieten bzw. Betrieben durch die Massenmedien, wobei hier immer die Gefahr einer Verallgemeinerung gegeben ist. Natürlich sind solche Mißstände in einigen Betrieben vorgekommen, man kann aber keinesfalls sagen, daß das also schlechthin kennzeichnend für den österreichischen Fremdenverkehr wäre. Das Ergebnis dieser vier Hauptursachen, die ich meine, in der Fremdenverkehrsstagnation ist jedenfalls eine ständig sinkende Rentabilität der Fremdenverkehrsbetriebe, von Gewinnen kann an sich überhaupt nicht die Rede sein, sondern die Gewinne, die da sind, sind nichts anderes als normale Arbeitseinkommen, als die normalen Löhne der Unternehmer selbst. Wie groß dann die Lust sein wird, bei dieser Situation für den Fremdenverkehr zu investieren, liegt auf der Hand. Eine finanzielle Reservebildung ist zweifellos unmöglich geworden und Investitionen sind im Fremdenverkehr praktisch nur mehr mit Fremdkapital überwiegend möglich. Die Folge ist ein ständiges Zunehmen der Verschuldung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft. Der Fremdenverkehr ist die höchstverschuldete Sparte der österreichischen Wirtschaft überhaupt. Das volkswirtschaftliche Ergebnis ist natürlich auf längere Sicht ein sehr, sehr trauriges. Wenn wir erkennen und wissen, daß wir eine sehr kleine und außenhandelsorientierte Volkswirtschaft sind, daß zugleich zur Zeit das Defizit unserer Handelsbilanz beachtlich steigt, daß die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr sinken, so können wir uns ausrechnen, bis wann wir in der Zahlungsbilanz am Ende unserer wirtschaftspolitischen Weisheit sind. Und dazu kommen natürlich in allerneuester und letzter Zeit neue Gefahren, Gefahren in der Benzinkrise, Tankstellensperre und alles, was damit zusammenhängt, Gefahren, die so bedeutsam sind, daß die Folgen heute noch gar nicht abgesehen werden können.

Und ich möchte noch zur Überbelastung der Fremdenverkehrswirtschaft mit Steuern und Abgaben eines sagen. Der optimale Punkt der steuerlichen Belastbarkeit ist jedenfalls längst überschritten. Ein Beweis etwa sind die Umstände, daß die Einnahmen aus der Alkoholsteuer in den ersten neun Monaten 1973 bereits zurückgegangen sind auf 976 Millionen gegenüber 1052 Millionen in der gleichen Zeit des Jahres 1972. Die Ursachen sind eben echte Umsatzrückgänge, das heißt, daß eine übertriebene Besteuerung auch bei Getränken letzten Endes zu Nachteilen für das Staatsbudget selbst führen könnte und führt, wie dieses Beispiel zeigt, und dazu noch tödlich für eine Sparte wie für den Fremdenverkehr sein kann. Und wir werden ab 1. Jänner 1974 nach dem neuen Finanzausgleich auch die Getränkesteuer auf Bier in den meisten Gemeinden dieses Landes bekommen. Ein Umstand, der wieder ein Schwarz-Peter-Spiel des Finanzministers möglich macht, das heißt, die Gemeinden sind jetzt diejenigen, die Steuern einheben und beschließen sollen. Und ich darf erwähnen, daß diese Getränkesteuer auf Bier für

einen Wirt die mögliche 26. verrechenbare Steuer oder Abgabe ist. Was das für einen Steuerberechnungskram mit sich bringt, liegt auf der Hand. Das Volksgetränk Bier, Hohes Haus, ein Hauptgetränk für alle Österreicherinnen und Österreicher, ist behaftet ab 1. Jänner 1974 mit 10 Prozent Biersteuer, 10 Prozent Alkoholsteuer, 10 Prozent Getränkesteuer auf Bier, 16 Prozent Mehrwertsteuer (Abg. Pözl: „Das Bier besteht überhaupt nur aus Steuern!“) und dann wundert man sich, wenn die Preislawine auf Bier losgeht. Notwendig für die Zukunft ist eine genaue Beobachtung und ein allfälliges Eingreifen in folgenden Belangen des Fremdenverkehrs. Erstens einmal darf die Erholungsfunktion des Fremdenverkehrs nicht durch unregelmäßiges Wachstum und eine Zersiedelung zerstört werden. Die Erhaltung der Erholungslandschaft ist das Um und Auf für unseren Fremdenverkehr. Dazu gehören eine sinnvolle Raumplanung, die Feststellung der touristischen Belastbarkeitsgrenze für verschiedene Orte, Regionen und Landschaften, die Errichtung überregionaler Landschaftsfonds dort, wo es notwendig ist, es sind diesbezügliche Ansätze zumindest gegeben, etwa im Gebiet von Graz und Umgebung, und die gezielte Förderung der Bergbauern, weil ohne sie ein echter Fremdenverkehr in diesem Lande wohl nicht denkbar wäre. Darauf hat Kollege Eberdorfer schon hinlänglich hingewiesen. Außerdem ist zu überlegen, ob nicht doch auf längere Sicht die Ferien in Sommer- und Winterferien geteilt werden sollten, damit eine entsprechende Urlaubsstaffelung möglich ist. Anzuregen wäre vor allem für Fremdenverkehrsgemeinden die Anstellung eines hauptberuflichen Fremdenverkehrsexperten im Gemeindedienst, und schließlich ist zu überlegen, ob man nicht auch in der Steiermark eine Beratungsstelle für Fremdenverkehrsgemeinden einrichten sollte.

Abschließend zur Fremdenverkehrssituation möchte ich nur noch sagen, und die steirische Fremdenverkehrsförderung hat das bereits erkannt, daß die ständige Qualitätsverbesserung in der Fremdenverkehrswirtschaft um vieles wichtiger sein wird und den Vorrang haben muß, als rein quantitative Ausweitung der Kapazität des Fremdenverkehrs. Und nun, Hohes Haus, einige Bemerkungen zu den Ansätzen für die steirische Wirtschaftsförderung in der Gruppe sieben. Es ist besonders erfreulich, daß im vorliegenden Budgetentwurf die Aufstockung des Landeszuschusses für den Fonds für gewerbliche Wirtschaft, für gewerbliche Darlehen möglich war. Bekanntlich haben wir auch die Erhöhung der Höchstgrenze für gewerbliche Darlehen auf 200.000 Schilling beschlossen und ist daher diese Aufstockung ein Nachziehverfahren, das einfach notwendig ist und das sehr erfreulich ist, wenn diese Darlehen weiterhin noch aktiv in das kleinbetriebliche Geschehen unseres Landes positiv eingreifen sollen.

Denn zweifellos notwendig ist immer die Umstellung der Klein- und Mittelbetriebe, ständige Rationalisierungen. Weiters ist schon mehrmals gesagt worden, daß der qualitative Wohlstand nur mit diesen vielen Klein- und Mittelbetrieben erhalten werden kann. Sehr erfreulich ist auch die Aufstockung der Mittel für die Jungunternehmerexistenzgrün-

dungskredite von drei auf elf Millionen. Denn eines muß uns klar sein, daß die Jungunternehmerinitiative nach wie vor der Motor jeder wirtschaftlichen Entwicklung bleibt. Wir wissen, daß diese 200.000 Schilling Kredite kein Allheilmittel sind, aber sie sind immerhin ein Anreiz, um selbständig zu werden und die schwierigsten Zeiten für einen Unternehmer sind immer seine ersten Jahre. Daß das Anfangsrisiko am höchsten ist, zeigt, daß etwa 50 Prozent aller Konkurse in den ersten fünf Jahren nach Firmengründung erfolgen. Weiters sind zusätzliche Maßnahmen zur Schaffung industrieller und gewerblicher Betriebe und zur Sicherung von Arbeitsplätzen mit einem Betrag von 45 Millionen und Strukturförderungsmaßnahmen von 229 Millionen vorgesehen. Hier hat Landeshauptmann Dr. Niederl schon mehrmals festgestellt, daß es heute primär um die Verbesserung der Arbeitsplätze und weniger um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Sehr erfreulich ist auch die Aufstockung der Förderung des Vereines für praktische Betriebsberatung, der in den letzten Jahren eine sehr aktive Arbeit in unserem Lande aufgenommen hat. Diese Kredit- und Zinsenzuschußaktionen des Landes sind deswegen so wichtig, weil der wirtschaftspolitische Zick-Zackkurs der derzeitigen Bundesregierung jede organische Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft unmöglich macht. Bekanntlich war die oberste Devise des Wirtschaftens dieser Bundesregierung bis zum Oktober 1972 der Wachstumsfetischismus bzw. Wachstumsstand. Und als die ÖVP damals von der Notwendigkeit gewisser stabilisierender Maßnahmen gesprochen hat, hat man ihr von höchster Seite Preishysterie vorgeworfen. Man hat die inflationäre Entwicklung ganz einfach von der Bundesregierung her verniedlicht, obwohl die ÖVP immer dazu bereit war, gemeinsam wirtschaftspolitische Fakten zu setzen, um diese inflationäre Entwicklung aufzuhalten.

Erst im Oktober 1972, als auf einmal der Lebenskostenindex die siebenprozentige Marke überschritten hat, hat man förmlich über Nacht, zumindest der Rede nach, mit der Priorität der Stabilität begonnen. Seither hören wir wieder das Gerede von der Priorität der Stabilität. In diesem Sinne kam es dann zur Schillingaufwertung, zu Kreditrestriktionen. Ich darf sagen, beides Maßnahmen, die natürlich fast nur Bevölkerungsgruppen treffen, die die Sozialistische Partei parteipolitisch weniger berühren. (Abg. Pözl: „Sehr stolze Maßnahmen!“) Die Kreditrestriktionen haben vor allem auch dazu geführt, daß ein entsprechend erhöhter Druck auf die Landeskredite gekommen ist, aber die Gefälligkeitspolitik auf der anderen Seite mit viel höheren und größeren Ausgaben höchste Triumphe feierte. Auch noch im Jahre 1974 haben wir ein inflationäres Budget vor uns. Und von der importierten Inflation, von der heute noch immer wieder die Rede ist, kann überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Denn fest steht eines, daß der Importpreisindex um 8,5 Prozent gestiegen ist. Im Jahre 1973 dürfte der Importpreisindex (Abg. Preamsberger: „Haben Sie die internationalen Vergleiche früher nicht gehört?“) etwa vier Prozent wachsen und unser Lebenskostenindex sicher über sieben Prozent liegen, wahrscheinlich bei 7,5 Prozent. Sogar die OECD hat eindeutig aus-

gesagt, daß es nicht mehr die importierte Inflation ist, daß wir uns in Österreich in diese inflationäre Richtung bewegen. (Abg. Pözl: „Der Herr Kollege Prensberger meint ja die Preise von Hongkong!“ — Abg. Prensberger: „Das ist aber nett!“ — Abg. Gross: „Machen wir die Preise oder der Wirtschafts-bund?“ — Abg. Pözl: „Ihr seid die Ursache! Der Finanzminister haut die Steuer drauf, und die Preise machen dann wir!“)

Kurz gesagt, der wirtschaftspolitische Schlendrian dieser Bundesregierung, der nur die unmittelbare Gunst der öffentlichen Meinung von heute auf morgen zur einzigen Maxime seines Handelns macht, regiert offenbar heute noch. Das Budget 1974 weist einen Ausgabenrahmen auf Bundesebene von 160 Milliarden aus. Es ist eindeutig prozyklisch, weil die Steigerung, wenn man die Stabilisierungsquote dazurechnet, jedenfalls bei 18 Prozent gelegen hat. Die Stabilisierungsquote wird wahrscheinlich nicht ein Instrument der Stabilisierung werden, sondern eine Konjunkturbelebungsquote. Denn auch hier hat es der Finanzminister oder die Bundesregierung verstanden, die Freigabe der Mittel aus der Stabilisierungsquote dem Parlament zu überlassen. Und wenn man weiß, welche wichtige Ausgaben dort drinnen sind, kann ich mir nicht vorstellen, daß auch eine Oppositionspartei, obwohl sie eine Minderheitspartei ist, dagegen sein könnte. Das heißt, die Stabilisierungsquote wird aller Voraussicht nach genau das Gegenteil im kommenden Jahr bewirken. Die Stunde der Wahrheit wird aber trotzdem kommen oder ist eigentlich schon gekommen, und es kann auf Dauer nicht alles in dieser Entwicklung vernebelt werden. Schon Abgeordneter Nigl hat in seiner Rede betont, daß keine Rede von einem längerfristigen Budgetkonzept ist und ich kann nur sagen, daß alle maßgeblichen neutralen Wirtschaftspolitiker Österreichs feststellen, daß die Bundesbudgetentwicklung nichts von einem Budgetkonzept oder von gewissen Schwerpunkten erkennen läßt, wie dies selbst die SPO in ihrem seinerzeitigen Wirtschaftsprogramm gefordert hat. Es ist eben typisch für die derzeitige Regierungspartei, dauernd von Planung zu reden, aber keinerlei Planung zu haben.

Die Folge dieser einseitigen Stabilisierungsversuche, das heißt Stabilisierung nur bei den produktivsten Ausgaben, sind stagflationistische Erscheinungen. Sie werden heute allgemein prognostiziert. Leider haben einige von uns schon im vorigen Jahr bei dieser Budgetdebatte vorausgesagt, daß es zu diesen stagflationistischen Erscheinungen kommen muß. Es war auch keine Kunst, dies vorauszusagen. Ein geringeres Wirtschaftswachstum, teilweise Arbeitslosigkeit trotz Inflation ist heute, so bedauerlich es ist, ein Zustand, der einfach gegeben ist. Und deswegen ist offenbar vor einigen Tagen wieder einmal die Devise seitens dieser Bundesregierung völlig umgedreht worden, und jetzt auf einmal, der Kollege Gross hat es in seiner Generalrede gesagt, ist es wieder die Vollbeschäftigung, die obersten Vorrang hat. (Abg. Gross: „Die hat immer Vorrang gehabt bei uns, immer!“) Von der Stabilität wird auf einmal nicht mehr geredet, weil man merkt,

daß da einiges mit dem Wirtschaftswachstum bzw. auch der Vollbeschäftigung nicht stimmt.

Und heute vormittag war die Landesvollversammlung der Landesinnung der Baugewerbe in der Handelskammer, und es war dort eindeutig herauszuhören, daß große Klagen über die Auftragslage geführt werden. Die Baumeister sind selbst ganz bedrückt, daß sie schon darangehen mußten, Arbeitskräfte zu entlassen (Abg. Loidl: „Das ist ein Unsinn!“ — Präsident Ileschitz: „Sie haben die hohen Preise gemacht, mein Herr!“), weil ihnen einfach die Aufträge fehlen, vor allem im Hochbau. Gut entwickelt sind einzig die Straßenbauaufträge durch die öffentliche Hand. Die Aufträge des privaten Sektors fehlen durch die Wirtschaftslage.

Also kurz und gut, es trifft nicht nur die Baumeister, sondern vor allem auch die Arbeitnehmer, und es tut den Baumeistern genauso leid, daß es dazu kommen mußte. Die Situation ist jedenfalls leider so ernst, daß sie keinesfalls zum Gegenstand einer Polemik gemacht werden sollte. Sie ist das Ergebnis eines Zickzackkurses dieser sozialistischen Bundesregierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet, den ich jedenfalls als völlig unverantwortlich bezeichne. Und noch immer tut diese Bundesregierung so, als ob es in der Wirtschaft nur die Alternative gäbe: Vollbeschäftigung oder Stabilität.

Ich habe mir hier vorgemerkt, der Kollege Gratsch hat zur Gruppe 1 wörtlich gesagt: „Es ist nicht möglich, gleichzeitig den Preisauftrieb zu bekämpfen und die Vollbeschäftigung zu sichern.“ Ja, Hohes Haus, das stimmt einfach nicht, woher nimmt man überhaupt solche Weisheiten, das frage ich mich. Völlig klar ist, daß es eine totale Stabilität nicht geben kann in einer vollbeschäftigten Wirtschaft, eine totale Stabilität hat auch nie jemand gefordert und haben wir, glaube ich, seit dem Krieg nie gehabt. Wahr ist aber, daß Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung kein Gegensatz zu einer relativen Stabilität sind. Das muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, und die gesamte westeuropäische Entwicklung, dort, wo es noch die freie sozialmarktwirtschaftliche Ordnung gibt, hat bewiesen, daß in jenen Jahren einer relativ größten Stabilität, etwa um das Jahr 1960 herum, zugleich das größte Wirtschaftswachstum mit der größtmöglichen Vollbeschäftigung gegeben war. Die Wirtschaft ist nun einmal kein Stehaufmännchen, das man beliebig jedes Jahr anders behandeln kann. Wir brauchen hier in der Wirtschaftspolitik zweifellos eine Versachlichung und Ernüchterung, weil die Wirtschaft ein ganz empfindlicher Organismus ist, der längerfristig richtig behandelt werden will. Möge diese Erkenntnis, Hohes Haus, auch im täglichen Handeln der derzeitigen Regierungspartei Platz greifen. Denn regieren ist sicher sehr viel schwerer als nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten handeln, damit diese ziel- und planlose sozialistische Wirtschaftspolitik nicht einen nichtwiedergutzumachenden Schaden anrichtet, einen Schaden, der letzten Endes nicht nur ein wirtschaftspolitischer sein könnte. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Zweiter Präsident Ileschitz:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gruppe 7 mit den Abschnitten 75 bis 78 geben mir die Möglichkeit, zu den verschiedenen Posten der allgemeinen Förderung bzw. Förderung der Industrie Stellung zu nehmen. Verschiedene Maßnahmen des Landes Steiermark als auch des Bundes führten dazu, daß seit dem Vorjahr der Stand der unselbständig Erwerbstätigen in einem Ausmaß gestiegen ist, der weit über den prognostizierten Werten liegt. Ende Oktober 1973, Herr Abg. Dorfer, waren allein bei den steirischen Krankenkassen über 382.000 (darunter 130.000 Frauen) unselbständig beschäftigte Dienstnehmer versichert. Die größte Zahl, die es bisher gegeben hat. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 21.474 Beschäftigte. (Abg. Jamnegg: „Inklusive Gastarbeiter!“) Kommt schon. Nur ungefähr ein Viertel dieser Zunahme entfällt auf die verstärkte Gastarbeiterbeschäftigung. Das heißt mit anderen Worten, wir haben soviel Arbeit, daß wir so viele ausländische Arbeitskräfte zusätzlich einstellen müssen. In Prozenten ausgedrückt, steigt das unselbständige Beschäftigungspotential um fast sechs Prozent, am stärksten in der Eisen- und Metallgewinnung, in der Eisenbearbeitung, im Baugewerbe und im Handel. Die Weiterentwicklung auf diesem Sektor vor auszusehen, ist derzeit natürlich kaum möglich, da viele weltpolitische Entscheidungen auch hinsichtlich ihrer langfristigen Auswirkung auf die Beschäftigungslage noch nicht überschaubar sind. Mit diesen Zahlen will ich darauf hindeuten, daß sowohl die Förderung des Gewerbes als auch der Industrie rein arbeitsmarktpolitisch große Auswirkungen zeigte und die Vollbeschäftigung nicht nur erreicht, sondern durch zusätzliche Einstellung von Gastarbeitern bei weitem überschritten wurde. Natürlich ist diese Entwicklung in der Steiermark nicht überall gleich, da strukturell gesehen die Verhältnisse in manchen Gebieten, z. B. dem der oberen Enns, unterschiedlich sind. Die Auftragslage und damit die Beschäftigung von Arbeitnehmern nicht nur in traditionellen Industriegebieten, sondern auch in den förderungswürdigen Grenzlandgebieten unseres Bundeslandes ist gerade durch die Förderungsmaßnahmen, darunter vor allem des Landes Steiermark, ausgezeichnet.

Wenn ich mir erlauben darf, auf einige solcher geförderter Betriebe hinzuweisen, so sind dies zum Beispiel die EUMIG in Fürstenfeld, die ELWE in Fürstenfeld, die gerade in diesen Tagen wieder eine neue große Halle eröffnet hat, PEGULAN in Hartberg, Philips in Lebring, bei der in diesem Jahr die Gleichfeier stattfand und mit dem Beginn im Frühjahr 1974 die Produktion aufgenommen wird, die Fa. Motronic in Groß St. Florian, die Firma Dau und Seifert in Ligist oder das große Projekt Aichfeld-Murboden mit den bereits in Betrieb genommenen Werken der Siemens AG. und des Bauknecht-Werkes in Spielberg oder die Firma Wehr in Fohnsdorf, das zweite Werk der Juniorwerke in Gleisdorf sowie die Fertigstellung des neuen Radiatorenwerkes der Firma Vogl & Noot

in Hartberg. Ich meine, hier haben wir eine Reihe von geförderten Betrieben in letzter Zeit eröffnet, auch mit Beschäftigtenzahlen und ich möchte betonen, wo man sich Sorgen macht, ob man überhaupt die Anzahl der Arbeitskräfte finden wird, die notwendig ist, um auf den geplanten Vollbeschäftigtenstand zu kommen. Offen bleibt — wie schon betont — noch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen an der mittleren Enns, obwohl auch hier ernstzunehmende Angebote zur Gründung von Industriebetrieben vorliegen. Es sollen dies Ersatzarbeitsplätze für die angekündigte Schließung des Neusiedler-AG.-Werkes in Weißenbach an der Enns sein. Diese aufgezeigte Palette ist nur ein Teil dessen, was vornehmlich durch das Land, aber auch durch den Bund gefördert wurde. (Landesrat Peltzmann: „Wo durch den Bund?“) Aichfeld-Murboden, große Förderungsmaßnahmen. Das wird ja auch gefördert. (Landesrat Peltzmann: „Keinen Schilling außer dem Straßenbau! Das ist ja eine Pflichtausgabe der Bundesstraßenverwaltung!“) Was heißt Pflichtausgaben, Herr Landesrat? Pflichtausgaben sind auch die, die dazu dienen, die Struktur des Landes Steiermark zu verbessern. Wir haben ja nicht Geld nur für irgendwelche anderen Zwecke zum Verschenken, sondern es sind auch unsere Pflichtaufgaben, von der Steiermarkswarte aus gesehen, für unsere Bewohner in diesem Lande etwas zu tun. In welcher Form das geschieht, ist egal, daß man die Möglichkeit eröffnet, überhaupt Industriegebieten die Ansiedlung zu ermöglichen, sie aufzuschließen und die Möglichkeit gibt, die dort produzierten Produkte dann auch abzubefördern. Man hat aber auch die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, die Menschen auszustatten mit dem Ausbildungsgrad, damit sie imstande sind, in diesen Werken fachmännische Arbeit zu leisten.

Daneben haben aber unsere traditionellen steirischen Betriebe, vor allem die VOEST-Alpine, noch immer zusätzlichen Arbeitskräftebedarf, so daß sich die Frage erhebt, ob im Rahmen der Förderung der Industrie in Zukunft ausschließlich nur Neugründungen finanziert werden sollen, oder ob man nicht da und dort überlegt, die angestammte Industrie für ihre zusätzlichen Aufgaben, wie z. B. Errichtung, Erhaltung und Verbesserung der Forschungsabteilungen, in den Bereich der Förderungswürdigen einzureihen. Gerade die Förderung der Forschung auf technischem und elektronischem Gebiet wird lebensnotwendig werden, um gegenüber den großen Giganten auf diesem Sektor in der ganzen Welt auch in Zukunft bestehen zu können. Abgesehen von diesem Hinweis erlaube ich mir, ein Institut von Weltgeltung zu nennen, das einzigartig im europäischen Raum ist. Es ist dies die Anstalt für Verbrennungsmotoren Prof. DDr. List in Graz, kurz AVL genannt. Man ist bei einem Besuch dieser berühmten Forschungsstätte von einem zum anderen Mal frappiert, welche Neuentwicklungen, die zukunfts tragend sind, hier entstehen. Ich habe die Möglichkeit gehabt, einige ausländische Delegationen in diesen Betrieb führen zu dürfen, die haben sich das angesehen und wir haben überall nur äußerste Zustimmung und Anerkennung gefunden,



ja, Experten, die dort mit waren, von denen wir gar nicht wußten, daß sie solche Experten sind, haben natürlich größten Wert darauf gelegt, nun näher dort hineinzuschnüffeln. Man hat natürlicherweise dann diese Besichtigungen und Besprechungen an speziellen Gebieten, die man mehr oder weniger für uns geheimzuhalten hat, vorbeigeführt. Auch eine klare Sache. Meine Damen und Herren, unter den vielen anderen Forschungsaufgaben, wie sie sich z. B. die AVL stellt, nimmt derzeit auch die Frage der Umweltverschmutzung durch Motoren bzw. deren Abgase eine besondere Stellung ein. Hier konnten Forschungsergebnisse erzielt werden, die die USA sich für das Jahr 1976 zum Ziel gesetzt hat. Die AVL hat dieses Problem bereits jetzt am Ende des Jahres 1973 gelöst. Der Bedeutung dieser Forschungsanstalt entsprechend war es uns möglich, auch einige ressortzuständige Minister ganz besonders für die Arbeiten dieser Anstalt zu interessieren und nicht nur das, sondern auch finanzielle Unterstützungen und positive Zusagen für die Zukunft zu erreichen. (Landesrat Peltzmann: „Aber nur für die Zukunft!“) Herr Landesrat, ich möchte Ihnen nur sagen: der Finanzminister hat z. B. für das Jahr 1973 auf Grund unserer Intervention bereits eine Million zur Verfügung gestellt, mit der fixen Zusage, im Jahre 1974 weitere eineinhalb Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Firma hat das in ihren Händen. Es hat der Herr Bautenminister auch einen ähnlichen Betrag als Forschungsförderungsbeitrag in Aussicht gestellt bzw. einen Teil auch schon genehmigt. Wir werden in den nächsten Tagen sicherlich die Möglichkeit haben, auf diesem Gebiet weiterhin erfolgreich zu wirken. Nicht nur Zusagen, sondern bereits fixe Überweisungen. Mein Begehren geht nun dahin, zur Sicherung sowohl der angestammten als auch neuerer Betriebe im größeren Ausmaß als bisher Forschungsförderungsbeiträge zu leisten.

Für den Bereich der verstaatlichten Industrie hat die fusionierte VOEST-Alpine ein Forschungszentrum in Leoben errichtet. Zusammenfassend zu diesem Kapitel erlaube ich mir zu bemerken, daß nur der besser bzw. überleben wird, der mehr als die anderen gerade für Forschungszwecke an finanziellen Mitteln zur Verfügung stellt.

Nun zum Abschnitt Förderung der Industrie bzw. Wirtschaftsunternehmen eine bedeutungsvolle Feststellung. Das Werk Weiz der Elin Union AG., der größte Betrieb auf dem Sektor des Transformatoren- und Generatorenbaues in Österreich, wird nur dann auf die Dauer imstande sein, immer größere Maschinen zu bauen, wenn die Beförderung dieser riesigen Kraftwerkselemente auf der Eisenbahn möglich ist. Dazu müssen aber erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Eine gerade jetzt im Bau befindliche Maschine kann nur dann transportiert werden, wenn Oberbau-, Brücken- und Tunneleinrichtungen bis zum 31. März 1975 im notwendigen Ausmaß verstärkt bzw. ausgebaut werden. (Abg. Pözl: „Die Bundesbahn ist das!“) Erlauben Sie mir die Feststellung zu treffen, daß das Land Steiermark durch seine Zusage die Landesbahnstrecke Weiz—Gleisdorf mit einem Kostenaufwand von 15 bis 16 Millionen, wobei die Hälfte des Betrages,

wie wir wissen, noch heuer flüssiggemacht werden soll, so ausbauen wird, daß Schwersttransporte möglich sein werden. Für den Ausbau der ÖBB-Strecke Gleisdorf—Wien wird das Land 15 Millionen als Zinszuschuß für aufzunehmendes Kapital zum Ausbau der Aspangstrecke der Elin Union AG. zur Verfügung stellen. (Abg. Pözl: „Das Land muß dem Bund eine Finanzhilfe geben, auf deutsch gesagt!“) Herr Kollege Pözl, wenn Sie noch etwas zuhören, kommt noch etwas dazu. (Abg. Pözl: „Sagen Sie das selber? Sie bestätigen das also, Herr Präsident!“) Als Anteil der Elin Union zum Ausbau der Aspangbahnstrecke hat dieses Unternehmen bereits 5 Millionen an die Hauptkasse der Österreichischen Bundesbahnen überwiesen. Und jetzt kommt das, was Sie gerne hören wollen: Da zu Ausbauvorhaben der Gesamtstrecke an die 200 Millionen nötig sind, hat nach Mitteilung des Finanzministers Androsch der Nationalrat am 29. November 1973, also kürzlich, in dem von ihm beschlossenen Überschreitungs-gesetz noch für das Jahr 1973 einen Betrag von 25 Millionen bewilligt und es ist daher von Bundesseite für den bevorzugten Ausbau der Strecke gesorgt. Finanzminister Androsch erklärte darüber hinaus: was das Jahr 1974 betrifft, werde er sich dafür einsetzen, daß von seiten des Bundes die weiteren notwendigen Budgetmittel bereitgestellt werden. (Abg. Nigl: „Das ist ja die Bundesbahn!“ — Abg. Buchberger: „Das sind Fahrtkosten für die Bundesbahn!“ — Landesrat Peltzmann: „Das ist der Anteil des Landes, Herr Kollege, aber so verzerren Sie die Dinge!“ — Abg. Pözl: „Das Land Steiermark wird die Republik Österreich unterstützen müssen!“) Ca. 200 Millionen wird der Bund hergeben müssen und 30 Millionen geben wir. (Abg. Pözl: „Das Land greift dem Bund unter die Arme!“) Das ist nicht wahr. Die Landesbahnstrecke Gleisdorf—Weiz ist eine Landesbahn und für das aufzunehmende Kapital gibt das Land an Zinszuschuß 15 Millionen für rund 200 Millionen. Das haben Sie schon wieder nicht verstanden, Herr Abgeordneter Pözl. Sie passen nie auf! (Abg. Pözl: „Eine stolze Summe für die Steiermark!“ — Landesrat Peltzmann: „Haben Sie etwas dagegen?“) Na sicher haben wir nichts dagegen. Wir haben auch vom Finanzminister für 1973 25 Millionen erreicht. Wir können sofort zu bauen anfangen, und das ist wichtig. Damit, glaube ich, ist ein wesentlicher Beitrag zur weiteren Existenzsicherung und Konkurrenzfähigkeit gegenüber den großen ausländischen Elektrokonzernen sowohl von steirischer als auch von der Bundesseite her geleistet worden.

Nach all diesen erfreulichen Feststellungen und Tatsachen für unsere Industrie und das Gewerbe im Lande dürfen und können wir nicht übersehen, daß Österreich und die Steiermark keine Insel der Seligen ist. (Landesrat Peltzmann: „Und daß der Bund hier gar nichts tut, das muß man dazusagen!“ — Abg. Gratsch: „Herr Präsident, er hat heute Geburtstag, lassen Sie ihn reden!“ — Landesrat Peltzmann: „Es wird mit Hilfe des Landes gebaut!“) 200 Millionen kostet der Ausbau der Strecke, 15 Millionen Zinszuschuß gibt das Land. (Landesrat Peltzmann: „Es ist ja eine Bundesbahnstrecke, wer

soll denn die ausbauen? Die Kinderfreunde?“) Sie bauen es ja, Sie hören ja, daß gebaut wird. Ihr dreht den Spieß doch um. Herr Landesrat, Sie dürfen nicht sagen, daß der Bund entscheidend dazu beigetragen hat, daß die Aspangstrecke ausgebaut wird, daß wir zu Ende kommen und daß nunmehr Größtmaschinen gebaut werden können! (Landesrat Peltzmann: „Es wird mit Hilfe des Landes gebaut! Sie drehen den Spieß um! In Zukunft trägt die Kosten die Tramway Graz—Feldbach!“) Wer zahlt das? Der Wirtschaftsbund? (Landesrat Bammer: „Mit der linken Hand!“) In Ordnung. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist gleich schlecht wie vorher!“) Das sind positive Aussagen, Herr Abgeordneter Dorfer, und nicht, wie Sie versuchen in Schwarzmalerei oder als kleiner Schleinzer, bei uns hier in der Steiermark alles ganz scheußlich hinzustellen.

Die weltweite Krisenerscheinung um das Erdöl wird sicherlich an uns nicht spurlos vorübergehen. Ein noch besseres Miteinander wird notwendig werden, um auch mit dieser Entwicklung fertigzuwerden. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben sich aus der Erkenntnis der Notsituation des Jahres 1945 und der darauffolgenden Jahre bis in die Jetztzeit in Zeiten krisenhafter Entwicklung immer gefunden, um mit den Problemen fertigzuwerden. Dies wird auch sicherlich in der Zukunft der Fall sein.

Ich muß feststellen, daß dies, soweit es die Einrichtungen des Landes betrifft, nicht ganz so ist. Ich habe hier von dieser Stelle aus mehrfach, allerdings mit bescheidenem Erfolg, den Versuch unternommen, ein Instrument, das noch zu Zeiten des verstorbenen Landeshauptmannes Krainer im Zusammenwirken mit uns und den anderen Interessenvertretungen begründet wurde, zu reaktivieren. Es handelt sich um den Landesbeirat für Arbeitsmarktpolitik. Die letzte Sitzung, und zwar die achte, wurde mit dem Herrn Landeshauptmann als Vorsitzendem am 14. Februar 1973 abgehalten. In dieser Sitzung wurde beantragt, diesen Landesbeirat für Arbeitsmarktpolitik in einen Beirat für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik umzubenennen und umzufunktionieren. Es ist bei diesen Anträgen und bei dieser Sitzung vom 14. Februar 1973 geblieben. Seither hat man nichts mehr davon gehört. (Abg. Pözl: „Es funktionierte!“) Gerade in einer Zeit wie der jetzigen mit der drohenden europäischen Verknappung von Materialien und Rohstoffen wäre der Zeitpunkt gekommen, enger aneinanderzurücken und von der Landesseite her mit den Interessenvertretungen diesen Landesbeirat, der eine wichtige Funktion im Interesse der gesamten Einwohner ausüben könnte, wieder zu beleben. Viel an positiver Arbeit für unsere Landesbürger könnte geleistet werden, wenn man den guten Willen hätte, auf dieser Ebene echte Zusammenarbeit zu pflegen. Ist man aber dazu nicht bereit, möge man nicht beleidigt sein, wenn der Bund Maßnahmen und Handlungen setzt, die im Interesse der gesamten österreichischen Volkswirtschaft und der österreichischen Bevölkerung in Krisenzeiten notwendig sind. (Abg. Jamnegg: „Wer ist der Vorsitzende, Herr Präsident Ileschitz?“) Der Herr Landeshauptmann, immer. Der Herr Landes-

hauptmann ist der Vorsitzende dieses Landesbeirates. (Abg. Jamnegg: „Und wer beruft ein?“) Das ist ein Durchführungsorgan, über Auftrag. Er kann nichts einberufen, sondern Hofrat Birzele, der Leiter des Landesarbeitsamtes, kann dann einberufen, wenn er den Auftrag bekommt vom Herrn Landeshauptmann. (Abg. Jamnegg: „Aber es steht nichts im Wege, wenn er initiativ wird!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Bitte keine Zwischengespräche, Herr Präsident!“) Ja, ich bin höflich genug, es hat eine Dame gefragt. Eine Abgeordnete des Hauses noch dazu.

Und nun, meine Damen und Herren, einige Worte zu den so viel zitierten Betriebsratswahlen im Werk Weiz der Elin-Union. Als Landessekretär der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter habe ich eingehende Erkundigungen über (Abg. Pözl: „Herr Präsident, kann man das nicht verschweigen, was jetzt kommen soll? Geht das nicht?“) — nein, nein, kann ich nicht — die angeblichen Terrorwahlen in Weiz eingeleitet, wie z. B. von den Herren Abgeordneten Pözl, Dr. Dorfer, Nägl, Buchberger, ja sogar vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart behauptet wurde. (Landeshauptmannstellvertreter: „Nicht behauptet, festgestellt!“) Was ist nun wirklich geschehen? (Abg. Dr. Dorfer: „Jetzt kommt das liebste Kind, aufpassen!“) Das Verhältnis im Betriebsrat der Elin-Union hat 8 Sozialisten zu 7 Kommunisten betragen. Die 7 Kommunisten haben ein ganzes Jahr die Aufgabe, die sie nach dem Gesetz hätten, nicht erfüllt, die Belastung der anderen 8 Betriebsräte war derart groß, daß man versuchen mußte, eine größere Basis der Zusammenarbeit zu schaffen. Verschiedene Zerwürfnisse haben mit dazu beigetragen, daß sich die sozialistische Fraktion der Belegschaft des Werkes Weiz gestellt und erklärt hat, wollt ihr, daß wir hier echte gute Arbeit für die Belegschaft leisten können, wenn ja, dann gebt ihr uns das Vertrauen, wenn nein, da wären die Wahlen eben anders ausgegangen. Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beschluß wurde gefaßt, Betriebsratswahlen sind angelaufen. Und ich frage mich jetzt, wo hier erstens einmal der Terror liegt, ich frage weiterhin, no ja, wie Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart sagte, er müßte sich schämen ob der Maßnahmen, die dort getroffen wurden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich stehe voll zu dem, was ich gesagt habe!“ — Abg. Brandl: „Na, na!“) Ja, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, Sie stehen voll dazu und ich stelle an Sie die Frage, was ermächtigt Sie, zu sagen, daß die Vorgänge da draußen beschämend waren? Ich kann nur eines sagen, die Wahl wurde ausgeschrieben, verschiedene Gruppen haben sich beworben um die Unterschriften für den Wahlvorschlag. (Abg. Pözl: „Für den Ileschitz war das selbstverständlich, was in Weiz geschehen ist, da schau her!“ — Abg. Buchberger: „Es ist bereits 9:6 gestanden, weil ein sogenannter Kommunist frühzeitig umgewechselt ist, er war bereits in der sozialistischen Fraktion!“) Ja, daß die Kommunisten mit 8 zu 7, es waren 7 Kommunisten, wobei ich betone, daß die Gewählten (Abg. Pözl: „Die Kommunisten waren ja nur verkappte Sozialisten!“), aber 8 zu 7

ist die Liste, wenn Sie wollen, legen wir Ihnen die sogar vor, das Wahlergebnis war abzusehen. Und ich kann Ihnen sagen, jawohl, die Wähler waren ja gar nicht alle Kommunisten. (Abg. Pözl: „Die haben sie gleich hinausgeschmissen!“) Ja wart ein bisserl, ich werde schon drauf kommen. Die Leute waren unzufrieden bei der letzten Wahl und haben eben entschieden. (Abg. Gratsch: „Habt ihr auch einen gehabt?“) Ja, aber Pözl, Sie werden sehr vorsichtig werden mit dem Hinausschmeißen, ich komme noch auf das zurück. Ja, wir kommen auf das zurück, behaupten Sie das nicht ununterbrochen. Ich möchte also folgendes sagen. Skandalöse Mißstände, Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, ist es vielleicht ein Skandal, daß ein Mitglied der gewerkschaftlichen Einheit, der auch auf der Liste der KP kandidiert hatte, mit dem Abgeordneten Buchberger draußen in den Wohnungen oder auch auf der Straße Unterschriften erworben hat? Ihr gutes Recht, ihr gutes Recht, Unterschriften zu werben für die Liste. (Abg. Buchberger: „Ich habe keinen gezwungen, daß er gehen muß!“) Aber jetzt kommt nun die Frage. Es hat der Betriebsrat Hasenhüttl, der mit Ihnen gegangen ist, der auf der kommunistischen Liste gewählt wurde, an Werksangehörige 8 Paar Schuhe verteilt. (Abg. Gratsch: „Das hat der Herr Buchberger nicht gesagt!“) Und in einigen Tagen hat er dort vorbeigeschaut wieder, nicht um Unterschriften zu bekommen, aber es erhebt sich die Frage, ist es ein Skandal, daß er 8 Paar Schuhe verteilt hat im Namen des ÖAAB und die Leute die Liste dann nicht unterschrieben haben? Das weiß ich nicht, man kann die Leute nicht kaufen mit ein Paar Schuhen. Der Hasenhüttl hat 8 Paar Schuhe verteilt, ja, das ist der Mann, Herr Abgeordneter, der mit Ihnen Unterschriften sammeln gegangen ist, der auf der kommunistischen Liste kandidiert hat und an der sechsten Stelle gewählt wurde. (Abg. Buchberger: „Ich kenne jeden Betriebsrat persönlich, auch den Hasenhüttl!“) Also das sind Tatsachen, meine Herren. (Abg. Pözl: „Das mit den Schuhen, das stimmt nicht, das ist ein Stiefel!“) Herr Abgeordneter Pözl, ein Telegramm mit der Unterschrift usw. maßgeblicher Funktionäre aus Weiz, die mich ermächtigen, das hier zu sagen, und die bereit sind, auch dafür mit Zeugen einzutreten. Also darüber kommen Sie nicht mehr hinweg, Herr Abgeordneter Pözl. (Abg. Pözl: „Wo steht das mit den 8 Paar Schuhen?“) Man hat also mit den 8 Paar Schuhen nicht die 8 Unterschriften gekriegt, und das scheint der Skandal zu sein. (Abg. Pözl: „Seid froh, daß 8 Arbeiter ein Paar Schuhe bekommen haben!“)

Meine Damen und Herren, es geht aber noch weiter. Es wird hier behauptet, daß im Zuge der Betriebsratswahlen ein Kollege, und zwar namens Siegl, entlassen worden sei. Ich stelle es Ihnen anheim, in den Personalakten der Firma Elin nachzuschauen, wie oft dieser Kollege Siegl schon wegen Disziplinwidrigkeiten, Disziplinlosigkeiten usw. verwahrt wurde, seit langer Zeit schon x-mal verwahrt wurde und dann hat er wieder eine Handlung gesetzt, und das Unternehmen hat wie jeder Unternehmer das Recht für sich in Anspruch genommen, den Mann fristlos zu entlassen. (Abg. Pözl: „Ge-

nau, als die Liste erstellt worden ist!“) Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kommt der Clou der ganzen Sache. Dieser Siegl war Mitglied der Sozialistischen Partei und ist es heute noch, aber er wurde entlassen, weil er eben Disziplinwidrigkeiten begangen hat. Ich würde Ihre Aufregung verstehen, wenn es ein ÖVP-Mann wäre. (Landesrat Peltzmann: „So wie der Hasenhüttl!“) Der Hasenhüttl ist also der, der gewählt wurde auf der KP-Liste. Und um den Siegl geht es jetzt. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Verehrter Herr Präsident, am besten wäre der Fall geregelt, wenn du nicht dazu Stellung genommen hättest. Es ist blamabel!“) Nein, es ist nicht blamabel, das sind Tatsachen, Herr Landeshauptmannstellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Habt ihr euch das bieten lassen?“), wer sagt denn das, ich komme schon noch darauf zu sprechen, meine sehr verehrten Anwesenden.

Ich möchte hier sehr deutlich werden, immer dann, wenn also Gewerkschafter sich an Hand von Unterlagen rechtfertigen, wird man sehr aufgebracht, statt daß man zuhört. Das ist auch eine eigenartige Erscheinung, man soll sich aber immer in diesem Hause bieten lassen, von Terror und Skandalen zu reden, man soll sich bieten lassen: „Das ist der Gewerkschaftston“, ja, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, hätte es nicht diesen Gewerkschaftston gegeben, mit dem z. B. Bundeskanzler Raab und unser Präsident damals miteinander geredet hätten, würden wir heute vielleicht hier in dieser demokratischen Institution nicht mehr sitzen (Beifall bei der SPÖ. — Landesrat Doktor Krainer: „Franz Olah!“), denn gerade im Oktober 1950, als die Russen die Kommunisten unterstützten, gerade damals, als sie versuchten, um jeden Preis die Demokratie in Österreich hinwegzufegen, war es der Gewerkschaftsbund mit seinem Ton, der die Freiheit dieses Landes erhalten hat. Ich bitte das nachzulesen in den Zeitungen des Oktober 1950, die Sie im Landesarchiv alle vorfinden. Ich möchte aber weiter sagen, daß es der Gewerkschaftsbund war, daß wir hier die Lohn- und Preisübereinkommen abgeschlossen haben. Der Gewerkschaftsbund war es, daß wir in der weiteren Folge miteinander die paritätische Kommission begründeten. (Landesrat Dr. Krainer: „Was hat das mit Weiz zu tun?“) Tun Sie nicht so, als wenn Sie nicht wüßten, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist und wie es gerade das Verdienst der Gewerkschaft ist, daß wir heute in so ruhiger Art und Weise beisammensitzen und diskutieren können. (Abg. Pözl: „Sehr gut!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Was hat das mit dem Wahlergebnis der Elin zu tun?“) Daß du immer herausplatzt, ist nicht maßgebend. Entscheidend ist ja das Sachliche und nicht das Unsachliche. (Abg. Dr. Dorfer: „Das hat ja niemand bestritten!“ — Abg. Buchberger: „Die Sache bei der Elin hat ja nichts mit der Gewerkschaft zu tun, sondern mit den Sozialisten!“) Zurück zu den Betriebsratswahlen bei der Elin. Wir haben eine Wahlbeteiligung von 92,86 Prozent gehabt und die sozialistische Liste davon einen Anteil von 89,65 Prozent, das heißt von 1705 Stimmen haben sie 1460 im ersten Durchgang erhalten und damit alle 15 Mandate gewonnen. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn

das der Skandal ist, dann wünsche ich mir lauter solche Skandale. Denn die hohe Wahlbeteiligung hat ja bewiesen, wie die Menschen dort denken, zu sich gefunden haben und den Sozialisten ihr Vertrauen geschenkt haben. (Abg. Buchberger: „Auf jeden Fall haben sie nicht sozialistisch gewählt!“) Das ist letzten Endes eine entscheidende Sache und Handlung. Gesprochen hat das Volk, die Belegschaft der Elin-Union. Wir können ihr nur dafür danken, daß sie so eindeutig gesprochen hat. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pözl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Herr Präsident Ileschitz hat so viel von der Landesbahn und Bundesbahn gesprochen, daß er mir das Geleise gelegt hat, auf dem ich nun weiterfahren kann. Herr Präsident Ileschitz, in aller Ruhe: Ich verstehe vollkommen, daß Sie als der zuständige Gewerkschaftsverantwortliche für die Elin Weiz alles daransetzen, um die Vorkommnisse vor der Betriebsratswahl aus der Welt zu schaffen, und zwar so, daß man nicht darüber redet. Aber ich darf Ihnen sagen, daß wir daran interessiert sind, daß die Belegschaft der Elin in Weiz aus diesem politischen Gezänk, das sich zwischen den Gewerkschaftssozialisten und den Parteisozialisten in Weiz abspielt, herausgehalten wird, daß die Leute in Ruhe arbeiten können und daß man hier nicht versucht, Nichtsozialisten unter Druck zu setzen. (Präs. Ileschitz: „Ich frage Sie: Wer wird unter Druck gesetzt?“) Sie selbst haben ja bestätigt, die nicht der Meinung der einen oder anderen Gruppe sind, zu verfolgen und unter Druck zu setzen. Ich bitte Sie daher um ein sachliches Gespräch.

Die drei Abgeordneten der ÖVP in Weiz, Buchberger, Schaller und ich, sind gerne bereit (Abg. Gross: „Das ist eine Anmaßung!“), sachlich mit Ihnen zu reden, Ihnen unsere Beweise aus unserer Sicht darzubieten, damit Sie sehen, daß es uns ernst ist, daß in Weiz Ruhe ist, denn wir schätzen diesen Betrieb. (Präsident Ileschitz: „Mir ist es auch ernst, aber ich möchte es wissen!“) Wir Weizer kennen viele Leute. Wir sind mit sozialistischen Funktionären in die Schule gegangen. Wir finden die Sprache zu diesen Menschen, aber wir verstehen einige Scharfmacher nicht und einige Leute, die scheinbar bei Ihrer Partei etwas werden wollen und nicht können, wir verstehen diesen Druck und Terror nicht. Der ist nicht notwendig, denn ich bin überzeugt davon, wenn in der Elin in Weiz freie, geheime Betriebsratswahlen abgeführt werden (Präsident Ileschitz: „Die waren ja geheim!“), daß es dann möglich ist, daß Sozialisten diese Wahl gewinnen, aber nicht solche Sozialisten, die von der Sozialistischen Partei in Weiz aufgestellt worden sind. (Abg. Gross: „Hören Sie auf, das ist ja eine Anmaßung!“ — Landesrat Bammer: „Von der ÖVP!“) Die kommunistischen Betriebsräte in Weiz waren keine Mitglieder der kommunistischen Partei. Wir kennen diese Leute ganz genau. Langjährige Sozialisten waren es, die dort kandidiert haben. Man hat den Mut aufgebracht, um auf einer

kommunistischen Liste zu kandidieren. Jetzt ist es nicht einmal mehr gelungen, die kommunistische Liste in Weiz unterzubringen, so stark ist dort der Terror. (Abg. Buchberger: „Das waren die Kommunisten!“ — Abg. Gratsch: „Das ist ein Schmä!“ — Präsident Ileschitz: „Wie bekundet sich der Terror! Ich habe Sie x-mal gefragt! Sagen Sie das!“) Herr Präsident Ileschitz, noch einmal das Angebot, in aller Ruhe mit Ihnen darüber zu reden, die Beweise zu bringen. (Präsident Ileschitz: „Sagen Sie, wie sich der Terror bekundet!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren von der Gewerkschaft, wir laden Sie alle zu diesem Gespräch ein. (Abg. Gross: „Sagen Sie hier die Beispiele in aller Ruhe!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Warum sagen Sie es nicht da?“) Ihnen hier die diese Dinge vorzuhalten, wäre viel zu peinlich für Sie und viel zu unangenehm. Wir wollen das nicht. Es wird sich der Abgeordnete Buchberger zu Worte melden und wird Ihnen einiges sagen. Aber ich bitte, hören Sie in Ruhe zu und schreien Sie nicht dazwischen. Denn ich wiederhole noch einmal (Abg. Gratsch: „Sagen Sie es hier, wir fordern Sie heraus! Sie bluffen!“ — Abg. Gross: „Sagen Sie es hier!“ — Landesrat Bammer: „Der Pözl ist gegen das Schreien!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Der Schreier sind ja Sie!“): es ist uns ein ernstes Anliegen (Abg. Gross: „Uns auch!“) und, Herr Präsident, Sie haben hier bei Ihrer Wortmeldung einiges gesagt, was wir auch zustimmend gehört haben und einiges, gegen das man auftreten muß. Sie haben den Abgeordneten Dorfer als „Minischleiner“ bezeichnet. Ich weiß nicht, ob Sie das als Herabsetzung oder als besonders ehrend meinen, ich überlasse es dem Kollegen Dorfer (Abg. Gratsch: „Mini ist er sicher!“), dies zu beurteilen.

Wenn man in der Zeitung von massiven Entlassungen in der Steiermark schreibt (Abg. Dr. Dorfer: „Das wird immer noch verniedlicht!“), dann muß doch etwas daran sein. Massive Entlassungen in Feldbach und in Köflach. So etwas kommt doch nicht in die Zeitung, wenn nichts Wahres daran ist, noch dazu in Ihre Parteizeitung, in die „Neue Zeit“. Also behaupten Sie nicht, es sei Schwarzmalerei, was der Kollege Dorfer sagt. (Abg. Nigl: „Das ist Rotmalerei!“) Aber wenn Sie die Ziffern anschauen und die Statistik ist in der Lage, alles zu beweisen (Abg. Hartwig: „Das ist wahr!“ — Landesrat Bammer: „O ja!“), dann haben wir in Wirklichkeit um 1400 weniger Arbeitslose als im November 1972. Wir haben heuer im November 6886 Arbeitslose in der Steiermark gehabt, und es waren voriges Jahr 8223. Das müßte auch der „Neuen Zeit“ bekannt sein, zumindest hat sie Zugang zu diesen Ziffern.

Auch der Herr Bundeskanzler fängt schon an zu sagen, doch nur nicht davon reden, es kommt eine Rezession, es ist gar nicht so. Im Export sind die Ziffern ja weitaus besser als ein Jahr davor. Im Fremdenverkehr ist die Umwechslung der Devisen ja mindestens so gut als im Jahr davor. Aber das, was Dorfer gesagt hat und ich Ihnen sage, ist, daß in Österreich im Jahre 1974 eine Inflationsrate von ca. 10 Prozent sein wird. (Abg. Brandl: „Das ist

einfach!") Ich gebe keine Erklärung ab, wo die Schuld liegt, sondern die Tatsache: wir werden uns mit einer Inflationsrate von 10 Prozent gemeinsam herumschlagen müssen und wir werden einen Zuwachs von maximal 3 Prozent haben, das heißt, daß wir im Export im Jahre 1974 die größten Schwierigkeiten haben werden. Die Auswirkungen der heurigen Währungsverhältnisse, der Währungsverunsicherung, der Ab- und Aufwertung. (Präsident Ileschitz: „Das ist keine österreichische Angelegenheit!") Die Aufwertung war eine österreichische, Herr Präsident. Wir sind sehr stolz der D-Mark gefolgt. Es gibt niemanden auf der Welt außer der Österreichischen Nationalbank, dem Parlament und der Regierung, die festlegt, in welcher Parität der Schilling zum Dollar steht. Niemand sonst ist in der Lage. (Abg. Gratsch: „Zusammenhänge gibt es für Sie nicht, die ignorieren Sie einfach!") Herr Kollege Gratsch, auch Ihnen gebe ich nachher die Möglichkeit, sich in Ruhe über diese Fragen zu informieren und zu diskutieren. (Landesrat Bammer: „Ein ruhiger Pözl!" — Abg. Gratsch: „Danke!") Ich darf Ihnen sagen, daß die Zusammenhänge der Weltwährung natürlich auf Österreich eine Auswirkung haben müssen, daß aber die Aufwertung des Schillings ebenso natürlich nur eine österreichische Angelegenheit ist. (Abg. Gratsch: „Aber das ist ja nicht mehr erst! Ihr Auftritt, bitte, Kollege Pözl!") Und ich wiederhole, wir werden im nächsten Jahr 10 Prozent Inflationsrate in Österreich haben, wir werden eine Wertzuwachsschöpfung von 3 Prozent haben und wir werden daher im Export im nächsten Jahr sicher sinkende Ziffern haben müssen, weil heuer schon die Aufträge für das nächste Jahr in verschiedenen Branchen zurückgegangen sind und teilweise ausgeblieben sind. Aber der eigentliche Grund meiner Wortmeldung ist nun der, daß ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl und dem Herrn Landesrat Peltzmann danken möchte, danken im Namen der steirischen Wirtschaft, denn, meine Damen und Herren, die Steiermark gibt für die Förderung der Wirtschaft, für die Förderung der Wirtschaftstreibenden, für die Strukturprobleme mehr Mittel aus, als die Republik Österreich im Bundesvoranschlag enthalten hat. Der Handelsminister durfte mit Genehmigung des Herrn Finanzministers und des Herrn Bundeskanzlers insgesamt 204.529.000 Schilling für die gewerbliche und industrielle Wirtschaft einsetzen. Wir in der Steiermark haben 325 Millionen in unserem Voranschlag. Die reine Förderung in Österreich, also die Bundesmittel, die für ganz Österreich bestimmt sind, beträgt 83 Millionen Schilling, das Bundesland Steiermark hat 87 Millionen Schilling eingesetzt und daher glaube ich mit Recht, dem steirischen Landeshauptmann Dr. Niederl und dem zuständigen Referenten Landesrat Peltzmann hier an dieser Stelle danken zu dürfen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Auch in der Frage des Exportringes möchte ich einen Dank anhängen. An eine Organisation, die vom Steiermärkischen Landtag seit der Gründung gefördert worden ist, und auch hier können wir Steirer stolz sein, daß es uns gelungen ist, richtungsweisend für ganz Österreich zu wirken und in allen Bundesländern, wo wir verpflichtet sind, uns zu unterhalten über den Ex-

portring, wird darauf hingewiesen, daß diese Institution vom Landtag der Steiermark und von der Landesregierung der Steiermark einhellig gefördert wird, daß es eine Institution ist, die beides in Absicht hat, Sicherung der Arbeitsplätze und Förderung des Exports, damit es in unserem Land in der Zukunft lebenswert ist und lebenswert bleibt. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Loidl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht zur Betriebsratswahl, zu den Betriebsratswahlen überhaupt jetzt Stellung zu nehmen, ich bin nur jedesmal gerührt, wenn sich der Wirtschaftsbund solche Sorgen über die Durchführung von Betriebsratswahlen macht. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Loidl, frag den Pözl einmal, wie das in der Handelskammer ist, da gibt es nicht einmal ÖAAB-Listen!") Ja, das ist ja allgemein bekannt. (Abg. Buchberger: „Es steht jedem frei, eine Liste aufzustellen!" — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Der Wegart wird beim ÖAAB kandidieren!" — Abg. Pözl: „Wollen Sie darauf eine Antwort haben, oder wollen Sie die Antwort auch draußen haben?" — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wenden Sie sich an den Kollegen Wegart!" — Abg. Dr. Dorfer: „Man soll von etwas nicht reden, von dem man wirklich nichts versteht! Das ist wirklich nicht Ihre Sorge, wer wo bei uns Mitglied ist!" — Landesrat Bammer: „Herr Kollege, das tun doch Sie so oft!" — Abg. Prensberger: „Der Dorfer weiß alles!") Ich kann nur feststellen, daß es bei Ihren Mitgliedern hinsichtlich der Betriebsratswahlen sowohl sachliche Zustimmung als auch Neutralität, Ablehnung und manchesmal auch massiven und rücksichtslosen Druck gegen eine Wahl des Betriebsrates gibt. Aber es würde mir nicht einfallen, daß ich deswegen hier eine Verallgemeinerung hinsichtlich der Unternehmer zum Ausdruck brächte. Aber ich habe den Wunsch, meine Damen und Herren, heute zu einer Frage Stellung zu nehmen, die mit Ausnahme von einigen Bemerkungen in diesem Hause überhaupt noch nicht behandelt wurde, und zwar zur Frage der Gastarbeiter. Nach den Reden des Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer und Abgeordneten Pözl mag das vielleicht ein wenig überflüssig sein (Abg. Doktor Dorfer: „Warum sagen Sie das, begrüßen Sie das doch!") bei der Entwicklung, die Sie bezeichnet haben hinsichtlich der Beschäftigung in der Zukunft. Aber es ist manchesmal wirklich schwer zu verstehen, der Dr. Dorfer geht her und sagt, er war bei der Bauinnung und da hätte man also gemammert und ein sehr tristes Bild für die aller nächste Zukunft gezeichnet. (Landesrat Peltzmann: „Das hat die ‚Neue Zeit‘ geschrieben, Herr Kollege!") Vor wenigen Tagen bin ich mit den gleichen Herren, die das möglicherweise gesagt haben, beisammengesessen und wir haben verhandelt wegen der Gastarbeiterbeschäftigung während des Winters und für das kommende Jahr. Und 1968, also zu dem Zeitpunkt, wo Sie am Höhepunkt Ihrer Möglichkeiten und Ihrer Macht waren, hatten wir

im Winter 12.000 Arbeitslose. Und vor wenigen Tagen hat die Innung für das Baugewerbe den Wunsch geäußert, daß wir die Zustimmung geben mögen, daß mehr als 1000 Gastarbeiter auch über den Winter im Land bleiben dürfen, daß weitere 2800 jetzt schon Wiedereinreisegesichtvermerke für das kommende Jahr bekommen und weitere 3000 werden als Wunsch ab 16. März 1974 zum Ausdruck gebracht. (Abg. Ing. Stoisser: „Wieviel ist das, mehr oder weniger?“) Zusammengerechnet sind das die 8000, die also im heurigen Jahr in der Steiermark in der Bauwirtschaft beschäftigt waren. Und weil das so ist, deswegen, glaube ich, sollten wir zu der Frage der Fremdarbeiter doch etwas sagen, denn alles, was durch Wirtschaftsförderung erreicht oder angestrebt wird, ist das Ergebnis der geleisteten Arbeit des gesamten Volkes. Bis zum Ende der fünfziger Jahre haben wir das allein geschafft, aber dann wurden wir vor die grundsätzliche Frage gestellt: Sind wir bereit, wegen des beginnenden Arbeitskräftemangels eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hinzunehmen, oder rufen wir wie andere Industrienationen Gastarbeiter ins Land? (Abg. Pölzl: „Wann war das?“) Ende der fünfziger Jahre, Anfang der sechziger Jahre. Wir haben uns für unseren Vorteil entschieden, und seitdem ist diese Entwicklung eingetreten, die zu einem Faktum geworden ist. Und wir werden diese Gastarbeiter für lange Zeit, trotz dieser möglicherweise abgeschwächten Konjunktur, für dauernd, glaube ich, nach einem bestimmten Berichtsschreiben mehr oder weniger benötigen in ihrer Anzahl, und daher wird der Gastarbeiterfrage für die nächste Zukunft Reaktion abverlangt. Und, meine Damen und Herren, als wir z. B. 1964, weil das die erste Zahl ist, die überhaupt ins Gewicht fällt, 1700 Beschäftigungsgenehmigungen erteilt haben, hat überhaupt niemand in der Steiermark davon Notiz genommen. Die Eingeweihten, und zu denen zählte ich damals schon, waren froh, daß jemand bereit war, die schwersten und schmutzigsten Arbeiten zu verrichten. 1967 waren es 6500, das war 1,9 Prozent des gesamten Beschäftigtenstandes. Und ich erinnere mich, daß damals die ersten emotionsgeladenen Diskussionen entstanden sind und zur Zeit haben wir bekanntlich ca. 20.000 Arbeitsplätze in der Steiermark besetzt. Und seit zwei Jahren, wir wissen es, ist die Gastarbeiterfrage in der Öffentlichkeit, in den Massenmedien mit sehr unterschiedlicher Grundhaltung diskutiert worden. Es hat Meinungsumfragen gegeben, öffentliche Diskussionen, Stadtgespräche, Zeitungsartikel und vieles mehr. Die unterschiedliche Grundhaltung ist in Emotionen zum Ausdruck gekommen, in Abneigung, in Vorurteilen, ja bis zum Fremdenhaß auf der einen Seite, realistische Einschätzungen, Verständnis, Solidarität, Hilfsbereitschaft, Menschlichkeit auf der anderen Seite. Ich glaube, die Frage bewegt deswegen so viele Gemüter, weil sie immerhin 20.000 Menschen betrifft, die bei uns arbeiten, die mit uns leben müssen, denen auch nichts geschenkt wird und die Steuer zahlen müssen. Es steht eines auf alle Fälle fest: Die Gastarbeiter werden und wurden nicht deswegen aufgenommen, weil man an ihnen ein humanitäres Werk tun wollte oder weil man die einheimische

Bevölkerung durch Integration vermehren möchte oder auch nicht, weil sie besser arbeiten als die Österreicher. Den Ausschlag gab und gibt einzig und allein der Arbeitsmarkt, und die Gastarbeiter sollen das Manko auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen und nicht einheimische Arbeitskräfte verdrängen.

Daß Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wird seit 1972 weitgehend durch die zwischen dem OGB und der Bundeskammer abgeschlossene Vereinbarung sichergestellt. Es muß aber bei dieser Gelegenheit wohl gesagt werden, daß der administrative und behördliche Vorgang, wie die Gastarbeiter in unser Land kommen und hier Arbeit aufnehmen, wohl einmalig in der Welt ist; und ich meine das absolut nicht positiv. Die derzeit kritisierte, aber praktisch geübte Vorgangsweise schadet in Wirklichkeit allen Beteiligten. Den Nutzen daraus ziehen lediglich einige unsoziale Unternehmer und fragwürdige Leute, die unter dem Deckmantel eines Gastarbeiters in unser Land einreisen. Was wir daher dringend brauchen, ist die baldige Verabschiedung eines Gastarbeiterbeschäftigungsgesetzes. Damit würde endlich eine Gesetzeslücke geschlossen.

Im wesentlichen müßte nach meiner Meinung eine ordnungsgemäße und kontrollierte Anwerbung nur so vieler Gastarbeiter sichergestellt sein, als es die Arbeitsmarktfrage erfordert, wobei dem Schutz der Arbeitsplätze der österreichischen Arbeitnehmer Vorrang einzuräumen ist. Erteilung des A-Sichtvermerkes und Ausstellung der Beschäftigungsgenehmigung vor Arbeitsaufnahme und unter der Voraussetzung, daß die ärztliche Untersuchung erfolgt ist und daß eine menschenwürdige Unterbringung mit den notwendigen sanitären Einrichtungen nicht nur vage zugesichert, sondern tatsächlich bereitgestellt ist. Ferner, daß Arbeitgebern, welche die Einhaltung sozialrechtlicher Vorschriften nachweislich verletzen, die Beschäftigung von Gastarbeitern rigoros untersagt wird. Hier Ordnung zu machen, daran müßten alle interessiert sein, im Interesse der Gesamtheit, weil die bestehenden Verhältnisse vielfach eines Kulturstaates unwürdig sind, im Interesse der Gastarbeiter, weil sie dann nicht mehr den skrupellosen Sklavenhändlern und den erbarmungslosen Wohnungswucherern ausgeliefert wären und weil sie auch vom ersten Tag an unter den Schutz der Gewerkschaften und der Arbeiterkammern gestellt wären, aber auch im Interesse der Arbeitgeber und der österreichischen Arbeitnehmer, weil dadurch soziale Spannungen und Konflikte der Boden entzogen wird.

Ich glaube, es ist wichtiger, als wir im Augenblick annehmen. Denken Sie daran, daß in der deutschen Bundesrepublik für eine große Zahl von Gastarbeitern — ein Gewerkschafter hat gesagt, es sind 60.000 oder 80.000 — die Arbeitsverträge für nächstes Jahr nicht mehr verlängert werden. Ich habe Sorge, daß Hunderte oder vielleicht Tausende, wenn sie in ihre Heimat zurückfahren, von unseren Verhältnissen wissen und im Land herumziehen, um irgendwo Arbeit zu finden, und das muß dann zu erhöhten Spannungen führen.



Ich denke, noch etwas müßte gesteuert werden. Es ist bedenklich und gefährlich, wenn sich die bei uns beschäftigten Gastarbeiter in ganz bestimmten Wirtschaftszweigen einfach konzentrieren. So haben wir im Baugewerbe bereits 30 Prozent Gastarbeiter, also 30 v. H. sind Gastarbeiter und innerhalb unseres Berufszweiges gibt es eine Reihe von Firmen, wo der Stand 50 Prozent oder noch mehr ausmacht. Ich habe nichts gegen diese Menschen. Ich weiß aus Erfahrung, daß sie zum überwiegenden Teil anständig und fleißig sind. Aber würden sie plötzlich zu einem großen oder überwiegenden Teil, aus welchen Gründen immer, ausbleiben wollen oder, was ja wahrscheinlicher wäre, ausbleiben müssen, so wäre dies für diesen Wirtschaftszweig eine ungeheure, ich glaube sogar unüberwindliche Schwierigkeit. Denn 5 Prozent Gastarbeiteranteil, wie es bei uns zum Teil derzeit in der Gesamtbeschäftigtenzahl der Fall ist, ist ohne weiteres vertretbar, aber 30 Prozent in einem Wirtschaftszweig, das ist echt bedenklich. Es deutet an sich wirklich nichts darauf hin, daß wir nicht im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren eine größere Anzahl brauchen werden, denn es deutet auch nichts darauf hin, daß diese unentwegten Schreier: „Gastarbeiter 'raus!“, nun Taten folgen lassen und sich bereit erklären würden diese schwere und dreckige Arbeit selbst zu machen, wie Telefonkabelverlegung, in den Kanal hineinsteigen und lebensgefährliche Arbeiten zu verrichten oder etwa heißen Gußasphalt aufzutragen und was es da noch alles gibt, um nur wenig zu nennen.

Wenn wir Ordnung schaffen, entziehen wir jenen Leuten, welche diese Intoleranz predigen und die ungerechtfertigten Vorurteile schüren, die Basis.

Es hat einmal jemanden gegeben, der den Satz geprägt hat: Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und Menschen sind gekommen. Ja, es sind Menschen wie wir mit Vorzügen und Fehlern gekommen, und es ist sicher, daß die Eingliederung so vieler Menschen, die aus einem ganz anderen Kulturkreis kommen, mit ganz anderen Lebensgewohnheiten, viele Probleme mit sich bringt, und es ist kürzlich ein Buch erschienen: „Gastarbeiter — Wirtschaftsfaktor und soziale Herausforderung“. Dieses Buch gibt tiefen Einblick in die Vielschichtigkeit der Problematik. Der Wirtschaftsfaktor wird von den meisten sehr gerne anerkannt. Die soziale Herausforderung muß erst angenommen werden. Spätestens mit den Stadtgesprächen im September d. J. — ich nehme an, einige oder viele von Ihnen haben sie gehört oder gesehen — ist wohl jedem Einsichtigen klar geworden, daß man es nicht mehr länger nur allein den Arbeitnehmerorganisationen, der Kirche oder einzelnen Journalisten überlassen kann, gegen diese Flut von Intoleranz und beschämender Überheblichkeit anzukämpfen.

Wenn wir also die Gastarbeiter rufen, weil wir sie brauchen, um unseren Lebensstandard aufrecht zu erhalten oder noch weiter zu erhöhen, haben wir die Pflicht, sie als Menschen zu behandeln, aber sie auch gegen jedermann, der dazu nicht bereit oder willens ist, mit allem Nachdruck in Schutz zu nehmen. Seien wir froh — das sage ich meinen Kollegen, die auch nicht immer das nötige Ver-

ständnis aufbringen, immer wieder —, daß bei uns niemand die Heimat verlassen muß, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Diese Genugtuung müßte uns allen schon genug Anlaß sein, die soziale, und, wenn Sie wollen, auch die humanitäre Herausforderung, die mit der Beschäftigung von Gastarbeitern in unserem Lande zusammenhängt, nicht nur anzunehmen, sondern mit Kraft und Entschlossenheit auch zu meistern. (Beifall.)

**Zweiter Präsident Hleschitz:** Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Marczik:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, wie ich glaube, zu einem Thema sprechen, das uns allen nicht minder wichtig erscheint. Ich möchte allerdings, bevor ich zum Thema speziell hier einige Erklärungen und Ansichten abgebe, nur kurz replizieren auf das, was heute hier bezüglich der Betriebsratswahlen gesagt wurde. Ich möchte folgendes sagen, meine Damen und Herren: Ich komme nicht aus der Weizer Gegend und kann und will mich auch nicht in Details einlassen. Ich hätte nur eine einzige Frage dazu. Nachdem ich in keinem Presseorgan und in keiner Zeitung der Steiermark und auch nicht in anderen österreichischen Presseorganen gelesen habe etwa einen Bericht des Landessanitätsrates, daß sich zum selben Zeitpunkt eine Epidemie hier befunden hätte in der Steiermark, weiß ich nicht, warum es über 300 Leute gegeben hat, die dort nicht zur Wahl gegangen sind. (Abg. Gratsch: „Weil wir eine Demokratie haben!“) Das möchte ich gerne wissen, das erscheint mir doch aufklärungsbedürftig, denn ich kann mir vorstellen — Herr Kollege Gratsch, Sie haben vorher gesagt, man soll hier Demokratieverständnis üben, ich habe zugehört, ich höre Ihnen auch jetzt aufmerksam zu und möchte mir nur eines dazu erlauben zu sagen —, ich kann mir vorstellen, daß auch diese 300 Menschen, die in diesem Betrieb sind und nicht zur Wahl gegangen sind, sehr wohl ein staatsbürgerliches Verständnis und Empfinden haben und sehr wohl wissen, ob sie zu einer Wahl gehen oder nicht. Hier müssen sehr wohl andere Gründe maßgebend gewesen sein, und die zu untersuchen, wäre sicherlich höchst interessant. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wie zu erwarten, spielt gerade in dieser Budgetgruppe aber auch das Kapitel, für das ich mich immer sehr interessiere, nämlich die verstaatlichte Industrie an sich, eine beachtliche Rolle. Es hat der Herr Kollege Karrer dazu gesprochen hinsichtlich des Wohnbaues, und ich habe ihm sehr beigepflichtet, ich bin auch der Überzeugung und Meinung, daß dieses Programm ständig fortgesetzt werden soll. Ich bin aber besonders glücklich darüber, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl dann in seinem Schlußstatement dazu Stellung genommen hat, um sehr klar zum Ausdruck zu bringen, wieviel bisher bereits auf diesem Gebiet für die verstaatlichte Industrie geschehen ist. Das ist deshalb notwendig, weil auch ich da und dort — und ich komme aus diesem

Gebiet — immer wieder so leise Andeutungen höre, als würde hier nicht den Wünschen der dort Beschäftigten, was das Ausmaß der Wohnungszuteilung anlangt, entsprochen werden. Das ist nicht richtig, ich kann dem Herrn Landeshauptmann — ist er hier, jawohl — nur sehr, sehr herzlich danke sagen und ihn bitten, unbeirrt in diesem Programm zugunsten dieser Industriebeschäftigten weiter fortzufahren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun, meine Damen und Herren, zu diesem wichtigen Komplex einige einleitende Bemerkungen. Schauen Sie, was die Förderung der Wirtschaft — und die ist ja in diesem Kapitel untergebracht — anlangt, möchte ich sagen, daß sich diese Förderung sicherlich auf die gesamte steirische Wirtschaft erstreckt, das heißt, auf die verschiedensten Sparten, auf Gewerbe, Handel, Fremdenverkehr, ebenso auf die Regionalmaßnahmen überörtlicher Bedeutung, etwa auf das Umschulungszentrum bei Böhler usw. In allem aber, meine Damen und Herren — und ich glaube, es ist notwendig, das zu sagen —, geht es uns jetzt nicht mehr primär darum — es wurde schon mehrmals vom Herrn Landeshauptmann bei verschiedensten Anlässen erklärt —, Arbeitsplätze zu schaffen, wie etwa noch vor sieben Jahren, als Regionalvertreter etwa in unserem Gebiet Aichfeld-Murboden sehr massiv vorstellig wurden, und ich zähle mich zu jenen, damals war es nötig, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, heute wissen wir alle, das ist keine Neuigkeit, daß die Arbeitsmarktlage so angespannt ist, daß es äußerst schwierig ist, überhaupt Leute derzeit zu bekommen (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wart ein bisschen!“), derzeit, meine Damen und Herren, nicht wahr, aber alles deutet leider darauf hin, aufgrund der am Horizont sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der Wirtschaft, daß es sehr wohl notwendig sein wird, hier entsprechend Vorsorge zu treffen und auch bereits vorgesorgt zu haben. Ich möchte aber eines sagen, was die Vergabe von Förderungsmitteln anlangt, kommt es uns primär darauf an, nämlich auf die Hebung der Qualität der Arbeitsplätze. Das heißt, daß nur Arbeitsplätze gefördert werden, und zwar sowohl bei bestehenden als auch bei neu hinzukommenden Betrieben, die eine besondere, oder, wenn Sie wollen, besonders hohe Wertschöpfung garantieren. Meine Damen und Herren, die Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze spielt aber natürlich auch bei der Betrachtung der Problematik der gesamten verstaatlichten Industrie im steirischen Raum eine ganz besondere Rolle. Und ich darf Ihnen eines sagen, wir von der Österreichischen Volkspartei messen jeder einzelnen Phase der Entwicklung des nach dem Gesetz vom 15. Februar 1973 fusionierten Konzerns eine sehr große Beachtung und Aufmerksamkeit bei. Meine Damen und Herren! Dieser derzeit fusionierte Konzern steht, wie Sie wissen, etwa an 12. — manche Experten sagen an 10. — Stelle unter den westeuropäischen Hüttenwerken, und etwa an 26. oder 27. Stelle der Welt und es gibt Leute, die voll Stolz — es gibt auch bei mir Parteifreunde —, voll Stolz sagen, das ist ein großartiger Gigant. Herr Kollege Karrer, du weißt, ich schätze dich sehr, ich möchte nur bitten, dich nicht allzu-

früh zu freuen, denn ich möchte gerade diese Freude über die Gigantomanie, wie ich sie nenne, ein wenig in Frage stellen. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht noch einmal über den Zweck der Fusion an sich sprechen, ich muß nur eines dazu sagen, in vielen Teilen der Welt, Herr Kollege Heidinger, und vor allem auch auf dem amerikanischen Kontinent, die also wahrlich ein sehr industriell betontes Land sind, ist man nämlich — und ich glaube, das ist ja nicht geheim geblieben — längst abgegangen von jener Freude über die Giganten und man ist zurückgekehrt zu mittleren Strukturen in der Industrie. Nicht umsonst. Ich möchte aber eines sagen, wir werden uns — hoffentlich erleben wir es nicht zu schnell — sehr darüber freuen, wenn — und das möchte ich jetzt sehr klar so formulieren — mit der Zunahme der Größe, des Volumens, des Umfanges dieses Konzerns, im gleichen Maße, meine Damen und Herren, auch die Krisenfestigkeit zugenommen hat. Wenn dem so ist, dann wäre hier also der Zweck erfüllt. Ich weiß schon, daß man derzeit dazu sicher nichts ganz Sicheres sagen kann.

Meine Damen und Herren, aber noch etwas. Schauen Sie, nicht nur in Amerika, auch in Westdeutschland, Sie haben heute soviel bezüglich des Umweltschutzes von Hessen gesprochen, ich sage Ihnen folgendes, auch in Westdeutschland, im Ruhrgebiet z. B., hat man Großkonzerne und Großbetriebe, Kollege Prensberger wird das vielleicht wissen, etwa nach dem Divisionsprinzip wieder zurückgeführt auf einzelne spezialisierte Betriebe mit Finanz-, mit Personal- und mit Produktionshoheit.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß die ja einige Erfahrungen mit diesen Dingen haben, das bedeutet auch, daß wir da und dort noch Hosianna rufen oder sehr erfreut sind oder Hurra schreien zu Dingen, die da und dort in den Strukturen, in der Erfahrung längst überholt sind. Ich möchte nur eines sagen, nicht um die — um jetzt davon zu reden — VOEST-Alpine nach dem Divisionsprinzip zurückzuführen, ich beschäftige mich sehr mit diesen Fragen und kann Ihnen einiges sagen, das wäre sicherlich sinnvoll erst, wenn der Konzern gefestigt ist, aber es wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, wenn die Konzernierung fortschreitet, die Heranführung der Edeltahlstöchter nach diesem Prinzip durchzuführen. Das wäre sicher, auch von Fachleuten angezeigt und unterstrichen, eine Möglichkeit, hier sehr sinnvoll vorzugehen. Meine Damen und Herren, der VOEST-Alpine-Konzern hat derzeit 77.267 (das war die letzte Zahl) Beschäftigte, allein im Konzern selbst sind es 52.900 ohne die Töchter. Ich möchte aber meine Ausführungen absichtlich so halten, daß wir die Töchter dabeilassen. Es sind ja derzeit, wie Sie wissen, sechs, uns interessieren vor allem jene, die in der Steiermark lociert sind.

Wesentlich ist folgendes, meine Damen und Herren. Wir haben in diesem Hohen Hause sehr oft zu diesen Problemen Stellung genommen, alle Fraktionen. Unsere Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag für die ehemaligen Alpine-Betriebe gestellt, zu einem Zeitpunkt, als sich die Problematik dieser Fusion sehr klar abgezeichnet hat. Wir haben da-

mals festgestellt und fordern es heute noch: eine Chancengleichheit. Dann kann sofort der Fachmann sagen, daß es das nicht gibt, daß man nicht mit der Apothekerwaage die Chancengleichheit auswiegen kann, vor allem für die Steiermark, für den obersteirischen Industrieraum, nun ganz konkret gesagt. Dieser steirische Forderungskatalog, es haben sich auch die anderen Fraktionen angeschlossen, wurde zu jenem entscheidenden Zeitpunkt präsentiert und bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Die Bundesregierung hat damals primär ihre Verhandlungen mit der VOEST vollzogen, sicher aus vielschichtigen Gründen. Manche sind mir zwar sehr einsichtig, ich möchte sie heute nicht aufzählen und hier provozieren. Ich hätte mir gewünscht, daß dieser Einsatz, diese Kraft und Lautstärke damals in diesem entscheidenden Zeitpunkt, als mit den Damen und Herren und vor allem mit den Herren aus Linz seitens der Bundesregierung verhandelt wurde, von der steirischen SPÖ aus gesehen wäre. Es ist Ihnen anscheinend seitens Ihrer Wiener Parteifreunde sehr wenig Mitsprache und Einflußraum gelassen worden (Abg. Pözl: „Das haben sie ja nicht dürfen!“), und zwar vor allem hinsichtlich des Herrn Parteibannes der Sozialistischen Partei der Steiermark. Ich möchte das wirklich sagen. (Abg. Pözl: „Er hat Weisung von Wien gehabt!“) Kollege Pözl, es ist nur deshalb, nicht weil ich einen Wirbel anlegen will, sondern weil wir sonst bei allen möglichen Gelegenheiten feststellen, wie brav und bieder und einvernehmlich diese steirischen SPÖ-Vertreter das machen, was ihre Wiener Freunde draußen wollen und den Befehlen folgen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Premsberger: „Nur fest polemisieren!“) Als es um die steirischen Interessen auf diesem Gebiet gegangen ist, haben wir von diesen Dingen nichts bemerkt. Und wenn jemand in diesem Lande zahnlos zu diesem Zeitpunkt war, dann muß ich sagen, daß es vielleicht damals notwendig gewesen wäre, Ambulatorien zu haben, denn damals waren sie zahnlos. (Landesrat Bammer: „Sie sind auch ein Papierlöwe!“) Herr Landesrat, ich danke für diesen ehrenvollen Titel. Wenn Sie mir einen solchen geben, zeichnet mich das immer besonders aus. Ein Papierlöwe, wunderbar. Sie haben schon einmal eine Wette abgeschlossen, daß der Löwe sterben wird, Sie haben sich damals sehr getäuscht, Sie werden sich auch in Hinkunft täuschen! (Beifall bei der ÖVP. — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Er soll froh sein, daß du es bist! Was wäre, wenn es ein anderer wäre!“)

Und nun zu einigen konkreten Problemen. Als diese Fusionierung durchgeführt wurde, das heißt kurz davor, da hat man, um es der VOEST schmackhafter zu machen — die ja nicht allzu erfreut war, ich weiß das aus ganz sicheren Quellen und war ja selbst lange genug in entscheidenden Gremien der verstaatlichten Industrie mit von der Partie — die Zuführung der 2 Milliarden Eigenmittel angeboten. Inzwischen ist eine Funkstille eingetreten. Ich lese die Zeitungen sehr genau und habe auch in der Presse gelesen, man hätte jetzt hinter Pol-

stüren in Wien darüber gesprochen. Für uns ist maßgebend, was tatsächlich kommt, und nicht, was zerredet, beredet oder versprochen wird.

Der Kollege Burger hat im Nationalrat kürzlich eine Anfrage an den Herrn Bundeskanzler gestellt. Er hat ihm geantwortet, er bekenne sich nach wie vor zu der Zuführung dieser Mittel, allerdings könne er einen Zeitpunkt nicht nennen. Von mir aus gesehen: Kommentar überflüssig. Das war eine Aussage, die zumindest nicht befriedigend ist.

Nun noch etwas. Man hat mit der VOEST verhandelt und hat gesagt: Ihr bekommt diese 2 Milliarden und man hat nun zu den Alpineangehörigen, vor allem zu den Betriebsvertretern gesagt: Ihr werdet nicht leer ausgehen, ihr werdet eine Harmonisierung des Sozialpaketes erfahren, hier vor allem Erfolgsprämie, Treuegeld, Harmonisierung der Firmenpension. Das waren sehr klare Versprechen und Aussagen. Ich muß sagen, daß es aber sehr danach aussieht — ich weiß das auch aus sicherer Quelle —, daß man nun um diese Dinge sehr entscheidend und konkret kämpfen muß. Ich weiß schon, daß der Gesamtvergleich dieses Paketes ungefähr 401 zu 408 Millionen beträgt. Das bedeutet, es sind nur 7 Millionen Unterschied. Sie wissen aber, daß es die Treueprämie in den Alpine-Betrieben bisher nicht gegeben hat. Man hat es ihnen zugesagt, bis heute ist davon noch keine Rede.

Abgesehen davon, wird es nicht leicht sein, den enormen Finanzierungsbedarf decken zu können. Man hat es mit einer D-Mark-Anleihe und mit diesen 400 Millionen Erlös an Inlandsanleihe versucht. Das Investitionsvolumen, welches erforderlich ist, ist aber sehr enorm und gerade in diesem Augenblick, wo wir vor schwierigen Zeiten stehen, bräuchte nämlich der Konzern, um eine konstruktive Konzernpolitik machen zu können, jene Finanzhilfe und Finanzspritze des Bundes. Das kann ich nur immer wiederholen. Gekommen ist bis heute kein Groschen. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber geredet wurde davon!“ — Abg. Pichler: „So wie der Dorfer!“) Nicht zuletzt durch die Schillingaufwertung, die sich natürlich auch hier bemerkbar macht, ist der Export des Konzerns und der Edeltahlstöcher, der in diesem Jahr noch eine Gesamtsumme von 32,9 Milliarden erreicht hat, derzeit so, daß die Konjunkturlage noch eine günstige ist. Niemand kann in diesem Zeitpunkt sagen, wie sich diese ganzen Dinge wirklich entwickeln werden. Man gibt sich zwar in den zuständigen Gremien einigermaßen optimistisch, aber niemand ist in der Lage, entsprechend zu prognostizieren. Nachdem dies nahezu 80.000 Direktbeschäftigte mit ihren Familien betrifft, ist das sicherlich keine einfache Sache mehr, mit Ausnahme einiger Lichtblicke: den Stahlbau hinsichtlich der Kernkraftkomponenten, was sich im deutschen Raum stark bemerkbar gemacht hat oder der Reaktorkomponenten, wo sich Schoeller-Bleckmann entsprechend angestrengt hat, oder ein steirisches Beispiel: die Leitschienenproduktion, die hier in Hinkunft allein dem Werk Zeltweg zugute kommen wird, das heißt sie werden die Alleinerzeuger sein. Das sind einige Lichtblicke, ansonsten ist das Schicksal vor allem der Edeltahlstöcher im steirischen Raum ungeklärt.

Und jetzt, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir aber auch als Judenburger — wie könnte es anders sein — einiges in dieser Hinsicht zu sagen, weil ich ja die Auffassung vertrete, daß man natürlich das Gebiet, aus dem man kommt, besonders beleuchten und betrachten soll. Hier darf ich Ihnen nur folgendes sagen. Und das bitte jetzt nicht falsch aufzufassen, bei aller Kollegialität, um auch hier den Standpunkt klarzulegen, möchte ich folgendes formulieren. Es haftet uns keine besondere Geschwisterliebe zu den übrigen Töchtern an, sondern wir wollen unbedingt nicht nur die Nähe zur Konzernmutter bewahren, sondern auch für die Zukunft sicherstellen, meine Damen und Herren. Ich möchte das sehr klar sagen, und es ist wohl überlegt, was ich hier sage. Weil alle anderen Dinge hier im Raume, nicht hier, sondern im diesbezüglich sachbezogenen Raume für uns Judenburger absolut unerfreulich wären. Und ich möchte noch etwas dazu sagen. Derzeit läuft das mittelfristige Investitionsprogramm, meine Damen und Herren, aber eines muß ich Ihnen sagen, ja, wir wissen nicht, wie es weiter fortgeführt wird, wir Judenburger hoffen nur auf zwei Dinge, vor allem erstens, daß wir die im mittelfristigen Investitionsprogramm vorgesehene ESU-Anlage — für die Damen und Herren, die also hier nicht näher befaßt sind, das ist eine Elektroschlackenumschmelzanlage — bekommen, und den 12-Tonnen-Lichtbogenofen an Stelle des schon über 30 Jahre alten 8-Tonnen-Lichtbogenofens. Das ist natürlich grundsätzlich notwendig zur Erhaltung unseres Betriebes als Edelstahlbetrieb. Das ist ganz entscheidend.

Meine Damen und Herren, wir wissen auch, daß das mittelfristige Investitionsprogramm in Donawitz, in Kindberg einige Erfolge schon gezeitigt hat, sogar beachtliche, etwa die Erhöhung in Donawitz der Roheisenkapazität, oder der LD-Stahlkapazität, aber eines sage ich Ihnen, es sind dort noch sehr wichtige Dinge, für die keine Sicherheit in finanzieller Hinsicht gegeben ist wie etwa, was die Bereichsdirektion geplant hat hinsichtlich des Walzwerkes oder aber bezüglich einer notwendigen Stranggußanlage, ich glaube, die Leute, die sich damit beschäftigen, werden das wissen. Meine Damen und Herren, eines noch zu diesem Problem, schauen Sie, man sagt, bisher ist ja nichts passiert in der Fusionierung, ja, jeder, der mit diesen Dingen einmal zu tun gehabt hat und ich habe das, dank des Vertrauens unseres Herrn Landeshauptmannes, ich kann Ihnen nur eines sagen, sicherlich wartet man jetzt ab. Man hat vorläufig nur einige Verträge gemacht, was die Töchter anlangt, um hier vor allem den Einfluß der Regionalpolitiker auszuschalten; wie man sieht, ist das nicht ganz gelungen. Aber man hat hier vor allem eines getan, meine Damen und Herren, und das erscheint mir wichtig. Man hat bisher, nur konzernmäßig betrachtet, folgendes gemacht, einen Ausgleich geschaffen — für die Fachleute, die werden das wissen —, nämlich Flachprodukte gegen Profile. Hier ist die Abstimmung, Kollege Karrer, gelungen, aber ich mache jetzt schon aufmerksam, daß die Abstimmung unter den Edelstahlbetrieben, wo ein Werk sich in der Produktion mit dem anderen sehr erheblich über-

schneidet, durchaus schwieriger und nicht so einfach zu bereinigen sein wird. Das möchte ich auch in diesem Zusammenhang sagen.

Und nun zum Schluß noch etwas. Der Kollege Dr. Heidinger hat heute dankenswerterweise darauf hingewiesen, nämlich, was den Investitionsbedarf betrifft. Ja, meine Damen und Herren, vielleicht ist es mir möglich, Sie zu einer steirischen Linie hier einzuladen, vor allem die Kollegen, die in den Betrieben beschäftigt sind. Es ist nämlich folgendes, schauen Sie, hier ist es, daß, wie Sie wissen, diese Betriebe in einzelnen Gemeinden den Nulltarif oder die Nullstellung angemeldet haben hinsichtlich der Steuern nach dem Gewerbesteuerertrag. Nun, ich kann Ihnen folgendes sagen. Tatsache ist, daß diese Gelder wohl in diesen Gemeinden fehlen werden, aber nirgends, meine Damen und Herren, scheint auf, daß wir in der Steiermark auch von diesen in der Steiermark erarbeiteten Geldern etwas bekommen. Wer mir hiezu etwas anderes sagen könnte, dem würde ich herzlichst gratulieren und ich würde mich darüber freuen, das ist aber bisher nicht der Fall. Und ich möchte jetzt nicht pathetisch werden, sondern in aller Ruhe sagen: Steirische Gelder den steirischen Betrieben, ohne hier einen Lokalpatriotismus hochzüchten zu wollen, aber weil wir es dringend brauchen und weil wir, meine Damen und Herren, zum Schluß betont, auch von den 2,6 Milliarden Schilling, die jetzt neben dem normalen mittelfristigen Investitionsprogramm laufen, für unsere steirischen Betriebe nicht einen einzigen Groschen vorgesehen haben im Plan. Das ist wirklich sehr, sehr bedauerlich und ich hoffe nur, daß sich hier in einem gemeinsamen Kreis und gemeinsamen Anstrengungen noch einiges ändert.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch einmal der Appell bezüglich unseres Kohlenbergbaues. Schauen Sie, jetzt ist jedem klar, was die Kohlen wert sind, wir haben schon lange darauf hingewiesen, daß es, von uns aus gesehen, eine neutralitätspolitische Energiereserve ist. Ich kann mich daran erinnern, daß auch der Sprecher der FPÖ seinerzeit das erklärt hat, jetzt wissen wir um die Wichtigkeit und trotzdem, meine Damen und Herren, sind wir hier keinen Schritt, was die Sicherheit anlangt, die wir dringend fordern, weitergekommen. Noch immer versucht man eine Abschiebetaktik, noch immer versucht man, irgendeinen zu nehmen, der dieses Findelkind nimmt. Ja, da muß ich wirklich fragen, ist das verantwortungsbewußte Politik? Meine Damen und Herren, wenn dem so wäre, dann hätte ich falsch gelernt, falsch gelesen und bisher nur falsche Vorstellungen vertreten. Ich muß Ihnen sagen, ich bezeichne das als nicht nur nachlässig, sondern geradezu als verantwortungslos. Und ich möchte dem Herrn Landeshauptmann Doktor Niederl herzlichst danken, daß er so wie sein Vorgänger sich nicht nur eindeutig für den Bestand der Kohlengruben ausgesprochen hat, sondern daß er auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur weiteren Erschließung bereitstellen ließ. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte nur bezüglich Fohnsdorf höflich bitten, dort ist es so, daß zwar eine Untersuchung vorliegt hinsichtlich der Erstreckung der

Kohlenflöze, nicht aber hinsichtlich der Tiefe. Und ich würde daher sehr herzlich bitten, daß man auch da Untersuchungen anstellt, weil man dann auch dort dieses Gebiet entsprechend sichern könnte.

Und jetzt noch etwas, ich glaube, da gehört ein wenig Mut dazu, nicht von mir, sondern überhaupt, meine Damen und Herren, wo so viele Dinge jetzt preislich geregelt werden. Sie können sagen, was Sie wollen, ich bekenne mich von dieser Stelle aus dazu, daß man in so einer Zeit wie der jetzigen sich auch, noch dazu, wo etwa von Fohnsdorf aus die meiste Kohle via Dampfkraftwerk der ODK verbraucht wird, daß man zu diesem Zeitpunkt auch über den Wert der Kohle und den Preis wird reden müssen. Ich sage das ausdrücklich und bekenne mich dazu, das ist einfach notwendig, weil, wie gesagt, gerade industriell diese Verwertung erfolgt, wenn man das einigermaßen sicherstellen will. Ich mache es mir also nicht leicht, sondern nehme auch die unpopulären Sachen gerne auf mich, wenn diesem Raume, dieser Industrie, dieser Steiermark und den Menschen damit geholfen wird. Leider — und jetzt bin ich am Schluß — muß ich eines sagen, wir müssen hier wie auf vielen anderen Gebieten feststellen, daß die derzeitige Bundesregierung Probleme, die uns alle angehen und mittelbar oder unmittelbar betreffen, immer wieder auf die lange Bank schiebt, oder überhaupt abzuwälzen versucht oder aber Situationen wie auf dem Energiesektor wochenlang bis zum Verdruß unterspielt, das möchte ich auch sagen. Das war ein deutliches Unterspielen, ich habe viel Verständnis, man sollte die Dinge nicht dramatisieren, aber man soll auch nicht unterspielen, weil es sonst, glaube ich, gefährlich wird.

Und ein letztes Wort, meine Damen und Herren, wir sind immer die Beschuldigten, die Unruhe in die Betriebe tragen. Ich sage Ihnen heute sehr klar, nicht Ihnen, Herr Kollege Gratsch, allen Damen und Herren, meine Meinung dazu und die lautet: Unruhe in die Betriebe getragen wurde durch die dauernden Erklärungen, einander widersprechenden Erklärungen, nicht zuletzt des Generaldirektors Doktor Geist, was hier herumgeistert hat, ob es sich nun um die Pläne mit der SGP und Elin gehandelt hat oder andere Pläne, die Steirer wurden nicht gefragt. Man hat das in den Raum gestellt und dann hat man sich gewundert, wenn Unruhe kommt. Ein Konzernmanager, einer der Verantwortlichen derzeit, hat gesagt, daß diese OVPLer und diese Leute da in der Steiermark das Wasser trüben, ja sogar vergiften würden. Ich kann nur eines sagen, man möge andere nicht der Brunnenvergiftung zeihen, wenn man selbst eine Tat nach der anderen setzt, um hier dieses Wasser zu trüben. Und was das Kohlenbergwerk anlangt, möchte ich am Schluß nur eines sagen, für mich war es entscheidend, was Dr. Veselsky, der im Auftrag der Bundesregierung im Raume Aichfeld-Murboden agierende Staatssekretär, in einem Interview erst vor zwei Wochen erklärt hat, nämlich wörtlich: Er hat dort folgendes gesagt. 1. Was den Kohlenbergbau anlangt, so wird es sehr rasch, nachdem die 100-Millionen-Grenze an Defizit, wie er sich ausgedrückt hat, wieder heransteht, zu Ende sein. Und dann hat

er in seiner Wiener Art das sehr kurz gesagt, indem er erklärt hat, 1975 ist der Ofen aus. Wir bekennen uns zu diesen Dingen. Wenn Sie diesbezüglich Schwierigkeiten haben, nicht hier, sondern mit Ihren eigenen Parteifreunden, dann sagen Sie es ihnen einmal steirisch. Es ist wirklich eigenartig, daß wir uns heute und immerdar mit dieser Entschiedenheit für diese Dinge einsetzen müssen, schon seinerzeit Landeshauptmann Krainer gegen den Widerstand seiner eigenen Parteifreunde in Wien. Ich habe ihn selbst gehört, weil ich draußen in der Friedrichstraße war und nun scheint dasselbe auf der anderen Seite zu sein. Hier bitte ich um steirische Solidarität. Hier bitte ich wirklich einmal Klarheit zu schaffen. Wir waren in der Steiermark immer gewohnt, zu Dingen, die wir uns vorgenommen haben, zu stehen und sie zu exekutieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Haltung auch auf dem schwierigen Sektor zu wahren und sie an die Stelle von allzu transparenten, taktischen Manövern zu setzen.

Von dieser Stelle aus rufe ich allen Beschäftigten in der Verstaatlichten ein ehrliches und aufrichtiges „Glück auf“ zu. (Beifall bei der OVP.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Preamsberger:** Wenn heute hier über die Demokratie so viel gesprochen und die verschiedensten Auslegungen kundgetan wurden, so muß man sich doch über die verschiedenen Ansichten wundern. Natürlich ist die Würze der Demokratie die Auseinandersetzung, die Diskussion. Und wenn man dann zurückblendet: Bei den Gemeinderatswahlen in Wien hat die OVP alles darangesetzt, eine hohe Wahlbeteiligung zu bekommen, weil sie wußte, daß es für sie wichtig und richtig gewesen wäre. Man hat alles eingesetzt und trotzdem war die Wahlbeteiligung in Wien äußerst gering im Vergleich zur Elin, wo wir undemokratisch sind. (Landesrat Peltzmann: „Aber ein Mandat haben wir mehr!“) In den demokratischen Spielregeln steht nicht zur Diskussion, ob nun zehn Listen oder eine Liste. Sie haben in Wien kandidiert und es ist Ihnen nicht gelungen, eine Wahlbeteiligung in der Größenordnung zu erreichen, wie Sie es sich gewünscht hätten. Das bedeutet, daß viele Einwohner von Wien sich nicht besonders für Ihre Argumente interessiert haben. (Landesrat Peltzmann: „Trotzdem haben wir ein Mandat gewonnen!“) Es ist in der Elin Weiz der Fall, daß 92 Prozent Wahlbeteiligung vorhanden war, eine äußerst großartige Wahlbeteiligung und ein Zeichen dafür, daß die Belegschaft sich für diese aufgestellte Liste wohl entschieden hat. (Abg. Aichhofer: „Volksdemokratie!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Geh, mach dich nicht lächerlich!“) Sie hätten nicht zur Wahl gehen müssen, sie hätten auch leere Stimmzettel hineinwerfen können, das ist der Beweis, daß die demokratischen Spielregeln voll eingehalten wurden. (Abg. Dr. Piaty: „Woher wissen Sie das?“)

Wenn Sie so heute und auch schon in den vergangenen Tagen über die Energieversorgung Öster-

reichs diskutiert haben, dann darf ich Ihnen mit einem gewissen Stolz sagen, daß die Energieversorgung Österreichs besser als in manchen Nachbarländern ist. Der Energieverbrauch in Österreich setzt sich aus 21 Prozent Wasserkraft, 20 Prozent Kohle, 14 Prozent Erdgas, 11 Prozent aus heimischem Erdöl und 34 Prozent aus importiertem Öl zusammen. Wenn wir uns das ansehen, dann können wir mit Stolz darauf hinweisen, daß wir immerhin eine 25- bis 30prozentige Selbstversorgung haben, in den EWG-Ländern sind es nur 3 Prozent. Und wenn man hier in der Diskussion immer gehört hat, daß man über die Bundesregierung und ihre Maßnahmen schockiert sei, dann hätten Sie doch auch den Mut haben können, einmal darauf hinzuweisen, daß die Außenpolitik Österreichs und das Verhalten der Bundespolitik ganz entscheidend Einfluß auf die Versorgung mit Energie und Erdöl in Österreich genommen hat. (Abg. Pözl: „Das würde euch passen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Was reden Sie da, Herr Preamberger?“ — Abg. Pözl: „Reden Sie von etwas anderem und lassen Sie dieses Thema in Ruhe!“) Denn hätte Kreisky so wie Schleinzler reagiert, dann wären wir schon lange zu Fuß gegangen. Wir haben Gott sei Dank noch genügend Benzin. Und weil ich Sie nicht zu lange strapazieren will, weil ich doch so anständig bin und meine Redezeit nicht unendlich ausnützen will, wie es hier sehr viele Debattenredner getan haben, werde ich gleich auf das Konkrete hinkommen.

Ich möchte zum Energiekonzept der Steiermark Stellung nehmen. Am 15. November 1973 wurde vom Herrn Landeshauptmann Niederl ein Konzept der Steiermark zur Diskussion gestellt und ich muß sagen, daß dieses eine umfangreiche Bestandsaufnahme über die Energieaufbringung und den Verbrauch der Steiermark von 1972 bis 1973 beinhaltet. Abgesehen von der Kohle enthält die Ausarbeitung kaum prognostische Elemente. Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft wird auf kein einziges echtes Problem dieses Wirtschaftszweiges in der Steiermark eingegangen, wohl sind Schätzungen über den künftigen Bedarf bis zum Jahre 1982 enthalten. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Sehr genaue Erhebungen, die in den Händen der STEWEAG sind!“) Durch die Entwicklung der letzten Zeit ist das Erdöl als Energieträger für die Zukunft nur mehr bedingt erfüllbar. Jedes umfassende Energiekonzept muß daher im Bereich der Energieaufbringung alternative Möglichkeiten aufzeigen (Abg. Pözl: „Wollen Sie vielleicht das Erdöl jetzt nehmen als Alternative? Das ist sozialistische Landwirtschaftsförderung!“), wie bei dem Ausfall oder Einschränkung der Verfügbarkeit eines Energieträgers der Energiebedarf in der Steiermark gedeckt werden kann. Die Durchleuchtung wird in der Elektrizitätsversorgung in der Steiermark nicht besonders vorgenommen, denn wir sind eines der wenigen Bundesländer, welches noch über 130 private EVU aufzeigt, die sich in der Steiermark befinden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Gott sei Dank!“ — Abg. Pözl: „Er darf das sagen, er ist bei der OVP!“ — Heiterkeit.) Ich werde Ihnen ein paar ganz negative Entwicklungen auf diesem Gebiet aufzeigen. Diese privaten EVU-Betriebe haben eine Preispolitik bei den

Anschlußkosten, die erheblich von der STEWEAG abweichen (Landesrat Peltzmann: „Wenn sie noch teurer sind, gehen wir auf die STEWEAG los!“), schlechte Netze sind daraus eine Bedingung, ungenügende Versorgung für gewisse Teile in der Steiermark sind auf diese Tatsache zurückzuführen. Ich darf auch darauf hinweisen, daß die umweltfreundliche elektrische Beheizung für viele Wohnungsinhaber und Hausbesitzer dadurch nicht gegeben ist, weil diese privaten EVU-Betriebe leider nicht die Mittel einsetzen oder darüber verfügen, die notwendig wären, um die entsprechende Versorgung zu sichern. Es wäre notwendig (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sagen Sie doch gleich, was Sie wollen!“), wenn das Land Steiermark vom zweiten Verstaatlichungsgesetz Gebrauch machen würde und diese privaten EVU in das Eigentum des Landes überführen würde. (Landesrat Peltzmann: „Also doch wieder verstaatlichen!“ — Abg. Pözl: „Herr Abgeordneter Preamberger, von den E-Werks-Besitzern wäre das ein Wunsch!“)

Damit wäre man nicht dem Wunsch des Preamberger nachgekommen, sondern dem Wunsch von vielen steirischen Bevölkerungskreisen, die mit Recht diese Situation kritisieren und als nicht in Ordnung bezeichnen. Und eines möchte ich Ihnen auch noch sagen, es müßte doch auf schnellstem Wege festgestellt werden, welche Ausbaumöglichkeiten noch auf dem Wasserkraftsektor bestehen in der Steiermark und wann sie in Angriff genommen werden. Es besteht auch auf dem Gebiet der kalorischen Kraftwerke, der Atomkraftwerke noch kein zukunftsstragendes Konzept in der Steiermark. Und wenn wir über die Atomkraftwerke diskutieren und die verschiedensten Argumente vorgebracht werden, so können wir darauf hinweisen, daß die Forschung heute behauptet, daß die Atomkraftwerke die umweltfreundlichsten Kraftwerksbauten der Zukunft und auch schon der Gegenwart wären. (Landesrat Peltzmann: „Das haben wir auch schon anders gehört!“) Schauen Sie, die Kohlenförderung der Steiermark, und da kommen wir jetzt gleich auf die Kohlenförderung ganz kurz, ich möchte mich nicht zu sehr mit diesem Problem befassen, weil ein anderer da sitzt, der sich mit dieser Frage besser beschäftigen kann. Die Kohlenförderung in der Steiermark betrug 1963 — und das habe ich auch aus diesem Konzept entnommen — 3,542.000 Tonnen, eine rückläufige Tendenz von 916.000 Tonnen ist festzustellen im Jahr 1972, das heißt also um 25,9 Prozent weniger als 1963. Und es wird behauptet, daß die Ursache für diesen Rückgang in erster Linie in dem verringerten Bedarf der Industrie liege und in zweiter Linie in der verminderten Nachfrage des Kleinverbrauchers. Hier ist doch ein gewisses Versagen des führenden Managements unserer Wirtschaft festzustellen. Rein mit dem kaufmännischen Rechenstift vorzugehen, ist halt nicht immer richtig, das beweist ja auch (Abg. Marczik: „Meinst du jetzt den Vorstandsdirektor Fabricius oder wen sonst?“), ich werde mich hüten, mich in die Fragen der Alpine hineinzumischen, das wird der Kollege Karrer tun und dir die passenden Antworten auf deine Vorwürfe 100prozentig überreichen. Es ist so, 70 Prozent



werden von den kalorischen Kraftwerken an Kohle verheizt und 1972 — nur als Beispiel — wurden 63,5 Prozent des in der Steiermark gewonnenen Stroms aus Dampfkraftwerken gewonnen. (Abg. Pözl: „Daher das Wort Dampfplauderei!“) Und im Bereich der Kohle fehlt ein zukunftsweisendes Konzept der STEWEAG. Die STEWEAG rechnet also ganz genau, weist nach, daß natürlich die Kohle nicht den günstigsten Heizwert und die günstigste und billigste Erzeugung des Stroms darstellt. So hat sich auch die ODK nun mit dem Plan befaßt, ein Großkraftwerk zu bauen, um die Kohlenversorgung, um die Kohlenförderung in der Steiermark zu sichern, die STEWEAG hat sich dazu noch nicht bereit erklärt. Es ist möglich, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl mir dann etwas anderes erklären kann. (Abg. Pözl: „Wir haben gesagt, daß Wasserkraft erzeugt wird!“ — Abg. Doktor Heidinger: „Weißt du, was der dazu gesagt hat?“) Für mich ist es wichtig, Kollege Pözl, Sie können Zwischenrufe nun am laufenden Band durchführen: was sagt die STEWEAG in der Frage der Kohle für die Zukunft? Und hier brauchen wir ein Konzept. Und jetzt kommen wir gleich zu einem nächsten Energieversorger der Steiermark, der zu wünschen übrig läßt. (Abg. Dr. Heidinger: „Was hat der Herr Landeshauptmann dazu gesagt?“) Herr Generaldirektor, wir werden uns auch noch über den nächsten Energieträger unterhalten. Es dauert leider länger. Ich habe einem Kollegen meiner Fraktion versprochen, in sieben Minuten fertig zu sein, es wird mir nicht gelingen. Ich kann ja nichts dafür, wenn ich so lange aufgehalten werde. (Heiterkeit.)

Am Erdgassektor, ein ganz wichtiger Energieträger, wird festgestellt, daß in der Steiermark 600 Millionen Normkubikmeter fehlen. Man könnte also darauf hinweisen, daß in der Vergangenheit der Gasversorgung für die Steiermark scheinbar doch weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als man in den anderen österreichischen Bundesländern an den Tag gelegt hat. Kurz gesagt, wir brauchen ein zukunftsweisendes Konzept für eine Allgemeinversorgung mit Erdgas in der Steiermark. Das Bundesland Steiermark ist eines der wenigen Bundesländer, das bei der Erdgasgesellschaft für das eigene Land nur äußerst gering beteiligt ist. Ich stelle an Sie die Frage, welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um auf diesen wichtigen Sektor der Energieversorgung mehr Einfluß zu nehmen. Es geht doch nicht an, daß mit unserer Förderung und Unterstützung ein paar Bevorzugte nun hier die Möglichkeit haben, aus diesem wichtigen Energieträger ihre Vorteile zu ziehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist für die obersteirischen Betriebe!“) Ich bin überzeugt, daß der Energiebedarf in der Steiermark für die Zukunft in keiner Weise auch nur annähernd durch steirische Rohstoffe gedeckt werden kann. Nur ein umfassender Energieplan, wie er in den „Leitlinien“ — und jetzt werden Sie sich ein wenig ärgern — für die Steiermark von den Sozialisten gefordert wird, kann die Grundlage dafür sein, daß die dringend notwendige gesamtösterreichische Integration der Energieträger herbeigeführt wird. Wir Steirer allein werden dieses Problem höchstwahrscheinlich nicht lösen können.

(Landesrat Peltzmann: „Da muß erst der Staribacher kommen!“) Der bei der Bundesregierung in Ausarbeitung befindliche Energieplan setzt sich das zum Ziel und wird somit auch hier für die Steiermark für Großkraftwerke überhaupt erst die Voraussetzung schaffen. Und ich glaube, es ist äußerst dringend notwendig, um unsere Energieversorgung zu sichern, daß hier unsere „Leitlinien für die Steiermark“ auf diesem Gebiet zum Tragen kommen. Ich danke! (Allgemeiner Beifall. — Abg. Brandl: „Das erste Mal, daß Sie den ‚Leitlinien‘ zugestimmt haben!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir haben geklatscht, weil er so schön geredet hat!“)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich als nächster Redner Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Prensberger verlockend, sich mit dem Entwurf des steirischen Energieplanes auseinanderzusetzen (Abg. Dr. Dorfer: „Lassen Sie sich verlocken, Herr Bürgermeister!“), nein, ich laß mich nicht verlocken, denn, Herr Kollege Dorfer, ich müßte dann darauf eingehen, daß ich gezwungen wäre, zu erklären, ganz sicher ist dieser Plan noch kein Plan, aber eine Grundlage, auf der man aufbauen kann. Und ich freue mich, daß wenigstens eine solche Grundlage da ist, das sage ich ganz offen, wenngleich ich meine, daß für die steirische Energiewirtschaft wie für die gesamtösterreichische Energiewirtschaft leider jene Kennziffern gelten, die ich im Zuge meiner Generaldebattenrede anführen mußte, das heißt, daß die Neuentwicklung von neuen Energieträgern durch Kernfusion, wie Umsetzung der Sonnenenergie — das ist kein Spaß, sondern da laufen ja sehr intensive Studien — und der geothermischen Energie eine Voraussetzung ist, damit wir in dem Jahrzehnt, das uns noch verbleibt — und mehr ist es nicht —, in die Lage versetzt werden, den Energiebedarf — ich möchte nicht einmal sagen, unserer Wirtschaft — zum Leben decken zu können. Eigentlich, meine Damen und Herren — ich muß ein bisserl springen, weil ja diese Gruppe 7 eine ganze Reihe von wesentlichen Punkten beinhaltet —, habe ich mich zu den Problemen des Fremdenverkehrs primär zu Wort gemeldet, und zwar deshalb, weil ich es begrüße, daß der Unterabschnitt 779 eine entsprechende Erhöhung erfahren hat und daß insbesondere die Werbekostenpost des Fremdenverkehrs verdoppelt wurde. Ich begrüße das, meine Damen und Herren, weil damit etwas getan wird, was im Bereich eines privatwirtschaftlichen Betriebes nicht überall getan werden kann. Wenn nämlich der Umsatz schlechter wird, beginnt man normalerweise dort einzusparen, wo man vermeint, dies am leichtesten tun zu können, das sind die Werbekosten; anstatt das zu tun, was nötig ist, nämlich gerade bei sinkendem Umsatz, bei Stagnation, die Werbung zu verstärken. Das wird im Jahre 1974 geschehen, ich halte es auch für notwendig deshalb, weil ja nicht zu übersehen ist, daß die Gesamtstagnation im österreichischen Fremdenverkehr, auch wenn in der Steiermark eine etwas günstigere

Vergleichsbasis da ist, nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß wir nunmehr aus verschiedenen Gründen, aber nicht zuletzt auch aus den seit Jahr und Tag erkennbaren Konkurrenzgründen, die sich aus den anderen und mit den anderen Fremdenverkehrsländern in- und außerhalb Europas entwickelt haben, in eine schwierige, zum Teil sehr schwierige Situation gekommen sind. Ich bekenne mich auch, Abgeordneter Dorfer hat das angeführt, zu jenem Resolutionsantrag, dem ich beigetreten bin. Ich habe nur schon bei Ausarbeitung dem Herrn Kollegen Dorfer gesagt, daß die in der Begründung angeführten Nächtigungsziffern in Graz nicht stimmen. (Abg. Dr. Dorfer: „Einzelne Betriebe betreffend, aber nicht im gesamten!“) Ich möchte mich der Meinung enthalten, daß das unter Umständen auch von diesen einzelnen Betrieben abhängen könnte. Nun, Tatsache ist — und hier habe ich die amtlichen Ziffern bis einschließlich Oktober — daß gegenüber dem Rekordjahr 1972 ein Rückgang im Monat Mai 1973 war. Mai 1971: 29.000, Mai 1972: 39.000, Mai 1973: 35.000, im August die Vergleichsziffern 31.000, 39.000, 35.000, im Oktober war jedoch ein Aufholen möglich. Oktober 1971: 29.000, 1972: 36.000, 1973: 39.000, und auch im September ist heuer eine Nächtigungsziffer erreicht worden, die um etwa 2000 höher liegt als im vergangenen Jahr. Insgesamt schwankte es nicht um 10 Prozent, sondern um 2 Prozent und liegt im Schnitt um über ein Viertel höher als im Jahr 1971. Ich möchte es nicht verniedlichen, sondern nur sagen, natürlich besteht auch diese Problematik, um so mehr, als ja ein Vergleich, wie Sie ganz sicher wissen, zwischen Erholungsgebieten der Steiermark, zwischen Urlaubs- und Fremdenverkehrsgebieten in einer Stadt mit einer Viertelmillion Einwohnern schon deshalb hinken muß, weil dort die Fremdenverkehrskomponenten ganz andere sind als in reinen Urlaubsgebieten.

Ich begrüße es daher, wenn in der außerordentlichen Gebarung für ein Kongreßgebäude ein Betrag von 20 Millionen Schilling eingesetzt ist, weil genau dieses Kongreß- und Tagungswesen den Zentralpunkt der Fremdenverkehrsmöglichkeit und Ausweitungsmöglichkeit in Graz bildet, und ich freue mich vor allem deshalb, daß es nun doch zu diesem Kongreßhausbau kommen soll, weil ich seinerzeit als Referent in der Stadt Graz, und das ist jetzt 10 Jahre her, auch schon einen Betrag von 10 Millionen Schilling in der Gebarung der Stadt Graz unter dem Hinweis eingesetzt hatte, daß es nötig sei, zwischen allen Interessenten — das waren damals Stadt, Land, Messe, Kammern als erkennbare große Interessentengruppen — einen solchen Bau ins Auge zu fassen. Es haben sogar Gespräche mit der Universität und der Technik stattgefunden, weil damals die neue Aula noch nicht in Angriff genommen und daher der Gedanke nicht ganz so abwegig war, ein solches Kongreßhaus auch für Zwecke der Hochschulen mit heranziehen zu können. Die damaligen Bestrebungen sind leider gescheitert, nachdem insbesondere der Grundeigentümer, die Messe AG, es nicht wollte, daß es zu einer solchen gemeinsamen Aktion gekommen wäre. Es ist ja zum Kongreßsaalbau der Messe gekom-

men, der sicher eine Kongreßraummöglichkeit bietet, aber ebenso sicher ein Kongreßhaus mit Nebeneinrichtungen nicht ersetzt. Ich hoffe, daß es nunmehr im zweiten Anlauf möglich sein wird, dieses Kongreßhaus zu bauen, möchte allerdings darauf hinweisen, daß mit einem Kongreßhaus, das Tagungen, Kongresse in der Größenordnung von 500, 600 oder 700 Teilnehmern ermöglicht, auch — und ich weiß ganz genau, was ich damit anzettelle — das Problem eines Kongreßhotels mit angeschnitten werden muß, weil ein nicht unerheblicher Teil der beanspruchten Betten von der Kategorie A 1, allenfalls B gerade für Hochschulkongresse erforderlich sind und weil auf diesem Gebiet kein ausreichendes Angebot im Grazer Raum zur Verfügung steht, nämlich dann, wenn wir ein derartiges Kongreßgebäude auslasten wollen.

Es nützt nichts, nur die Tagungsmöglichkeiten zu bieten, wenn wir nicht die unbedingt erforderlichen Nebeneinrichtungen bieten können.

Zu den anderen angeschnittenen Problemen des Fremdenverkehrs möchte ich mir in aller Kürze erlauben, einige Anmerkungen und Vorschläge zu machen. Wir dürfen nicht übersehen, daß die steirischen Fremdenverkehrsbetriebe, ja vielleicht überhaupt die für die Struktur typischen österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe einer Konkurrenz gegenüberstehen, die sich aus Hotelketten rekrutiert, aus Aktiengesellschaften, aus Finanzgruppen, die in jedem Fall bei weitem die Investitionsmöglichkeiten einzelner, meist Familienbetriebe, in der Steiermark und in Österreich überragen. Der Ausgleich wird nur dadurch gefunden, daß Familienangehörige in diesen Familienbetrieben entsprechend mitarbeiten. Trotzdem bleibt die Frage aufrecht, wie lange und unter welcher Motivierung diese sehr ungleiche Konkurrenzsituation erfolgreich für die steirischen Betriebe weitergeführt werden kann, weshalb es nicht abwegig ist, anzuregen, daß endlich — wie das in Kärnten in einer Reihe von Betrieben bereits geschehen ist, und zwar von privaten Betrieben, sogenannten Betriebsketten — ein gewisser Betriebsverbund von Familienbetrieben in der Werbung, in der gegenseitigen Ausrichtung, Einrichtung usw. gefördert, ich will nicht sagen ins Leben gerufen, aber vielleicht angeregt und gefördert wird. In der Frage — hier befinde ich mich auf der gleichen Linie wie Abgeordneter Dr. Dorfer —, daß die Jagd nach Erhöhung von Übernachtungsziffern nicht allein-seligmachend ist, um so mehr, als wir gesehen haben, daß es bestimmte Fremdenverkehrsgebiete, und zwar hochqualifizierte Fremdenverkehrsgebiete, in Österreich gibt. Wir brauchen nur nach Kärnten zu schauen, wo diese Jagd nach Nächtigungsziffern zur qualitativen Zerstörung dieser Gebiete geführt hat, wo heute zwar in überreichem Ausmaß Betten, allenfalls noch ein Frühstücksangebot da sind, aber wo die Essenskapazität oder die Verpflegungskapazität mit der Nächtigungskapazität nicht Schritt halten konnte. Das gilt auch für die Gebiete mit reinen Wintersaisonen, wo die Frage heute — etwas umgekehrt oder ergänzt — der jeweiligen Liftkapazität mit der Bettenkapazität in einem sehr engen Zusammenhang steht und

jene Gebiete mit höherer Liftkapazität einen absoluten Vorrang genießen, einfach deshalb, weil ja verständlicherweise — alle Skifahrer werden das bestätigen — niemand Lust hat, eine halbe Stunde, Dreiviertelstunde vor einem Lift zu stehen, um dann einmal die Piste herunterzufahren.

Ein weiterer Punkt, ein ständig von mir wiederholter — ich möchte auch heuer nicht verabsäumen, ihn zu wiederholen —, ist die Frage der Freihaltung von Fremdenverkehrsregionen für die Fremdenverkehrszwecke, die konzentrierte Einrichtung solcher Regionen mit allen Nebenerfordernissen, die heute einmal gegeben sind, weil ja das Hotelbett mit Kalt-Warm-Fließwasser, der Traum vor zwei Jahrzehnten, nicht mehr ausreicht, sondern weil es einer ganzen Reihe solcher Hobbyzentren, Sportzentren bedarf, um ein Fremdenverkehrsgebiet wirklich in der Attraktivität mit dem Konkurrenzangebot des Auslandes gleichzustellen.

Und nicht zuletzt, nachdem meine Forderung auf dem Gebiet der Beratung im Hinblick auf Fremdenverkehrsdirektoren, im Hinblick auf Fachleute für den Fremdenverkehr, im Zuge dieser Diskussion aufgezeigt wurde, meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß es notwendig ist, dem Fremdenverkehrsmanagement ein besonderes Augenmerk deshalb zuzuwenden, weil Sie in Wirklichkeit, wenn Sie sich bemühen, einen erfahrenen, guten Fremdenverkehrsdirektor zu bekommen, erst sehen werden, wie schwierig das ist. Entweder haben Sie die Chance, einen jungen Mann, der den guten Willen und sicher auch eine qualifizierte Ausbildung mitbringt, zu erhalten, aber bereits im Beruf bewährte Fachkräfte sind im Augenblick fast nicht zu bekommen, und wenn, dann wieder zu Konditionen, die im Grunde genommen den Richtlinien von öffentlichen Gebietskörperschaften nicht entsprechen, um mich vorsichtig auszudrücken. Das, meine Damen und Herren, die Anmerkungen in Richtung Fremdenverkehr.

Zu den vielfältigen Problemen der Wirtschaft möchte ich ein Wort unterstreichen, das Präsident Ileschitz hier gesagt hat, und zwar, daß wir in ganz besonderem Maße das Wissen um Produktionsvorgänge in den Vordergrund zu stellen und zu fördern hätten. Er hat AVL genannt, man könnte diese Serie allein im Bereich der Stadt Graz fortsetzen mit der AVI, mit der EVG, mit der Vianova und mit einer Reihe von anderen Betrieben, wo besseres technisches Wissen mehr oder minder an die ganze Welt verkauft werden kann, wo sich aber zwangsläufig die entscheidende Frage ergibt, wie diese Forschungsfinanzierung erfolgt, die ja eine betriebliche Vorleistung für eine später erfolgende Produktion ist. Es geht sehr entscheidend um diese Vorfinanzierung des geistigen Vorsprunges vor der Konkurrenz des Auslandes. Und als Zweites, wenn Wissen, technisches und Produktionswissen, umgesetzt wird, dann geht es sehr darum, meine Damen und Herren, das Know-how zu finanzieren, bevor die Produktion aufgenommen wird, auch ein Problem, an dem heute etliche Betriebe, die vor der Umstellungsnotwendigkeit stehen, scheitern und zwar deshalb scheitern, weil sie verständlicherweise nach den Grundsätzen von

Versicherungen, von Banken, von Sparkassen eben Grund und Boden oder andere Werte sehr wohl trotz Finanzknappheit zur Grundlage der Versicherung heranziehen können, weil aber das technische Wissen, der Vorsprung in bestimmten Produktionsgängen nicht oder nur unzureichend und nur sehr schwierig finanziert werden kann. Genau dort ist aber jene entscheidende Frage angeschnitten, die früher oder später, meine Damen und Herren, weit mehr als 30 Prozent unserer Betriebe betreffen wird, alle jene, die aus ihrer bisherigen Produktion heraus in Umstellungszwang und Umstellungsnotwendigkeit kommen.

Zwei letzte Bemerkungen. Nachdem ich vorher Präsident Ileschitz mit der AVL zitiert habe, möchte ich ihn auch zitieren mit seinen Ausführungen, ebenso wie den Kollegen Preamberger, hinsichtlich Elin Weiz. Meine Damen und Herren! Auch aus Erfahrungen — nicht aus dieser Betriebsratswahl, sie liegen einige Jahre zurück — ich zweifle nicht daran, daß, unter welchen Voraussetzungen immer, die sozialistische Fraktion bei der Elin Weiz zu einer Mehrheit, wahrscheinlich zu einer absoluten Mehrheit im Zuge jeder Betriebsratswahl gekommen wäre und kommen wird, nur, meine Damen und Herren, ich bitte, nicht den Eindruck erwecken zu wollen, als ob nun all das, was als Wahlergebnis vorliegt, die Folge des uneingeschränkten Bekenkens, der uneingeschränkten Freiheit sei, denn, meine Damen und Herren (Abg. Brandl: „Das gilt für jedes Wahlergebnis!“), ja, ich wollte grad sagen, ich bin noch nicht fertig, Herr Abgeordneter Brandl, auch die Zahl der Wahlbeteiligung könnte die Vermutung zulassen, daß es den einen oder anderen gibt, der sich nicht getraut hat, nicht zur Wahl zu gehen.

Und, meine Damen und Herren, das gilt für die Elin Weiz im gleichen Maße, wie es für die Personalvertretungswahlen im Bereich des Landes gilt. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Wir haben drei Listen gehabt, Herr Bürgermeister!“) Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt (Abg. Pölzl: „Das ist schon einmal ein Unterschied, drei Listen zu einer Liste!“ — Abg. Zinkaneil: „Das macht gar nichts!“ — Abg. Brandl: „Das sagt gar nichts!“ — Abg. Aichhofer: „Das sagt alles!“) Ja, nur darf ich sagen, daß auch drei Listen durch die Frage der Größe der einzelnen Wahlkörper dann aufgehoben werden, wenn ein einigermaßen Kenner der Personalsituation zwei Tage vorher schon das Ergebnis pro Namen und Dienststelle prognostizierend bekanntgeben kann. (Abg. Pölzl: „Die Leute befassen sich halt damit!“) Das gibt es natürlich, wenn ein Kreis von 7 oder 10 oder 15 Mann einen Wahlkörper für eine Dienststelle bildet, aber, meine Damen und Herren, ich bitte Sie trotzdem noch, bevor Sie sich erregen, mich ausreden zu lassen. Ich bitte das deshalb, weil ich nicht unterstelle, daß ein Abgeordneter Ileschitz oder ein Abgeordneter Pölzl oder ein Abgeordneter dieses Hauses oder die Leitung, die verantwortlichen Funktionäre einer Fraktion nun nichts anderes im Sinn haben, als einen einzelnen Betriebsangehörigen unter Druck zu setzen. Aber ich glaube, daß es eine Reihe von, na sagen wir Mittätigen in diesem Betrieb gibt,

die in falsch verstandener Parteidisziplin alles daran setzen, um zu demonstrieren, daß man mit gutem Zureden und mit Hinweisen auf den weiteren Wegdegang (doch in der Lage ist, das Stimmenergebnis erheblich zu verändern. Und ich glaube, diese Funktionäre — soweit sie solche sind — tun keiner demokratischen Partei einen guten Dienst. Und ich meine auch, daß das Ergebnis, das Kollege Premsberger angeführt hat, mit den 20 Prozent Nichtwählern in Wien, ein Hinweis darauf ist, wie letztlich dann ein solcher Dienst, nämlich ein unguter Dienst, aussehen kann. In der Resignation jener, die nun, aus was für Gründen immer, nicht bereit sind, ihre Stimme einer kandidierenden Partei zu geben, in Folgen, die Sie vielleicht im Hinblick auf das Ergebnis der dänischen Wahl registrieren können. Das war die eine Anmerkung, und nun die zweite, die ich als letzte angekündigt habe. Es hat auch Herr Kollege Dr. Dorfer zu dem Problem Stellung genommen. Zu der Änderung der Abgabenordnung, die der Landtag ja noch heute beschließen soll, meine Damen und Herren, ein sehr offenes Wort. Es ist sicher bisher nicht üblich gewesen und ich hoffe, daß diese Übung in Hinkunft wieder abgebaut wird, daß der Finanzminister eine ihm unangenehme Verantwortung auf dem Rücken von Bürgermeistern und Gemeinderäten abläßt, um seiner Verpflichtung der Finanzierung von Mehraufgaben im Gemeindebereich auf diese Art und Weise gerecht zu werden. Das ist der eine Teil, der ist passiert, aber, meine Damen und Herren, und ich sage das, obwohl ich mir vorstellen kann, daß sich darunter auch ein herrlicher Aufmacher für diese oder jene Mitteilung finden läßt, „Götz tritt für Biersteuer ein“, „Grazer Bürgermeister bekennt sich zur höheren Belastung“, das ist alles möglich, aber trotzdem, oder gerade deshalb will ich es offen aussprechen. Meine Damen und Herren, und das sage ich nicht hier und für Sie in diesem Hohen Haus, sondern ich glaube, das ist auch notwendig der Bevölkerung zu sagen, die ja mit einer Kette von Gemeinderatsbeschlüssen in allen steirischen Gemeinden sehr wohl die Last dieser Steuer mitzutragen hat. Es geht halt nicht an, immer mehr an Dienstleistungen, an Forderungen an die öffentliche Hand zu stellen, ohne klar zu wissen, daß das nur aus der Tasche der Steuerzahler wieder zu berappen ist. (Allgemeiner Beifall.) Und diese klare Gegenüberstellung lautet: mehr Leistung heißt mehr zahlen. Das ist mit aller brutalen, nüchternen Deutlichkeit der Bevölkerung deshalb zu sagen, weil dann einmal auch die Frage angeschnitten wird und werden muß: Wieviel mehr Leistungen erwartest du dir von den Gebietskörperschaften, von der Allgemeinheit, wieviel mehr willst du dafür zahlen? Wieviel mehr Dispositionsmöglichkeit über dein Einkommen überträgst du jenen Gremien, die Gemeinde, Kammer, Land oder Bund heißen? Wieviel von Freiheit deiner Entscheidung läßt du damit aus? Das ist auch eine Frage, weil der Ruf nach immer mehr nicht an den anonymen Onkel in Amerika gerichtet ist, den es nicht gibt, sondern das ist immer nur der Ruf an die eigenen Einkommensverhältnisse, aus der eigenen Tasche in Form von Steuern und Abgaben das zu zahlen, was man am Vortag von der All-

gemeinheit gefordert hat. Die Allgemeinheit sind wir alle, und die Allgemeinheit muß wissen, daß sie zur Kasse gebeten wird, wenn ihre Wünsche und Forderungen erfüllt werden sollen. Das ist nicht lustig, aber es ist leider wahr. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Aichholzer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich mich der allgemeinen Verkehrsförderung und den Feuerwehren zuwende, möchte ich unseren Standpunkt zum Wasserschutzbau im Raume Leibnitz noch einmal bekanntgeben. Der Kollege Stoisser hat dazu Stellung genommen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist aber die falsche Rede!“) Der Herr Landesrat sitzt ja da. (Abg. Pözl: „Bei der Eisenbahn in der Gruppe 8 geht das wieder hinein!“) Der Kollege Stoisser hat schon aufgezeigt, daß in den letzten Jahren die Überflutungen immer mehr zunehmen und es wird von einigen auch behauptet, daß daran die bisherige Regulierung schuld sei. Das mag zum Teil richtig sein. Wir haben uns aber seinerzeit damit einverstanden erklärt, daß beide Flüsse, in dem Fall die Laßnitz und die Sulm, auf das 25jährige Hochwasser hin reguliert werden, und der Vorgänger des Herrn Landesrates Dr. Krainer hat uns auch versprochen, im verbauten Gebiet von Leibnitz die Regulierung auf 100 Jahre auszulegen. Wir haben nun schon die 7. oder 8. Variante der Regulierung vorgelegt bekommen und immer wieder gelingt es einigen Personen des Naturschutzes, dagegen Einspruch zu erheben und diese Varianten zu Fall zu bringen. Ich möchte hier eindeutig zum Ausdruck bringen, daß der Bevölkerung von Leibnitz jetzt natürlich die Varianten schon genügen und wir der Meinung sind, daß jetzt vor allem Taten gesetzt werden sollen. Ich ersuche daher den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dr. Krainer, das Versprechen seines Vorgängers insofern einzulösen, daß im verbauten Gebiet von Leibnitz, Wagna und Kaindorf auf das 100jährige Katastrophenhochwasser hier reguliert wird. Unsere Fraktion hat den Standpunkt eingenommen, daß in erster Linie das Gebiet hochwasserfrei sein soll (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ihre Freunde interessieren sich gar nicht dafür, es hört ja niemand zu!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) und dadurch auch die Parkanlage im Stadtpark für die Allgemeinheit genützt werden kann. Kollege Fuchs, ich bitte Sie, sich nicht aufzuregen, wir haben uns auch noch nie aufgeregt, wenn Sie zu anderen Dingen Stellung genommen haben, als in der Gruppe vorgesehen war.

Und nun zur allgemeinen Verkehrsförderung. Ich lese in der „Tagespost“, Landeshauptmann Niederl setzt sich massiv für den Schnellverkehr in der Steiermark ein. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist richtig!“) Ich begrüße das. Ich möchte aber darauf zurückkommen, daß wir schon Mitte der 60er Jahre diesbezügliche Anträge gestellt haben, vor allem einen Schnellverkehr zwischen den Ballungszentren der Obersteiermark, aber auch der

südlichen Steiermark einzurichten, aber auch den Schwerverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Damals haben wir mit dieser Forderung einigen Kollegen ein Lächeln entlockt, vor allem den Kollegen des Wirtschaftsbundes, die dagegen protestiert und gemeint haben, daß dadurch die private Wirtschaft benachteiligt würde. (Abg. Jamnegg: „Das hat der Herr Vizebürgermeister Stöffler schon lange gesagt!“) Es freut mich, Kollegin Jamnegg, daß sich dieser Standpunkt geändert hat, es freut mich auch, daß bei der letzten Sitzung ÖVP-Abgeordnete einen Antrag eingebracht haben, den Schwerverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Unsere Fraktion begrüßt das sehr, und ich darf in dem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß bei der vorletzten Sitzung von uns ein Antrag eingebracht wurde, und zwar im Zusammenhang mit unseren „Leitlinien“, den Schnellverkehr forciert einzurichten.

Ich fordere nun, da es wirklich Einstimmigkeit in diesem Hause gibt, die hohe Landesregierung auf, zu trachten, daß ehebaldigst der Schnellverkehr, was den Personenverkehr anlangt, von allen Bal lungszentren zur Hauptstadt errichtet und daß vor allem beim Verkehrsministerium interveniert wird, daß Verhandlungen gepflogen werden, damit der Schwerlastenverkehr von der Straße auf die Schiene verlegt wird. (Abg. Jamnegg: „Dagegen hat das Ministerium Einwendungen vorgebracht!“) Vielleicht jetzt nicht mehr; nachdem sich ja die Ölknappheit in ganz Europa auswirkt, dürfte auch bei den anderen Staaten zwischenstaatlich sicherlich auch (Abg. Dr. Dorfer: „Sogar der Leber hat das schon erkannt, daß da nichts drin ist!“) eine Einigung herbeigeführt werden können.

Und nun zum eigentlichen Thema, zu dem ich mich zum Worte gemeldet habe, der Feuerwehr. (Landesrat Peltzmann: „Na also!“)

Ich möchte aus den wirklich aufopferungsvollen Tätigkeiten der Feuerwehren drei Ereignisse hervorheben, die im heurigen Jahr stattgefunden haben. Zwei erfreuliche und ein unerfreuliches. Das erste erfreuliche: Es hat im Sommer in Prag ein internationales Symposium stattgefunden, wo die österreichischen Wehren aus diesem Wettkampf achtmal Gold aus den verschiedenen Disziplinen heimbrachten. Wir gratulieren den Wehren zu diesem großen internationalen Erfolg. Das zweite erfreuliche Ereignis war der Bundesfeuerwehrtag anläßlich der Eröffnung der Feuerweherschule Lebring, und hier freuen wir uns besonders, daß eine heimische Wehr, und zwar die Feuerwehr von Empersdorf, den ersten Preis gemacht hat. Und nun zum dritten Punkt, der zeigt, wie schlagkräftig unsere Feuerwehr in der Steiermark ist, sie hat auf schnellstem Wege bei dem Zugsunglück, welches bei Mixnitz bewirkt hat, daß Mineralöl ausgeflossen ist und ins Erdreich versickert ist, durch ihren Einsatz verhindert, daß das Grundwasser verseucht wurde: Damit konnte ein größeres Unglück verhindert werden. Aber auch die Bezirksfeuerwehrtage zeigen uns, daß die Wehren ein hohes technisches Können und eine gute Einsatzbereitschaft sowie einen guten Mannschaftsgeist aufweisen.

Ein ganz besonders gehegter Wunsch der Wehren ist im heurigen Jahr in Erfüllung gegangen. Es wurde nämlich die Feuerweherschule in Lebring ihrer Bestimmung übergeben. Es freut mich, daß die Schule im Bezirk Leibnitz errichtet werden konnte und daß dieser Schule auch eine Zivilschutzschule und eine Wasserweherschule angeschlossen ist. Ich darf allen Beteiligten, die am Zustandekommen dieser Schule mitgewirkt haben, recht herzlich dafür danken. Ich darf aber auch noch einige Wünsche der Feuerwehren zum Ausdruck bringen. Neben den Wünschen, etwa statt eines alten ein neues Rüsthaus zu haben und statt alter Geräte neuere, modernere zu haben, um im Katastrophenfall bessere Einsätze fahren zu können, ist ein besonderer Wunsch der aktiven freiwilligen Männer, im Unfallsfalle einen besseren Versicherungsschutz zu genießen. Ich fordere hier den zuständigen Referenten auf, zu trachten, einen Versicherungsschutz zu schaffen, der es den aktiven Feuerwehrmännern, aber vor allem ihren Familien gewährleistet, daß sie nicht, wenn wirklich ein Unfall eintritt, einem Notstand unterliegen, so daß die Familien, ähnlich wie bei den Sozialversicherungen, dann versorgt werden.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich allen Feuerwehrmännern Steiermarks im Namen unseres Klubs, allen, die bei den Feuerwehren, bei der Ölwehr, aber auch bei der Wasserwehr tätig sind, recht herzlich für ihre Einsatzfreudigkeit danken. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Ing. Stoisser das Wort.

**Abg. Ing. Stoisser:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst zum Kollegen Prensberger. Wir freuen uns, daß wir schon eine Studie über die Energie in der Steiermark haben, sie ist sicher verbesserungsbedürftig; mich würde es aber noch viel mehr freuen, wenn wir eine vom Staribacher für ganz Österreich bekämen. Das nur so als Anmerkung. Und von meinem Wahlkreis aus weiß ich es, daß in Neudorf beim Werk ursprünglich ja auch steirische Kohle verheizt werden sollte, aber Ihr Generaldirektor Fabricius die Lieferung nicht zusichern konnte. Dasselbe gilt, glaube ich, auch fürs neue Werk in Voitsberg.

Zum Kollegen Aichholzer möchte ich sagen, beim Wasser sind wir uns fast einig. Aber der Urheberstreit so wie beim Schwerverkehr und sonstigen lokalen Ereignissen, der ist halt öfter bei uns. Ich freue mich auch noch über eine andere Übereinstimmung, das ist die mit Kollegen Loidl wegen der Gastarbeiter. Die Gastarbeiter sind sicher ein Problem, ich möchte aber hier vermerken, daß es die Handelskammer der Steiermark war, die im Verbindung mit der Kirche als erstes in der Steiermark den Verein „Steirischer Gastarbeiterbetreuungsverein“ gegründet hat, der die Verhältnisse der Gastarbeiter hier in Österreich verbessern helfen soll.

Und nun möchte ich etwas zur Wirtschaftsförderung sagen. Ich habe hier eine Studie bekommen vom Institut für Gewerbeforschung über die Eigen-

tumsverhältnisse der gewerblichen Wirtschaft, im besonderen des Gewerbes. Und hier erfahren wir, daß das österreichische Gewerbe zu 54 Prozent mit Fremdkapital ausgestattet ist. Es ist vielleicht interessant, wenn man hier die einzelnen Gewerbe verfolgt und wenn man sieht, wie die verschuldet sind, heute sagt man mit Fremdkapital ausgestattet, klingt besser; das Baugewerbe mit 67 Prozent, die Hafner mit 73 Prozent, wenn Sie irgend jemand fragen, der mit Kreditwesen zu tun hat, so wird er Ihnen sagen, daß das Journal an der Insolvenzgrenze ist, vor allen Dingen, wenn die liquiden Mittel dabei sehr knapp sind und das ist meistens der Fall, denn das Anlagevermögen im Gewerbe ist in der Regel sehr klein. Die Gas- und Wasserleitungsinstallateure sind mit 69 Prozent verschuldet, die Schuhmacher mit 61 Prozent, das graphische Gewerbe mit 65 Prozent und die Rauchfangkehrer mit 61 Prozent, um nur einige zu nennen. Und die Gruppe der Bauhandwerker ist mit einer absoluten Zahl von 8,6 Milliarden verschuldet, meine Damen und Herren. Und nun kommt diese Krise auf uns zu, und unseren Betrieben fehlt der Speck für die Durststrecke. Und das hier ist zur Zeit — meiner Meinung nach — eine sehr große Gefahr. Ich möchte hier noch dazusagen, wie unser Finanzminister die Lage einschätzt mit den Verdienern der Wirtschaft. Er hat in seinen Bundesbudgets folgende Zahlen eingesetzt. Bei der Einkommensteuer, also der Steuer des Gewinnes für Selbständige, plus 16,4 Prozent, und bei der Lohnsteuer plus 26,4 Prozent, wobei noch von Experten behauptet wird, daß das bei der Lohnsteuer viel zu niedrig eingesetzt wird, weil — wenn nun die ganze Lohnrunde, die jetzt durchgeführt wurde, voll zum Tragen kommt — das um einiges mehr ausmachen würde. Die Körperschaftsteuer, also auch eine Unternehmersteuer, ist nur mit 11,7 Prozent plus eingesetzt, die Gewerbesteuer, eine Unternehmersteuer, mit 17 Prozent. Zur Gewerbesteuer möchte ich bemerken, daß die niemand anderer bezahlt als jemand, der einen Gewerbeschein besitzt. Und nun hören Sie zu. Der Herr Finanzminister hat voriges Jahr lauthals erklärt, die neue Mehrwertsteuer werde aufkommensneutral sein und er selbst hat folgende Präliminare: für 1973 29 Milliarden und für 1974 53 Milliarden. Das ist ein Plus von 81,5 Prozent. Meine Damen und Herren, so was heißt aufkommensneutral, ich danke schön.

Der Aufkommenszuwachs ist ja in Österreich mit 50 Prozent bis 70 Prozent versteuert, daher unsere Forderung nach einer Steuerreform, besonders für die Einkommensteuer. Wie sie aus diesen Zahlen ersehen, ist die Umverteilung in Österreich schon in vollem Gange und das Eigentum bei weitem schon lange nicht mehr nur in den Händen der Unternehmer. Und es hat hier der Kollege Eberdorfer gesagt, es gibt menschliche Tragödien bei der Erbfolge der Bauern, weil niemand mehr da ist, der die Betriebe übernehmen will. Meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hauses, dasselbe gilt auch für die kleineren und mittleren Betriebe des Gewerbes und des Handels. Es ist nicht nur der Kapitalmangel, der die Schwierigkeit der mittelständischen Wirtschaft bringt, es ist sicher auch

zum Großteil die Bildung. Es fehlt sicher an der Bildung für das mittlere Management und für die Gewerbetreibenden und Selbständigen. Hier haben wir das Wirtschaftsförderungsinstitut. Dem Wirtschaftsförderungsinstitut wird auch vom Land etwas Geld zugesprochen und es werden im Jahre 1974 1,9 Millionen Schilling sein. Wir danken sehr dafür dem Land und wir danken dem Hohen Hause, daß dieser Summe die Zustimmung gegeben wird. Und auf noch etwas, das die Bildung in diesem Budget betrifft, möchte ich aufmerksam machen, das ist eine Post im 10. Haushalt, und zwar 3 Millionen für die neue Gewerbeakademie. Was stellen wir uns unter der Gewerbeakademie vor? In unserem Berufsbildungskonzept, das wir in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft erarbeiten, haben wir es uns zum Ziel gemacht, daß die Lehre im Handwerk und im Handel keine Sackgasse ist, sondern es soll Befähigten die Möglichkeit gegeben werden, ohne allzugroße Schwierigkeiten zur Hochschulreife zu gelangen. Das soll in dieser Gewerbeakademie verwirklicht werden, und zwar soll dies in einer dreijährigen Schule ermöglicht werden. Der erste Jahrgang soll geteilt sein, ein Teil für Leute, die aus dem Gewerbe kommen, und die zweite Abteilung für Leute, die aus dem Handel kommen. Hier sollen jeweils die Kenntnisse ergänzt werden. Dann ist ein Aufstieg nach dem zweiten Jahr möglich und man könnte sich vorstellen, daß diese Leute für mittlere Führungskräfte im mittelständischen Gewerbe gebraucht werden könnten. Und sollte jemand dann noch den Eifer haben und auch die Fähigkeiten, weiterzustudieren, so geben wir ihm die Möglichkeit, in einem dritten Lehrgang die Matura zu absolvieren. Hier stellen wir uns wieder eine Zweiteilung vor, eine, wo er zu einer allgemeinbildenden, zur AHS-Matura gelangt, die ihm den Zugang zu allen Hochschulen ermöglicht, oder eine mehr wirtschaftlich ausgerichtete Sparte, die ihn als Manager für unsere Wirtschaft befähigen sollte.

Meine Damen und Herren dieses Hauses, ich bedanke mich im Namen der Wirtschaft, daß Sie diesen Summen, ich möchte sie hier noch einmal betonen — in der Steiermark 350 Millionen zur Förderung der Wirtschaft gegenüber etwas mehr als 200 Millionen im Bundesbudget —, daß Sie diesen großen Summen zum Wohle der steirischen Wirtschaft Ihre Zustimmung geben werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zoisl das Wort.

**Abg. Zoisl:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn Kollege Marczik in einem leidenschaftlichen Appell für die Aufrechterhaltung der Bergbaue vorstellig geworden ist, so können wir als Sozialisten dem nur beipflichten, denn wir glauben, daß gerade die jetzige Situation auf dem Energiesektor sagt, daß die heimische Kohle ein sicherer Bevorrater ist. Aus der momentanen Lage heraus merkt man auch die Bedeutung der Kohle. Auch andere Staaten, wie die USA, die BRD, greifen auf Vorkommen zurück, die längst aufgegeben waren.



In diesen Tagen werden die Jubiläumsehrungen und Barbarafeiern durchgeführt, die Verdienste der Bergleute für den Wiederaufbau unserer Heimat gewürdigt; doch der Kumpel verlangt keinen Dank, sondern mehr Verständnis für seine schwere Berufsarbeit und eine gerechtere und bessere Entlohnung. Daß die Zeit von 1960 beim Bergbau nicht spurlos vorbeiging, zeigen die starken Belegschaftsreduzierungen in einem ganzen angestammten Berufsstand. Wie notwendig wir heute die damals freigesetzten Kumpel brauchen würden, zeigt schon allein die Tatsache, daß wir heute im Bergbau Gastarbeiter beschäftigt haben. Daß wir zur Zeit im weststeirischen Raum in Sonntagsschichten verfahren, zeigt die große Nachfrage nach Kohle. Die Bereitschaft der Belegschaften in der momentanen Situation kennzeichnet auch die Einstellung des Bergmannes zur Volkswirtschaft. Neue Versuchsbohrungen sind im Gange und wurden vom Minister Staribacher bei seinem Besuch im obersteirischen Revier angeregt.

Wenn Kollege Marczik hier betont hat, daß das Land, die ODK und auch das Unternehmen Beiträge für Grundlagenforschung ausgegeben hat, so werden wir das dankenswerterweise registrieren, aber auch eine Aktion der Bundesregierung, die im letzten Monat ERP-Mittel für die GKB, für die SAKO, für die Trauntaler in der Größenordnung von rund 100 Millionen als nicht mehr rückzahlbar betrachtet. Ich glaube, in dieser Hinsicht wurde dem Bergbau entsprechend geholfen.

Vom Ergebnis dieser Grundlagenuntersuchung wird es abhängen, ob die ODK in Voitsberg einen dritten Maschinensatz für ein neues Kraftwerk errichten wird. Da der Stromverbrauch von Jahr zu Jahr steigt, ist es sicher notwendig, den entsprechenden Anteil auf Strom, Kohle zu liefern. Die „schwarzen Berge“ von Voitsberg sind verschwunden, damals war es ein negatives Wahrzeichen, heute wären wir froh, wenn wir noch welche besitzen könnten. Die Konsequenz bedeutet für unser Revier die Aufschließung des Zangtaler Untergletschers. Es wäre meiner Meinung nach ein entscheidender Beitrag zum günstigen finanziellen Bestehen der GKB und wäre ebenfalls ein Sicherheitsfaktor für eine Zeit, wie wir sie jetzt haben.

Die Errichtung eines Fertigungsbetriebes im Rahmen der Zentralanlagen in Bärnbach ist ein besonderes Anliegen unseres Gebietes. 230 Spitzenfacharbeiter und rund 80 Lehrlinge stehen der Werkschule zur Verfügung und geben die Gewähr dafür, daß in einer großzügig ausgebauten Werkshalle ein Stahlförderungsbaue errichtet werden könnte. Eine Basis mehr für die Arbeitsplatzsicherung im weststeirischen Raum.

Als Abgeordneter, der im größten Kohlenrevier wohnt und beschäftigt ist, kenne ich die Sorgen und Probleme der Bergarbeiter. Ich fühle mich verpflichtet, diese in diesem kleinen Umfang aufzuzeigen, denn die Hochstimmung bei der Kohle wird nicht mehr anhalten. Die Anliegen des Bergarbeiters und damit des Bergbaues sollen gemeinsame Anliegen sein und ich darf Sie daher bitten, für die Förderung und Erhaltung des Bergbaues einzutreten. (Allgemeiner Beifall.)

**Erster Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In den letzten drei Tagen der Budgetdebatte hat das Thema Elin dieses Haus mehrmals sehr stark bewegt. Ich sage gleich dazu, daß ich es verstehe, da ein Vorwurf, wie er gestern, heute und vorgestern in den Raum gestellt wurde, ein so schwerwiegender ist, daß man dazu sicher nicht schweigen kann, und dafür habe ich von seiten der sozialistischen Fraktion durchaus Verständnis. Es liegt mir absolut fern, irgendeine Pauschalverdächtigung etwa in der Form auszusprechen, daß die sozialistische Partei oder Sozialisten Gesinnungsdruck ausüben. Dazu habe ich eine viel zu große Achtung vor einer so großen Partei, die ihr demokratisches Bewußtsein oft genug unter Beweis gestellt hat, und gerade deshalb glaube ich, daß sie auf der anderen Seite eigentlich auch daran interessiert sein müßte, jeden Verdacht, der in diese Richtung hingeht, aufzuklären.

Ich möchte feststellen, daß von den 754 Wahlberechtigten immerhin 294 bei der Elin in Weiz nicht oder nicht sozialistisch gewählt haben. Ich hätte drei Fragen an den Herrn Präsidenten Ileschitz. Und ich bitte ihn, ich werde diese ganz sachlich stellen, um eine Antwort.

1. Wie erklären Sie sich, daß eine Wahlgruppe, die immerhin bei der letzten Wahl noch 729 Stimmen gehabt hat, es nicht zustande bringt, 30 Arbeitnehmer zu finden, die bereit sind, ihren Wahlvorschlag zu unterschreiben? Ich möchte nur dazu sagen, daß ich damit nicht unsere Gruppe meine, wie ich überhaupt keine Gruppe vertreten habe, weil von den heute genannten kein einziger der ÖVP angehört. (Abg. Pözl: „Durch Terror unterdrückt!“ — Abg. Prensberger: „Es war innerhalb einer gewissen Gruppe — und das waren gewiß nicht Ihre Leute, sondern unsere, eine gewisse Meinungsverschiedenheit, die sich gelegt hat!“) Herr Kollege Prensberger. Mir ist das Thema zu ernst, weil es um eine Grundsatzfrage unserer Demokratie geht. Ich meine damit die Liste der unabhängigen Gewerkschafter der Einheitsliste, die ich nicht zu vertreten habe — die sollen ihre Sache selbst vertreten —, aber es ist immerhin ein Faktum, daß sie bisher immer kandidiert haben und jetzt keine 30 Unterschriften zusammengebracht haben. Sie werden, nehme ich an, ohnedies darauf antworten. (Präsident Ileschitz: „Irrtum!“)

Zweite Frage: Wie erklären Sie sich, daß ein Mann, der bekanntlichermaßen auf der Liste unabhängiger Gewerkschafter kandidieren wollte, gerade 5 Tage vor Einreichung des Wahlvorschlages fristlos entlassen wurde? Ein Mann, der meines Wissens 12 Jahre im Betrieb tätig war, die Werkmeisterausbildung hatte und auch eine Zeitlang als Betriebsrat, allerdings auf einer SPO-Dissidentenliste, kandidiert hat, wurde 5 Tage vor dieser Einreichungsfrist entlassen, nachdem ihm auf seine Frage an seinen zuständigen Betriebsrat einige Wochen vorher, ob etwas gegen ihn vorliege, erklärt worden sei, es liege nichts vor. (Präsident Ileschitz:

„Wer hat das erklärt?“) Warum hat dann der Betriebsrat hier diese fristlose Entlassung nicht beeinträchtigt, um ihm das Recht und die Möglichkeit zu geben, zum Arbeitsgericht zu gehen? Wie man hört, seien als Gründe mehrmalige Absenzen angegeben worden. Ich darf nur dazu sagen: Es ist mir bekannt, und der genannte Mann war Sportler, daß bei den Sportlern die Absenzen durchaus an der Tagesordnung sind und daß andere deshalb nicht entlassen wurden. (Abg. Pözl: „Alles reine Humanität, nicht Terror!“)

Eine dritte Frage, Herr Präsident. Auf Grund welchen Rechtes können Sie allgemeine Einsicht in den Personalakt des oben Genannten oder nicht Genannten — Sie wissen, wen ich meine — gewähren? Haben Sie die Zustimmung des Betroffenen oder soll hier außergerichtlich eine öffentliche Verurteilung stattfinden? Und eine letzte Frage, wären bei der Ermittlung der Wahlergebnisse andere als sozialistische Beisitzer anwesend? Meine Damen und Herren, und das sage ich im vollen Bewußtsein dessen, was ich sage. Es ist allgemein bekannt, daß es in der Elin in Weiz einen Gesinnungsdruck gibt. Ich habe selbst ein Flugblatt gesehen vor der Betriebsratswahl, das von der sozialistischen Fraktion herausgegeben wurde, wo die Arbeitnehmer gewarnt wurden, eine andere als die sozialistische Liste zu unterschreiben. Ich werde Ihnen, meine Damen und Herren, und das tut mir deshalb sehr leid, weil es, glaube ich, heilsam wäre, trotzdem nicht den Beweis liefern können, daß es diesen Gesinnungsdruck gibt, nicht, weil es ihn nicht gibt, sondern weil die Betroffenen so weit eingeschüchert sind und Angst haben, namentlich genannt zu werden. Ich habe mit einer Reihe von Arbeitnehmern in der Elin und auch mit sozialistischen Gemeinderäten gesprochen, die mir unter vier Augen alle möglichen Dinge erzählt haben, aber kein einziger war dann tatsächlich bereit (Abg. Dr. Heidinger: „Das mußt du schon verstehen!“), jawohl, lieber Kollege Heidinger, ich verstehe es. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was glauben Sie, was die Leute bei der Bezirkshauptmannschaft Hartberg mir unter vier Augen erzählt haben, die haben jetzt das erste Mal Gelegenheit gehabt, zu kandidieren!“) Moment, wer schreit, ist meist im Unrecht, Kollege Heidinger. Tatsache ist — und das wissen alle, die in der Umgebung von Weiz wohnen und leben —, daß es diesen Druck gibt, aber trotzdem möchte niemand verständlicherweise in diesem Zusammenhang genannt werden, weil er fürchtet, im Betrieb gewissen Pressionen ausgesetzt zu sein. Meine Damen und Herren, es gibt subtile Möglichkeiten, von der Nichtbeförderung angefangen bis zur Versetzung, oder auch — wie es geschehen ist — bis zum Hinweis, daß man unter Umständen demnächst mit Entlassungen rechnen werde müssen. Ich glaube, daß die Sozialistische Partei eigentlich interessiert sein müßte, in so einem Fall eine zweite Liste eher zu fördern, und ich bin auch überzeugt, daß sie keine Angst zu haben bräuchte, in der Elin Weiz nicht eine Mehrheit zu bekommen. Ich glaube, daß es notwendig ist, diese Fragen aufzuklären, damit dieser Makel von Ihnen wiederum verschwindet. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Karrer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Karrer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist schon so viel über die Betriebsratswahl bei den Elin-Werken gesprochen worden, ich will es nicht tun, weil ich glaube, wenn die ÖVP hier im Hause der Meinung ist, daß dort etwas Undemokratisches geschehen ist, dann sollen sie zu ihrem Chef, zum Herrn Landeshauptmann, gehen, er soll dort eine objektive Untersuchung verlangen und dieses Ergebnis dann dem Hause bei nächster Gelegenheit entweder schriftlich oder mündlich unterbreiten, wenn er dazu in der Lage ist. Wenn nicht, dann glaube ich doch auch als Betriebsrat sagen zu müssen, nachdem ja doch schon so viele Betriebsratswahlen abgehalten worden sind, daß sie bisher immer demokratisch, in einem freiheitlichen Geist abgehalten worden sind (Abg. Dr. Eichinger: „Ach du liebe Zeit!“), was auf der anderen Seite — ich will keine Namen nennen — nicht immer der Fall ist, worauf man letzten Endes doch auch hinweisen könnte.

Meine Wortmeldung hat der Kollege Marczik heraufbeschworen, ich wollte über das Kapitel verstaatlichte Industrie nicht reden, schon gar nicht über die jetzige Situation in den fusionierten Unternehmen. Nicht, weil dazu nichts zu sagen wäre, sondern weil ich glaube, meine Damen und Herren, daß einfach in der momentanen Situation zuviel in Bewegung ist, a) auf der wirtschaftlichen Seite und b) auch natürlich auf der sozialpolitischen Seite. Auf der wirtschaftlichen Seite: Wenn man sich ein wenig objektiv informiert hätte in den letzten Monaten, dann hätte man doch zur Kenntnis nehmen müssen — und könnte hier in diesem Haus nicht so immer wieder nur von negativen Dingen reden —, daß die wirtschaftliche Zusammenführung so rasch vor sich gegangen ist, daß wir es uns selbst nicht so vorgestellt haben. Daß natürlich eine gewisse Bereitschaft, eine gewisse innere Einstellung dazu von allen Beteiligten, von allen Arbeitern und von allen Angestellten, vom Vorstand bis herunter zum letzten Mitarbeiter unseres Werkes, notwendig ist, meine Damen und Herren, ich glaube, das ergibt sich von selbst. Und sehen Sie, wenn wir nun momentan mitten drinnen sind, wirtschaftliche und auch Koordinierungsüberlegungen anzustellen, Kollege Marczik, dann wirst du mir auch recht geben, wenn ich sage, nun, Judenburg ist bisher ganz gut gefahren mit der Schmiedemaschine, die letzten Endes doch mit kleineren zugeordneten Investitionen die zweitgrößte überhaupt nach dem Fünfundvierzigerjahr ist, nämlich mit 50 Millionen Schilling. Das mittelfristige Programm — und das dürfen Sie wohl zur Kenntnis nehmen —, das mittelfristige Investitionsprogramm der Alpine ist ja nicht von ungefähr erstellt worden, sondern es ist schon vorher wirtschaftlich mit anderen Unternehmungen überlegt und ausgesprochen worden, denn die Aufsichtsräte, die verantwortlichen Gremien in den verstaatlichten Industrien haben ja gegenseitig hier mit Argusaugen gewacht, daß hier nichts passieren kann. Und so paßt auch die Investition in Judenburg, in Kindberg, in Ferlach und natürlich auch in Donawitz, die Großinvestition mit einer Summe von etwa

1,7 Milliarden Schilling, in dieses Ausbauprogramm hinein. Ich könnte hier — ich habe es ja mitgenommen — Vorlesungen halten, wie wirtschaftlich notwendig die ganze Situation war. Ich will es nicht, weil ja auch die Zeit meines Erachtens fortgeschritten ist. Aber wenn man heute hier im Hause neben den wirtschaftlichen Überlegungen, neben den organisatorischen Problemen in einem solchen Konzern auch darüber spricht, daß die soziale Seite so stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, daß man sagen kann, nun, auf diesem Sektor ist bisher außer geredet nichts geschehen, nun, meine Damen und Herren, dem ist eben nicht so und deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet. Schauen Sie, wenn man als verantwortlicher Betriebsrat zu seinem Vorstand geht und hier etwas verlangt, dann muß auch die wirtschaftliche Seite vorher stimmen, und da bin ich der Meinung und das verrete ich immer, hier hat auch der Betriebsrat und besonders in der verstaatlichten VOEST-Alpine AG. eine besondere Verantwortung mitübernommen. Was wir in den wirtschaftlichen Topf hineingeben, meine Damen und Herren, von dem können wir uns nur einen Teil herausholen und dies ist letzten Endes das Schöne in diesem Betrieb, in dieser großen Gemeinschaft mit über 50.000 — und wenn Sie wollen, mit den Töchtern, mit rund 77.000 — Beschäftigten; daß wir in Österreich doch voll Stolz hintreten können und sagen, auch unsere Sozialleistungen sind fast an erster Stelle und das wollen wir auch so weiter behalten.

Schauen Sie, was ist seit dem 15. Februar 1973 geschehen? Auf dem sozialen Sektor war ein Sofortanliegen die Einrechnung der Dienstzeit von allen verstaatlichten Unternehmungen aus, so auch mit den Töchtern, von allen 77.000, wenn sie irgendwo im Lauf der letzten 20, 30 Jahre wechselhaft beschäftigt waren. Das war ein langer Wunsch von uns, der nicht nur auf 10, sondern auf 20 Jahre, ja sogar auf die Gesetze der verstaatlichten Industrie 1946 zurückgeht, aber es ist erst jetzt Wirklichkeit geworden. Die Pensionsgabe, die der Kollege Marczik angezogen hat, auch hier, meine Damen und Herren, sind wir beispielgebend und vorbildlich, die alte Alpine bildet den B-Bereich und wenn Sie wollen, zum Teil auch die VOEST, den A-Bereich.

Und hier ist die Regelung so vor sich gegangen, daß die Pensionszuschüsse, damit kein Zeitverlust eintritt, so geregelt werden, daß beide Modelle durchgerechnet werden und das beste Ergebnis kommt für den Ausscheidenden in Betracht. Hinsichtlich des Jubiläumsgeldes sind wir in Österreich führend, Sie wissen, daß dies bei uns mit 25 Jahren eineinhalb Monatsbezüge, mit 35 Jahren zweieinhalb Monatsbezüge und mit 45 Jahren dreieinhalb Monatsbezüge beträgt. Auch hier wurde in dieser Woche der Abschluß getätigt, daß die VOEST, die hier etwas hinten ist, nachgezogen wird und werden die, die nicht ganze 45 Jahre haben, sondern 40, im Jahre 1974 auf 40 zurückgeführt. Dies waren bisher die Leistungen, und die Krönung ist wohl in dieser Woche geschehen, daß das unworbene Treuegeld nun Wirklichkeit wird und daß das Treuegeld für das Jahr 1973 für alle Alpine-Angehörigen, für über 25.000 Personen, ausbezahlt wird.

Sicher sind wir hier einen tragbaren Kompromiß eingegangen. Wir haben die unterste Stelle von 5 Jahren, nachdem es ein Treuegeld ist, angehoben, haben oben bei den 25- und 20jährigen für heuer etwas nachgegeben, aber die Spitze beträgt doch immerhin 1973 für 25 Jahre Dienstzugehörigkeit 2400 Schilling und für 1974 den vollen Zuschuß, der ja wesentlich höher liegt. Und wenn Sie das alles zusammenrechnen, was in dieser kurzen Zeit der Humanisierung und der Harmonisierung geschehen ist, sind es etwas über 40 Millionen, die wir zusätzlich zu den bisherigen Sozialleistungen auf dem Verhandlungswege erreicht haben. Mit dieser Summe und mit diesen Leistungen, glaube ich doch sagen zu können, sind wir in Österreich an erster Stelle. Wir wollen diese Stelle auch halten und wenn Sie mit uns einig sind, daß wir in aller Ruhe dieser wirtschaftlich großen Aufgabe helfen können, dann glaube ich, daß auch Sie stolz sein müßten, daß wir in der Steiermark wirtschaftlich eine so stolze Bilanz aufweisen können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Präsident Ileschitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Zweiter Präsident Ileschitz:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im allgemeinen ist es ja nicht üblich, daß man Vertretern von Nichtgewerkschaftsorganisationen oder Nichtbetriebsräten Fragen beantwortet, die in einer solchen Art und Weise gestellt werden. Die Fragen werden gestellt, als müßte ich mich bei der NKWD für irgendwelche Handlungen verantworten, die die Gewerkschaft gesetzt hat, aber trotzdem bin ich gerne bereit, einige dieser Fragen zu beantworten.

Wenn Sie mich fragen, wie es möglich ist, daß einstens 729 Stimmen bestanden haben und es jetzt den Leuten nicht mehr möglich ist, eine Liste zustande zu bringen, so möchte ich Ihnen folgendes sagen: Bei der Elin in Weiz waren seit eh und je, bis auf einige wenige, nie Kommunisten im Betrieb. Daß die Leute bei der Wahl vor 3 Jahren so gewählt haben, ist aus der Tatsache festzustellen — darüber kann man ganz offen reden —, daß innerhalb der sozialistischen Fraktion Unzufriedenheit geherrscht hat, daß es um eine echte Wachablöse gegangen ist. Der alte Zentralbetriebsratsobmann, der einmal die Geschicke geführt hat, ist ausgeschieden und da hat es Auseinandersetzungen gegeben, die gibt es überall und immer wieder, auch in euren Organisationen, wenn es darum geht, etwas neu zu formieren. Es hat Denkwahlwahlen gegeben, und nichts anderes war der Fall. Wir haben gewußt, daß es nicht so bleiben wird, sondern unter einer richtigen Führung, zu der die Belegschaft Vertrauen hat, wird sich auch das Wahlergebnis grundlegend ändern. Das kommt schon damit zum Ausdruck, daß eben 82,86 Prozent der Belegschaft zur Wahl gegangen sind. Ein sehr hoher Prozentsatz, wenn man weiß, daß Monteure im Ausland, in Übersee sind, die gar nicht die Möglichkeit haben zu wählen, daß ein Teil der Leute gar nie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, es sei denn ein Wahlzwang, und der ist bei der Betriebsratswahl nicht

vorhanden, daher ist das Ergebnis ein ausgezeichnetes gegenüber vielen anderen Betriebsratswahlen. Und hier muß ich neuerlich betonen, daß 89,65 Prozent der Leute sozialistisch gewählt haben, das sind 1460 Stimmen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Weil sie unter Druck gesetzt wurden!“) Wenn die Leute sich unter Druck gefühlt hätten, hätten nicht 1460 die sozialistische Liste gewählt. Die Betriebsratswahl ist genauso geheim wie die Wahl zum Gemeinderat, zum Landtag oder Nationalrat. Ich brauche Ihnen hoffentlich über den Wahlvorgang bei einer Betriebsratswahl nichts zu erzählen. Sie als Wirtschaftsbundvertreter haben überhaupt kein Recht, von der Gewerkschaft Aufklärung zu fordern, das möchte ich Ihnen in aller Deutlichkeit einmal sagen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist mir aber neu!“) Dem Wirtschaftsbund ist die Gewerkschaft keinerlei Aufklärung schuldig. Sie haben Ihre Fachverbände und die Handelskammer. (Landesrat Peltzmann: „Das ist eh das gleiche!“) Das ist nicht das gleiche. Wenn dies dasselbe wäre, Herr Landesrat, dann würden wir schön ausschauen. Die Kollektivvertragspartner, mit denen wir verhandeln, sind die Handelskammer, die Fachverbände der Industrie und die Innungen des Gewerbes. Auch die schließen Kollektivverträge ab. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind die Funktionäre des Wirtschaftsbundes!“ — Landesrat Peltzmann: „Ist der Sallinger ein ÖVP-Funktionär oder nicht?“) Er ist der Chef der Bundeswirtschaftskammer. Die Bundeswirtschaftskammer ist die Interessenvertretung, mit der wir verhandeln, und nicht mit dem Wirtschaftsbund der ÖVP, das möchte ich in aller Deutlichkeit verdokumentieren. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind dieselben Menschen! Der Sallinger ist auch unser Mitglied!“) Das ist egal, aber wenn Sie sagen: Bundeskammer ist gleichzeitig Wirtschaftsbund, dann nehmen wir das gern zur Kenntnis. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das hat niemand gesagt!“) Das hat es bis heute noch nicht gegeben. Wenn das den Tatsachen entspricht, dann werden wir uns in Zukunft dementsprechend einrichten können. Eine sehr gute Erklärung, die heute von der hohen Warte aus erfolgt ist. Der Herr Landesrat Peltzmann hat gesagt, es ist das gleiche. (Landesrat Peltzmann: „Die Personen sind die gleichen!“ — Abg. Schrammel: „Da gibt es in Fürstenfeld bei der Eumig mit einer ÖAAB-Mehrheit von 75 Prozent eine Ordnung!“ — Abg. Premsberger: „Das gefällt euch!“) Lieber Freund Schrammel, mit Schokoladekisten, wie ihr bei den Frauen geworben habt, haben wir nicht geworben. (Landesrat Peltzmann: „Schokolade ist vernünftiger als Terror!“ — Abg. Schrammel: „Dort gibt es keinen Terror!“) Aber über das Kapitel werden wir uns noch unterhalten. Drei Viertel sagen Sie, reden wir das nächste Mal darüber. Das kostet Sie etwas, Kollege Schrammel. Sehr fair werden wir den Kampf führen, aber das kostet Sie etwas.

Nun, Siegl, fristlose Entlassung. Ich wiederhole noch einmal: Die fristlose Entlassung hat nicht der Betriebsrat durchgeführt, nicht die Gewerkschaft, sondern die Firmenleitung auf Grund mehrfacher Disziplinwidrigkeiten.

Und nun die Frage: Wieso können wir in den Personalakt Einsicht nehmen? (Abg. Dr. Dorfer: „Wie-

der Terror!“) Wir denken gar nicht daran, Einsicht zu nehmen, aber der Betriebsrat ist zu verständigen, wenn eine fristlose Entlassung erfolgt. Es wäre noch schöner, wenn ein Unternehmen so etwas macht, ohne den Betriebsrat zu verständigen. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie haben uns ja angeboten, in die Akten zu schauen!“) Ich möchte also sagen, hier hat der Betriebsrat wieder einmal versucht, nach menschlichen und sozialen Gesichtspunkten, der Firmenleitung die fristlose Entlassung abzurufen und sie in eine Kündigung umzuwandeln. (Abg. Dr. Dorfer: „Inzwischen ist die Wahl vorbeigegangen, nicht wahr?“ — Abg. Pözl: „Herr Präsident, das ganze war euch doch schon peinlich!“ — Glockenzeichen. — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Na also, selbstverständlich, aber Herr Pözl, was ist, wenn Sie einen „außschmeißen“? Sie entlassen ihn fristlos, ich weiß nicht, ob Sie einen Betriebsrat überhaupt haben in Ihrem Betrieb. (Abg. Pözl: „Das tun wir nicht, jemand hinaus-schmeißen!“) Aber um Gottes willen, na, das möchte ich gesehen haben. Da sind Sie ein weißes Schaf unter den vielen schwarzen. (Abg. Pözl: „Ich danke für das ‚Schaf‘!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Warum hat der Betriebsrat damals der Entlassung zugestimmt, wenn er jetzt auf einmal für die Kündigung war?“) Ich möchte ausdrücklich erklären, eine fristlose Entlassung erfolgt durch das Unternehmen, der Betriebsrat hat da gar nichts zum zustimmen. Er kann verhandeln. (Abg. Zinkanell: „Gehen Sie zum Gericht!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Ich möchte nur feststellen, daß ich das Betriebsrätegesetz kenne!“) Sie kennen schon wieder das Gesetz nicht. Sie kennen schon wieder das Betriebsrätegesetz nicht. Ich sage, man tut sich schwer (Abg. Dorfer: „Herr Präsident, das ist ein Irrtum, wenn Sie glauben, daß wir das Betriebsrätegesetz nicht kennen!“ — Weitere Zwischenrufe.), wenn Sie von der Materie keine Ahnung haben, ich müßte bald sagen, Schuster bleib bei deinem Leisten. Bleiben Sie als Lehrer und im Landeschulrat usw. und mischen Sie sich nicht in Dinge, von denen Sie nichts verstehen. (Präsident: Glockenzeichen. „Meine Herren, der Präsident Ileschitz ist nicht in der Lage, mehrere Zwischenrufe zugleich zu hören. Ich bitte Sie daher, auf den Redner Rücksicht zu nehmen!“) Aber ich möchte jetzt, nachdem ich die rechtliche Seite, hoffe ich, Ihnen verständlich machen konnte, nur eines sagen. Ihr wißt ja nicht einmal, wie es aussieht, was für ein Unterschied ist zwischen einer Entlassung und einer Kündigung. Ich kann Ihnen jetzt nicht eine Lesestunde abhalten über das Betriebsrätegesetz (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident Ileschitz, jetzt wissen wir erst, wie blöd wir sind!“ — Abg. Pözl: „Das muß man sich sagen lassen!“ — Abg. Nigl: „Die sind alle aufgeklärt!“), aber ich lade Sie, Herr Schaller, Pözl und wie Sie da sitzen, ein, einmal an einer Betriebsrätegrundschulung teilzunehmen, damit Sie über die primitivsten Rechte und Pflichten eines Betriebsrates Bescheid wissen. Das wäre also das. Umgekehrt, meine Herren, möchte ich Ihnen folgendes sagen. Die Frage des Terrors, Herr Abgeordneter Buchberger, und jetzt passen Sie gut auf: Der Betriebsrat der Elin-Union hat mich ermächtigt zu erklären, wenn die Leute weiterhin behaupten, Terror herrscht, daß er sich den Rechtsweg vorbehält.

Meine Herren, diese Angelegenheit wird demnächst auch wahrscheinlich erfolgen. (Abg. Dr. Dorfer: „Selbstverständlich!“) Das wäre das, was ich Ihnen dazu noch zu sagen hätte. Der Rechtsweg bleibt dem Betriebsrat offen, er wird ihn wahrscheinlich beschreiten. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Seit wann wird einem Abgeordneten mit einem Rechtsanwalt gedroht? Das ist auch neu!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf dem Boden, auf dem wir uns befinden, lieber Herr Präsident Ileschitz, sollen wir sachliche, aber auch politische Auseinandersetzungen führen und es schadet auch gar nicht, meine Herrschaften, meine Damen und Herren, wenn diese Auseinandersetzungen bisserl härtere Formen annehmen. Ich persönlich würde so einen Kurs, wenn ich eingeladen werde vom Herrn Präsidenten Ileschitz, einmal absolvieren, um eine fristlose Entlassung und eine Kündigung auseinandertreten zu können. Herzlichen Dank für die Einladung. (Präsident Ileschitz: „Gerne!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Der Ileschitz wird uns das beibringen!“)

Nun, meine Damen und Herren, auf Seite 57 beginnt die Gruppe 7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung und der Unterabschnitt 716 beginnt mit den Feuerwehren. Ich glaube, wir brauchen da herinnen auch hin und wieder eine Feuerwehr, die die Dinge ins richtige Lot spritzt, wenn es nicht anders geht. Nun, einige meiner 68 Vorredner haben ja teilweise zum Thema Feuerwehr schon Aussagen gemacht und ich darf heute dazu feststellen, daß es uns in der Steiermark gelungen ist, die Konzentration aller Hilfsorganisationen herbeizuführen. Wir haben so Mehrgleisigkeiten verhindert, die sich in Katastrophenfällen immer zum Nachteil der Betroffenen auswirken. Ich darf hier herzlichen Dank sagen allen Organisationen, dem Roten Kreuz, der Bergrettung, der Rettungshofbrigade, die alle hier mittun, gemeinsam zusammenwirken, um bei Katastrophen, die unsere Heimat betreffen, helfend eingreifen zu können. Und es ist uns gelungen, meine Damen und Herren — dafür möchte ich Ihnen wirklich auch ehrlichen Herzens danken, daß Sie diese bedeutenden Mittel zur Verfügung gestellt haben —, es ist uns gelungen, in Europa erstmalig eine gemeinsame Ausbildungsstätte für alle diese Hilfsorganisationen zu installieren. Wir hoffen, daß der Betrag von 15 Millionen Schilling, der im Landesvoranschlag 1974 seinen Niederschlag findet, uns wieder einen kleinen Sprung bei unserem Bestreben, dieses Schulareal vollständig mit allen Anlagen auszurichten, weiterbringen wird. Wir haben uns für 1974 zwei Schwerpunkte vorgenommen: Schwerpunkt 1, Weiterbau an dem Gedanken der Jugendfeuerwehren, wir werden versuchen, das Alter herunterzusetzen, wir werden an der neuen Ausbildungsstätte Führungskräfte aus der Jugend zu gewinnen versuchen, weil ich glaube, Jugend soll von jungen Menschen geführt werden. Wir werden aber auch hier draußen mit Werbemaßnahmen ein-

treten, um den jungen Steirern zu zeigen, welche Möglichkeit die Feuerwehr ihnen bietet, sich für die Bevölkerung tätig zu verwenden.

Die zweite Schwerpunktbildung wird die Ausrüstung und die Ausbildung für den Katastrophenfall darstellen. Es gab 1972, um nur eine der häufigsten Katastrophen aufzuzeigen, 151 Ölunfälle, und 1973 waren es bereits über 300 derartige Unfälle in der Steiermark. Wir werden weiter unsere Ölalarmstützpunkte ausbauen, weil jeder weiß, daß ein Liter Mineralöl rund 1 Million Liter Trinkwasser unbrauchbar machen kann. Und im Jahre 1970 waren es 1700 Liter, die ausgeflossen sind. Hiefür wurden 150.000 kg Chemikalien verwendet. Wir brauchen in der Steiermark, um solchen Anforderungen gerecht zu werden, mehr Ölbindpulverlager als bis jetzt, und wir haben in der Regierungssitzung, in der das Landesfinanzgesetz 1974 beschlossen wurde, die Zustimmung erhalten, im Notfall zusätzliche Mittel des Landes bereitzustellen, um solche Bindemittellager in der Steiermark installieren zu können. Es wurde auch unter anderem gefordert, daß der Unfallschutz für unsere Feuerwehrleute ausgebaut werden muß, ich weise darauf hin, daß uns der Niederösterreichische Landtag bereits überholt hat, er hat bereits 1973 ein Einsatzopfergesetz beschlossen, das den Grund hat, einen Fonds zu bilden zur Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute im Hilfs-, Rettungs- und Katastropheneinsatz, für alle verunglückten Personen, deren Hinterbliebene durch die ASVG-Regelung nicht die notwendige Unterstützung finden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es war vor kurzem eine Besprechung im Bundesministerium und die Landeshauptmännerkonferenz hat sich mit dieser Besprechung befaßt, als es darum ging, von der Bundesseite her einen zusätzlichen Unfallschutz für die Feuerwehr zu installieren. Und hier wurde vom Bundesministerium verlangt, daß die Feuerwehren die Hälfte der Prämienbeiträge aus der Feuerschutzsteuer zu übernehmen hätten, und das, meine Damen und Herren, muß ich als zuständiger Referent ablehnen, denn das wäre eine Bestrafung der Feuerwehren, wir in der Steiermark haben nämlich den Beschluß, daß die Feuerschutzsteuer zur Gänze den Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden muß.

Ich möchte von dieser Stelle aus allen danken, die hier mitgewirkt haben und die weiterhin mitwirken werden, damit diese freiwilligen Hilfsorganisationen im Lande Steiermark ihre Aufgabe, die idealistische Aufgabe, allen Menschen, die in Not geraten, zu helfen, auch weiter erfüllen können.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige kurze Beiträge zum Kapitel Wirtschaftsförderung. Die Beiträge, die heute gegeben wurden, haben gezeigt, daß die Strukturen so vielfältig sind und daß die Schwerpunkte auch nach dieser Vielfalt gesetzt werden müssen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das wurde bereits aufgezeigt, daß die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag eine echte Fleißaufgabe gesetzt haben.

Eine Fleißaufgabe deshalb, weil die Wirtschaftsförderung, also die Schaffung von Voraussetzungen für eine gut funktionierende Wirtschaft, eigentlich

von der Verfassung her Bundessache ist. Welche Bedeutung das Land Steiermark der Wirtschaftsförderung und damit der Arbeitsplatzsicherung beimißt, ist aus folgendem Beispiel ersichtlich: So wendet der Bund heuer für die Wirtschaftsförderung genau 204,529.000 Schilling für das gesamte österreichische Bundesgebiet auf. In dieser Summe ist aber der Betrag von 120,407.000 Schilling auf Grund des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes 1969 als eines Gesetzes, das von der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde, enthalten. Sie sehen, welcher minimaler Betrag hier vom Bund für diese so wichtige Aufgabe zur Verfügung gestellt wird, wenn Sie dagegensetzen, daß das Land Steiermark im Landesfinanzgesetz 1974 325 Millionen für die Wirtschaftsförderung vorsieht. Ich glaube doch feststellen zu können, daß sich die jetzige Bundesregierung ihre Aufgabe zu leicht gemacht hat. Der Engpaß bei den für die Wirtschaft so notwendigen Investitionskrediten wurde durch eine falsche Politik ausgelöst und wird sich erst 1974 bemerkbar machen. Ich möchte in kein krisenbeschreibendes Bild kommen, aber eines muß man sagen: Von der Hand in den Mund zu leben, das heißt vorausschauend nur den politischen Effekt anzustreben, hat einer Volkswirtschaft noch nie gedient.

Denken Sie an die Probleme, in der sich unsere Exportwirtschaft befindet. Wegfall der Exportrückvergütung, die Schillingaufwertung und die Restriktionsmaßnahmen für alle, insbesondere für die Investitionskredite. So steht das Land Steiermark vor der Aufgabe, jene Versäumnisse nachzuholen, die einer sozialistischen Bundesregierung in Wien immer wieder unterlaufen. Sollte ich den Regierungstitel falsch gewählt haben, bitte ich um Verzeihung, Ihr Generalredner hat ja seine Partei zehnmals sozialdemokratisch und zweimal sozialistisch deklariert, so daß wir uns nicht mehr ganz auskennen, wie sie momentan eigentlich heißt (Abg. Gerhard Heidinger: „Wie ein Buchhalter!“ — Abg. Bischof: „Wir kennen uns aus!“), Sozialdemokratische Partei oder Sozialistische Partei Österreichs. Na ja, wenn Sie jetzt die Sozialdemokraten sind, dann könnten Sie sagen, für den Blödsinn, den die Sozialisten gemacht haben, können wir nichts. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Möglichkeit!“) Diesen Dingen möchten wir doch ein bißchen auf den Kern gehen. (Allgemeine unverständliche Zwischenrufe der SPÖ.)

Nun, im Jahre 1959 hat die Steiermärkische Landesregierung in richtiger Einschätzung der Lage — die Arbeitslosenrate lag damals noch über 5 Prozent — mit der Förderung der wirtschaftlich entwicklungsbedürftigen Gebiete begonnen, wobei die erste Phase der freiwilligen Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark einsetzte. Es wurden damals für die Förderung dieser Gebiete rund 6,8 Millionen aufgewendet und für den gleichen Zweck sind für 1974 40,2 Millionen vorgesehen. Da für die Förderung dieser Gebiete nur einige Millionen zur Verfügung standen, jedoch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen unbedingt durch die Strukturprobleme vordergründig wurde, hat die Steiermärkische Landesregierung im Jahre 1966 die zweite Phase der Wirtschaftsförderung eingeleitet, und es wurde eine

eigene Abteilung, die Abteilung für Wirtschaft und Statistik, geschaffen. 1967 wurden erstmalig 100 Millionen in den Landesvoranschlag aufgenommen, um damit gewerbliche Betriebe in wirtschaftsschwachen Gebieten zu schaffen. Sie kennen die Probleme von damals und ich möchte deshalb darauf hinweisen, weil die Schau, die vor uns liegt, uns zeigt, wie schwierig es ist, die gesamten wirtschaftlichen Prognosen zu erstellen.

Mir kommt das wie ein Wetterbericht im Fernsehen vor. Trifft er zu, ist es gut, trifft er nicht zu, sagt keiner etwas. Damals ging es in erster Linie um Ersatzarbeitsplätze für die im Kohlenbergbau beschäftigten Menschen in Bergla, Fohnsdorf und Köflach. Heute müssen wir sagen, daß wir froh sind, wenn diese Bergleute nicht in andere Betriebsparten abwandern, weil das, was wir damals schon gesagt haben, heute die richtige Gültigkeit erhalten hat. Wir sagten damals schon: Wenn wir auf eine militärische Neutralität Wert legen, so müssen wir sie durch eine wirtschaftliche Absicherung nach innen und nach außen festlegen, das heißt, wir müssen versuchen, so viel Eigenenergie wie nur möglich selbst aus dem eigenen Lande zu schöpfen. Hier bietet sich, da wir kein Erdöl zur Verfügung haben, in erster Linie die Kohle an.

Ich darf zum Kohlenproblem nur ein kurzes Wort sagen. Es wurde gesagt, dem Bundesrat ist zu danken, daß die 100 Millionen ERP-Gelder, die als Kredit der Kohlenwirtschaft genehmigt wurden, weggestrichen wurden. Das ist keine Hilfe, ERP-Gelder sind keine österreichischen Mittel, sondern sind Hilfgelder von den Amerikanern. Dazu wäre meiner Ansicht nach die Regierung aufzurufen, aus der Bergbauförderung die nötigen finanziellen Mittel für die Erhaltung und den weiteren Ausbau unserer Kohlengruben zur Verfügung zu stellen, wenn sie dazu schon nicht als Unternehmer in der Lage ist.

Nun, meine Damen und Herren, was 1967 galt, gilt 1972 nicht mehr und wir können heute feststellen, daß unsere Arbeitslosenrate im Oktober 1,3 Prozent betrug, und die sagt nichts aus, weil von den 1,3 Prozent höchstens 0,3 Prozent vermittlungsfähige Arbeitskräfte darstellen, so daß es nicht mehr darum geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern in erster Linie um Verbesserung der Arbeitsplätze, qualitativ bessere Arbeitsplätze, Spezialisierung der Betriebe zu fördern, das heißt, für die Konkurrenzfähigkeit in einer europaweiten Auseinandersetzung, in der wir uns befinden, unseren Betrieben eine Hilfestellung zu geben, damit sie diese Auseinandersetzung in Zukunft besser bestehen können. Erstmals haben wir im Landesvoranschlag 1974 eine Trennung von Industrie- und Gewerbeförderung vorgenommen und in dieser Hinsicht darf ich unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl auf das herzlichste für sein Verständnis danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben 18 Betriebe in der Steiermark mit mehr als 500 Beschäftigten. Also sehen wir es doch im richtigen Licht, daß, wenn einer eingestellt wurde, es auch darauf ankommt, daß wir nicht nur Großbetriebe und Arbeitsplätze, sondern die Struktur der Klein- und Mittelbetriebe erhalten, die das Le-



ben praktisch erst lebenswert machen, durch ihre Dienstleistung, aber auch durch ihre Zuliefertätigkeit für die Industrie. Und hier haben wir eine Trennung gemacht. Ich möchte nicht sagen, daß dies Handwerksförderung ist, sondern Industrieförderung. Ich kenne Industriebetriebe mit 24 Beschäftigten. Hier ist keine Grenze zu ziehen und hier soll man auch keine ziehen. Ich glaube, daß die Grenze nach der Art des Vorranges zu ziehen ist.

Dem Herrn Präsidenten Ileschitz gebe ich vollkommen recht, — ich weiß schon, draußen bei den Diskussionen hört man, wir müssen nach Steiermark kommen und einen reichsdeutschen, englischen oder französischen Akzent sprechen und dann bekommt man eine Förderung. Die Wirklichkeit schaut doch etwas anders aus, wenn ich jetzt vom 1. 1. 1971 bis zum 3. 12. 1973 die Zahlen hernehme. In dieser Zeit wurden 150 Betriebserweiterungen und Betriebsneugründungen gefördert.

Davon entfallen auf inländische Betriebserweiterungen 58,6 Prozent, auf inländische Betriebsgründungen 30 Prozent und auf ausländische Betriebsgründungen 11,4 Prozent, somit lautet das Verhältnis Inländer-: Ausländerförderung 88,6 zu 11,4 Prozent. Ich darf Ihnen auch ganz kurz dazu sagen, weil die Förderung des weltbekannten Unternehmens List angezogen wurde, nun, sehr geehrter Herr Präsident Ileschitz, er ist sich stärken gegangen — ah, er sitzt dort, sehr nett —, ich sehe Sie so gerne, deswegen sind Sie mir lieber vorn als hinten, aber, ich glaube, daß der Appell an das Land Steiermark ein bisserl spät kommt, denn wenn das Land Steiermark damals, auch unter einem ÖVP-Landeshauptmann Krainer, nicht diese starke Förderung bei diesem Unternehmen angesetzt hätte, hätte das Unternehmen nicht die Bedeutung gewonnen, die es heute hat und ich möchte hier die Summen weder der Kredite noch der Förderung über den Forschungsfonds und über die einzelnen Möglichkeiten, die das Land Steiermark ausgeschöpft hat, erwähnen, die diesem Unternehmen zugeführt wurden. Nicht nur das, wir fördern noch ganz andere Dinge — (SPO: „Das wissen wir!“) wir fördern zum Beispiel die Mikroschallforschung Langenecker in Waldbach und wir fördern unsere Institute an der Hochschule und an der Technik. Und im Jahre 1974 weist der Landesvoranschlag nicht nur die eine Million vom Abschnitt 78, sondern in der 60. Gruppe weitere zwei Millionen Schilling und im Untervoranschlag, auch eine Post, die der Herr Landeshauptmann politisch verwaltet, einen Betrag von 6,575.000, also rund 10 Millionen aus. Ich muß sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein zusätzlich förderungswürdiges Objekt auf dem Gebiet der Forschung an die Steiermärkische Landesregierung herangetragen und die Forschungswürdigkeit von der Regierung erkannt wurde, dann ist immer ein Weg gefunden worden, sollten die Budgetmittel nicht ausreichend gewesen sein, so ein Vorhaben finanziell zu bedecken und zu fördern. Wir danken dem Bund, daß er auf diesem Gebiet endlich aktiv wird. Die letzte Förderung, die besonders dieses Unternehmen bekommen hat, war 1969 bei der ÖVP-Alleinregierung, und wenn dann 1972 die SPO-Alleinregierung durch ihre Mithilfe das erkannt hat, dann, Herr Präsident, sage ich herzlichen Dank

jetzt schon und hoffe, daß Sie Ihre Bestrebungen in diesem Sinne auch im Jahre 1974 einsetzen, damit Gelder von Wien in die Steiermark rollen. (Abg. Prensberger: „Wir auch!“) Hier ist keiner der Referenten böse und mein Kollege Dr. Krainer hat das sehr deutlich ausgesagt, er hat es auch dem Herrn Minister bei der Eröffnung des Autobahnstückes am vorigen Wochenende sehr deutlich gesagt. Wir hängen dem Schilling kein Mascherl um, vielleicht ein rotes oder ein schwarzes, wir sind froh, wenn Schillinge in die Steiermark rollen, damit mit diesen Schillingen Werte geschöpft werden können für uns und für die Zukunft dieses Landes.

Nun, meine Damen und Herren, ich darf noch ein paar Probleme heranziehen, die uns doch interessieren müssen, die Inflation und die Steuerpolitik. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muß mich dagegen wenden, daß immer wieder neue Belastungen durch die Benzinpreiserhöhung den österreichischen Kraftfahrzeughaltern aufgebürdet werden, weil sie untragbar sind, und in weiterer Folge schwerwiegende Auswirkungen nicht nur für die Kraftfahrer, sondern für den größeren Teil der Wirtschaft mit sich bringen werden. (Abg. Zinkanell: „Bravo!“ — Weitere Zwischenrufe.) Aber da hat es sich um zehn Groschen gehandelt und geschrieben hat das die „Neue Zeit“ vom 31. Jänner 1969. Sie sehen, ich möchte das auch zeigen, weil hier Inflation stärker ist, seitdem Kreisky und sein Wunderteam mit den 1400 Fachleuten — ich werde sie nie vergessen, Experten und Wissenschaftler, an der Arbeit sind. — Ich sage ja, das dürfte der einzige Teil sein in der Steiermark, sofern ein Steirer dabei war, der von der Maul- und Klauenseuche betroffen wurde, denn seither hört man nichts mehr davon. Ja, meine Damen und Herren, wie sich die Geister wenden. Bei einer Benzinpreiserhöhung von zehn Groschen und bei einer Steigerung der Preise — auch in der „Neuen Zeit“ vom 24. April 1969, Seite 2 — um 1,4 Prozent, da waren doch diese Dinge alle hausgemacht, da hat es doch gar keine importierte Inflation gegeben, sehen Sie, und so ändern sich die Zeiten. Ich bestreite es ja nicht, daß ein Teil des Inflationsdrucks natürlich aus dem Ausland kommt, meine Damen und Herren, das wurde ja deutlich schon gesagt, nur war die bisherige Regierung nicht in der Lage, diese Dinge in den Griff zu bekommen und sie war auch gar nicht bereit, die Inflation zu vermeiden und alle Maßnahmen zu setzen, um die Stabilität weiterhin zu sichern. Schauen Sie, die außenpolitischen, die außenwirtschaftlichen Absicherungen wurden ungenügend vorgenommen. Heute geht es ja nicht mehr um 1,4 Prozent wie im April 1969, heute geht es um 7 Prozent und noch mehr. Ich möchte hier bewußt den Vater des deutschen Wirtschaftswunders Ludwig Erhard zitieren, der zur Inflation feststellte: „Es ist grundsätzlich leichter, eine Inflation zu stimulieren und zuzulassen als sie erfolgreich zu verhindern — oder nachträglich die Stabilität wieder zu gewinnen. In der Diskussion über die Beseitigung der Inflation und ihrer Folgen werden von denselben Kräften, die die Gefahren der Geldentwertung verharmlöst finden wollen, deren erhebliche

wirtschafts-, sozial- und ordnungspolitische Kurz-sichtigkeit offenbart. Indexklauseln oder Preisstopp — beide haben eines gemeinsam, die Geldentwertung wird nicht grundsätzlich bekämpft, sondern nachträglich ausgeglichen, oder gar verboten.“ Das ist kein Erfolgsrezept, sondern, wie alle Erfahrungen beweisen, rein wirtschaftspolitische Kurpfuscherei. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steuerpolitik der jetzigen Regierung, na, über das, glaube ich, brauche ich keinem mehr irgendwas erzählen, es spürt's ja jeder, ob Arbeitnehmer, ob Arbeitgeber, ob Selbständiger, ob Unselbständiger, ob Freischaffender, ob Bauer, jeder kriegt das zu spüren. Und wenn wir voriges Jahr sagten, daß es nicht der Wahrheit entspricht, wenn der Herr Finanzminister erklärte, die Mehrwertsteuer sei mit der alten Umsatzsteuer aufkommensneutral, da muß ich sagen, warum ist dann die Steigerung im Bundesfinanzgesetz auf dieser Post 81,5 Prozent, meine Damen und Herren? Ich darf Sie fragen (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt soll er doch endlich etwas Gescheites reden!“), ich weiß, das interessiert Sie bei Gott nicht, Sie sagen, wir haben etwas zu verteidigen, ganz gleich, was bei der Geschichte herauskommt, aber der Österreicher, der Konsument — und ich zähle mich auch zu den Konsumenten —, hat das letztlich zu bezahlen, was hier der Bund an Fehlern macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wunden auch von einem Vorredner — ich glaube, jawohl, es war Präsident Ileschitz — unter anderem die Aufgaben in der Region Aichfeld-Murboden als Beispiel der Bundesförderung angezogen. Meine Damen und Herren, ich darf nur eines sagen, zur dortigen Arbeitsplatzbeschaffung, zur Gründung von neuen Arbeitsstätten hat der Bund keinen luckerten Groschen gegeben, Herr Ileschitz, nicht einen Groschen. Entschuldigen, sagen Sie es dem Herrn Minister, er soll den Beweis antreten, nicht einen luckerten Groschen. (Abg. Zinkanell: „Wo sollen wir denn einen luckerten Groschen hernehmen?“ — Abg. Fellinger: „Wir haben nur ganze Groschen!“) Na, entschuldigen, wenn Sie behaupten, die Mittel aus dem ERP-Fonds sind Bundesmittel, dann haben wir uns das — und ich sitze im Vergabeausschuß — schon im ERP-Fonds verbeten. Der Herr Präsident Paierleitner ist unserer Meinung beigetreten, daß das keine Bundesmittel seien, sondern der Bund hat keinen luckerten Groschen gegeben. Meine Herrschaften, überhaupt keine Idee, sondern die Regionalförderung Aichfeld-Murboden stammt ja vom Landeshauptmann Krainer. Aber da dem Herrn Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am Parteitag in Klagenfurt nichts anderes eingefallen ist, hat er das halt praktisch als geistigen Diebstahl getätigt und dort als seinen Erfolg hingelegt. Das werden Sie ja selber am besten wissen, nicht? (Landesrat Bammer: „Ich weiß, in Klagenfurt war nie ein Parteitag!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der ÖVP!“) Und nun darf ich noch etwas dazu sagen, Herr Präsident Ileschitz, weil diese Dinge ja zusammenhängen: Weiz, Elin. Wunderbar haben Sie das gebracht, was der große Bund für sein Bundesland tut. Ja, Herr Ileschitz, wir übernehmen unseren Aufgabenbereich selbst, das heißt, das Land Steiermark investiert in die Strecke Weiz-Gleisdorf fünf-

zehn Millionen, um (Präs. Ileschitz: „Habe ich nicht gesagt!“) dem erforderlichen Achsdruck der Schiene gerecht zu werden. Ich selbst war bei den Verhandlungen im Bundeskanzleramt im Anwesenheit des Verkehrsministers, der Elin und des Bundeskanzlers. Damals gab der damalige Minister die Summe von 120 Millionen kund, die die Verstärkung der Strecke von Weiz-Aspang-Wien erfordern würde. Nun höre ich 200 Millionen. Ja, wer soll denn die Investitionen der Bundesbahn zahlen (Abg. Pözl: „Das Land Steiermark!“), wenn nicht der Bund als Eigentümer? Das ist ein Wirtschaftsunternehmen des Bundes. (Präsident Ileschitz: „Das hat ja niemand bestritten!“) Ja, aber wir geben 15 Millionen, weil der Bund — und dort liegt ja der drohende Besen — bei der Besprechung erklärte, wenn die Länder kein Interesse zeigen, würde er dieses Vorhaben nicht realisieren. Und ich war dabei. Der damalige Bürgermeister Slavik von Wien hat die Ohrwäschen geschüttelt und hat gesagt: Nein. Er kann es ja heute nicht mehr, sie wurden ihm inzwischen schon abrasiert. (Heiterkeit.) Wenn es nach uns gegangen wäre, wäre der Schwermaschinenbau nach Wien gekommen und wir hätten heuer keine Schwierigkeiten. Auch eine Lösung. (Abg. Premberger: „Mehr brauchst du nicht! Der Slavik hat mit den Ohren gewackelt, sagt er!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Wie der Osterhase!“) Nun, lieber Kollege Loidl und Ileschitz, Obergewerkschaftsboß der Steiermark, ich weiß schon, wir haben es heute dreimal gehört, daß uns vom Wirtschafts-bund Sorgen und die Anliegen der Gewerkschaft nichts angehen. Aber wir sind doch die letzten 28 Jahre auf dem Standpunkt gestanden, daß echte Zusammenarbeit der Partner wichtig ist und wir haben uns nie dagegen gewehrt, wenn irgendein Gewerkschaftsbundfunktionär Fragen an die Kammer und auch den Wirtschaftsbund aufgeworfen hat, daß sich der andere auch zum Teil um die Dinge des anderen kümmert, weil sie ja miteinander hineinspielen und es keinen Sinn hat, eine Abkapselungspolitik zu führen. (Abg. Zinkanell: „Wir werden uns um den Wirtschaftsbund kümmern, es wird höchste Zeit!“) Nur haben wir keine Angst, wenn uns jemand etwas fragt. Sie waren sehr aufgeregt in Weiz, aber das wird sich legen. (Abg. Bischof: „Sie waren aufgeregt!“ — Landesrat Bammer: „Eigentlich ist das kabarettreif!“)

Nun, Herr Loidl, Sie haben auch die Frage der Gastarbeiter aufgeworfen. Ich bin für Ihre Frage sehr dankbar, weil sie doch sehr lange auf sich warten ließ. Wie heute schon gesagt wurde, haben wir gemeinsam mit der Kirche und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft einen Betreuungsver-ein, der einen Teil Ihrer Wünsche erfüllen soll, gegründet und ich ersuche, bitte und fordere die Arbeiterkammer auf, hier mit einzutreten und mit-zutun. Es geht um den Menschen, der heute aus solchen Gebieten zu uns kommt und ich glaube, Sie haben es anklängen lassen, Kollege Loidl (Abg. Dr. Dorfer: „Die Sozialisten reden, und wir handeln!“ — Abg. Zinkanell: „Herr Kollege Dorfer, wir haben auch schon einiges gemacht!“), daß der Mensch, der aus einem ganz anderen Wirtschafts- und Kulturkreis kommt, uns braucht, wo doch in der Steiermark rund 75 Prozent der Gastarbeiter

aus Jugoslawien stammen (Abg. Loidl: „85 Prozent!“) oder gar 85 Prozent aus einem Land mit einer anderen Wirtschaftsform und ich glaube, es muß an uns liegen, diesen Menschen zu beweisen, daß unsere Form die bessere ist. (Abg. Fellinger: „Richtig, jawohl!“ — Abg. Zinkanell: „Das glaube ich sofort!“) Ich glaube nicht, daß das bis jetzt überall gelungen ist. (Heiterkeit.) Aus der Menschlichkeit heraus, um die Menschen in unsere Gesellschaft einzubinden, die sie so notwendig brauchen. Herr Loidl hat richtig gesagt, wir werden auch bei der Arbeitsplatzverknappung einen Teil dieser Menschen notwendig brauchen, weil es Arbeiten gibt, für die sich der Österreicher zu gut befindet. Ich will nicht mehr sagen. Wir wissen Bescheid, wie sich die Dinge abspielen. Nun, wegen der Unfallversicherung habe ich schon Bescheid gesagt. Wir lehnen es ab, daß der Bund hier die Bezahlung dieser Beträge über die Feuerschutzsteuer fondert und ich hoffe, dem Steiermärkischen Landtag im Frühjahr 1974 einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf vorlegen zu können.

Ganz kurz: Fusion VOEST-Alpine. Die Meinungen waren bezüglich einer echten Kooperation dieser zwei großen Firmen in der Steiermark nicht so auseinanderklaffend. Ich erinnere mich zweier Regierungssitzungsbeschlüsse, die in der Regierung einstimmig gefaßt wurden. Nur über den Weg waren wir anderer Meinung, über die Durchführung, über die Realisierung dieses Vorhabens. (Abg. Pichler: „Der Marczik hat etwas anderes gesagt!“) Das kann nicht ganz stimmen, das ist mißverstanden worden. (Abg. Zinkanell: „Das macht ja nichts, die werden sich schon zusammenstreiten!“ — Abg. Marczik: „Zinkanell, du hast geglaubt, ich schlafe schon, du hast dich getäuscht, ich bin noch da!“) Aber die Sorge bezüglich der Auswirkung dieser Fusion liegt woanders. Ich glaube gerade du als ehemaliger Bürgermeister weißt einen Teil dieser Dinge. Die Sorge ist, wie weit werden die steirischen Betriebe bei der Realisierung des Großinvestitionsvorhabens der VOEST-Alpine berücksichtigt? Wie weit werden durch den neuen Steuerschlüssel die ehemaligen Alpinebetriebssitzgemeinden benachteiligt?

Es dürfte bekannt sein, daß die Gemeinde Kindberg momentan nicht in der Lage ist, ihr echtes Steueraufkommen 1973 jetzt im Dezember festzustellen, und das interessiert uns, ob unsere Gemeinden auch ihren Anteil aus dem großen Topf, der jetzt alle VOEST-Alpine-Gemeinden umfaßt, und der letztendlich in der VOEST aufgeteilt wird, weil in Zukunft die Betriebssitzgemeinden in der Ausschüttung der Gewerbesteuer nicht nur die Eigeninvestitionen, die eigenwertschöpfenden Maßnahmen ihrer Betriebe steuerlich zu spüren bekommen, sondern die Gesamtinvestitionskosten der VOEST-Alpine über den Aufteilungsschlüssel auf sämtliche Betriebssitzgemeinden aufgeteilt werden. Ich weiß nicht, wie weit die Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen, aber nach dem, was ich vor kurzem gelesen habe, soll hier besonders die Gemeinde Zeltweg zum Handkuß kommen. Deswegen haben wir von allem Anfang an gefordert, daß all diese Dinge vorher geklärt werden, und man war Ihrer-

seits der Ansicht: Zuerst die Fusion, alles andere hat noch Zeit, und dann wird sich zeigen, wie sich die Dinge entwickeln.

Dort sind unsere Meinungen auseinandergelegen. Ich glaube, die Regierungskollegen von der linken Reichshälfte werden mir bestätigen, daß es besonders bei der Diskussion, die den genannten Regierungsbeschlüssen vorausgegangen ist, sich in erster Linie um diesen Fragenkomplex gehandelt hat. (Landesrat Bammer: „Um die Gemeindeabgaben nie! Wenn die Alpine nicht investiert hätte, wäre genauso ein Ausfall gekommen wie heute!“) Aber um die Aufgabenstellung der einzelnen und da gehören wir ja genau dazu und die Aufgabensteller, nicht? (Abg. Preamberger: „Die Generaldirektion war in Wien!“) Das ist richtig, aber als Alpine war sie bei uns in der Steiermark übersichtlich, während wir jetzt keine Übersicht haben werden — Kollege Marczik hat ja das mittelfristige Alpine-Investitionsprogramm angezogen, muß auch für den einzelnen Bürgermeister, für den einzelnen in der Gemeinde, für den Finanzreferenten dieser Gemeinde, übersichtlich sein, und er konnte sich errechnen und konnte aus dieser Errechnung seine Vorhabenabgrenzung für die Zukunft dann auch festlegen, und ich glaube, um das ist es hier in erster Linie gegangen. Das sind die Fragen, die unter anderem natürlich jetzt zutage treten, und ich hoffe, daß trotzdem die Gemeinsamkeit des Betriebes VOEST-Alpine sich auch für unsere Betriebe fruchtbringend auswirken möge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch unsere Umschulungspläne im Voranschlag 1974 finanziell realisiert, wir hoffen, mit der Umschulung — wir haben ja den ersten Start in der Steiermark schon gemacht mit der Metallarbeit — gemeinsam mit der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Alt-Grottenhof, wir stellen 1974 die Holzumschulung ebenfalls gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer in Aktion, und wir haben im Voranschlag 3 Millionen Schilling 1974, 4 Millionen Schilling 1973, sind bereits 7 Millionen Schilling für die Großumschulung für den Raum Mürz-Mur-Furche bei Böhler in Kapfenberg. Es ist an mich das Berufsförderungsinstitut herantreten mit der Idee, ein Umschulungsobjekt in Hartberg für Bauhilfsarbeiter zu installieren. Sie sehen aus dem außerordentlichen Voranschlag der Gruppe 7, daß hier bereits die 2 Millionen Schilling, die das Land Steiermark diesem Vorhaben zuschießen würde, den Niederschlag gefunden haben. Um was geht es uns also bei dieser Umschulung? Daß wir der Wirtschaft mehr und besser ausgebildete Fachleute zur Verfügung stellen wollen. Wir haben aus unserem ersten Versuch „Umschulungszentrum Metall“ gesehen, daß sich der Versuch echt gelohnt hat. Vor 2 Jahren war noch eine Diskussion — und es gab damals auch Fachleute, die behaupteten, es sei nicht möglich, in der von uns genannten Zeit einen Hilfsarbeiter oder branchenfremden Arbeiter zum Metallfacharbeiter heranzuschulen —, so haben wir hier beweisen können, und der Beweis hat seinen Niederschlag dadurch gefunden, daß 50 Prozent der Umzuschulenden ihre Facharbeiterprüfung mit „ausgezeichnet“ abgeschlossen haben. Ich danke auch dem Landesarbeitsamt für die produktive Mithilfe bei diesen

Aktionen, und wir hoffen auch, daß diese Zusammenschau, diese Zusammenarbeit der Ausbildungsstätten, auch des Wirtschaftsförderungsinstitutes und des Berufsförderungsinstitutes nur so weit eine Konkurrenz abgeben soll, soweit die Konkurrenz zu einer besseren, noch fruchtbringenderen Arbeit der einzelnen Institutionen anregen kann. Sehen Sie, hier haben wir tätig zu werden, damit wir jedem Menschen in diesem Land die Möglichkeit geben, auch später einen Beruf zu erlernen, der ihm die Aussicht gibt, für sich selbst und für unsere gesamte Wirtschaft eine höhere Wertschöpfung als bisher zu erreichen. Ich danke herzlichst. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zu Worte gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Wegart:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Wenn die Marathondebatte des Landtages in die Zielgerade geht, dann kommt noch am Schluß der Fremdenverkehr an die Reihe. Ja, ich möchte sagen, ich werde nicht so lange reden, als viele von Ihnen jetzt befürchten (Beifall.), aber auch nicht — Sie klatschen zu früh — so kurz, als Sie es etwa von mir erwarten. (Abg. Pölzl: „Kommt darauf an, was er sagt!“) Es wird sehr kurz sein. Ich darf einmal zunächst die Statistik des Fremdenverkehrsjahres 1972/73 dem Landtag mitteilen. In der Zeit vom 1. November 1972 bis zum 31. Oktober 1973, das ist das Fremdenverkehrsjahr, hatten wir in der Steiermark 8.090.000 Übernachtungen. Das ist ein Mehr von 191.000 Übernachtungen oder 2,4 Prozent gegenüber dem vergangenen Fremdenverkehrsjahr. Wir hatten inländische Gäste 5.104.000, das ist ein Mehr von 18.000 oder 0,4 Prozent, und ausländische Gäste mit Übernachtungen 2.985.000, das ist ein Mehr von 173.000 oder 6,1 Prozent. Es ist eine durchaus positive Bilanz, die sich zu einem geringen Teil — das möchte ich sagen — von den Ergebnissen des Fremdenverkehrsjahres gesamtösterreichisch, aber vor allem der westlichen Bundesländer unterscheidet. Meine Damen und Herren, ich möchte es mir nicht sehr einfach machen in der Beantwortung, worin etwa die Ursachen gelegen sein könnten für die Stagnation und zum Teil auch für eine rückläufige Bewegung. Es ist ein schwacher Trost — oder für mich zumindest keiner —, wenn wir sagen können, die Steiermark ist von diesem Rückgang nicht betroffen gewesen. Wir haben ja unentwegt als Schwerpunkt der steirischen Fremdenverkehrspolitik zum Ausdruck gebracht, daß wir ein Inländerfremdenverkehrsland sind, und man hat uns manchenmal mehr oder weniger leise belächelt, daß wir von diesem Piedestal nicht heruntergestiegen sind. Im Jahre 1973 jedenfalls hat es sich gezeigt, es lohnt sich, den Gast vor der Haustüre zu suchen, es lohnt sich, den Inlandsgast anzusprechen und ihn zu bewegen, im eigenen Lande Ferien zu machen. Aber was könnten die Ursachen überhaupt gewesen sein? Nach meiner Sicht sind es 5 Punkte: Einmal die Einführung der Mehrwertsteuer. Aber, um jedes Mißverständnis von vornherein zu beseitigen, man

braucht nicht zu sagen, die Mehrwertsteuer ist eingeführt worden im Hinblick auf das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Grundsätzlich ja, die Frage, um die es geht, ist der Prozentsatz. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, aber sie sind jedenfalls im Augenblick nicht zu beseitigen. Jedenfalls sind wir unterschiedlicher Meinung in der Frage der Höhe des Prozentsatzes. Wir müssen sagen, der Prozentsatz ist — nach meiner Meinung — auch für den Fremdenverkehr zu hoch. Es ist aber auch zweitens der Steuerdruck, der die Fremdenverkehrswirtschaft immer mehr getroffen hat. Es sind 23 verschiedene Steuern und Abgaben, die gewerbliche Fremdenverkehrsbetriebe zu entrichten haben. Es ist auch drittens die Schillingaufwertung und zum Teil auch die Währungsunsicherheit, die es in Europa und in den westlichen Industriestaaten gegeben hat. Es sind aber auch damit verbunden die inflationistisch bedingten Preissteigerungen — da braucht man nur das A B C der Volkswirtschaft beherrschen, um zu wissen, daß es irgendwo umgelegt werden muß, eben auf den Preis, und es ist nicht zuletzt fünftens auch die Konkurrenz, die in aller Welt größer wird. Bei der internationalen Tourismusbörse in Berlin im heurigen Februar konnte ich z. B. feststellen, daß immerhin — das ist die größte Fremdenverkehrsausstellung der Welt — alle 5 Kontinente ausgestellt haben und es ist erstaunlich, wer alles an dem großen Kuchen Tourismus teilhaben will. Und es ist erstaunlich, mit welchem Geschick, mit welchem Angebot, mit welchen Ideen und vor allem auch mit welchen Preismöglichkeiten Angebote auf den Markt geworfen werden. Und nun muß man sich die Frage stellen, wohin steuert der österreichische Fremdenverkehr, wohin steuert der steirische Fremdenverkehr? Denn eines ist sicher, und das muß man in dieser Stunde sagen: Wir waren gewohnt, den Fremdenverkehr zur wachstumsstärksten Wirtschaft in unserem Lande zu zählen. Es gibt keinen Wirtschaftszweig in unserem Lande, der innerhalb der letzten 10 Jahre Zuwachsraten in der Größenordnung zwischen 5 bis 15 Prozent hatte. Im Jahre 1973 jedenfalls ist es vorbei. Aber das war vor der Energiekrise und nun haben wir mit einem Vorgang zu leben, der völlig neu ist, von dem wir alle — nach meinem Dafürhalten — keine konkrete und keine klare Voraussage machen können, welche Auswirkungen er neben vielen Faktoren auf die Wirtschaft, aber auch vor allem auf den Fremdenverkehr haben wird.

Erlauben Sie mir daher einige Zahlen zu nennen: Wir werden im heurigen Jahre, gesamtösterreichisch gesehen, rund 85 Millionen Übernachtungen zustande bringen bei einer gemeldeten Gästezahl von fast 14 Millionen. Das sind zwei Größenordnungen, die man sich deshalb vor Augen halten muß, weil sie sehr eng mit vielen Vorgängen in unserer Wirtschaft zusammenhängen. Nämlich 14 Millionen gemeldeter Gäste in einem Jahr, dies ist fast die doppelte Einwohnerzahl Österreichs. Geben Sie sich keiner Täuschung hin, wenn diese Zahl zurückgeht — und es gibt leider Anzeichen dafür —, dann hat das nicht nur Auswirkungen auf den betroffenen Gastwirt oder Hotelier, das hat seine Auswirkungen auch auf die Landwirtschaft und unsere Währung.

Im Jahre 1973 halten wir gegenwärtig bei einem Importvolumen von rund 145 Milliarden Schilling, aber nur mehr bei einem Exportvolumen von kaum 100 Milliarden, das heißt, die Schere der Handelsbilanz wird größer. Wenn die Devisenerlöse des Fremdenverkehrs nicht mehr mithalten, wird auch die Schere der Zahlungsbilanz größer. Und es braucht sich ein jeder nur ein wenig vor Augen halten, welche Konsequenzen das für uns bedeutet und mit sich bringen wird. Daher würde ich sagen, wir sollten das gar nicht bagatellisieren, ich will es aber auch nicht dramatisieren. Ich würde es für falsch halten, wenn wir so tun wollten, als würden wir mit diesen Schwierigkeiten nicht fertig.

Ich durfte gestern bei der Barbarafeier in Rosental die Jubilare, die 25 Jahre gedient haben und die im Jahre 1948 begonnen hatten, ehren. Wenn man so eine kleine Reise in die Vergangenheit unternimmt, dann ist es vielleicht auch nützlich, hier im Hohen Hause daran zu erinnern. Damals hat es pro Tag den Lebensmittelaufwurf mit 800 Kalorien gegeben. Und es ist nicht von ungefähr, daß wir gegenwärtig pro Tag und Person mehr Lebensmittel in den Abfallkübel werfen, als der Lebensmittelaufwurf 1948 pro Tag und Person betragen hat. Man soll sich da ein wenig vergewissern und auch Vergleiche anstellen. Ich sage das ganz bewußt, weil ich der Meinung bin, im Jahre 1948 haben wir Probleme bewältigt, sind mit ihnen fertig geworden und ich bin der Auffassung, wir werden auch mit dem fertig werden müssen, was naturgemäß auf uns zukommt.

Ich glaube, wir sind veranlaßt, eine Umorientierung unserer Fremdenverkehrspolitik vorzunehmen. Ich glaube auch, den Eisenbahnern werde ich sicherlich aus dem Herzen sprechen, wenn ich sage, die Eisenbahn wird eine Renaissance erleben. Es wird vieles vom Individualverkehr zugunsten des Massenverkehrs umstrukturiert werden müssen. Und ich bin heute fast der Überzeugung, der Fremdenverkehr wird hier die Kiellinie anführen. Er wird die Herausforderung anzunehmen haben und er wird diese neuen Ideen in die Tat umzusetzen haben, so wie er seinerzeit auch weitestgehend den Individualverkehr gesteuert hat. Immerhin kommen nahezu 85 Prozent aller Gäste, die aus aller Welt nach Österreich kommen, mit dem eigenen Fahrzeug und nur 15 Prozent benutzen Massenverkehrsmittel. Sie brauchen es sich nur auszurechnen. Wenn in etwa eine weitere Drosselung des Individualverkehrs vorgenommen wird aus unseren Herkunftsländern, dann kann das nicht ohne Rückwirkung auch auf den österreichischen Fremdenverkehr bleiben, was natürlich dann in weiterer Folge Kettenreaktionen auslösen wird, die wir gar nicht so einfach verkraften werden. Aber ich sage das nur deshalb, weil ich der Meinung bin, wir müssen einfach neue Dinge machen. Ich glaube auch sagen zu können, daß wir in der Frage der Entwicklung unseres Bettenangebotes zweifelsohne zumindest einen teilweisen Stop bei der Zuwachsrate einzuschlagen haben.

Wir haben mit dem Stichtag 31. August 1973 rund 101.000 Betten, davon 54.400 in gewerblichen Betrieben und 45.000 Betten in der Privatzimmervermietung und 2208 Betten in Alpen-, Naturfreunde- und Hütten des Alpenvereines. Mit einem Wort, das

Angebot in einer Größenordnung, von der ich glaube, daß wir sie in einigen Regionen ausgeschöpft haben — da ist die Belastbarkeitsgrenze erreicht und dort, wo wir vielleicht noch ein wenig aufrüsten können, werden wir selbstverständlich auch zu dieser Aufrüstung greifen; aber jedenfalls sicher nicht mehr in dem Umfang und in dem Tempo, als wir es in den letzten Jahren vorgenommen haben. Das ist die erste Konsequenz, die sich für uns daraus ergibt, ist auch die Frage des Einsatzes der Werbung. Wir haben eigentlich hier nicht sehr viel umzulernen. Wir haben uns daran gehalten, daß wir uns ständig um den Inlandsgast bemühen und auch daran, daß wir vor allem um das zweite Herkunftsland, die deutsche Bundesrepublik im Dreieck Frankfurt, Hamburg und Berlin, geworben haben. Alles andere war eigentlich unter ferner liefen. Wir werden auch diese Schwerpunkte und eine neue Verkaufsmethode in Zusammenarbeit mit der österreichischen Fremdenverkehrswerbung vorzunehmen haben. Pauschalarrangements, die vom Freitag bis zum Montag laufen, um den Sonntag, wenn Sie wollen, zu unterlaufen. Mit einem Wort, Dinge, die vielleicht jetzt etwas ungewöhnlich klingen, aber wenn wir den österreichischen Fremdenverkehr in seiner Bedeutung aufrüsten wollen und wenn wir vor allem diese Stellung behaupten wollen, werden wir um diese Fragen nicht herumkommen.

Ich glaube auch, daß in diesem Zusammenhang zu sagen ist: Wir haben ganz bewußt, weil heute vom Herrn Abgeordneten DDr. Götz das Problem der großen Hotelketten angeschnitten wurde, wenn etwa der internationale Flugverkehr weitere Restriktionen erfahren wird, daß die Hotelketten von diesen Restriktionen am entscheidendsten getroffen werden. Und wir haben nicht von ungefähr unentwegt gepredigt und auch diese Politik gesteuert, nämlich den Familienbetrieb in den Vordergrund gestellt. Und es zeigt sich, daß die Personalprobleme im Familienbetrieb leichter zu lösen sind, weil ja meistens die Familienangehörigen mitarbeiten. Ich hoffe nicht — ich spreche es aus, wie ich es mir denke —, daß wir uns unter Umständen binnen Jahresfrist sagen müßten, wir werden gar keine Personalprobleme mehr haben, weil sich unter Umständen aus einer Rezession Strukturveränderungen ergeben könnten, die einen tiefen Einschnitt in unser Sozialgefüge mit sich bringen könnten. Ohne es zu dramatisieren, meine Damen und Herren, wir haben es heute gehört. Der Gastarbeiterstopp in der deutschen Bundesrepublik ist der Anfang, das nächste wird sein, daß man zu Restriktionen greift und in weiterer Folge hat das seine Rückwirkungen auf Grund schwerwiegender Verflechtungen — auch wirtschaftlicher Natur — mit der deutschen Bundesrepublik.

Ich habe gestern mit dem Generaldirektor Koller bei der Barbarafeier ein wenig herumgeschnuppert, um zu erfahren, was er befürchtet. Er sagte, wir sind Zulieferer für die deutsche Autoindustrie. Unsere Feinbleche gehen alle in die Bundesrepublik Deutschland. „Ich habe eine große Hoffnung“, sagte er, „wenn Öl nicht mehr in dem Umfange fließt, wird die Kunststoffindustrie darunter leiden. Man wird auf den Stahl, auf das Eisen und auf die Bleche

und vieles andere zurückkommen, was uns jetzt der Kunststoff praktisch in der Konkurrenz weggenommen hat.“ Also Umstrukturierung, die wir zum großen Teil gar nicht voraussehen können. Ich will nur in einer solchen Passage, wenn ich dazu Stellung nehme, aufzeigen, wo die Problematik in Wahrheit liegt und wo wir, glaube ich, das eine oder andere lernen. Ich zerbreche mir jetzt gar nicht mehr den Kopf. Es wird immer schwieriger, Menschen zu finden, die bereit sind, Sonn- und Feiertagsdienst zu machen, Nachtdienst zu machen, die bereit sind, vieles von dem in Kauf zu nehmen, was die Arbeit des Fremdenverkehrs mit sich bringt.

Gehen Sie einmal in die Betriebe hinein, aber nicht in das feine Restaurant oder in die Gaststube, sondern um einmal sich die Küche anzuschauen, um zu sehen, wie die Leute sich dort plagen. Das ist eine Tätigkeit, die halt nicht mehr gefragt ist, das ist eine Tätigkeit, die heute der Familienbetrieb noch ausübt, und daher glaube ich, daß wir richtig beraten gewesen sind, auch in dieser Frage die Politik so zu steuern, daß wir dem Familienbetrieb den Vorrang gegeben haben. Das sind ein paar Hinweise, die ich in diesem Zusammenhang heute hier als eine grundsätzliche Analyse vornehmen wollte. Es sind auch in der Diskussion ein paar Fragen angeschnitten worden. Ich glaube einmal die Frage der Ferienstaffelung, die Errichtung einer Beratungsstelle, die Frage des Kongreßhausbaues in Graz, die Frage auch der touristischen Infrastruktur des Fremdenverkehrsmanagements. Es sind das alles Dinge, hinter denen wir her sind und die wir auch in unsere Arbeit miteingeplant haben. Es ist aber, meine Damen und Herren, vor Jahresfrist glaube ich, in diesem Hause durch einen Resolutionsantrag die Forderung erhoben worden, ein Fremdenverkehrsgesetz zu schaffen. Die Fremdenverkehrsabteilung hat den Auftrag, einen solchen Entwurf vorzulegen, er wird nach der Fertigstellung den beteiligten und den betroffenen Gremien, ich sage ganz bewußt nicht nur den beteiligten, sondern auch den betroffenen Gremien, zugeleitet werden, damit sie im Anhörungsverfahren gehört werden können, und wir werden ihn dann auch in weiterer Folge als Regierungsvorlage dem Landtag zuleiten. Aber ich glaube, eines jetzt schon sagen zu können: Ich bin kein Anhänger von vielen Gesetzen, weil sich eine Gesetzgebung am ehesten dadurch auszeichnet, daß sie möglichst sich in dieser Frage weise zurückhält. Wenn nämlich ein Fremdenverkehrsgesetz die große Lösung ist oder der Stein der Weisen, dann bitte, dann könnten wir es sehr rasch machen. Aber es zeigt sich, daß das Gesetz allein sicherlich nicht ausreichen wird und nicht ausreichen kann, wenn wir nicht auch Maßnahmen setzen können, die vor allem auch in der Förderung, in der Kreditvergabe die Möglichkeit bieten, einem Wirtschaftszweig so zu helfen, daß es sich auszahlt, auch hier tätig zu sein, denn wir billigen es jedem Bürger unseres Landes zu, daß er einen wirtschaftlichen Erfolg hat, ob das ein Lohn- oder Gehaltsackerl ist, ob das ein Gewinn ist, und wir billigen das auch der Fremdenverkehrswirtschaft zu, denn die Kalkulationen, die dort stattfinden, sind jedenfalls gegenwärtig nicht dazu angetan, daß man sich in diesem Beruf besonders engagiert. Ich muß das

leider sagen. Und aus diesem Grunde glaube ich auch, daß es erfreulich ist — und das sage ich jetzt in der Zielgeraden, um wirklich kurz zu sein —, daß das Fremdenverkehrsbudget 1974 von der Landesseite her zum erstenmal die 100-Millionen-Schilling-Grenze überschritten hat. Wir sind damit in die Lage versetzt, Wesentliches von dem zu tun, was hier angeregt wurde, Wesentliches von dem zu tun, was wir fortsetzen, weil wir glauben, daß wir mit dem Fremdenverkehr in unserem Lande auch einen entscheidenden Beitrag für die wirtschaftliche Aufrüstung von Regionen leisten, meine Damen und Herren, die eine andere Chance der wirtschaftlichen Aufrüstung nicht besitzen. Und wir haben Gebiete, in denen das klar und sichtbar und erfolgreich zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin also der Meinung, die Herausforderung und die Schwierigkeiten, die auf uns zukommen, sind zu bewältigen, ich glaube aber auch, daß wir mit neuen Ideen auch neue Impulse dem steirischen Fremdenverkehr geben werden. (Allgemein lebhafter Beifall.)

**Erster Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus! Die Gruppe 7 wurde in einer fast achtstündigen Debatte sehr ausführlich behandelt und ich darf namens des Finanz-Ausschusses meinen Antrag wiederholen, der Gruppe 7 die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Ich ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist somit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“.

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Jamnegg:** Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetgruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen“ umfaßt die Abschnitte Landesbahnen, Unternehmen der Verkehrsförderung, die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen, industrielle und gewerbliche Unternehmen und sonstige Unternehmen. Für das Jahr 1974 wurden im Voranschlag für die Gruppe 8 insgesamt an Einnahmen 22,244.000 Schilling und an Ausgaben 145,156.000 Schilling präliminiert. Gegenüber dem Voranschlag 1973 gibt es eine Einnahmenverminderung in der Höhe von 15,826.000 Schilling, eine Ausgabensteigerung in der Höhe von 56,105.000 Schilling.

Die Gruppe 8 wurde im Finanz-Ausschuß ausführlich beraten und ich ersuche das Hohe Haus, diesen Ansätzen die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag der Frau Berichterstatterin gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.



Wir kommen zur Gruppe 9 „Finanz- und Vermögensverwaltung“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Gruppe 9 sind wie immer in 10 Abschnitten jene finanziellen Mittel beinhaltet, welche durch die Behandlung der vorherigen 8 Gruppen bereits ausgegeben sind. Die Gesamteinnahmen der Gruppe 9 betragen 4.549,342.000 Schilling, dem stehen Ausgaben in der Höhe von 840,847.000 Schilling gegenüber.

Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit der Gruppe 9 ausführlich beschäftigt, den Ansätzen zugestimmt und ich stelle hiemit den Antrag, die Gruppe 9 anzunehmen.

**Präsident:** Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Klauser:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zunächst muß ich gebührend um Entschuldigung bitten, ich bin einige Male während der Debatten apostrophiert worden, weil ich nicht im Hause war. Ich gebe zu, daß diese Kritik durchaus gerechtfertigt ist, ich bitte aber um Verständnis, meine Damen und Herren, daß alle Herren Kollegen auf der Regierungsbank das Jahresende dazu benutzen, auszuräumen, das heißt, daß eine unwahrscheinliche Flut von Anträgen durch das Finanzreferat durchgeht, bevor sie in der Regierung beschlossen werden können. Es sind heuer leider nur mehr 2 Regierungssitzungen, man kann allerdings auch Gott sei Dank sagen, am 10. und am 17. und daher trifft sich der Anfall dieser Fülle leider jetzt mit den Terminen der Budgetdebatte und von dorthin bitte ich also um Verständnis, denn ich muß die Akten sehen — einen Großteil jedenfalls —, bevor sie in der Regierung beschlossen werden können. Daher war ich also zwischendurch genötigt, diese Dinge zu erledigen.

Nun einige Bemerkungen, meine Damen und Herren, zu einigen Dingen, die in der Diskussion genannt worden sind, ich werde mich bemühen, es kurz zu machen. Erstens die Frage der Ansätze zum Kindergartenbudget, der Ansätze, die von mir als Vorschlag in die Regierung gebracht worden sind. Die Frau Kollegin Jamnegg, glaube ich, war es, die den Begründungen, die der Kollege Gerhard Heidinger gegeben hat, keinen Glauben geschenkt hat. Frau Kollegin, ich darf vielleicht folgendes sagen: Mitte Oktober etwa wird der Budgetentwurf von mir fertiggestellt, dann geht er zum Druck, dann kann ich nichts mehr ändern. Zu diesem Zeitpunkt waren auf Grund der eingesetzten 9 Millionen Förderung aus dem Budget 1973 zwei Anträge durch die Regierung, einer vom 16. April, einer vom 19. Juni. Mit diesen beiden Anträgen wurden vergeben 4,630.000 Schilling. Von diesen 4,630.000 Schilling entfielen ungefähr 3 Millionen auf Pfarrkindergärten, 1,435.000 auf Kindergärten in ÖVP-Gemeinden und 114.500 auf Kindergärten in SPÖ-Gemeinden. Sie werden daher, hoffe ich, verstehen, daß ich auf einen Verteilungsschlüssel Wert lege, der durch ein

Gesetz gesichert ist. Das also zu meiner Vorgangsweise bei der Erstellung des Budgetentwurfes für die Kindergärten.

Was die Frage der Umsatzsteuer der Kindergärten anlangt, meine Damen und Herren, so bitte ich doch zu berücksichtigen, daß es sich hier sicherlich streiten läßt, wie sich diese Befreiung auswirken würde oder wie sich die Ermäßigung auf den Satz von 8 Prozent mit dem Recht auf Vorsteuerabzug für 16 Prozent im Einzelfall auswirkt. Ich gebe durchaus zu, daß es Gemeinden geben kann, bei denen die Versteuerung der Einnahmen mit 8 Prozent und die Möglichkeit, den Sachaufwand — praktisch den Sachaufwand — mit 16 Prozent Vorsteuerabzug geltend zu machen, sich trotzdem zu Lasten der Gemeinde auswirkt. Es wird aber auch eine Reihe von Gemeinden geben, bei denen das nicht zutrifft und bei denen das Umgekehrte der Fall ist. Man kann also nicht von vornherein sagen, daß die Tatsache der Besteuerung mit 8 Prozent ein unbedingter finanzieller Nachteil ist. Ich wiederhole, das ist sicher unterschiedlich, in einem Fall wird es zutreffen, daß das ein Draufzahler ist, im anderen Fall wird es ein Vorteil sein. Es hängt eben von den Umständen des Einzelfalles, genauer gesagt vom Verhältnis Sachaufwand zu Einnahmen durch Gebühren — das ist praktisch das, was mit der Mehrwertsteuer von 8 Prozent belastet ist — ab, und daher bitte ich, doch nicht generell zu sagen, das ist auf jeden Fall ein Nachteil für die Gemeinde, das stimmt nicht. Das kann da so sein und dort so sein, man kann das nicht generell sagen.

Zur Frage der Hochschule für Musik und darstellende Kunst muß ich folgendes sagen: Es ist durchaus richtig, daß wir die längste Zeit Schwierigkeiten gehabt haben, die begehrte Koppelung, das Junktim zwischen der Ablöse der Drittelbeteiligung durch eine Pauschalleistung und der Zur-Verfügung-Stellung von Baugründen — auf deutsch heißt das Gründen des Kinderspitals bzw. der Taubstummenanstalt — aufzuheben. Es hat auf Beamtenebene keine Möglichkeit gegeben, zu einer Einigung zu kommen, es hat dann im Sommer mehrere Gespräche gegeben zwischen den zuständigen Ministern, der Frau Minister Firnberg, dem Finanzminister, mir und auch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, weil er vom Kinderspital her dort betroffen war, und Finanzminister Androsch hat — wie ich das der Regierung auch in einer der ersten Sitzungen nach den Sommerferien berichtet habe — der Aufhebung dieses Junktims zugestimmt. Aber wie das halt so ist, meine Damen und Herren, bei der Besprechung am 19. November 1973, bei der eine ganze Reihe von Beamten auch des Landes dabei waren, der Herr Hofrat Binder-Krieglstein, der Herr Hofrat Pannocha, der Herr Hofrat Kriegseisen, hat sich herausgestellt, daß die Herren Beamten, und zwar der Ministerialrat Dr. Loicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und der Herr Ministerialrat Dr. Gschmidler des Bundesministeriums für Finanzen, trotz der auf politischer Ebene getroffenen Vereinbarung eine Formel gefunden haben, die wie folgt lautet, es ist also einigermaßen erheiternd. Wenn nunmehr von einer Koppelung Abstand genommen wird, so würde trotzdem ein wesentlicher Bestandteil des Ablösevertra-

ges die Einräumung eines Vorkaufsrechtes durch das Land darstellen. Das heißt, sie sind bei der Vordertür hinaus und haben dann versucht, bei der Hintertür wieder hereinzukommen. Ich befürchte, daß es wieder nur auf politischer Ebene gelingen wird, hier die Herren Beamten, die glauben, daß sie gescheiter sein müssen als ihre Chefs (Abg. Pözl: „Ja dürfen's denn das?“), dazu zu bewegen, den Standpunkt anzuerkennen, der auf der politischen Ebene bereits vereinbart und ausgehandelt worden ist. Ich darf hinzufügen, meine Damen und Herren, daß Sie sicher sein können, daß die beiden Herren, die hier von der Beamtenseite beim Bund verhandeln, nicht verdächtig sind, aus Parteiinteresse für die Sozialistische Partei so tätig zu sein.

Ich darf noch etwas zu den Bemerkungen sagen. Der Herr Kollege Peltzmann hat die Frage der Investitionstätigkeit in den Alpine-Gemeinden angeschnitten und die Auswirkungen auf die Gewerbesteuer.

Nun, meine Damen und Herren. Wir haben, als das Thema das erste Mal aufgetaucht ist, uns naturgemäß mit der VOEST-Alpine in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß der Investitionsablauf, wie er im Programm der Alpine vorgesehen war, von der VOEST übernommen wurde und durchgeführt wird. Der Herr Kollege Peltzmann wird mir sagen, na ja, aber die Auswirkungen bestehen eben darin, daß hier alles in einen Topf geschmissen wird, der Umfang des Investitionsprogramms der VOEST dazukommt und daher erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten bestehen, die dazu führen, daß dann kein Gewerbeertrag da ist. Das ist heuer, solange das Alpine-Programm in diesen Gemeinden läuft, nicht der Fall. Ich will dies durchaus zugeben, weil einfach das Alpine-Investitionsprogramm allein schon reicht, Herr Landeshauptmann, um diese Konsequenzen herbeizuführen.

Ich will aber durchaus zugeben, daß das nicht immer der Fall sein muß, daß es auch einmal ohne weiteres sein kann, daß ein Investitionsprogramm, das mit einem Standort der ehemaligen Alpine nichts zu tun hat, zu einem Gewerbeertragssteuerausfall führt. Aber bitte übersehen Sie die unglaubliche Ausweitung der Riskengemeinschaft nicht, die darin liegt, daß wir es mit einem so großen Konzern zu tun haben. Das kann auch einmal umgekehrt sein, daß ein verhältnismäßig kleiner Alpine-Betrieb mit einem verhältnismäßig kleinen Investitionsvorhaben schon die gesamte Gewerbeertragssteuer geschluckt hätte, was heute durchaus im großen Konzern untergehen kann. Einheitlich über einen Kamm scheren kann man auch nicht.

Auf der einen Seite kann man nicht verlangen, daß die Betriebe modernisiert werden, daß sie mit Hilfe eines Investitionsprogramms dem Standard angepaßt werden, um konkurrenzfähig zu bleiben und dann gleichzeitig sagen: die böse VOEST-Alpine ist schuld daran, daß keine Gewerbeertragssteuer gezahlt wird. Jeder, der in Gemeinden tätig ist, kennt die Probleme, kennt die sehr stark ausschlagenden Kurven bei der Gewerbeertragssteuer. Das war ja einer der Gründe, warum die Gemeindebünde sehr früh versucht haben, den Tausch eines Anteiles der Gewerbesteuer gegen einen Anteil an

den Ertragsanteilen durchzubringen. Es ist bekanntlich schrittweise gelungen, so daß wir heute bei einem Verhältnis von 50 zu 50 gelandet sind. Gott sei Dank für die Gemeinden.

Die Beteiligung an den Ertragsanteilen hat sich für alle Gebietskörperschaften als ein Segen herausgestellt, weil das wenigstens eine einigermaßen gleichmäßige Einnahmengarantie darstellt.

Es ist hier immer wieder dazu Stellung genommen worden, welche Auswirkungen das Bundesbudget, und zwar in Beziehung auf inflationäre oder stabilisierende Einflüsse, hat. Ich habe mich dazu schon bei der Einbegleitung geäußert. Immerhin ist es so, daß der Bund seinen Voranschlag heuer nicht einmal um 16 Prozent ausweitet, das Land den seinen um 22,8 Prozent. Man kann jedenfalls nicht die Mängel des Stabilitätsbewußtseins auf Bundesebene kritisieren und gleichzeitig Lohnsteuersenkungen oder die Aufhebung der Kreditrestriktionen fordern. Da zeigt sich eine Schizophrenie, mit der ich jedenfalls nichts anzufangen weiß.

Im übrigen betrug der Steueranteil am Bruttonationalprodukt nach einer Berechnung, die das Wirtschaftsforschungsinstitut, ein hoffentlich unverdächtigere Zeuge, soeben vorgelegt hat, 1973 in Österreich 21,8 Prozent. Dies ist der niedrigste Prozentsatz seit 1965. So sind die Auswirkungen.

Ich darf noch etwas zu einem Betrag sagen, der hier in bezug auf diese Stelle oder in bezug auf das gesagt wurde, was ich der „Neuen Zeit“ zu den neuen Schulbauten gesagt habe, Herr Kollege Krainer. Ich möchte nur auf folgendes aufmerksam machen: in der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, Sie erlauben mir, daß ich dieses konkrete Beispiel bringe, weil ich es kenne, haben wir am 1. Mai 1972 mit einem Hauptschulbau für Mädchen begonnen, der am 15. April 1973 bezogen wurde, der 6350 m<sup>2</sup> umfaßt, einen Gesamtkostenaufwand samt Einrichtung, und zwar 1,1 Millionen für Einrichtungen, von 7,3 Millionen erreicht hat, was einem Quadratmeterpreis von 1150 Schilling entspricht. Ich sage das nicht, um hier negativ zu protzen, sondern daß es auch heute noch möglich ist, durchaus sparsam bei solchen Bauten vorzugehen und durchaus zu bestehen, wenn man den Rechenstift ansetzt. Es bedarf allerdings, ich gebe das durchaus zu, einiger nicht gerade sehr angenehmer Auseinandersetzungen meistens mit den dort beschäftigten Damen und Herren des Lehrpersonals. Das ist nicht ganz einfach. (Landesrat Peltzmann: „Er muß es ja wissen!“)

Nun möchte ich noch etwas zu den Fragen des interkommunalen Finanzausgleiches sagen, der hier immer wieder als Gesprächsthema aufgetaucht ist, vor allem auch im Zusammenhang mit der Finanzierung der Kindergärten. Wie Sie wissen, müßte man eigentlich von zwei Seiten des interkommunalen Finanzausgleiches sprechen. Einerseits von der Einnahmenseite, die sich sozusagen positiv darstellen ließe und von der Ausgabenseite, die sich negativ darstellen könnte. Bei den Ertragsanteilen haben wir bekanntlich erstens den abgestuften Bevölkerungsschlüssel bei der Zuteilung, aber zweitens auch bei der Errechnung der Ertragsanteile eine differenzierte Zusammensetzung, weil die Lohnsteuer nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel,

die Umsatzsteuer teils nach der Volkszahl, teils nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und teils nach dem länderweisen Aufkommen bei der Gewerbesteuer verteilt wird. Sie sehen also, daß hier allein schon eine differenzierte Vorgangsweise steckt. Jene Gemeinde, deren Finanzkraft im Vorjahr den Finanzbedarf nicht erreicht hat, erhält bekanntlich 30 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft. Zwei Begriffe, die genau definiert sind, weil sich die Finanzkraft durch Heranziehung der Grundsteuer unter Zugrundelegung der Meßbeträge des Vorjahres und eines Hebesatzes von 300 Prozent und der tatsächlichen Erträge der Gewerbesteuer sowohl nach Ertrag als auch Kapital in den Monaten Oktober des zweitvorgegangenen Jahres bis einschließlich September des Vorjahres unter Annahme eines Hebesatzes von 125 Prozent ermittelt.

Der Finanzbedarf jeder Gemeinde wird dadurch ermittelt, indem die Jahresdurchschnittskopfquote der Finanzkraft des Vorjahres mit der abgestuften Bevölkerungszahl der Gemeinde vervielfacht wird. Die Landesdurchschnittskopfquote ergibt sich dabei aus der Finanzkraft aller Gemeinden des Landes, geteilt durch die Volkszahl. Daß darüber hinaus auch die Bedarfszuweisungen selbstverständlich ein Instrument sind, um hier auch wieder zu einer Art interkommunalem Finanzausgleich zu kommen, das wissen Sie selbst. Bei der Abschöpfung haben wir bei der Landesumlage bekanntlich einen Höchstsatz von 12,5 v. H. seit dem letzten Finanzausgleich.

Sie wissen selbst, daß auch bei der Landesumlage die Finanzkraftberechnung zugrunde liegt, die ich vorhin dargestellt habe. Bei der Vorschreibung der Landesumlage ist die Finanzkraft der Gemeinde für das, was ihr angelastet wird, maßgebend. Umgelegt wird bekanntlich auch die Gemeindeverbandsumlage, allerdings die Gemeindefürsorgeverbandsumlage wieder nach einem anderen Schlüssel. Dort ist das Ist-Aufkommen aus sämtlichen Gemeindesteuern und Ertragsanteilen ohne die Bedarfszuweisungen maßgebend. Sie wissen selbst, daß wir beim Schulbaufonds ähnliche Regelungen haben, daß wir bei den Schulerhaltungsbeiträgen der eingeschulten Gemeinden ähnliche Regelungen haben. Sie wissen, daß die Mittel beim Kanal- und Wasserbau nach einem Schlüssel zugeteilt werden, dem auch wieder die Finanzkraft der Gemeinden zugrunde liegt und daß wir etwa bei den landwirtschaftlichen Berufsschulen auch wieder Kostenbeiträge der Gemeinden haben, bei denen die Finanzkraft zugrunde gelegt ist. Ich will damit nur sagen, daß heute jene Gemeinden daraufzahlen würden, die bei dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel schlecht dastehen, wenn gleichzeitig der abgestufte Bevölkerungsschlüssel beseitigt würde und die anderen Bestimmungen, die eine Umverteilung auf Grund eines Finanzkraftschlüssels vorsehen.

Es ist bereits heute so, daß das, was die finanzkräftigeren Gemeinden, sagen wir die an Einwohnerzahl größeren Gemeinden, durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel profitieren, weit überholt wird durch das, was die finanzkräftigeren auf Grund dieser zahllosen Bestimmungen, in denen die Fi-

nanzkraft für die Umverteilung maßgebend ist, zu leisten haben.

Ich habe schon gesagt, daß der Entwurf des Voranschlages von mir etwa Mitte Oktober fertiggestellt werden muß. 14 Tage ist das alljährliche Dilemma, also 12 Werktagen, der Druckvorgang nimmt uns 2 mal 12 Tage Zeit weg, daher kommen wir ja in die Klemme. Ich sage das nur deswegen, weil für meine Beurteilung der Zeitpunkt Mitte Oktober maßgebend ist. Heuer waren Mitte Oktober noch sämtliche Kürzungen, die bei den Investitions- und Förderungsansätzen beschlossen worden sind, in Kraft und auch noch vorhersehbar, ob und in welchem Ausmaß sie aufgehoben werden können. Auf Grund des großen veranschlagten Abganges 1972 und der Wünsche der einzelnen Referenten mußte daher auch in einer ganzen Reihe von Ansätzen versucht werden, über die Ansätze des Voranschlages 1973 gar nicht oder nur unwesentlich hinauszugehen, weil sonst ein ausgeglichener Haushalt nur schwer erreichbar gewesen wäre. In Wirklichkeit sind daher zu diesem Zeitpunkt Ansätze in der Höhe des Budgets 1973 in ihrer Auswirkung so zu beurteilen gewesen, als ob sie um 15 oder 20 Prozent über den tatsächlich möglichen Ausgaben des Jahres gelegen wären. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir auch noch keine Grundlagen dafür, wie sich die Einnahmenschätzungen für das Jahr 1974 ermitteln lassen. Aus der Divergenz der Einschätzung, die etwa Mitte Oktober auf Grund der damals genannten Ziffern und Grundlagen möglich ist, zu jenen, die etwa ein Monat später während der Verhandlungen in der Regierung bekannt sind, ergibt sich im wesentlichen der Bedeckungsspielraum, der dem Finanzreferenten bei den Verhandlungen in der Regierung zur Verfügung steht. Dazu kommt, daß die Bedeckungsvorschläge im ordentlichen Haushalt nicht unbedingt mit jenen des außerordentlichen Haushaltes verglichen werden können.

Abgesehen davon, daß es schon problematisch ist, die Einnahmen im ordentlichen Haushalt solchen aus Darlehensaufnahmen gleichzusetzen, kommt heuer noch die besondere Schwierigkeit bei der Beurteilung der Situation des Kreditmarktes hinzu.

Zu den angeführten Ungewißheiten in der Beurteilung kommt daher auch noch die Frage, wieweit der Finanzreferent allein dafür geradzustehen hat, daß Bedeckungsvorschlägen oder Darlehensaufnahmen auch tatsächlich entsprochen werden kann oder wieweit ein solches Risiko und eine solche Verantwortung von der Regierung zu tragen ist.

Gerade in der gegenwärtigen Situation bleibt ja vollkommen offen, wie weit es uns tatsächlich gelingen wird, die im außerordentlichen Voranschlag vorgesehenen Bedeckungen durch Darlehensaufnahmen und Anleihen zu verwirklichen. Das Ergebnis unserer bisherigen sehr umfangreichen und sehr umfassenden Bemühungen veranlaßt mich jedenfalls nach wie vor zu einer gewissen Skepsis, die im übrigen auch in den Bestimmungen des vorgelegten Beschlusantrages zum außerordentlichen Haushalt ihren Niederschlag findet.

Und nun, meine Damen und Herren, ein Wort dazu, wie sich das abspielt, was der Herr Kollege Dr. Krainer das Ritual der Budgeterstellung ge-

nannt hat, die Erarbeitung des Budgetentwurfes, der alle Jahre dem Landtag von der Regierung vorgelegt wird. Ich habe einen aufgrund der Wünsche der Abteilungen und den Bedeckungsmöglichkeiten erarbeiteten Vorschlag zu machen, von dem ich weiß, daß er in der Regierung bei den Verhandlungen verändert und erweitert werden wird, sicher aus den verschiedensten Gründen, wie Sie selber wissen, meine Damen und Herren, und von dem wieder die Herren in der Regierung wissen, daß ich weiß, daß zusätzliche Wünsche kommen werden. Erweitert und aufgestockt wird nun, meine Damen und Herren, sicherlich auf alle Fälle, die Frage ist nur, ob dieses Abschätzen, die gegenseitige Einschätzung, die Beurteilung dessen, was an zusätzlichen Wünschen noch kommt oder schon kalkuliert ist, einigermaßen stimmt oder nicht. Ich möchte das noch deutlicher sagen, meine Damen und Herren. Mir ist klar, daß in der Steiermark mit einem Finanzreferenten, der von der Minderheit gestellt wird, der in der Regierung vorgelegte Entwurf auch dann gewisse Veränderungen erfahren würde, wenn eine theoretisch ja immerhin mögliche objektive Beurteilung die Berechtigung solcher Veränderungswünsche verneinen würde. Daraus ergibt sich ein gewisses Schema von Verhandlungsweisen, Vorschlägen und Ergebnissen, kurzum das, was Sie, Herr Kollege, das Ritual nennen, welches ganz offensichtlich den politischen Gegebenheiten, auch Traditionen, wenn Sie wollen, und natürlich auch den persönlichen Beziehungen und Kontakten zu verdanken und sicher nur sehr schwer veränderbar ist. Allerdings ist es ganz selbstverständlich, daß um die Verteilung der Budgetmittel, um die Verteilung dieses Anteiles an Volksvermögen diskutiert wird, weil ja eine solche Verteilung durch jeden Voranschlag herbeigeführt wird und alle Jahre neu, man könnte fast sagen, auf diese Art programmiert wird. Daß es darüber Meinungsverschiedenheiten gibt, nimmt nicht wunder, viel eher könnte man es beinahe als ein Wunder bezeichnen, daß es bei allen Unterschieden in der Auffassung dennoch und bisher jedenfalls noch immer möglich war, einen Kompromiß zu finden, der allen die Zustimmung ermöglicht. (Abg. Pözl: „Das ist das steirische Klima und weil wir stärker sind!“ — Landesrat Bammer: „Viel Dunst dabei!“) Auch dies wird uns dadurch erleichtert, daß die jährliche reale Ausweitung des Budgets den Auseinandersetzungen die unüberwindbaren Härten nimmt. Wollen wir hoffen, daß es bei diesen realen Ausweitungsmöglichkeiten auch bleibt. Daher gibt ja die Budgetdebatte immer wieder ein Bild von den Schwerpunkten, ob sie sich seit Jahren wiederholen oder ob es hin und wieder gelingt, einen neuen zu setzen. In diesem Sinne geben uns die Debattenbeiträge Anregungen und Denkanstöße, für die ich durchaus dankbar bin. Dankbarkeit aber gebührt auch allen Menschen unseres Landes, die durch ihre Arbeit und ihre Anteilnahme es uns ermöglichen, ein solches Budget erstellen zu können, welches in seiner Breite ein umfassendes und ein großartiges Bild von der Tätigkeit und von der Tüchtigkeit der Steirerinnen und Steirer widerspiegelt. Ich wiederhole meinen Dank an alle jene, die sich an der Erarbeitung dieses Jahresvoranschla-

ges beteiligt haben, an die Herren Kollegen innerhalb der Regierung, an Sie, meine Damen und Herren, an die Beamten des Landes, insbesondere der Rechtsabteilung 10 mit Hofrat Dr. Kriegseisen und Herrn Oberrechnungsrat Ramschak. Möge der steirischen Bevölkerung das kommende Jahr bei allen Schwierigkeiten, die wir ja sehen oder fürchten und die auf uns bis zu einem gewissen Grad sicher zukommen werden, jene Erfolge bringen, die es uns ermöglichen, in Frieden und in Freiheit für den Fortschritt der Steiermark weiterzuarbeiten. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

**Abg. Loidl:** Herr Präsident, ich verzichte und wiederhole meinen Antrag.

**Präsident:** Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Der außerordentliche Voranschlag des Landes Steiermark sieht in den Gruppen 0 bis 9 Ausgaben von 1.254.203.000 Schilling vor. Die Einnahmen sind durch Bedeckungen von Darlehen und Bundeszuschüssen gegeben.

Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Voranschlages.

**Präsident:** Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der außerordentliche Landesvoranschlag ist damit angenommen. Wir kommen nun zu den Beschlüßanträgen des Landesvoranschlages 1973. Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Die Beschlüßanträge liegen Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor. Ich bitte den Herrn Präsidenten, abstimmen zu lassen.

**Präsident:** Es liegen 37 Beschlüßanträge vor. Ich werde in zwei Gruppen abstimmen lassen.

Als erste Gruppe die zwei Beschlüßanträge, welche von der OVP und FPÖ unterstützt, von der SPÖ jedoch abgelehnt werden. Dies sind zu Gruppe 4 der Antrag, betreffend die Einrichtung eines freiwilligen steirischen Hilfsdienstes, und zu Gruppe 9 der Antrag, betreffend Ergänzung des geltenden Finanzausgleiches in der Richtung, daß den finanziellen regionalen Bedürfnissen im Hinblick auf noch festzulegende Regionen der Steiermark durch gesonderte Bundesmittel Rechnung getragen wird.

In der zweiten Gruppe sodann über die restlichen 35 Anträge des Mündlichen Berichtes Nr. 51.

Es handelt sich um 31 Anträge, welche von allen drei Fraktionen des Hohen Hauses unterstützt werden und um vier Anträge mit Unterstützung von OVP und FPÖ, wobei die SPÖ mitstimmen wird.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlüßanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

**Abg. Brandl:** Ich stelle diesen Antrag, Herr Präsident.

**Präsident:** Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den zwei Beschlüßanträgen der ersten Gruppe zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Ich ersuche die Abgeordneten, die den übrigen 35 Beschlüßanträgen des Mündlichen Berichtes Nr. 51 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Abgeordnete Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Nigl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Dienstpostenplan 1974 umfaßt für den Zuständigkeitsbereich der Rechtsabteilung 1 insgesamt 15.263 Dienstposten. Davon entfallen auf den Personalaufwand des Landes 13.925 Dienstposten oder 91 Prozent, das ist ein Mehr von 385, auf die Wirtschaftspläne des Landes 638 Dienstposten oder 4 Prozent, das ist ein Minus von 7 Dienstposten, auf die landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen 237 Dienstposten oder 2 Prozent, eine Zunahme von 6, auf die Gemeindeverbände 463 Dienstposten oder 3 Prozent, ein Plus von 25. Die effektive Vermehrung beläuft sich daher auf 409 Dienstposten im Vergleich zu 1973. Nach den wesentlichen Aufgabebereichen gegliedert, stellt sich der Dienstpostenplan 1974 wie folgt dar. In der Hoheitsverwaltung einschließlich der Gemeindeverbände 3043 Dienstposten, das ist ein Plus um 39 Dienstposten, in der Bauverwaltung 2523, das ist ein Minus von 23, in den Sanitätsanstalten 7400 Dienstposten, das sind 48 Prozent oder hier eine Zunahme von 268 Dienstposten, bei den sonstigen Dienststellen 1422 Dienstposten, das sind 9 Prozent, eine Zunahme von 126, in den Wirtschaftsbetrieben 638 oder 4 Prozent, das ist minus 7 Dienstposten und in den landwirtschaftlichen Berufsschulen 237 Dienstposten oder 2 Prozent, ein Plus von 6.

Ich darf den Antrag stellen, nachdem der Finanzausschuß auch den Dienstpostenplan einstimmig beschlossen hat, diesem die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist Abgeordneter Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Ich ersuche Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dem auf den letzten Seiten des Landesvoranschlages aufgliederten Systemisierungsplan zuzustimmen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 778, abzustimmen und erteile ich hiezu dem Herrn Hauptberichterstatter das Wort.

**Hauptberichterstatter Brandl:** Ich wiederhole meinen Antrag, dieser Vorlage die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Sie haben den seinerzeitigen Antrag des Herrn Hauptberichterstatters gehört. Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 778, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Damit ist der Landesvoranschlag 1974 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Schlußwort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein wunderbarer Saal, in dem wir uns befinden, durch drei Tage hindurch hat hier die Budgetdebatte stattgefunden, und es war eigentlich ein ganz gutes Beisammensein trotz der Spannungen, die ab und zu herausgeklungen sind.

Aber, lieber Herr Präsident, ich würde bitten, daß du als Hausherr doch trachtest, daß die Be- und Entlüftung dieses Saales in der Weise erfolgt, daß man auch wirklich 14 oder 16 Stunden hier sein kann.

Herr Abgeordneter Loidl, ich freue mich schon sehr darauf, wenn wir beide im Autobus auf die Planai und Hochwurzen fahren und dann mit den Schiern in der herrlichen Winterlandschaft herunterbrausen, dann haben wir vom Landesbudget Abstand genommen und es wird anders sein als heute, wo Spannungen vorhanden sind und wo man noch unter dem Eindruck des Diskussionsbeitrages des politischen Gegners steht, und wir werden alle sagen: Es ist ein gutes Budget gewesen. Die Budgetdebatte wurde auch diesmal wieder durch eine Vielzahl von Beiträgen ausgezeichnet, die weniger auf die Ziffern des Voranschlages, die uns der Finanzreferent vorgelegt hat, Bezug genommen haben, sondern die irgendwie die gesamte Entwicklung unseres Landes vor Augen hatten.

Jeder Abgeordnete, dies sei ausdrücklich festgestellt, hat in seiner Verantwortung gesprochen und das Interesse seiner Wähler vertreten. Ich darf Ihnen als Landeshauptmann und als Vorsitzender der Landesregierung für die vielen Anregungen, die aus der Debatte hervorgekommen sind, recht herzlich danken. Ich möchte auch anerkennen, daß konstruktive Kritik geübt wurde und ich darf Ihnen sagen, wo wir uns als Vertreter der Landesregierung, sozusagen als Vollzugsorgan, bessern können, dort werden wir uns im Jahre 1974 auch bessern.

(Abg. Brandl: „Das glaube ich nicht!“) Wenn etwas daneben gegangen ist, dann hat es sich, glaube ich, selbst erledigt, so daß wir die Debatte im Bewußtsein abschließen können, daß jeder nach seinen Möglichkeiten die Tage und Stunden in diesem Hause genutzt hat.

Aus dieser Budgetdebatte ist eine Bestandsaufnahme der Leistungen in diesem Lande hervorgegangen; sie sind beachtlich, wenn man sich einmal wieder erinnert. Es ist auch die Bezeichnung der Unterlassungen hier vorgenommen worden und es sind die Zukunftsaussichten festgestellt worden. Vor allem wurde ein umfangreiches Bild über die Arbeit im Land, für die Menschen in diesem Lande, dargebracht. Schließlich ist eines auch deutlich geworden, und wir wollen es wieder einmal sagen, daß drei politische Parteien in diesem Hause vertreten sind und daß sie alle die Repräsentanten der politischen Anschauung der Bevölkerung in diesem Lande sind. Wir wollen absolut eines nicht daraus ableiten, daß Differenzen schlechthin ausgetragen werden, das wäre nicht richtig und das hat auch nicht stattgefunden, sondern daß die Unterschiede zwischen den politischen Kräften da und dort tatsächlich deutlicher geworden sind. In den einzelnen Gruppen hat es gewiß Höhepunkte gegeben, ich glaube, das können wir am Schluß der Debatte sagen, nicht als eine billige Popularitätshascherei, sondern vor allem aus der Verantwortung für dieses Land heraus. Ein solches Kräfteressen werden wir auch meistern.

Ich bin der Meinung, daß wir Steirer fest auf dem Boden der Wirklichkeit stehen und daher auch befähigt sind, in den kommenden Zeiten, die sicher problematisch werden, uns zu stellen. Wir müssen uns Sorgen um die Entwicklung in dieser Welt machen.

Ich darf nur ganz kurz darauf zurückkommen: Beobachter und Kommentatoren lassen trotz Zurückhaltung erkennen, daß wirtschaftlich manches im negativen Sinne in Bewegung ist.

Ja, nicht einmal für die nächste Zukunft wird klar abgeschätzt, was wirklich herankommt. Die Verknappung auf manchen Gebieten der Rohstoffe wird Folgen haben, die nicht absehbar sind. Es hat noch nie so viel Wenn und Aber gegeben. Ich habe vor einiger Zeit mit Herren der Energieversorgung gesprochen. Vieles wurde in Aussicht gestellt, aber mit einem Wenn oder mit einem Aber. Das Verhältnis der Vereinigten Staaten als große Schutzmacht der freien Welt zu Europa ist getrübt. Aber trotzdem muß beiden Kontinenten eines klar sein, daß man sich den Hader und Zank in dieser Zeit nicht leisten kann, um nicht wirtschaftlich abzusinken. Wir sollen es uns in Erinnerung rufen, nach diesen Auseinandersetzungen und nach dieser Debatte, und wir sollen es wissen, daß die Konjunkturpolitik eine europäische Angelegenheit ist, keine steirische und keine österreichische. Wenn Rezessionen eintreten, dann sind europäische Anstrengungen notwendig, in die wir uns hier einzufinden haben.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es so, daß in Wirtschaftskreisen angenommen wird, daß bei einem Absinken der wirtschaftlichen Maßnahmen

durch den Restriktionskurs im Jahre 1974 auch ein Nullwachstum gegeben sein wird. Es gibt nur Kurzarbeiten und es gibt Rückgang in der Beschäftigung. Wir erkennen es da und dort, und zwar dadurch, daß weniger Investoren kommen, um sich anzubieten. Es fehlen besonders jene Investoren, die eine zukunftsfruchtige Industrie in Aussicht stellen und auch wir haben da und dort Betriebs-einstellungen. Das Ringenspiel Gehälter — Löhne — Rohstoffpreise — steigende Kosten und Inflationsraten beginnt und man muß sagen, vielleicht ist es da und dort zu spät, vielleicht haben manche europäische Regierungen die Inflationsbekämpfung zu spät begonnen, nicht zur Zeit der Hochkonjunktur, und vielleicht haben manche europäische Regierungen all das, was das Vorgeplänkel war, nicht ernst genommen. Der Slogan „Inflation oder Arbeitslosigkeit“ ist eben nicht richtig. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten nun alles unternehmen, um unserem Land, und damit meine ich nicht nur Steiermark, sondern auch Österreich, aus diesen Schwierigkeiten herauszuhelfen, und zwar nicht durch kleinlichen Parteienstreit. Ich bin der Meinung — und ich bin mir sehr bewußt, was ich hier sage —, daß es heute notwendig ist, daß nicht nur auf Landes-, sondern auf Bundesebene alle positiven politischen Kräfte zusammenarbeiten (Beifall) und daß die Konzentration aller politischen Kräfte auch vom Bunde her notwendig ist. Wir brauchen das für eine elastische Wirtschaftspolitik, wir werden nicht überall helfen können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wir werden die Entwicklungen sehr genau abwägen müssen und danach handeln und auch Konsequenzen ziehen, die, mit einem Schlagwort ist es gesagt, unpopulär sind. Schauen Sie und das Sicherheitsbedürfnis der Welt ist ebenfalls groß. Es ist heute so, daß die Ambitionen der Großmächte oft darin liegen, Partei für eine kriegsführende Macht zu ergreifen. Das ist sehr gefährlich. Das sind die sogenannten Stellvertreterkriege, die geführt werden und die sich leicht entzünden können. Alle diejenigen, die Kriegsteilnehmer waren, denken mit ein bißerl Grausen an diese Zeit zurück, als es auch da und dort so klein begonnen hat, beim Ersten Weltkrieg drunten in Serbien und beim Zweiten Weltkrieg in Polen irgendwo. Wir hoffen nur, daß sich all das wieder beruhigen wird, denn wir Österreicher existieren mit unserem Vaterland in dieser Welt. Wir sind keine Insel der Glückseligen und wir müssen versuchen, das alles auch irgendwie zu verkraften. Versuche, die glauben, daß wir auf einer Insel der Glückseligen leben, sind lächerlich, denn unser Land wird vom Sog verschiedener Entwicklungen einfach nicht verschont. Wir müssen rechtzeitig aufmerksam machen auf die Gefahren, die vorhanden sind. Wir haben aber durch eine kluge und vernünftige Politik, die in alle Bereiche hineinwirkt, dafür zu sorgen, daß wir versuchen, unser eigenes Haus in Ordnung zu halten. Wir sollen die Kräfte nicht zersplittern, vor allem sollen wir eines sehen und das soll unsere klare Blickrichtung sein: die Bedürfnisse und das Leben unserer Bevölkerung auch in Krisenzeiten zu gewährleisten und vorzusorgen, daß wir auch in der Zukunft existieren können, daher die Po-



litik nicht nur für den Tag zu betreiben, sondern auch für die vorhersehbare Zukunft. Natürlich wird sich die Entwicklung der Umwelt auch in der Steiermark auswirken. Und hier die Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, sie ist herausgeklungen aus den Diskussionsbeiträgen: Können wir auf alle Risiken und Chancen uns einstellen und die Landespolitik immer dort einsetzen, wo sie am besten für die Bewohner unseres Landes nutzbar gemacht werden kann? Voraussetzung ist, daß wir alle die Probleme richtig erkennen, daß wir unsere Aufgaben voll wahrnehmen und unsere Aktionen durchführen und auch eine ausgewogene Entwicklung möglich machen. Es ist uns einiges gemeinsam gelungen, das sollen wir doch in dieser Vorweihnachtszeit voll Freude feststellen. Es war die Wirtschaftsförderung seit 1968 mit einer Milliarde Schilling, mit der 10.000 gute Arbeitsplätze und eine entscheidende Verbesserung der Wirtschaftskraft dieses Landes erreicht werden konnten. Es waren mehrere Milliarden Wohnbauförderung, es war der Straßenbau, es war die Berücksichtigung der Belange in Stadt und Land. Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum ist zurückgegangen und die industrielle Entwicklung ist trotz mancher Probleme fortgesetzt worden.

Wir sollten in dieser Politik fortfahren, in einem möglichst reibungslosen Ablauf all das, was wir zum Dasein brauchen, die Bevölkerung dieses Landes, ihre Siedlung, ihre Produktion, ihre Dienstleistung in Einklang zu bringen. Sicher gibt es von der Ideologie her verschiedene Anschauungen, wie man das erreichen kann, aber das Ziel ist immer das gleiche, und das Ziel haben wir zu erreichen. Daher haben wir auch eine wissenschaftliche Untersuchung der ökologischen Tragfähigkeit unseres Landes weitergegeben, aber dabei ist kein Zweifel ausgeschlossen, meine sehr Verehrten. Wir müssen voll Verantwortung tragen und wir müssen entscheiden, wie wir die Umwelt gestalten wollen. Keine Bürgerinitiative nimmt uns das ab. Das hat hier zu geschehen. Die verantwortliche Entscheidung, wo Naturschönheiten gegeben sein sollen, wo ein Erholungsraum zu sichern ist, muß von uns vorgenommen werden. Wir werden auch voll verantwortlich besorgt sein müssen, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes kein Bruch eintritt. Wir wollen doch keinesfalls unser Land veröden, sondern wir wollen dieses Land schöner machen. Wir sollen die Arbeitsmarktlage laufend untersuchen, im Zusammenwirken aller Kräfte die Probleme, wo sie vorhanden sind, im Bereich der Arbeitsmarktlage ordnen. Gezielte regionalpolitische Maßnahmen wurden von den Gemeinden und der Landespolitik getragen und haben zur Entwicklung einer guten Siedlungsstruktur und eines Wirtschaftswachstums beigetragen, das günstig beeinflußt wurde. Das Ziel soll es auch sein, auch das soll uns sehr klar werden, daß wir keine Abhängigkeiten begründen sollen, sozusagen einen föderalen Zentralismus; sondern, daß wir in guter Partnerschaft mit den Gemeinden und Unternehmen vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Einerseits die Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur, wo es notwendig ist, die Untersuchungen sind voll im

Gange, und zwar durch direkte Förderungsmaßnahmen, aber andererseits auch durch Ausbau der Infrastruktur auf ein höchstmögliches Niveau und im umfassendsten Sinn des Wortes. Denn, meine sehr Verehrten, das ist deshalb notwendig, damit wir das erreichen, was wir uns vorstellen und was herausgekommen ist aus der Debatte. Allerdings dürfen wir die Erwartungen nicht überschätzen. Auch das sollen wir sehr klar sagen. Wir müssen uns immer bescheiden bei dem, was wir zu verteilen haben, denn sonst haben die einmal, die nach uns kommen werden, nichts mehr für dieses Land zu machen.

Das soll auch irgendwo immer wieder durchklingen, wenn wir über das eine oder andere diskutieren. Es kommt darauf an, daß es uns gelingt, die Leistungsbereitschaft und Initiative der steirischen Unternehmer zusammen mit den Maßnahmen des Landes und der Gemeinden zum Tragen zu bringen, mit dem Ziel einer umfassenden Steigerung der Einkommensverhältnisse für alle Menschen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Pläne sind sicher gut und eine Richtschnur, aber in der Zukunft wird es notwendig sein, mehr Strategie zu haben, und um diese Strategie darf ich Sie hier im Hause ansprechen. Denn eines ist auch klar, wir alle, als die Verantwortungsträger im Land, in der Gemeinde, in den Interessensvertretungen, sollen unsere ganze Energie für sachliche Dinge aufwenden und nicht an Reibungsflächen vergeuden, die zu nichts führen. Ich gönne jedem Mandatar den Erfolg seiner Bemühungen, denn er hat Gruppen und Gebiete zu vertreten und das ist sicher wichtig, denn die ihn wählen, die verlangen das auch von ihm.

Es sollte nur hervorkommen, daß wir immer uns gemeinsam bemühen und trachten, eine umfassende Schau auf das Land und die Regionen zu gewinnen, damit sich unsere Auseinandersetzungen nicht darin erschöpfen, wo zufällig ein Standort für eine Schule, für ein Krankenhaus oder eine Straßentrasse sein soll. Besonders in den kommenden Zeiten wird es wichtig sein, alle Kräfte zusammenzufassen, um geistig und materiell bestehen zu können. Da und dort wird ein Umdenken notwendig sein, und zwar in allen politischen Gruppen, ganz gleich, von woher man kommt, denn die Situation, in der wir uns befinden, wechselt und wir werden daher alle zusammen versuchen müssen, immer das Richtige und Bestmögliche herauszufinden. Wir werden Fortschritte erzielen, wenn unsere Vertrauensbasis größer wird und wenn auch politische Faktoren da und dort vorhanden sind. Wenn die Meinung besteht, daß etwas falsch sein sollte, so wollen wir die ehrliche Absicht anerkennen und dem politischen Gegner diese ehrliche Absicht zubilligen. Meine Damen und Herren, das wird notwendig sein, wenn wir nicht nur dem taktischen Opportunismus huldigen wollen.

Ich möchte ganz kurz zu einigen regionalen Dingen Stellung nehmen. Es ist die Frage um die Landeshauptstadt Graz. Graz ist unsere Landeshauptstadt, sie wird von vielen besucht und auch bewundert und viele kommen, um die kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Anspruch zu neh-

men. Ich möchte gar nicht untersuchen, wer mehr für diese Stadt getan hat und was geschehen ist, denn das fragt die Öffentlichkeit nicht. Die Öffentlichkeit fragt nicht, wer etwas tut, sondern was für diese Stadt getan wird. Und für das sind wir alle gemeinsam verantwortlich. Seien es Bauwerke, die eine große Vergangenheit darstellen, sei es der Mittelpunkt für Forschung und Wissenschaft, für Verkehr, für Wohnungsbau u. a. m. In diesem Landesbudget wurde für eine Aufstockung um 90 Prozent gegenüber 1973 mit 115,4 Millionen Schilling ohne die Summe des Straßenbaues, über die heute vormittag mit 87 Millionen Schilling, und zwar Bundes- und Landesstraßenbau, gesprochen wurde, vorgesorgt. Wir sollten die Anliegen dieser Stadt ernst nehmen. Ich möchte nur sagen, daß allein in den Jahren 1970 bis 1973 nahezu 2 Milliarden Schilling für den Wohnungsbau mit über 8000 Wohneinheiten ausgegeben wurden. Darüber hinaus die Mittel für Bedarfszuweisungen und Schulbauaufonds, die auch im Jahre 1974 weitergehen werden.

Ich möchte das deshalb sehr klar sagen, damit Mißverständnisse, wie sie in den letzten Tagen in der Tagespresse zum Ausdruck gekommen sind, vermieden werden. Der Finanzreferent der Stadtgemeinde Graz hat nämlich gemeint, er müsse das Land klagen, wenn er nicht alle Mittel, die ihm nach dem Finanzausgleich aus dem Schulbauaufonds zustehen, bekäme. Ich frage mich nur, warum er es nicht in der Vergangenheit getan hat. (Abg. Pichler: „Jetzt fängt er an zu polemisieren!“)

Nun, meine Damen und Herren, über Graz hinaus ist es das Umland, der Bezirk Graz-Umgebung und Voitsberg und wir sollen nicht vergessen, daß 34 Prozent aller Steirer hier Arbeit, Brot und auch Erholung finden. Hier werden die Schnittpunkte der künftigen Verkehrsadern sein, der Autobahnen, der Industrieachse Richtung Voitsberg, Köflach und Richtung Süden und letzten Endes auch das Erholungszentrum für die Grazer. Herr Abgeordneter Haas hat darauf hingewiesen, daß auch die Bauern in diesem Gebiet nicht nur Gärtner und Landschaftspfleger sein, sondern auch Ausgleich finden sollen. Wir haben den Auftrag gegeben, daß nicht nur in diesem Umland, sondern im ganzen Land genau festgestellt wird, wo Natur- und Landschaftsschutzgebiete notwendig sind. Die Mur-Mürz-Furche wird als jenes Gebiet bezeichnet, das eine Verdichtungszone vom Industriellen her ist, beigeordnet Mariazell und Aflenz als Erholungsgebiet. Gerade diese Mur-Mürz-Furche ist unsere gemeinsame Sorge in der Eisen- und Stahlindustrie. Wenn wir da ab und zu eine empfindliche Vorsicht bei der Beurteilung der Maßnahmen der Alpine-VOEST walten ließen, so war es die Sorge um dieses Land. Die Produktionsstrukturen sind sicher nicht heilig, das wissen wir sehr genau. Es kommt aber immer darauf an, was bei einer Bereinigung Neues herauskommt.

Wir kennen auch die Probleme des Edeltahles und wollen hier auch gemeinsam klarstellen, daß der Mittelpunkt des Edeltahles in Kapfenberg liegt. Auch die Kohle ist ein wichtiger Energieträger und gerade in dieser Zeit hat man wieder voll erkannt, daß wir der Kohle den gebührenden Platz

zu geben haben. Immer wieder wird ja vom Betriebswirtschaftlichen und Regionalpolitischen her diskutiert. Für uns ist das kein opportunistisches Geplänkel, sondern die ernste Sorge um den Bestand dieser wichtigen Unternehmungen. Auch das ist in der Diskussion hervorgekommen. Trotz verschiedener Ausgangspunkte in den Meinungen, war hier ebenfalls ein gemeinsames Ziel.

Ich erwähne noch das umfassende Wohnbauprogramm gerade in diesem Gebiet, welches im Jahre 1974 voll zum Tragen kommen wird. Nun, meine Damen und Herren, als weiteres ist es das Gebiet des Bezirkes Murau, und hier haben wir mit dem Lungau und mit dem Kärntner Nockgebiet Verbindung aufgenommen, um in Zusammenarbeit die regionalen Maßnahmen durchzuführen. Die Oststeiermark ist ein Wachstumsgebiet ersten Ranges, und hier zeigt uns die Zielprognose in der Bevölkerungsentwicklung auf, daß mit einer Steigerung von 11.000 Menschen etwa in den nächsten zehn Jahren zu rechnen sein wird. Das Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum in diesem Teil unserer steirischen Heimat ist ein guter Beweis, daß die Politik des Landes und der Gemeinden Früchte getragen hat. Dazu kommt die Verkehrserschließung mit Autobahn und Schnellstraßen, die Bahn, die Aspangbahn, die Hilfe des Landes mit 30 Millionen Schilling, die Landwirtschaft im Ausbau mit Spezialkulturen und die Möglichkeiten der Nebenerwerbslandwirtschaft.

Ein weiteres Gebiet ist das süd- und weststeirische Grenzland. Auch hier konnten wir feststellen, daß eine Trendumkehr eingetreten ist, obwohl gerade in diesem Land die Entwicklung im Vergleich mit dem übrigen Land noch unterdurchschnittlich ist. Der Abstand zum Landesdurchschnitt konnte jedoch verringert werden. Weiters das Ennstal mit den Fremdenverkehrsgebieten, mit den Gebieten des mittleren Ennstales, der industriellen Probleme, hinein in die Eisenerzer Gegend und nach Weibach an der Enns. Wir haben uns vom Lande her bemüht, hier einzugreifen und wenn manches nicht ganz gelungen ist, so hat es an der Koordinierung mit dem Unternehmen, das dort ansässig ist, gefehlt und auch mit den örtlichen Kräften. Gerade in diesem Gebiet wie in allen Landesgebieten wird es notwendig sein, die infrastrukturellen Maßnahmen weiter fortzusetzen.

Das oberste Ziel aller regionalpolitischen Maßnahmen ist es eben, eine Entwicklung sicherzustellen, die auf möglichst gleichartige Bedingungen in allen Landesteilen hinweist. Wir werden weiter verschiedene Aufgaben zu bewältigen haben, sei es die Verbesserung der Infrastruktur, die Sicherung der Investitionstätigkeit, die finanzielle Hilfe und Maßnahmen als Start- und Entwicklungshilfe für unsere Betriebe, die Maßnahmen für die Arbeitskraft zur Aus- und Weiterbildung und Umschulung, die Maßnahmen für die Qualität guter Arbeitsplätze und auch die Verbesserung, die betriebliche Beratung, die als umfassendes Service für Entwicklung anzusehen ist.

Man sieht, es ist ein breites Band gesetzlicher und freiwilliger Verpflichtungen, die das Land für alle Bevölkerungsgruppen zu geben hat. Und es wird

in der Regierung und Verwaltung viel Arbeit zu leisten sein. Wir werden immer wieder Neuland zu betreten haben, mit viel Einfühlungsvermögen und mit einem gewissen Ordnungsprinzip. Wir freuen uns, daß das Verhältnis Mandatar — öffentlicher Bediensteter so gut ist, daß alle mit den Anlagen des Landes sich verbunden fühlen und daß vieles gemeinsam geschaffen wird.

Ich habe vergangenes Jahr angekündigt, daß wir Ende 1973 die Vorarbeiten für eine Verwaltungsakademie abgeschlossen haben werden. Das ist geschehen. Wir werden 1974 in der Lage sein, diese Akademie zu präsentieren und es werden viele Anregungen in diesem Zusammenhang möglich sein. Ich möchte weiters nur ein Beispiel herausgreifen, das für viele spricht. Berechnungen haben ergeben, und zwar unter anderem, daß eine Steigerung der Nachfrage der öffentlichen Hand nach Leistungen des Hoch- und Tiefbaues in der Höhe von einer Milliarde Schilling zu einer Gesamtnachfrage steirischer Betriebe von zusätzlich 1,4 Milliarden Schilling führte. Allein diese Zahl zeigt den hohen Multiplikatoreffekt, und zwar daraus, daß jeder Auftrag des Hoch- und Tiefbaues zur Folge hat, daß Vorlieferanten weiter beschäftigt werden und ihre Aufträge weitervergeben werden können. Man sieht also deutlich, welche Funktion unserer Investitionsförderung zukommt, und daß wir in die Lage versetzt werden, alle diese Untersuchungen weiterzuführen und jene Bestrebungen zu unterstützen, die sich auf dieser Ebene bewegen. Und man sieht daraus, daß Regierung und Verwaltung in einem komplizierten Mechanismus vieles zu leisten haben werden. Daher werden wir trachten, daß trotz aller technischen Hilfsmittel immer die Nöte und Sorgen unserer Bevölkerung vor Augen stehen, um das Richtige für die Menschen zu treffen.

Wenn wir dann noch den Maßstab der Welt anlegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann werden wir uns in allen wirtschaftlichen und sozialen Belangen zurechtfinden und vieles leisten können. In dieser Gesinnung möchte ich in dieser Stunde folgendes sagen: Respekt und Anerkennung vor den Leistungen unserer Bürgermeister, Gemeindevorstandsmitglieder und Gemeinderäte, vor den Amtsträgern der vielen Verbände, Vereine und Genossenschaften, den großen und kleinen Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden, den freien Berufen und Dienstleistungen und der großen Zahl der Arbeitnehmer, besonders jener, die Tag und Nacht arbeiten müssen, der Krankenschwestern, der Ärzte und aller jener Berufe, die uns für unsere Dienste eben zur Verfügung stehen. Allen Mitarbeitern in- und außerhalb dieses Hauses, der gesamten Landesverwaltung, allen Bediensteten des aktiven und Ruhestandes und ihren Familien unser Dank, Dank den Landtagsmitarbeitern und den braven Damen, die hier stenographieren (Beifall) mit Herrn Hofrat Dr. Wüst an der Spitze, die wirklich Übermenschliches getan haben, denn wir konnten ja manchmal auch hinausgehen, sie konnten es zwar auch, aber sie mußten dann wieder fest mitstenographieren.

Und, meine sehr Verehrten, es treten eine Reihe von Beamten in den Ruhestand, ich möchte stell-

vertretend für alle den Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Schönbeck nennen und ihm und allen, die im technischen Dienst tätig sind, danken für die Arbeit in diesem Lande und unserem Amtspräsidenten Hofrat Dr. Morokutti als zweiten stellvertretend nennen. Auch ihm Dank für seine Tätigkeit und allen, die jetzt in Pension gehen. (Allgemeiner Beifall.) Der gesamten steirischen Bevölkerung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Neuen Jahr. (Allgemeiner Beifall.) Möge es uns gegönnt sein, mit all den Schwierigkeiten fertig zu werden, die sich uns ankündigen. Ich bin überzeugt, daß, wenn das Gemeinsame im Vordergrund steht, wir wieder vieles leisten werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, auch Ihnen sowie Ihren Familien wünsche ich als Landeshauptmann und auch im Namen der gesamten Landesregierung Glück und Segen zu den Weihnachtsfeiertagen und zum Neuen Jahr. Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Frauen und Herren Abgeordneten, für Ihre Arbeit und ich bitte Sie, mit der Regierung dieses Landes von Ihrer Aufgabenstellung her weiter gut und eng zusammenzuarbeiten. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

**2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 735, über den Verkauf des Landes-Personalwohnhauses (Einfamilienhaus) Falkenstein Nr. 74, Gemeinde Fischbach, ebenerdig, mit einer verbauten Fläche von 73 m<sup>2</sup> und den Grundstücken Nr. 296 Baufläche, Nr. 1147/14 Wiese und Nr. 1147/15 Garten, alle KG. Falkenstein, Einl.-Zahl 170, Gerichtsbezirk Birkfeld, an Herrn Werner Müller, wohnhaft Anningerstraße 32/1/1/2, 2340 Mödling, zum Kaufpreis von insgesamt 100.000 Schilling.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pözl:** Die gegenständliche Regierungsvorlage betrifft den Verkauf des Landesbahn-Personalwohnhauses in Falkenstein Nr. 74 an Herrn Werner Müller zum Kaufpreis von insgesamt 100.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß ersucht das Hohe Haus um Zustimmung.

**Präsident:** Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 780, betreffend die Steiermärkische Brotwerke reg. Gen. m. b. H., Ankauf eines Grundstückes in der Eckertstraße in Graz durch das Land Steiermark zu einem Quadratmeterpreis von 500 Schilling (Gesamtkaufpreis 526.000 Schilling).**

Berichterstatter ist Abgeordneter Premberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Preamberger:** Die Vorlage beinhaltet den Ankauf eines Grundstückes für 526.000 Schilling zum Errichten eines Wohnhauses für Landesbedienstete.

Der Finanz-Ausschuß ersucht um Annahme.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 781, betreffend den Ankauf eines Grundstückes in Graz, St.-Peter-Hauptstraße 66, von Frau Anna Haugeneder zu einem Quadratmeterpreis von 278 Schilling (Gesamtkaufpreis 4.646.395 Schilling).**

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Gross. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gross:** Meine Damen und Herren! Der Finanz-Ausschuß hat die gegenständliche Vorlage behandelt. Ich ersuche das Hohe Haus, diesem Antrag stattzugeben.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 782, betreffend die Grundabtretung an die Stadtgemeinde Graz im Ausmaße von ca. 7500 m<sup>2</sup> zum Zwecke der Errichtung des Sternäckerweges und der Sammelstraße.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren! Ich ersuche, dem Antrag zuzustimmen, der Grundverkauf an die Stadtgemeinde Graz im Ausmaß von rund 7500 m<sup>2</sup> zum Preis von 70 Schilling pro Quadratmeter möge genehmigt werden.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 785, betreffend den Grundankauf in Mautern zur Errichtung eines Neubaus eines Landesfürsorgeheimes im Ausmaß von 22.477 m<sup>2</sup>.**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Fellingner:** Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage beschäftigt und ich ersuche das Hohe Haus um Zustimmung.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört, ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

**7. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 172, Gesetz, mit dem das Getränkeabgabengesetz neuerlich geändert wird.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Seidl:** Meine Damen und Herren! Es liegt der mündliche Bericht Nr. 52 vor. Im Prinzip geht es darum, daß die Gemeinden ermächtigt werden, die Getränkeabgabe von vier auf zehn Prozent vorzunehmen. Ich darf um Zustimmung bitten.

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Nach einer Dauer von fast 35 Stunden, an der sich 55 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 146 Wechselreden gemeldet haben, hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1974 beendet und damit seine Jahresarbeiten abgeschlossen.

Im Jahre 1973 fanden 9 Landtagssitzungen statt.

Es wurden 131 Anträge von den Abgeordneten, 178 Regierungsvorlagen, davon 16 Gesetzesvorlagen, 2 Auslieferungsbegehren und 4 dringliche Anfragen eingebracht sowie 219 Beschlüsse gefaßt.

Weiters wurden 65 Anfragen von den Regierungsmitgliedern in den Fragestunden beantwortet.

Die Landtagsausschüsse haben in 46 Sitzungen die Beratungen für die vom Landtag beschlossenen Vorlagen durchgeführt.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze, der wie alle Regierungsmitglieder immer ein offenes Ohr gehabt hat, allen Vorständen und Beamten des Amtes der Landesregierung, der Presse und dem Rundfunk, Herrn Hofrat Doktor Wüst mit den Damen des Stenographendienstes (Allgemeiner Beifall), Herrn Hofrat Dr. Naimer und den Beamten der Landtagspräsidialkanzlei für die in diesen Tagen geleistete Arbeit.

Erlauben Sie mir zum Abschluß dieser Tage, die bei aller Heftigkeit der Debatten im Grunde doch keine Feindseligkeit unter den Parteien erkennen ließen, einige Worte, die ich einem Wunsche des Nationalen Koordinationskomitees zur 25-Jahr-Feier der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen an Sie richte.

#### I.

Am 10. Dezember 1973 jährt es sich zum 25. Mal, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen hat.

Die Idee einer solchen Erklärung stammt schon aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Sie ist dann in den Vereinten Nationen von allen Staaten angenommen worden.

Unter dem Eindruck der Mißachtung von Mensch und Recht durch die Ereignisse im Verlauf des Krieges haben die Staaten ihre kollektive Verantwortung für Menschen und Gruppen wahrgenommen und sie auszusprechen sich bemüht gefühlt. Die Allgemeine Erklärung sollte der Beginn einer neuen Phase auf dem Felde der Menschenrechte sein, weil von dieser Erklärung aus staatliche Verfassungen und internationale Organisationen beeinflusst werden sollten und auch wurden.

Für die Vereinten Nationen selbst ist die Allgemeine Erklärung Grundlage für eine ganze Reihe von Entschlüssen, Proklamationen, Konventionen für viel Papier, aber doch auch für tatsächliche Hilfeleistungen und für konkrete Menschenchutzmaßnahmen.

## II.

Die Allgemeine Erklärung, ihrem Inhalte nach ein Kompromiß über die Auffassung von Menschenbild und Menschenrecht, gipfelt in der eindeutigen Anerkennung der Würde jedes Menschen. Sie enthält den Katalog der liberalen Grundrechte und bedeutende Aussagen über soziale Rechte, von denen man heute allgemein anerkennt, daß sie die Grundlage für die Sicherung der Menschenwürde überhaupt sind oder sein sollten. Trotz des schwachen Rechtscharakters wird der allgemeinen Erklärung eine fundamentale völkermoralische Bedeutung zuerkannt.

## III.

Die Welt lebt mit den in der Allgemeinen Erklärung und anderswo proklamierten Rechten. Sie sind das ständig präsente mahrende Gewissen für Staat, Gemeinschaften und Menschen, wenn sie die Allgemeine Erklärung nicht respektieren. Die Allgemeine Erklärung ist „Idee“. Die Wirklichkeit entspricht dieser Idee leider nicht überall.

Die offenen und versteckten bewaffneten Konflikte in allen Regionen der Welt sind alltäglich.

Klagen der Verletzung von Menschenrechten von internationalen Instanzen, Klagen vor nationalen

Verfassungsgerichten zeigen ständig, daß es eine Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit gibt. Diese Kluft besteht vor allem auch zwischen den sozialen Rechten und der Armut in der Welt. Um die Schließung dieser Kluft geht es. Dazu soll vor allem das Bewußtsein jedes einzelnen für die Bedeutung der Allgemeinen Erkenntnis beitragen. Diese Kluft zu schließen wäre Aufgabe der Kooperation der Staaten, die in manchen vorhanden ist. Leitsatz müßte sein: Friede durch Menschenrechte.

## IV.

Auch Österreich hat das Seine zur Schließung dieser Klüfte beigetragen:

Österreich war das erste Land in Europa, das durch einen Menschenrechtskatalog und seine richterliche Gewährleistung schon seit 1867 einen Markstein in der Entwicklung gesetzt hat. Seither ist der Umfang der vom Gesetzgeber niedergelegten und anerkannten Menschenrechte erheblich gewachsen. Gericht und Parlament bemühen sich um die Gewährleistung der Rechte. In den internationalen Organen strebt Österreich danach, seinen Beitrag zur Entwicklung der Menschenrechte zu leisten. Die Mitarbeit in europäischen Instanzen und in den Einrichtungen der Vereinten Nationen ist bedeutend und wird anerkannt.

Auch dieser unser Steirischer Landtag ist trotz aller natürlicher Gegensätze und verschiedener Interessen einig in der Verteidigung der Menschenrechte, in der Ablehnung jeder Intoleranz innerhalb unseres Volkes, zwischen den Völkern. Lassen wir uns den Glauben nicht nehmen, daß den Menschen der Frieden auf Erden geschenkt wird, wenn sie guten Willens sind.

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche jedem einzelnen von Ihnen gute und schöne Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr! (Allgemeiner Beifall.)

Schluß der Sitzung: 21.35 Uhr.